Freitag, 7. Oktober 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 234 - 40.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Kohl zu Israel:** Bei seinem Besuch in Jordanien setzt sich der Kanzler eindeutig für die Anerkennung der Lebensrechte Israels durch dessen arabische Nachbarn ein, kritisiert aber auch die israelische Siedlungspolitik in besetzten Gebieten als Hindernis auf dem Weg zur Normalisierung.

**Jugendaustausch:** Eine Intensivierung des Jugendaustausches zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA fordert der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger. (WELT-Interview S.5)

**Reagan:** Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sind nach Einschätzung Präsident Reagans heute „realistischer" denn je zuvor. Reagan bestreitet, daß sie ihren tiefsten Stand seit dem kalten Krieg erreicht haben.

**Kritik an Krumsiek:** In Nordrhein-Westfalen regt sich heftiger Widerstand gegen die beabsichtigte Berufung des Chefs der Düsseldorfer Staatskanzlei, Krumsiek, zum neuen Wissenschaftsminister. (S.8)

**Flucht:** Ein unmittelbar an der Demarkationslinie der „DDR" zu Bayern eingesetzter 27jähriger Arbeiter ist über die Sperranlagen geflüchtet. Nach Zeugenaussagen wurde erstmals seit Beginn des Abbaus der Todesautomaten an der Zonengrenze wieder auf einen Flüchtenden geschossen.

***Apel für Moratorium:*** Der bisher als entschiedener Verfechter des NATO-Doppelbeschlusses in der SPD geltende ehemalige Verteidigungsminister Apel tritt jetzt für ein Moratorium ein. „Optimale Lösung" wäre, wenn in Genf die Verhandlungen verlängert würden, der Westen auf eine Nachrüstung verzichte und der Osten Raketen abzubauen beginne.

**START-Verhandlungen:** Nach neunwöchiger Unterbrechung verhandeln USA und Sowjetunion seit gestern wieder in Genf über den Abbau der strategischen Rüstung. Moskau hat Washingtons neue Abrüstungsvorschläge schon vor Beginn der Sitzung abgelehnt.

**Weitere Siedlungen:** Israel will im Westjordanland weitere Siedlungen einrichten. Sechs Armeeposten sollen in zivile Dörfer umgewandelt werden.

**„DDR"-Presse:** Erstmals ist in der SED-gelenkten Presse der „DDR" die Grenzsicherung durch Selbstschuß-Minen an der Demarkationslinie erwähnt worden. – Eine Meldung der „Bild"-Zeitung über Tunnels unter den Sperrstreifen hindurch wurde gestern in Bonn bestätigt.

***Heute:*** *Bundespräsident Carstens* setzt seinen USA-Besuch fort. – Bundeskanzler Kohl trifft aus Jordanien kommend in Ägypten ein. – ÖTV-Hauptvorstand berät über Tarifforderungen.

### ZITAT DES TAGES



„Es wäre ein Irrweg, die strukturellen Anpassungsaufgaben quasi außerhalb unserer marktwirtschaftlichen Ordnung lösen zu wollen. Wo sonst als in den Unternehmen sind das Wissen und die Flexibilität vorhanden, um die Weichen zu stellen, daß auf Dauer nicht mehr produziert wird, als am Markt abgesetzt werden kann."

Bundesfinanzminister Stoltenberg auf dem Steinkohletag in Essen
FOTO: JUPP DARCHINGER

### WIRTSCHAFT

**Industrieaufträge:** Der Auftragseingang der deutschen Industrie stieg im August gegenüber Juli preis- und saisonbereinigt um drei Prozent.

**Subventionen:** Angesichts der erwarteten konjunkturellen Erholung im nächsten Jahr fordert Wirtschaftsminister Lambsdorff in einem WELT-Gespräch den verstärkten Abbau von Subventionen. (S.9)

**Französische Kredite:** Mit Geldaufnahmen in Höhe von zwölf Milliarden Dollar in den ersten neun Monaten 1983 war Frankreich weltweit zweitgrößter Kreditnehmer nach den USA mit 12,4 Milliarden. Gesamtverschuldung im Ausland: 55 Milliarden Dollar. (S.10)

**US-Automarkt:** Der PKW-Absatz in den USA wird nach Branchenschätzungen in dem jetzt begonnenen Modelljahr '84 erstmals seit fünf Jahren wieder die Zehn-Millionen-Marke übersteigen (1983: 8,8 Millionen). Davon dürften bis zu 2,5 Millionen auf Importautos entfallen. (S.9)

**Run auf Dollar:** In Erwartung neuer Währungsmaßnahmen hat in Israel ein Ansturm auf den US-Dollar eingesetzt.

**Börse:** An den Aktienmärkten setzte sich die feste Tendenz fort und erfaßte nun auch die Bankaktien. Der Rentenmarkt war gleichfalls freundlich. WELT-Aktienindex 141,7 (140,3). Dollarmittelkurs 2,5850 (2,5965) Mark. Goldpreis pro Feinunze 394,00 (389,50) Dollar.

### KULTUR

**Nobelpreis für Golding:** Der 72jährige britische Schriftsteller William Golding erhält den Literatur-Nobelpreis 1983. Er wurde mit dem Roman „Lord of Flies" weltweit bekannt, der bisher mehr als 10 Millionen Leser erreichte.

**Neutronen:** In der Kernforschungsanlage Jülich wird der leistungsfähigste Teilchenbeschleuniger der Welt, eine Spallations-Neutronen-Quelle, eingerichtet werden. Damit eröffnen sich der Grundlagenforschung neue Dimensionen. (S.19)

### SPORT

**Schach:** Die WM-Halbfinalspiele Kortschnoi (Schweiz) – Kasparow (UdSSR) und Ribli (Ungarn) – Smyslow (UdSSR) werden nachgeholt. Die beiden Russen waren im Juli nicht angetreten.

**Galopp:** Englands Star-Jockey Lester Piggott reitet am Sonntag in Köln beim Preis von Europa den französischen Favoriten Esprit Du Nord. Das Rennen ist mit 400 000 Mark dotiert. (S.18)

### AUS ALLER WELT

**Alkoholsünder:** Frankreichs Autofahrer müssen das „Glas zuviel" künftig teuer bezahlen. Bei mehr als 0,8 Promille droht Führerscheinentzug bis zu drei Jahren, in schweren Fällen ebensolange Haft. (S.20)

**Stufenführerschein:** Für Motorräder soll ein Führerschein auf Probe – für leichte Maschinen – eingeführt werden. Nach Praxis gibt es dann freie Fahrt.

**Wetter:** Im Norden zunehmend wolkig, nachfolgend Regen; im Süden trocken. 18 bis 20 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# In Jordanien fordert Kohl gerechten Ausgleich in Nahost

## Kritik an israelischer Siedlungspolitik / Mahnungen an die Araber

MANFRED SCHELL, Amman

Bundeskanzler Helmut Kohl will sich auf seiner Reise durch mehrere arabische Staaten – Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien – nicht in eine Frontstellung zu Israel drängen lassen, sondern möglichst den grundlegenden Interessen beider Seiten gerecht werden. Diese Zielsetzung Kohls wurde bereits auf der ersten Station seiner einwöchigen Nahost-Reise in Jordanien deutlich.

In Amman führte Kohl, der als erster deutscher Regierungschef überhaupt dieses kleine, aber strategisch *wichtige Land* besucht, *zwei* vertrauliche Gespräche mit König Hussein. Der Kanzler betonte, die Bonner Nahostpolitik habe nicht eine Haltung des „Entweder-Oder" zur Grundlage. Ihm liege daran, trotz der ungewöhnlich schwierigen Lage in dieser Region die besonderen und freundschaftlichen Beziehungen zu Israel ebenso zu festigen wie die traditionelle Freundschaft der Deutschen zu den Arabern.

Der politische Gehalt dieser Nahost-Reise Kohls wurde bereits bei einem Abendempfang von König Hussein im Nadwa-Palast deutlich, zu dem etwa 120 Personen geladen waren. Als „Grundsatz" der Bonner Nahostpolitik erhob Kohl in seiner Tischrede die Forderung: „Die Rechte aller Staaten und Völker in dieser Region müssen anerkannt und miteinander in Einklang gebracht werden. Dabei darf ein Recht nicht auf Kosten des anderen verwirklicht werden. Die Lösung muß, um dauerhaft zu sein, auf dem Existenz- und Sicherheitsrecht aller Staaten der Region beruhen, das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen *Volkes verwirklichen und ein Gewaltverbot* einschließen. Wenn ich vom Existenz- und Sicherheitsrecht der Staaten der Region spreche, so schließt das Israel ein, aber ebenso selbstverständlich auch Jordanien."

Das Kernproblem des Nahostkonflikts – „der Ausgleich israelischer und palästinensischer Rechte" – sei ungelöst. In diesem Zusammenhang wiederholte Kohl seine bereits mehrfach in Bonn geäußerte Kritik an der israelischen Siedlungspolitik. Zu den „Friedenshindernissen", so sagte er, gehöre die israelische Siedlungspolitik, die „einseitig immer neue Tatsachen schafft". Aber der Bundeskanzler ergänzte diese Aussage mit dem Zusatz: „Mit gleicher Deutlichkeit rechne ich zu diesen Hindernissen aber auch die Weigerung, Israel eindeutig anzuerkennen." Kohl ist, anders als der amerikanische Präsident, der Auffassung, die israelische Siedlungspolitik sei nicht legal.

Der Bundeskanzler, das hat er mehrfach zum Ausdruck gebracht, versteht sich auf dieser Reise „weder als Dolmetscher noch als Vermittler". Er will vielmehr Informationen vor *Ort einholen und gute Dienste* anbieten. Schon bei der ersten Begegnung mit König Hussein wurde deutlich, daß zumindest von dieser Seite ein verstärktes Engagement der Europäer zugunsten der arabischen Seite gewünscht wird, einschließlich der Einflußnahme auf die Haltung der amerikanischen Regierung in diesem Sinne. Kohl ließ erkennen, daß er „alsbald" Israel besuchen werde, voraussichtlich zu Beginn des nächsten Jahres. Anschließend wird der Kanzler Präsident Reagan in Washington

● Fortsetzung Seite 8

# Honecker: Die Welt wird anders aussehen

## SED-Chef zu Raketen-Stationierung im Westen / „DDR"-Presse erwähnt Todesautomaten

DW. Bonn

Zum ersten Mal haben Tageszeitungen der „DDR" am Donnerstag die mitteldeutsche Bevölkerung über den Abbau von Selbstschußanlagen unmittelbar an der Demarkationslinie unterrichtet. Dies geschah allerdings nicht in der Form eines Berichts der amtlichen Nachrichtenagentur ADN, sondern durch den Abdruck einer Nachricht der österreichischen Presseagentur APA. Wie die WELT bereits in ihrer Mittwoch-Ausgabe berichtete, hatte Staats- und Parteichef Honecker in einem Gespräch mit österreichischen Journalisten in Ost-Berlin erklärt, daß die Tötungsautomaten „an der gesamten Länge der Grenze" beseitigt werden sollen.

Nach einem Tonband-Mitschnitt des Interviews, den der Österreichische Rundfunk (ORF) zur Verfügung stellte, hat das Gespräch zwischen den österreichischen Journalisten und Honecker folgenden Wortlaut:

**Frage:** „Und sollen diese sogenannten Selbstschußautomaten an der Grenze der DDR völlig beseitigt werden?"

**Honecker:** „Dieser Schritt soll kommen."

**Frage:** „An der gesamten Länge der Grenze?"

**Honecker:** „An der gesamten Länge der Grenze."

**Frage:** „Und sie werden auch nicht – das war jedenfalls in einigen Kommentaren in westdeutschen Zeitungen als Vermutung zu lesen – sie werden auch nicht im hinteren Teil der Grenze neu errichtet?"

**Honecker:** „Ach wissen Sie, ich beteilige mich nicht an Spekulationen der verschiedenen Zeitungsmeldungen. Ja, die zuständigen Stellen bei uns haben sich entschlossen, diese Dinge abzubauen, und sie werden abgebaut. Ja. Und außerdem also besteht ja zwischen einer Selbstschußanlage und 'ner Cruise Missile und Pershing 2 ein kleiner Unterschied."

In dem von der „DDR"-Presse nachgedruckten Bericht der österreichischen Presseagentur APA wurde die letzte Passage des Journalistengesprächs mit Honecker anders wiedergegeben. Wörtlich heißt es dort:

„Berichte westlicher Medien, daß die Anlagen zwar demontiert, weiter im Landesinneren jedoch andere und modernere Abfangeinrichtungen aufgestellt würden, bezeichnete Honecker als ‚Spekulationen', an denen er nicht bereit sei, sich zu beteiligen."

Im weiteren Verlauf des Interviews stellte Honecker einen engen Zusammenhang zwischen dem Abbau der Todesautomaten und der eventuellen Raketenstationierung in der Bundesrepublik Deutschland her. Wörtlich erklärte Honecker:

„Soweit ich die Sache überblicken kann, gibt es keine Möglichkeit, den Schaden, der durch die Stationierung durch Pershing 2 und Cruise Missiles

■ Fortsetzung Seite 8

# Apel schwenkt auf Brandts Linie ein

## Verlängerung der Genfer Verhandlungen und Stationierungsaufschub „optimale Lösung"

DW. Bonn

Der frühere Bundesverteidigungsminister Hans Apel ist jetzt auf die vom SPD-Vorsitzenden Willy Brandt vorgezeichnete Linie eingeschwenkt, eine Aufschiebung der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa das Wort zu reden.

Apel, Exponent des Mitte-Rechts-Flügels der Sozialdemokraten, sagte gestern in einem Interview der „Neue Rhein-Zeitung": „Die optimale Lösung wäre, wenn die Supermächte ihre Verhandlungen für eine begrenzte Zeit verlängerten. In dieser Zeit sollte der Westen auf eine Nachrüstung verzichten und die Sowjetunion mit dem Verschrotten der SS-20-Raketen beginnen. Das würde Zeichen setzen, das brächte die Supermächte sicherlich in (Übereinstimmung mit der Mehrheit unseres Volkes." Nur, so fügte Apel hinzu: „Die Dinge werden wahrscheinlich so nicht laufen."

*In dem Interview versicherte Apel*, die innerparteiliche Diskussion und die Beschlüsse des Landesparteitages der SPD gegen eine Nachrüstung ohne wenn und aber beunruhigten ihn nicht, entscheidend werde der Bundesparteitag im November sein. Der frühere Bundesverteidigungsminister forderte aber, die Sozialdemokraten müßten auf dem Parteitag sicherstellen, „daß wir politikfähig bleiben".

Das heiße, das Bekenntnis zum NATO-Doppelbeschluß müsse als progressiver Beschluß dargestellt werden, der Dank des Einsatzes von Helmut Schmidt Verhandlungen zwischen der USA und der Sowjetunion erst möglich gemacht habe. Das Bekenntnis der SPD zur NATO müsse heute und in der Zukunft zweifelsfrei sein. Und: „Die Entscheidung zur Nachrüstung muß eine Entscheidung *über Pershing und Marschflugkörper* sein und nicht eine Entscheidung von grundsätzlicher Natur. So wird diese Abstimmung eine Entscheidung über Rüstungswettläufe und ihre Gefahren. Das kann uns politisch nicht in die Isolierung treiben."

Apel richtete zugleich eine eindringliche Warnung an die Adresse seiner Parteifreunde. „Es ist zu früh, jetzt nein zu sagen. Insbesondere ist es zu früh, der Sowjetunion zu signalisieren, daß sie keine Konzessionen mehr machen müsse."

Die Forderung nach einem Weiterverhandeln in Genf bei gleichzeitigem Verzicht auf eine Nachrüstung war von Apels Amtsnachfolger, Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) zurückgewiesen worden.

## DER KOMMENTAR

# Honecker

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Honecker hat sein Wort verpfändet, daß die mörderischen Kartätsch-Automaten am Todesstreifen quer durch Deutschland restlos abgebaut werden. Wir wollen hoffen, daß sein Wort mehr Bestand hat als das Breschnews, der zweimal den Stopp des SS-20-Aufmarsches versprochen hatte. Der ersatzlose Abbau aller Todesautomaten wäre kein gering zu schätzendes Ereignis, obwohl die „DDR" keinesweg den Charakter eines Gefängnisses ihrer Einwohner verliert. Die Sperranlagen werden offensichtlich mit dem Ziel modernisiert, sie noch weniger durchbrechbar zu machen. Es ist da auf das Beispiel Ungarns und der CSSR zu verweisen, die ihre Grenzsperren längst in die Tiefe des eigenen Territoriums ausgedehnt haben.

Von einem deutlichen Fortschritt könnte erst dann gesprochen werden, wenn Honecker darauf verzichtete, flüchtende Landsleute umbringen zu lassen, also wenn er den Schießbefehl aufhöbe. Die Andeutung von Franz Josef Strauß, die Problematik der „Sicherungsmaßnahmen" laste auf den „Regierenden drüben", hatte solcher Art Hoffnungen geweckt, und man konnte in Bonn hören, daß seit einiger Zeit auf Flüchtlinge nicht mehr geschossen worden sei. Um so wichtiger ist es, genau festzustellen, ob bei der jetzt gemeldeten, geglückten Flucht geschossen worden ist oder nicht. Zeugen geben an, einen Schuß gehört zu haben.

Hingegen ist eindeutig klar, daß Honecker – wie gegenüber österreichischen Journalisten – den psychologischen Effekt des Abbaus dieser martialischen Splitterminen dazu benutzt, der in der Bundesrepublik heißlaufenden Kampagne gegen die Nachrüstung noch mehr Sprengkraft zu geben. Er droht mit einer Verschlechterung des innerdeutschen Verhältnisses. Das ist Propagandawasser auf die Mühlen seiner Hilfstruppe, der DKP, die immer deutlicher erkennbar Regie der „Friedenskampagne" dieses Herbstes führt.

Honecker verhindert die Freizügigkeit unserer Landsleute in Mitteldeutschland; aber er bedient sich skrupellos der Freizügigkeit, die wir dem Wort und der Informationen einräumen, um in der Bundesrepublik den Aufruhr zu schüren.

# Walesa bietet der Regierung wieder Verhandlungen an

## Führer der „Solidarität": Preis gilt unserem Programm

DW. Warschau/Rom/Washington

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat nach seiner Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis der Warschauer Führung Verhandlungen angeboten. Auf einer Pressekonferenz in seiner Wohnung erklärte Walesa gestern: „Wir sind dazu verurteilt, uns zu verständigen; aber dazu braucht es Ehrlichkeit und guten Willen."

Walesa, den mehrere hundert Arbeitskollegen am Mittwochabend in Danzig hatten hochleben lassen, sagte vor der Presse: „Der Preis ist eine große Sache für mich und unsere Bewegung. Er gilt unserem gesamten Programm und allem, was wir vorgeschlagen haben. Er bedeutet die Anerkennung, daß wir die Realitäten mit friedlichen Mitteln ändern wollen, und das alle Konflikte, von denen es in der Welt nicht gerade wenige *gibt, friedlich gelöst werden müssen.*"

Nach Ansicht von Beobachtern ist die internationale Auszeichnung Walesas für das Regime von General Jaruzelski um so peinlicher, als damit die mehr als einjährigen Anstrengungen der Behörden zunichte werden, den Arbeiterführer zu einer Privatperson ohne jedes politische Gewicht abzustempeln, ja ihn als „Verräter" an Polen und als zweifelhaften „Yankee" und Dollar-Millionär abzuwerten. Wie groß die Verlegenheit der offiziellen Kreise war, zeigt die sechsstündige Verspätung, mit der die staatlichen Medien von der Preisverleihung berichteten.

Die polnischen Zeitungen gaben gestern kommentarlos die Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur PAP über die Preisvergabe wieder, zogen aber zur Bewertung ausländische Pressestimmen heran. So zitierte die Presse den Kommentar des ungarischen Fernsehens, es sei unglaublich, daß in einer Zeit, da die Welt mit unvorstellbarer Rüstung konfrontiert sei, „kein geeigneterer Kandidat" gefunden werden konnte.

Auf der Danziger Lenin-Werft ist Walesa gestern von seinen Arbeitskollegen mit großer Herzlichkeit beglückwünscht worden. „Es gab niemanden, der sich nicht gefreut hätte", sagte Walesa, als er vom Betriebsarzt kam. Dieser hatte ihn einer Ärztekommission überwiesen, die ihn wegen seiner Magengeschwüre bis zum 20. Oktober krankgeschrieben hat. Walesa will nicht selbst nach Oslo reisen, um dort im Dezember den Friedensnobelpreis in Empfang zu nehmen. Statt dessen will er sich bei den polnischen Behörden um eine Ausreise-Erlaubnis für seine Frau Danuta bemühen.

Papst Johannes Paul II. äußerte in einem Glückwunschtelegramm an Walesa, der Preis sei für den „Willen und die Anstrengungen" verliehen worden, die zur Lösung „der schwierigen Probleme der Arbeitswelt und der Gesellschaft in Polen durch den friedlichen Weg des ehrlichen Dialogs" eingesetzt wurden. US-Präsident Reagan wertete den Preis als Bekräftigung dafür, daß Warschau den Kurs der Konfrontation beenden und statt dessen die Verständigung suchen müsse.

Seite 7: Schlummernde Macht

# Reagan: Kontakt zu UdSSR nun „realistischer"

AFP, Washington/Moskau

Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sind nach Ansicht von US-Präsident Ronald Reagan „realistischer" denn zuvor. Reagan widersprach damit der Auffassung, das Verhältnis zwischen Washington und Moskau befinde sich auf einem seit dem Kalten Krieg nicht mehr gekannten Tiefpunkt. Der amerikanische Präsident unterstrich, trotz des Abschusses der südkoreanischen Boeing und der üblichen harten Sprache Moskaus würden die „Kontakte fortgesetzt".

Als ungewöhnlich nuanciert haben westliche Abrüstungsspezialisten die sowjetische Ablehnung der neuen amerikanischen Vorschläge für die gestern in Genf offiziell wieder aufgenommenen START-Verhandlungen bezeichnet. Am Mittwoch hatte die Regierungszeitung „Iswestija" die Erklärungen Reagans noch als „leere Worte" abgetan, die „finstere Absichten" verbergen. Gestern warf die sowjetische Presse den USA nicht mehr vor, das strategische Gleichgewicht zwischen den Großmächten zu ihren Gunsten verändern zu wollen.

Seite 2: US-Vorschläge für Genf

# Verfahren gegen sowjetische Fernsehsprecher

dpa/DW. Moskau

Mehrere Disziplinarverfahren gegen Mitarbeiter der sowjetischen Tagesschau („Wremja") sind nach Angaben informierter Kreise beim sowjetischen Fernsehen eingeleitet worden. In der vergangenen Woche hatte der Nachrichtensprecher Igo Kirillow eine Erklärung von Parteichef Jurij Andropow verlesen, die im Gegensatz zur Fassung der amtlichen Nachrichtenagentur Tass eine Passage über die Nützlichkeit von Manövern des Warschauer Paktes enthielt.

Bei der Erklärung Andropows handelte es sich um eine Antwort auf die Abrüstungsvorschläge von US-Präsident Reagan für die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen in Europa. Der Sprecher hatte drei Absätze ausgelassen, in denen der Westen besonders scharf kritisiert wurde. Statt dessen verlas er eine Passage, in der es hieß, gemeinsame Manöver spielten eine wichtige Rolle bei der weiteren Steigerung der Kampfbereitschaft. Von sowjetischer Seite hieß es dazu, die Passage sei zufällig unter die Erklärung Andropows geraten.

# Dritte Runde der Konsultationen Moskau–Peking

AFP/AP, Peking

In Peking sind gestern die stellvertretenden Außenminister Chinas und der Sowjetunion, Qian Qichen und Leonid Iljitschew, zur dritten Runde der chinesisch-sowjetischen Normalisierungsgespräche zusammengetroffen.

Beeinträchtigt werden die Verhandlungen vor allem durch die *wachsende Sorge Chinas* über die sowjetischen Atomwaffen im asiatischen Teil der Sowjetunion. Peking hatte betont, daß es die Frage der auf Asien gerichteten SS 20 ausdrücklich in die chinesische Forderung nach der Verringerung der sowjetischen Präsenz an der gemeinsamen Grenze einbeziehen wolle. Zugleich besteht Peking auch auf der Beendigung der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der Aufgabe der Unterstützung Vietnams in Kambodscha.

Trotz der fehlenden Fortschritte bei den Verhandlungen mehren sich die Zeichen einer „kleinen Normalisierung". Gleichzeitig mit Beginn der Gespräche traf gestern die erste Gruppe sowjetischer Touristen in Peking seit über 20 Jahren ein.

# Grüne stellen Bedingungen für Ja zu Börners Haushalt

## Gegen „ökologisch nicht vertretbare" Projekte

AP, Wiesbaden

Die Grünen haben am Mittwoch in einem Gespräch mit dem geschäftsführenden hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD) eine mögliche Zustimmung zum Haushalt 1983 signalisiert.

Nach dem Gespräch, das auf Einladung Börners stattfand, und an dem auch der Staatssekretär im hessischen *Finanzministerium*, Hans Dethloff, teilnahm, erklärten die Grünen, eine Zustimmung zum Landeshaushalt 1983 könne erfolgen, wenn bei den noch verfügbaren Mitteln in Höhe von etwa 115 Millionen Mark – einschließlich der Null-Bescheide an die Kommunen – „ökologisch nicht vertretbare Projekte ausgeschlossen bleiben und dafür Sofortmaßnahmen im sozialen und Umweltbereich aufgenommen werden".

Der Landtagsabgeordnete der Grünen, Karl Kerschgens, sagte ferner, gleichzeitig müßten Verhandlungen über die Struktur des Landeshaushaltes 1984 geführt werden.

Nach Ansicht der Grünen müssen zuvor Informationsgespräche mit den Fachministerien über den Landesetat stattfinden. Von November an müßte dann mit der SPD-Landtagsfraktion über die strittigen Positionen verhandelt werden, damit nach der für den 23. November geplanten ersten Lesung des Haushaltes im Plenum des Hessischen Landtages Klarheit über die Zustimmung zu den Anträgen der Grünen erzielt werden könne. Vor der zweiten und dritten *Lesung müsse* bereits eine Verhandlungsrunde über den 84er Haushalt stattgefunden haben, „damit auch langfristige Zielsetzungen umgesetzt werden können".

Von den Grünen hatten nach eigenen Angaben neben Kerschgens die Landtagsabgeordneten Dirk Treber und Gertrud Schilling sowie Tom Königs an dem Gespräch teilgenommen. Der Frankfurter Königs gehört weder der Fraktion noch der Landtagsgruppe der Grünen an. Börner hatte am Donnerstag vergangener Woche bereits mit Vertretern der CDU- und der FDP-Landtagsfraktion Gespräche über den zu verabschiedenden Haushalt geführt.

Der 11. Hessische Landtag wird sich am 13. Oktober konstituieren.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Orientierungslos*

Von Fritz Wirth

Der Labour-Parteitag in Brighton, der vor vier Tagen unter neuer Geschäftsleitung so euphorisch und jugendfrisch begann, ist zum Trauerspiel geworden. Nicht, weil man die alten Wunden wieder aufriß, und auch nicht, weil man in der Verteidigungsdebatte trotzig und unbelehrbar ein nukleares Abrüstungskonzept wieder auskramte, das der britische Wähler vor vier Monaten bereits mit einem eindeutigen Votum zu den Akten gelegt hat. Wenn diese Partei entschlossen ist, unverdrossen weiterhin gegen den britischen Wählerstrom anzuschwimmen, ist das ihr Problem.

Es war deshalb nicht so sehr die Substanz, es war der Stil dieser Debatte, der traurig stimmte. Hier schlug vehement ein befremdliches Maß an Intoleranz durch. Die Unduldsamkeit, mit der man einen Redner, der gegen die unilaterale nukleare Abrüstung sprach, vom Rednerpult wegklatschte, und die Feindseligkeit, mit der man einen James Callaghan empfing, nur weil er es wagte, die Partei an eine Verteidigungspolitik zu erinnern, zu der sie über 30 Jahre lang gestanden hat, wirkten peinlich. Callaghan mag nicht einer der glanzvollsten britischen Nachkriegspremiers gewesen sein, dennoch ist er einer der wenigen „elder statesmen", die diese Partei noch besitzt. Sie braucht ihm nicht zu folgen, sie sollte ihm zumindest aber noch zuhören.

Die Wahrheit ist wohl: James Callaghan paßt nicht mehr in diese neue Labour-Aera, in der die Lauten das Wort haben, die Nachdenklichen niedergeschrien werden und mit ideologischen Scheuklappen argumentiert wird. So wundern denn auch nicht mehr die starken antiamerikanischen Töne dieser Debatte. Hier war nicht ein einziges Mal vom sowjetischen Raketen-Arsenal die Rede, die nukleare Gefahr kommt für die überwiegende Mehrheit der Partei aus dem Westen.

Labour hat die politische und geographische Orientierung verloren. Die neuen Pfadfinder an der Spitze gehen einen schweren Weg.

## *Erste Signale*

Von Peter Gillies

Schier unversöhnlich haben sich die Tarifparteien in Sachen Arbeitszeitverkürzung eingegraben. Die Gewerkschaften blasen mit der 35-Stunden-Woche zum Sturmangriff, die Arbeitgeber wollen, wie es gestern hieß, die 40-Stunden-Woche „mit Zähnen und Klauen" verteidigen.

Aber die vorgestanzten Argumente, die so martialisch hergezeigt werden, beginnen längst zu bröckeln. Eugen Loderer, der scheidende Vorsitzende der mächtigen Industriegewerkschaft Metall, hat – wie andere Männer mit Augenmaß – bereits angedeutet, daß auch künftig die Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnprozenten bezahlt werden muß.

Auch die Arbeitnehmer wissen oder spüren zumindest, daß es keine Patentlösung sein kann, für weniger Arbeit mehr Geld und gleichzeitig mehr Arbeitsplätze zu erwarten. Es sei daran erinnert, daß die IG Metall die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden mit einem Lohnverzicht von mehr als 18 Prozent erkaufte. Andererseits kennt auch sie die Rechnung, daß die effektive Arbeitszeit – alle Fehlzeiten abgezogen – heute nur noch 31 Stunden wöchentlich beträgt.

Längst hat sich der Frontverlauf verschoben. In beiden Lagern gibt es Zeichen von Nachdenken und Vernunft; die Tabus bröckeln. Bei den Arbeitgebern dominiert noch die Furcht, die Gewerkschaften würden den Kostenaspekt einer kürzeren Arbeitszeit völlig negieren. Diese Furcht abzubauen bedeutet einen Schritt in Richtung auf tarifpolitische Einigung.

Sehr hilfreich wäre es, wenn auch die Bundesregierung eine klare Position zur Arbeitszeitverkürzung bezöge. Diese muß vor allem illusionslos sein. Wichtiger Bestandteil ist die Erkenntnis, daß forcierte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich die Erwerbslosigkeit nicht senkt, sondern erhöht. Bezahlte Freizeit will erst einmal verdient sein.

So wird die Arbeitszeitverkürzung auch künftig weitergehen – in kleinen Schritten, wie das Wachstum sie ermöglicht. Zum Ritual gehört es, daß in den Monaten vor Tarifrunden Fehdehandschuhe in Fülle hinüber und herüber fliegen. Aber: Es werden auch schon Rufsignale der Vernunft vernommen.

## *Kainszeichen*

Von Hubertus Hoffmann

Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen!" Das ist eine jener Beschwörungsformeln, die bei deutsch-deutschen Begegnungen häufig zu hören sind. Auch die Friedensbewegung hat diese einleuchtende Parole willig aufgenommen. Wer wollte einer solchen Erklärung auch widersprechen.

In den bald vier Jahrzehnten, die seit dem Ende des schrecklichen Zweiten Weltkrieges vergangen sind, ist dies Prinzip in Europa. Gott sei Dank, auch stets durchgehalten worden. Nicht zuletzt die nukleare Balance und die Furcht vor einer unkontrollierten Eskalation eines Konfliktes sorgten dafür.

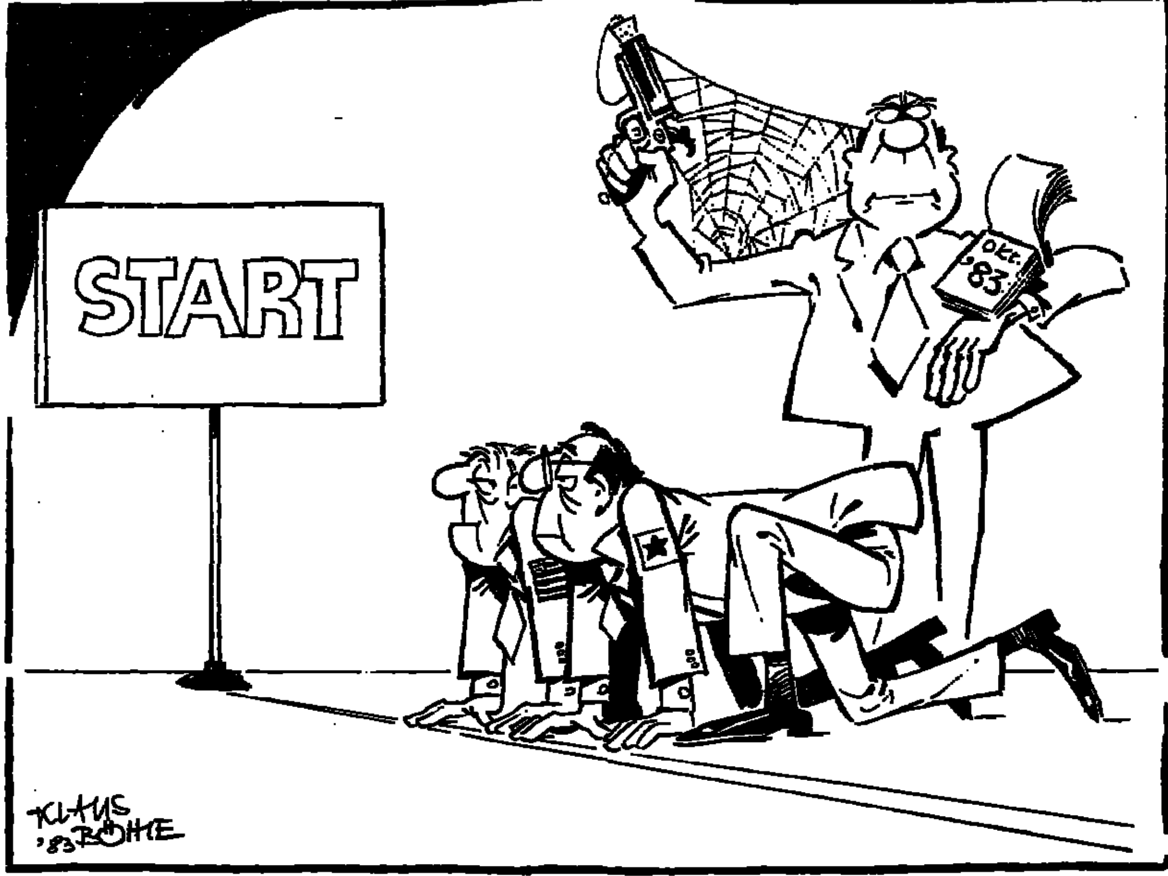
Eine Ausnahme gab es freilich doch: den Angriff der Warschauer Pakt-Truppen auf die CSSR im Jahre 1968. Soldaten und Panzer der „DDR" waren daran beteiligt, als man der souveränen Regierung des Reformers Dubcek in der Tschechoslowakei brutal den Garaus machte.

Dies war – völkerrechtlich – ein klarer kriegerischer Akt, ein militärischer Angriff aus politischen Motiven. Es ging darum, jenen „Prager Frühling" niederzuwalzen, dessen aufkeimende Freiheiten, dessen pluralistisches Konzept hätten ansteckend wirken können auf die geknebelten Völker des übrigen Ostblocks.

Wo immer im Nachkriegs-Europa Panzer gegen freiheitsliebende Menschen eingesetzt wurden, ob in Ost-Berlin oder in Budapest, da trugen die rasselnden Stahlkolosse sowjetische Hoheitszeichen, das Kainsmal der Diktatur.

Man weiß es ja: Diktaturen nähren sich aus einer ideologischen Heilsgewißheit, die ein jegliches Mittel zur Erhaltung und zur Mehrung der Macht nach innen wie nach außen rechtfertigt. Die Gewaltbereitschaft ist daher ein Strukturelement der Diktatur, und das macht denn auch den Wesenskern der sowjetischen Bedrohung aus.

Wer, ergo, einseitigen Abrüstungsvorgaben der westlichen Demokratien das Wort redet, schafft überhaupt erst jenen operativen Spielraum, in dem sich Drohung, Nötigung und, schließlich, Gewalteinsatz entfalten können. Nicht Entspannung wäre das Ergebnis, sondern eine Zunahme der Spannung, bis dann, am Ende, die Freiheit vor den Anmaßungen der Diktatur zu kapitulieren hätte.




Genfer Marathon

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

# Am Ende der Illusionen

Von August Graf Kageneck

Die Ruhe an der sozialen Front ist den Franzosen so verdächtig, daß sie erstaunt nach Bonn *blickten, wo die disziplinierten* deutschen Metallarbeiter dieser Tage mit einem Massenaufmarsch auf ihre Lage hinwiesen. Auch in Paris marschiert man in dieser Woche. Aber hier sind es die „Kader", also die privilegierten der Arbeiterklasse, die vom Sozialismus genug haben und immer lauter dessen Rückzug verlangen. Ein umfassender, revolutionärer Arbeitskonflikt aber ist, so weit das Auge blickt, nicht auszumachen. Die Ruhe mag trügen, aber sie ist da.

Nichts weist indes darauf hin, daß der Sozialismus doch noch Hausrecht in Frankreich erworben hat. Präsident Mitterrand ist enttäuscht von New York zurückgekehrt. Sein Appell vor der UNO an die beiden Supermächte, ihre Superrüstungen zu beschneiden und das so gesparte Geld in einen Ent*wicklungsfonds für die armen Na*tionen zu stecken, ist ungehört verhallt und vom früheren Außenminister Couve de Murville als „Quatsch" abgetan worden. Die Äußerung des amerikanischen Vizepräsidenten Bush, die französischen und britischen Raketen müßten letzten Endes doch einmal im globalen Rüstungsgespräch zwischen Amerikanern und Russen angerechnet werden, entzieht Mitterrands energischem Eintreten für die „unabhängige nationale Atomstreitkraft" den Boden und läßt ihn als einen Gefoppten erscheinen.

Wird man ihn demnächst auch noch für das Scheitern der Genfer Verhandlungen verantwortlich machen? Das wäre ein schwerer Rückschlag für seine Außenpolitik, die in ihrer Entschiedenheit *und Transparenz bisher manchen* Fehlschlag seiner Innenpolitik verdeckte und die auch von der Opposition mitgetragen wurde.

Wie weit auch andere Aspekte seiner Politik von den bürgerlichen Parteien mitgetragen werden können, ist just Gegenstand einer leidenschaftlichen, wenn auch ganz und gar theoretischen Debatte in der Presse dieser Tage. Das Stichwort ist „Co-habitation" und suggeriert die Möglichkeit, daß ein *sozialistischer Präsident und eine* bürgerliche Kammer unter einem Dach „zusammenwohnen" könnten, falls es bei den nächsten Parlamentswahlen im Frühjahr 1986 zu einem Sieg von Gaullisten und Giscardisten kommen sollte.

Zunächst einmal ist festzuhalten, daß die Opposition diesen Wahltermin nicht mehr anficht. Der ungestüme Vorstoß des Gaullisten-Führers Jacques Chirac im vorigen Herbst, der Sozialismus sei erledigt und werde das zweite Jahr nicht überleben, ist längst einer nüchterneren Betrachtungsweise gewichen. Gerade Chirac war es, der eine solche Co-habitation nicht ausschloß, nachdem er Präsident Mitterrands „vernünftige" Fernsehrede am 16. September angehört hatte. Zwar wies der Parteichef vor seinen Abgeordneten inzwischen jeden Gedanken an eine „historische Unterwerfung" unter den Sozialismus zurück, aber er bestand, in guter gaullistischer Tradition, auf der Unantastbarkeit der Verfassungs-Institutionen, die dem Staatspräsidenten die Rolle des Schiedsrichters über alle Parteien zuweisen.

Selbst Valéry Giscard, der Geschlagene des 10. Mai, schließt eine Co-habitation nicht aus, solange „den Franzosen damit ein sozialer Liberalismus zurückgeschenkt wird, *der ihnen erlaubt, ihre Fähig*keiten wieder frei zu entfalten". Nur Raymond Barre, Giscards letzter Premierminister und Dritter in der Troika, die sich um die Mitterrand-Nachfolge bemüht, lehnt jeden Kompromiß entschieden ab. Aber er zielt damit, bei aller Popularität, die ihm die Meinungsumfragen wöchentlich bescheinigen, ganz offensichtlich an der Volksstimmung vorbei.

Die Nation ist kompromißbereiter als ihre politischen Notabeln, und damit müssen auch die Sozialisten rechnen, die wie der Fraktionschef in der Kammer, Pierre Joxe, jeden Gedanken an späteres Zusammengehen mit den Bürgerlichen schroff von sich weisen. Welches die Gefühlslage der Partei wirklich ist, wird erst der Kongreß der Sozialisten am nächsten Monatsende nachweisen. Es gibt Anzeichen dafür, daß sich der gemäßigte Flügel durchsetzt.

Der Zusammenbruch fast aller Illusionen hat die Sozialisten kleinmütig und vorsichtig werden lassen. Inzwischen wissen sie, daß Bäume auch nach unten wachsen können. Die Austerity-Politik ist nicht nur ein wirtschaftlicher und monetärer Fehlschlag gewesen, sie hat auch die letzten Wählerreserven aufgebraucht. Die Enttäuschung ihrer Anhänger wird in offene Feindschaft umschlagen, wenn praktisch die gesamte Mittelklasse im nächsten Jahr unter der Steuerlast zusammenbricht. Die nur aufgeschobenen Entlassungen in der Automobil- und Stahlindustrie, der nicht mehr abwendbare Streit um die Privatschulen, das Gastarbeiterproblem sind weitere *Alarmzeichen am Wege. Die von* Anfang an verkrampfte und heute nur noch künstliche Koalition mit den Kommunisten könnte den kommenden Belastungen nicht mehr gewachsen sein. Somit ergäbe sich zwangsläufig die Suche nach einer anderen Mehrheit. Es scheint, als richte der Staatspräsident schon sein Cäsaren-Auge auf neue Horizonte.



Blick nach neuen Horizonten: Staatspräsident Mitterrand
FOTO: FRANCOLON / STUDIO X

## IM GESPRÄCH Heinz Eyrich

# Späths Doppeldecker

Von Xing-Hu Kuo

In diesen Tagen hat Baden-Württemberg einen neuen Innenminister bekommen: Heinz Eyrich, 54 Jahre alt, CDU. Der promovierte Jurist, 1929 in Tuttlingen geboren, behält daneben ein anderes Amt, das er seit 1979 innehat: Er ist zugleich Justizminister im Kabinett Lothar Späth. Eine Doppelfunktion, die von der SPD-Opposition schon vor der Amtsübernahme heftig kritisiert wurde, sie hat dabei freilich vergessen, daß es in dem SPD-regierten Bundesland Hessen eine solche Konstruktion im Falle des „Doppelministers" Günther nach dem Auszug der FDP aus dem Hessischen Landtag bei der vorletzten Wahl ebenfalls gibt.

Gewiß ist Eyrich, ein äußerst bedächtiger und zurückhaltender Minister bisher, in dieser neuen Funktion nicht zu beneiden, auch wenn er das Innenressort nur kommissarisch, das heißt bis zur Landtagswahl im März 1984, zu verwalten hat.

Denn nur zwei Wochen nach seiner neuen Aufgabe als Innenminister soll es im Südwesten zu großen Aktionen der „Friedensbewegung" kommen. Geplant sind unter anderem: Eine 100 Kilometer lange „Menschenkette" zwischen Stuttgart und Neu-Ulm, Massenkundgebungen größeren Stils im ganzen Lande, Blockaden und ähnliches mehr, darunter auch die Übertretung der Bannmeile des Landtags in Stuttgart in jenen Tagen.

Allerdings scheint die Wahl Eyrichs sicherlich auch im Hinblick auf den „heißen Herbst" nicht zufällig gewesen zu sein. Denn seine bisherige Haltung in der Behandlung und Beurteilung solcher Aktionen läßt erwarten, daß er die Politik seines Vorgängers Roman Herzog – der als Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts nach Karlsruhe geht – fortsetzen wird. Devise: Fest, aber elastisch.

So erklärte Eyrich einmal – im Januar –, Blockaden seien in seinen Augen keineswegs „gewaltfrei". Es sei eine „unzulässige Verharmlosung", derlei zu behaupten. Wer sich mit der Absicht zu blockieren, auf der



Minister für Inneres und Justiz: Heinz Eyrich FOTO: HEINZ WIESELER / DPA

Zufahrt zu einer militärischen Anlage niederlasse, der übe Gewalt aus.

Diese und andere Auffassungen des Ministers haben bei der Opposition, ähnlich wie im Falle Herzogs, zu der Kritik geführt, Eyrich gehöre zu den „konservativsten" Kräften innerhalb der Union. Zu dieser Charakterisierung trug auch die im Juni 1983 von Eyrich vorgetragene Meinung bei, Gnadenerweise gegenüber verurteilten Gesetzesbrechern sollten nur „in außergewöhnlichen Fällen" gewährt werden. Die Achtung vor dem Gesetz und dem richterlichen Urteil gebiete es vielmehr, „verhängte Strafen auch zu vollstrecken".

Die „Friedensbewegung" wird also mit Eyrich kein leichtes Spiel haben, soviel läßt sich jetzt schon sagen. Auch der Lebenslauf Eyrichs offenbart Konsequenz: Dem zweiten juristischen Staatsexamen, 1957, folgte eine geradlinige Laufbahn vom Gerichtsassessor bis zum Ersten Staatsanwalt (1966); Eyrich wurde Mandatsträger in der CDU und war dann von 1969 bis 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages. Schließlich erfolgte die Berufung zum Justizminister in Stuttgart. Sein zweites Ministeramt tritt der passionierte Tennisspieler und Ski-Langläufer deshalb „unbefangen" an, wie seine Mitarbeiter glaubhaft versichern.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

**Der Paukenschlag aus Oslo ist eine Herausforderung an den Totalitarismus. Auf diesen Neuner bringt die Presse der freien Welt die Verleihung des Friedensnobelpreises an den polnischen Arbeiterführer Lech Walesa:**

### BERLINER MORGENPOST

Der Macht der Bajonette und Polizeiknüppel, die das aufgezwungene Regime fürs erste stabilisiert haben, halten die Juroren die Macht von Ideen entgegen, die gegen Gewalt immun sind. Kein Wunder, daß Warschau von „Mißbrauch", Moskau von „Provokation" spricht. Indem das Nobelkomitee bei der Begründung seiner Entscheidung den Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Frieden hervorhebt, trifft es den wunden Punkt eines Systems, das sich selbst so gern als Vorkämpfer des Friedens ausgibt.

### Lübecker Nachrichten

Unausgesprochen bleibt dabei ein makabrer Erfahrungssatz: Der Friedensnobelpreis ist im Lager des Kommunismus in erster Linie eine Lebensversicherung für kritische Prominente. So war es im Falle des verbannten Russen Andrej Sacha*row, und so ist es beim bedrängten* und verleumdeten Lech Walesa. Diese schlichte Tatsache sagt mehr als viele große Worte über den wahren Zustand der Welt von heute.

### WASHINGTON POST

Die Entscheidung des Nobelkomitees ... ist eine der besten, die es je gefällt hat. Er verleiht einer Persönlichkeit, die noch immer aussichtsreichster Vertreter der Hoffnungen auf eine friedliche und gangbare Lösung der innerpolnischen Spannungen ist, eine weitere gute Portion Prestige und damit persönlichen Schutz.

### DIE PRESSE

Einem 40jährigen, derzeit krankgeschriebenen Elektriker aus Danzig wurde Alfred Nobels Friedenspreis zuerkannt. Weil er personifiziert, daß Freiheit nicht so sehr eine Sache des Sterbens, als vielmehr eine des Mutes ist, ganz einfach: der menschlichen Solidarität. Das ist nachahmbar. Und es ist übertragbar. **(Wien)**

### Neue Zürcher Zeitung

Die Nachricht aus Oslo hat dem Regime Jaruzelski vorerst die Sprache verschlagen ... Die Auszeichnung bedeutet für Lech Walesa eine große Satisfaktion. Sie stellt auch eine moralische Rückenstärkung dar, die hoch einzuschätzen ist. Der kommunistischen Macht General Jaruzelskis wird es nun noch schwieriger sein, die ungebrochene Popularität Walesas und dessen Bedeutung als politische Persönlichkeit *in künfti*gen Auseinandersetzungen zu ignorieren. Es stellt sich nun die Frage, ob die Regierung Walesa die Reise nach Oslo zur Entgegennahme des Preises und vor allem die Rückkehr in die Heimat garantieren wird. Man darf nicht vergessen, daß das Regime schon seit Monaten insgeheim an den Plänen kaut, wie man den unbequemen Arbeiterführer loswerden könnte.

# US-Vorschläge für Genf: Die Arglist ist längst rausgewaschen

**Die neue Verhandlungslinie der Amerikaner trägt den Sowjets weitgehend Rechnung / Von Rüdiger Moniac**

Auch zum Beginn der neuen Verhandlungsrunde über die Verringerung der Fernwaffen in Genf (START) verhält sich die Sowjetunion fast schon wie in einem vorhersehbaren Ritual: Sie wirft den USA Mangel an Flexibilität vor und versucht, die amerikanische Angebotsposition lediglich als angebliche Legitimation eigener Aufrüstungsprogramme zu diffamieren.

Dabei ist erweislich, daß Washington seine neue Verhandlungslinie bereits stark an sowjetischem Interesse ausgerichtet hat und nicht mehr so entschieden darauf aus ist, die Hauptmasse der sowjetischen Fernwaffen in Gestalt der landgestützten Raketen zu reduzieren. Damit ist die von Moskau geargwöhnte Arglist aus der amerikanischen Position längst von entschieden zur Kooperation mit den Sowjets bereiten Weichmachern herausgewaschen.

Allen, die immer noch meinen, Fortschritte bei START würden von den USA behindert, nehmen die Tatsachen nicht zur Kenntnis. Die aber sind für die, die sich urteilsfähig machen wollen und nicht ihre Vorurteile hüten, leicht zu erkennen. Die Sowjetunion will sich bisher lediglich zu einer Verringerung der Trägersysteme (landgestützte Raketen: ICBM, seegestützte Raketen: SLBM und schwere Bomber) auf je 1800 Einheiten bereitfinden. Dies ist bezogen auf den augenblicklichen Kräftestand bei den Fernwaffen wenig. Die USA verfügen heute über 1958 Einheiten (1052 ICBM, 496 SLBM und 410 schwere Bomber), die Sowjetunion über 2704 Einheiten (1398 ICBM, 950 SLBM und 356 schwere Bomber).

Diese Zahlen nennt der NATO-Streitkräftevergleich vom Mai 1982. Eine derart geringfügige Reduzierung würde die strategische Rüstung beider Seiten nicht wesentlich beschneiden und folglich auch kaum die erwünschte Stabilisierung des Gleichgewichts bei den Fernwaffen erbringen.

Der amerikanische Vorschlag hingegen will die drastische Verringerung der Potentiale. Für jeden Sprengkopf auf landgestützten Raketen, der modernisiert wird oder neu eingeführt, sollen zwei vergleichbare ältere verschrottet werden. Bei den U-Boot-Raketen soll eine ähnliche Zählweise gelten: Für zwei neue oder modernisierte sollen drei alte Gefechtsköpfe verschwinden. Heute haben die USA 2100 Sprengköpfe auf Landraketen, die Sowjetunion 6200; auf U-Boot-Raketen verfügen die USA über 5000 Gefechtsköpfe, die Sowjetunion über 1300. Wegen der größeren Zielsicherheit der Sprengköpfe auf den Landraketen und der damit im Zusammenhang stehenden Fähigkeit zur zuverlässigen Zerstörung des gesamten gegnerischen Potentials zu Lande (die sogenannte Erstschlagfähigkeit) gestehen die USA der Sowjetunion damit in ihrem Vorschlag nun einen nicht zu unterschätzenden Vorteil zu.

Dies wird beim Blick auf das heutige Kräfteverhältnis der Sprengköpfe zu Lande offenkundig: 2100 amerikanische gegen 6200 sowjetische. Würden alle in Modernisierungsprogrammen ausgetauscht, besäßen die USA künftig nur noch 1050 der erstschlagfähigen Kategorie, die Sowjetunion hingegen das Dreifache, nämlich 3100. Solche klaren Zahlen sollten die Propagandisten einer angeblich nicht erkennbaren amerikanischen Kompromißbereitschaft bei START eigentlich verstummen lassen.

Weiter zeigt sich die amerikanische Flexibilität auch darin, daß die ursprünglich anvisierte Obergrenze für Raketen von 850 fallengelassen wurde. Auch dies kommt dem sowjetischen Verhandlungsinteresse entgegen, das sich auf eine Obergrenze der Addition von Raketen und Bombern von 1800 Einheiten fixiert hat. Unterhalb dieser Obergrenze wünscht sich die Sowjetunion Zwischengrenzen für bestimmte Systeme, nämlich 680 für ICBM mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV), 1080 für MIRV-ICBM plus SLBM sowie 1200 für MIRV-ICBM, SLBM plus schwere Bomber mit Marschflugkörpern (ALCM). Vergleicht man die sowjetische Position bei den Raketen mit der ursprünglichen amerikanischen, wird wiederum die amerikanische Kompromißbereitschaft deutlich. Die USA ließen die Grenze 850 fallen, obwohl gerade die Raketen, weil sie schnell fliegen und weder zurückzurufen noch abzufangen sind, für das nukleare Gleichgewicht das am meisten destabilisierende Element darstellen.

Schließlich wird auch die amerikanische Beweglichkeit beim Ziel der Begrenzung der Zerstörungskraft beider Fernwaffenpotentiale deutlich. Ursprünglich strebten die USA besondere Obergrenzen für schwere und mittlere Landraketen an. Die Bereitschaft, auch davon abzugehen, bedeutete der amerikanische Unterhändler seinem sowjetischen Gegenüber, wenn er verdeutlicht, nach welcher Methode die Sowjetunion die Zerstörungskraft zu begrenzen wünscht: Mittels einer Obergrenze für das Wurfgewicht aller Trägereinheiten? Mittels einer Obergrenze für die Gesamtsprengkraft aller Gefechtsköpfe? Oder mittels anderer bislang bei SALT üblicher Begrenzungen wie etwa dem Durchmesser der Raketen?

Zu diesen Fragen hat die Sowjetunion in den vergangenen vier START-Runden keine klaren Antworten gegeben. Dies aber ist aus der Sache heraus geboten für einen seriösen Abrüstungsvertrag; haltlose Vorwürfe führen ins Nichts.

# In Wyhl ist ein Traum von Arbeit und Geld geplatzt

**„Nicht vor 1995" soll in Wyhl ein Kernkraftwerk gebaut werden. Ministerpräsident Späth hat damit alle Vermutungen beendet, der Bau werde nach der Landtagswahl im nächsten Frühjahr beginnen. Wie wirkt diese Nachricht in dem Ort, der jahrelang Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen um die Kernkraft war?**

Von XING-HU KUO

Bürgermeister Wolfgang Zimmer kam im dunklen Anzug ins Rathaus. Nein, Trauerkleidung war es nicht, obwohl Zimmer zu den engagiertesten Befürwortern des Kernkraftwerks gehört, von dem er sich für seine 3000 Wyhler Mitbürger einiges verspricht. „Ich habe gerade drei Paare getraut", erklärt der 42jährige seinen feierlichen Aufzug. Seit 15 Jahren ist er Bürgermeister in diesem in der Vergangenheit soviel zitierten Dorf am Rand des Kaiserstuhls, der eigentlich mehr für seinen Wein als für Kernkraft-Ärger bekannt war.

Unüberhörbar ist seine Enttäuschung über die Verschiebung des Baus. „Ich vermute, hier liegt ein Alleingang vor." Zweifel äußert Zimmer an der Erklärung des Stuttgarter Regierungschefs, daß der Strombedarf nicht wie erwartet steigen werde und für das auf 1200 Megawatt geplante Wyhler Kraftwerk kein Zeitdruck bestehe. „Noch im Oktober 1982 hat der Ministerpräsident erklärt, im Lande fehlten 2000 Megawatt." Dies könnte sich doch nicht „innerhalb eines Dreivierteljahres so gravierend geändert haben". Zur Stimmung unter den Befürwortern des KKW-Baus sagt Zimmer: „Wir laufen jetzt zehn Jahre mit dem Kernkraftwerk schwanger, jetzt wollen wir endlich wissen, woran wir sind. Das Theater haben wir satt. Deshalb drängen wir auf eine klare Entscheidung, ob so oder anders."

Der Bürgermeister erinnert dabei an die heute häufig vergessene Tatsache, daß in einem „Bürgerentscheid" im Jahre 1975 fast 55 Prozent der Wyhler für den Verkauf des 42 Hektar großen Geländes im Wyhler Wald an die Kernkraftwerk Süd GmbH (für zwei Millionen Mark) gestimmt hatten.

Der Aufschub kommt für Wyhls Gemeindeverwaltung besonders ungelegen: „Erst am 1. September hat ein Betrieb zugemacht. 140 Arbeitsplätze gingen verloren." Dadurch stieg die Arbeitslosigkeit in Wyhl auf 8 Prozent, höher als der Landesdurchschnitt von rund sechs Prozent. Zimmer und die KKW-Anhänger erhofften sich vom Bau des Kernkraftwerkes nicht nur eine Verbesserung der Energiesituation, sondern in erster Linie auch eine Entlastung des Arbeitsmarktes: „Rund 400 neue Arbeitsplätze könnten geschaffen werden. Viele Handwerksbetriebe der Region würden auf viele Jahre von der Existenz des KKW profitieren." Und nicht zuletzt: Wyhl hätte eine jährliche Steuereinnahmesteigerung von acht Millionen Mark erwartet. Schon war die Rede von neuen Sportanlagen, schulischen Einrichtungen und anderen ehrgeizigen Plänen, die mit dem Geld aus der Kernkraft verwirklicht werden sollten.

Im Wyhler Wald erinnert das Gelände, auf dem das Atomkraftwerk stehen sollte, durch nichts mehr an die bewegte Geschichte dieses Standortes. Nur ein 160 Meter hoher Meßturm symbolisiert noch die Absicht der Betreiber, hier einmal einen ebenso hohen Kühlturm zu errichten. Bächlein und Flüsse zwischen Erlen, Eichen und Weiden vermitteln eine romantische Ruhe, die die medienträchtigen Kämpfe der Bürgerinitiativen aus dem badischen, elsässischen und eidgenössischen Raum fast vergessen lassen.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Absicht, in Wyhl ein Kernkraftwerk zu bauen, begann im Juli 1973 der erbitterte Widerstand sowohl vor Ort als auch vor den deutschen Gerichten. Dann gab es Massendemonstrationen mit Hunderten von Trekkern, eine neunmonatige Besetzung (1975/76). Hüttencamps im Wyhler Wald, große Demonstrationen mit entsprechendem Polizeiaufgebot. Nicht ohne Stolz erklärten die Gegner des Wyhler KKW, ihre Aktionen seien für Brokdorf und die Startbahn-West das Muster gewesen. Und obwohl ihre Klagen gegen den Bau bisher von allen Gerichten abgewiesen wurden (zuletzt durch den Baden-Württembergischen Verwaltungsgerichtshof in Mannheim im Frühjahr 1982), geben die in zehn Jahren inzwischen erfahrenen Bürgerinitiativen keineswegs auf. Noch steht ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin aus.

Wer Wyhl sagt, meint auch Weisweil: das Baugelände befindet sich unmittelbar vor der Gemarkung dieses Nachbardorfes. Die vier Kilometer lange Strecke ist genauso lieblich wie die gesamte Rheinlandschaft um Wyhl: blühende Maisfelder, ausgedehnte Weiden, eine ländliche Idylle.

Müller Siegfried Göpper (54), Vater von vier Kindern, ist einer der aktivsten Gegner des KKW Wyhl. In der romantischen Umgebung seiner ratternden 400 Jahre alte Mühle in Weisweil betont er sogleich seine enge Heimatverbundenheit: „Ich bin Altbadener und war gegen die Schaffung von Baden-Württemberg." Auch heute noch macht er keinen Hehl aus seiner Abneigung gegen die Württemberger. Göpper betrachtet die Entscheidung Späths als wichtigen Etappensieg der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen. Dafür lobt er zumindest den Schwaben aus der Villa Reitzenstein: Dieser Schritt sei ein Beweis der „Flexibilität" Späths. Der Müller, der Medien-Auftritte gewohnt ist, formuliert druckreif, sicherlich auch eine Folge seines jahrelangen Prozessierens gegen den Bau des Kernkraftwerkes. Er erinnert dabei an alte „Verdienste" Späths: „Bereits Ende 1975 sorgte er für Entspannung in Wyhl." Durch die Vermittlung des damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden und heutigen Ministerpräsidenten kam nämlich die „Offenburger Vereinbarung" Anfang 1976 zustande. Sie sah eine zehnmonatige Verschiebung des Baubeginns vor.

Der Kernkraftgegner bekennt, daß der neue Aufschub ins Konzept der Bürgerinitiativen haargenau paßt: „Unsere Taktik ist ja auch Zeitgewinn." Trotz des Lobes in Richtung Späth sind Göpper und seine Freunde in der Anti-Atom-Bewegung auch skeptisch. Vor allem fragen sie sich, ob das Ganze nicht nur ein wahltaktisches Manöver des „Cleverle" sein könnte.

Denn am 25. März wird ein neuer Landtag gewählt. Zumindest Südbadens CDU könnte von der jetzt entstandenen Entspannung am Kaiserstuhl profitieren. Außerdem hat die FDP bereits vor Wochen signalisiert, eine Koalition mit der CDU in Stuttgart (falls die Union ihre absolute Mehrheit verlieren würde) sei nur bei einem Wyhl-Verzicht denkbar. FDP, SPD und Grüne haben deshalb unisono die Späthsche Wyhl-Wende begrüßt, gleichzeitig den Ministerpräsidenten aufgefordert, den totalen Verzicht zu erklären.

Das lange Hin und Her hat viele Bürger in Wyhl ermüdet. Oft war in den Gaststätten des Ortes zu hören: „Sollen die doch in Stuttgart machen, was sie wollen, wir können eh nichts dran ändern." Was Trost spendet, ist der Wein.

Die Forderung der KKW-Gegner von einst wurde zur Politik von heute – zumindest bis 1995 FOTO: SVEN SIMON



Prozession zu Francos Zeiten: Staat und Kirche demonstrieren Einigkeit. Ein Bild der Vergangenheit. FOTO: RUDOLF DIETRICH

# *Wo der Glaube zur Politik wurde, tun sich nun Risse auf*

**Staat und Kirche waren im katholischen Spanien stets enge Partner. Katholisch ist Spanien nach wie vor, aber eine sozialistische Regierung hat die lange Herrschaft der Bürgerlichen abgelöst. Eine neue Situation, die Konfliktstoff zwischen Staat und Kirche birgt.**

Von ROLF GÖRTZ

Das verschwindet hier", sagte Spaniens sozialistischer Erziehungsminister José Maria Maravall, als er sich vor zehn Monaten zum erstenmal am Schreibtisch seines Ministeriums niederließ. „Das" war das Christuskreuz, das in Amtsstuben und Schulklassen hängt. Der Amtsdiener ging hin und nahm es von der Wand. Und wie in diesen Monaten viele Kreuze in ministeriellen Schubladen verstaut werden, so müssen auch viele Abteilungsleiter, Direktoren, Generaldirektoren, aber auch Redakteure staatlicher Medien aus der Beletage leitender Funktionäre in den Keller weniger wichtiger Abteilungen hinabsteigen. „Reiner Revanchismus", raunt es deshalb im bürgerlichen Lager, „die Rache der Linken am katholischen Spanien der Rechten."

Die so empfinden, glauben alles in einen Topf werfen zu müssen: den Versuch des Erziehungsministers, Zitate von Papst Johannes Paul II. aus den Lehrbüchern für den Religionsunterricht zu streichen und die Demontage des Franco-Denkmals auf dem Hauptplatz von Valencia. Bei Nacht und Nebel zersägten vermummte Stadtarbeiter den Generalissimo und feierten anschließend ihren „Sieg" mit erhobener Faust. Unter sicherem Polizeischutz, denn nicht alle Spanier sind mit derartigen Rathausbeschlüssen einverstanden.

Die alte Front der beiden Spanien scheint sich jedoch anderswo aufzubauen. Aktueller und tiefgreifender zugleich: „Vida si – aborto no" (Leben ja, Abtreibung nein). Der auf Mauern von Universitäten und Wohnhäusern gesprühte Protest gegen *die Straffreiheit der Abtreibung* in bestimmten Fällen ist gleichermaßen politischer Natur. In derartigen Parolen drückt sich auch Widerstand gegen den proklamierten „Cambio", den Wechsel der Sozialisten aus. Und für den sieht die Regierung vornehmlich in den Bereichen Erziehung und Justiz Chancen.

Denn in diesem Lande haben Glaubensdinge mehr als anderswo immer auch eine politische Seite. Dabei gibt es den schwarzgewandeten Cura, der sein Dorf aus dem staubigen Beichtstuhl heraus nach den Wünschen einer konservativen Obrigkeit regiert, schon lange nicht mehr.

Die Sozialisten wollen Erziehung und Bildung allein dem Staat übertragen, weil sie die „Gesellschaft umwandeln" wollen. Sie folgen darin einer langen Tradition. Als sich das „katholische Spanien" in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts einem modernen System mit verschiedenen Parteien öffnen wollte, beging die führende Schicht einen entscheidenden Fehler: Sie nahm die unruhigen Gewerkschaftsbewegungen hungernder Landarbeitermassen und des ersten Industrieproletariats in Barcelona nicht ernst. So blieb die Linke von dem damals entstehenden Zwei-Parteien-System einer konservativ-liberalen Alternative ausgeschlossen.

Millionen einer mehr anarchistisch als sozialistischen Linken organisierten sich außerparlamentarisch. „Verhungert steht doch wenigstens dem ewigen Leben nahe", hörte man damals allen Ernstes aus dem bürgerlich-christlichen Lager, das den Appell dieser zugleich antiklerikalen Opposition überhaupt nicht verstand und das – in Barcelona – mit den gleichen Mitteln des politischen Mordes zurückschlug.

Die Religiosität der Landarbeiter trieb diese, teilweise mit ihren Priestern, zunächst in die Arme des romantischen Anarchismus. Ihr Mißtrauen gegenüber den „Autoritarios", wie sie die Kommunisten nannten, überwanden sie nie ganz. So entstand eine politische Frontstellung mit den Gläubigen auf der einen, rechten Seite und den Protestierenden, nicht mehr gläubigen, auf der anderen, linken Seite.

Das bürgerliche Lager wurde sich dieser Situation viel zu spät bewußt. Das künstliche Zwei-Parteien-System hatte versagt, und so reagierte man gegen die Linke mit der Politisierung des Glaubens. Als aber in der II. Republik (1931–1939) die christliche CEDA-Partei, eine Rechtspartei, ihren ersten Wahlsieg errang, war die revolutionäre Linke der Volksfront nicht mehr bereit, die Regierung abzugeben.

Der Bürgerkrieg brach aus, und aus der „nationalen Erhebung" der Rechten gegen die Revolution der Volksfront wurde der „Kreuzzug" der Christenheit gegen den Anti-Christen. „Wir heben unsere Herzen zu Gott und danken Euer Exzellenz für Spaniens katholischen Sieg", telegrafierte Papst Pius XII. an General Franco am Tag nach dessen Sieg.

Unterschwellig blieb die Erinnerung an diese Konfrontation bis heute wirksam, obwohl ihr schon vor langer Zeit der Boden entzogen wurde. Sie verlor ihren Sinn noch während des Franco-Regimes, als nämlich das II. Vatikanische Konzil die Jahrhunderte währende Einheit zwischen Staat und Kirche auch im Lande der „Katholischen Könige" aufhob. Weil sich auch der „Caudillo" auf „Gottes Gnade" berufen hatte, fiel es der regierenden Rechten nach seinem Tode leicht, aus geordneten Verhältnissen eines beginnenden Wohlstandes für alle den Übergang in die Demokratie einzuleiten. Ideologische Hindernisse gab es jedenfalls nicht.

Der logische Versuch, aus der Machtsphäre heraus eine christdemokratische Sammelpartei zu etablieren, endete jedoch in dem bekannten Fiasko der Wahlen von 1982. So setzte sich die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens durch – mit den Stimmen vieler Gläubigen, die, enttäuscht von den bürgerlichen Parteien, PSOE gewählt hatten. Felipe Gonzalez bezifferte diese Protestwähler, die mit ihrer Wahlentscheidung noch lange keine Sozialisten wurden, auf drei Millionen.

Im Streit um die Schulbücher für den Religionsunterricht gab die Regierung schnell nach. Der Text, den das Erziehungsministerium beanstandete, weil er die von der sozialistischen Regierung durchgesetzte Straffreiheit bei Abtreibung in bestimmten Fällen als ein Beispiel für den Verstoß gegen das Gebot „Du sollst nicht töten" bezeichnete – dieser Text kann gelehrt werden.

Damit aber ist die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Kirche, zwischen Sozialisten und Katholiken, keineswegs beigelegt. Sie wird schon bald mit neuer Kraft aufflammen, dann nämlich, wenn das Parlament die sozialistische Schulreform debattiert. Mit den Mitteln staatlicher Zuwendungen soll der Einfluß der Kirche auf Erziehung und Lehre in privaten Schulen und in den Universitäten abgebaut werden. Und das kann auf die Dauer schon eher an die Substanz des immer noch katholischen Spanien gehen. (SAD)

*WIE WAR DAS?*

# Als Ernst Thälmann ermordet wurde

Von WILM HERLYN

Ihr Hunde! Rettet wenigstens die Frauen!" Der Häftling im Konzentrationslager Buchenwald, der dies den SS-Wachmannschaften nachruft, die vor einem Bombenangriff der Amerikaner flüchten, ist Ernst Thälmann, legendenumwobener Chef der deutschen Kommunisten. Seine Hände umklammern verzweifelt die Gitterstäbe seines Zellenfensters, um ihn züngeln die Flammen.

Diese Szene stammt aus dem zweiteiligen Epos „Ernst Thälmann, Sohn und Führer seiner Klasse", das Ende der fünfziger Jahre jeder Junge Pionier, jeder FDJler oder Gewerkschafter in der „DDR" sehen mußte – Pflichtveranstaltung für Schulen und Betriebe. Doch so beeindruckend der DEFA-Streifen gefilmt ist, so historisch falsch ist der Stoff geschildert: die Nazis hätten zwar den beliebten „Teddy" Thälmann ins KZ verschleppt, aber umgekommen sei er durch „anglo-amerikanischen Bombenterror" – eine Deutung, die in der Zeit des Kalten Krieges gerade richtig kam.

Sie überdeckte auch eine andere Wahrheit: Walter Ulbricht war alles andere als ein Freund Thälmanns, der die Moskau-Hörigkeit seiner Parteigenossen immer verurteilt hatte. Ulbricht war es, der immer wieder die vielen Pläne der KPD für die Befreiung ihres Vorsitzenden verhinderte.

Um den Tod des früheren KPD-Vorsitzenden wird es nun doch ein Gerichtsverfahren geben. Vor dem Kölner Oberlandesgericht wird gegen einen ehemaligen SS-Oberscharführer und Exekutionsprotokoll-Führer im KZ Buchenwald Anklage wegen Beihilfe zum Mord erhoben.

Der Beschuldigte, der in Geldern lebende pensionierte Lehrer Wolfgang Otto, ist 71 Jahre alt. Die Amerikaner hatten ihn 1947 in einem Kriegsverbrecher-Prozeß zu 20 Jahren Haft verurteilt, von der er sieben Jahre absaß. Danach unterrichtete er bis zu seiner Pensionierung an einer Knabenschule.

Die Vorwürfe besagen, daß Thälmann am 17. August 1944 vom Zuchthaus Bautzen – heute wegen seines gelben Klinkersteins bekannt als das „Gelbe Elend", Haftort für viele politische Gefangene in der „DDR" – in das KZ Buchenwald verschleppt worden sei – auf Anordnung des Reichsführers der SS, Heinrich Himmler. In dessen Tagebuch ist unter dem 14. August 1944 unter Punkt 12 notiert: „Thälmann ist zu exekutieren." Nach einem Bericht des polnischen Häftlings Marian Zgoda mußte Thälmann durch eine von SS-Wachmannschaften gebildete Gasse zum Eingang des Krematoriums gehen. Wenig später fielen vier Schüsse. Einen SS-Mann hörte Zgoda fragen: „Weißt du, wer das ist?", und auch die Antwort: „Das war der Kommunistenführer Thälmann."

Auch in der Nazi-Propaganda wurde der Tod Thälmanns in einer falschen Version verbreitet: Am 15. September 1944 findet sich in der zensierten deutschen Presse die Notiz: „Bei einem Terrorangriff auf die Umgebung von Weimar am 28. August 1944 wurde auch das Konzentrationslager Buchenwald von zahlreichen Sprengbomben getroffen. Unter den dabei ums Leben gekommenen Häftlingen befinden sich u. a. die ehemaligen Reichstagsabgeordneten Breitscheid und Thälmann."

## Droht ein Streik der Fernfahrer?

gba, Stuttgart

Im Güterfernverkehr droht jetzt ein Arbeitskampf. Die Sondierungsverhandlungen zwischen Arbeitgebern und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) zur Beilegung des seit zehn Monaten andauernden Tarifstreits waren in der Nacht zum Donnerstag in Wuppertal ohne Einigung abgebrochen worden. Formell waren die Tarifverhandlungen schon vor Wochen für gescheitert erklärt worden; die Gewerkschaft hatte sich auch schon auf Warnstreiks und Arbeitskampf eingerichtet, verzichtete allerdings auf Aktionen, als die Arbeitgeber neue Sondierungsgespräche anboten. Die ÖTV verlangt Verkürzung der Fahrzeiten, ein Be- und Entladeverbot sowie zusätzliche freie Tage für Fernfahrer. Nach Beschlüssen der Tarifkommission berät heute der ÖTV-Hauptvorstand.

## „Mahnwache" vor CDU-Zentrale

DW. Bonn

Mit einer „Mahnwache" vor ihrer Parteizentrale wollen Mitglieder der CDU und der Jungen Union am 22. Oktober für eine breitere Friedensdiskussion in ihrer Partei demonstrieren. Das kündigten gestern in Bonn Sprecher einer bislang nur parteiintern arbeitenden „Initiative mehr Sicherheit für Europa" an, die nach eigenen Angaben vor einem Jahr gegründet wurde und etwa 150 Mitglieder – auch in der CSU – zählt.

Sprecher der Initiative erläuterten, die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses werde von ihnen nicht abgelehnt. Der Postgewerkschaftler Klaus-Dieter Zemlin, führendes Mitglied der CDU-Sozialausschüsse, erklärte, der Punkt sei erreicht, wo man nein zur Nachrüstung sagen müsse, die nur zu einer weiteren Drehung an der Rüstungsspirale führen wird. An seine Partei appellierte er, in der friedens- und sicherheitspolitischen Auseinandersetzung mit SPD und „Friedensbewegung" auf „Totschlagargumente" und Worte wie das von der „Fünften Kolonne Moskaus" zu verzichten.



## Asylantenwelle aus Iran in Berlin

AP, Berlin

Die Zahl der iranischen Asylbewerber in Berlin ist nach Angaben des Berliner Innensenators im September sprunghaft gestiegen. Insgesamt hätten in diesem Monat 114 Iraner einen Asylantrag gestellt. Im gesamten Vorjahr habe die Zahl nur bei 87 gelegen. Die Senatsverwaltung für Inneres führte den Anstieg der Asylanträge bei Iranern auf Enteignungen durch das Khomeini-Regime und auf zahlreiche Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst zurück. Die Ausreise aus Iran werde in vielen Fällen organisiert.

# *Bekennerbrief: SS-Mann und Frau hingerichtet*

WERNER KAHL, Bonn

Deutsche und ausländische Fahnder zur Aufklärung von Nazi-Verbrechen versuchen gegenwärtig mit der Staatsanwaltschaft Münster die Hintergründe eines mysteriösen Feme-Doppelmordes, der in der Nacht zum 1. Oktober nahe der deutsch-niederländischen Grenze verübt worden ist, zu klären. Die bei dem heimtückischen Anschlag in ihrem Einfamilienhaus in Isselburg (Kreis Borken) getöteten Eheleute Blum waren zunächst stranguliert und danach wahrscheinlich bei lebendigem Leib mit Benzin übergossen und angezündet worden. Dies geht aus dem Befund nach der Obduktion der Leichen des 73jährigen Pensionärs Heinrich Blum und seiner fünf Jahre jüngeren Ehefrau hervor.

„Wir müssen jetzt von einer geplanten politisch motivierten Hinrichtung ausgehen", sagte der Chef der Mordkommission, Hauptkommissar Günter Schneider der WELT. Das Obduktionsergebnis, das zunächst der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt worden war, bestätigt anscheinend ein nach Art terroristischer Mitteilungen gehaltenes „Bekennerschreiben", das zu Beginn der Woche bei der Polizeistation im benachbarten Anholt eintraf und den Tod der Eheleute als „Hinrichtung" erklärte.

### Opfer einer Verwechslung?

In dem anonymen Schreiben wird dem seit einiger Zeit halbseitig gelähmten ehemaligen Bergwerkssteiger Heinrich Robert Blum, einem gebürtigen Westfalen, vorgeworfen, er sei während der nationalsozialistischen Herrschaft SS-Kommandeur von Wacheinheiten in Konzentrationslagern gewesen. Die „Rächer" der nicht näher erläuterten angeblichen Verbrechen ihres Opfers bezeichneten ihre Tat als „Gottes letztes Wort – Amen". In Großbuchstaben heißt es in dem Schreiben abschließend: „Hingerichtet".

Während die Behörden nicht ausschließen, daß sich hinter den Tätern eine bisher unbekannte Feme-Organisation verbirgt, die ehemalige SS-Angehörige aufzuspüren sucht, wurden zugleich Zweifel geäußert, ob Blum mit dem beschuldigten „Aufseher und Kommandeur" identisch ist oder vielmehr einer Verwechslung zum Opfer gefallen ist? Nach den bei Heinrich Blum gefundenen Papieren stand er bei Kriegsende lediglich im Rang eines Sturmmannes der Waffen-SS, ermittelte nach Angaben von Staatsanwalt Henning Lenz die Justiz. Das entspricht dem Dienstgrad eines Gefreiten in der ehemaligen Wehrmacht. Bei seiner Gefangennahme durch amerikanische Truppen in der Nähe der österreichischen Alpengemeinde Taxenbach bei Zell am See hatte er eine Ersatzbescheinigung für das Soldbuch, ausgestellt am 4. Mai 1945 von einer Kraftfahrerschule III vorgezeigt.

### In Ludwigsburg unbekannt

Der gelernte Schlosser war 1933 in die allgemeine SS eingetreten. Das geht aus Papieren des alliierten Document Centers in West-Berlin hervor. Bei Kriegsbeginn war er als Soldat zu einer Nachrichtentelegrafie-Baukompanie der Luftwaffe eingezogen worden. Nach der Entlassung 1941 aus dem Luftwaffennachrichtenregiment 14 verliert sich bis Kriegssende sein Einsatzraum.

Bei der Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg gebe es weder Angaben über Blum als Beschuldigten in den zahlreichen KZ-Prozessen der vergangenen Jahrzehnte noch Hinweise auf ihn als Zeugen, erklärte der Leitende Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl der WELT. Ein solcher Fall wie der mutmaßliche Feme-Mord an dem Ehepaar Blum sei ihm zudem in Deutschland noch nicht bekannt geworden.

Eine Parallele, bei der Mord als Mittel zu einer Diffamierungskampagne gegen die Bundesrepublik Deutschland herhalten mußte, wird in dem Anschlag auf den ehemaligen Oberst der Waffen-SS, Joachim Peiper, gesehen, der 1976 weltweites Aufsehen erregt hatte. Der ehemalige Mitarbeiter von Gestapo-Chef Heinrich Himmler war in seinem französischen Nachkriegswohnort Ranfort, wo er legal lebte, bei einem Brandanschlag durch ein „Kommando" ums Leben gekommen. Die Terroristen wurden damals in den stark kommunistisch bestimmten Kreisen der ehemaligen französischen Resistance vermutet.

# Die zweite Privat-Universität

**120 Medizin-Studenten sollen in zwei Jahren in Ingolstadt ihre Ausbildung beginnen**

PETER PHILIPPS, Bonn

In Ingolstadt, der alten Herzogsresidenz, wurde vor mehr als 500 Jahren die erste bayerische Universität gegründet. Die Alma mater wanderte in späteren Jahrhunderten über Landshut ins aufstrebende München. Wenn nichts Unvorhergesehenes passiert, wird Ingolstadt vom Jahre 1985 an wieder Hochschulgeschichte schreiben – und diesmal nicht nur für Bayern. Denn in knapp zwei Jahren soll hier an der Donau die zweite private Universität der Bundesrepublik Deutschland ihre Pforten öffnen.

Viele Parallelen zum Vorläufer auf diesem Gebiet, der am 30. April 1983 in Witten / Herdecke den Studienbetrieb eröffnete, fallen ins Auge – vor allem aber diese: Auch die Initiatoren in Ingolstadt setzen mit der privaten Universitätsreform bei der Mediziner-Ausbildung an.

### US-Privatuniversitäten gelten als Vorbild

Daß Wilhelm von Humboldt sich bei der Beobachtung vieler Ausbildungs- und Prüfungsrealitäten an den Universitäten der Bundesrepublik Deutschland im Grabe umdrehen würde, ist unbestritten. Aber vor allem der Medizinbetrieb gehört nach dem Urteil vieler Experten zu den kränkelnden Organen. Deshalb sollen in Ingolstadt im dort möglichen Rahmen Fehler „durch eine wissenschaftsorientierte und den späteren Anforderungen gerechte Studiengestaltung korrigiert" werden.

Die Ausbildung wird sich, so heißt es in der Ziel-Definition der Ingolstädter Universitäts-„Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Lehre", an „internationalen Maßstäben orientieren und bei Lernenden und Lehrenden eine starke Leistungsbereitschaft voraussetzen". Das Studium an der künftigen Privathochschule soll zu einer „kenntnisreichen, leistungsbereiten, einfühlungsfähigen, kritischen und undoktrinären Persönlichkeit erziehen". Denn der „zukünftige Arzt muß durch das Universitätsstudium Grundüberzeugungen, Grundhaltungen und ein Vorverständnis vermittelt bekommen, das es ihm ermöglicht, die während der Praxisphase gewonnenen Erfahrungen sinnvoll zu werten und die auftretenden Probleme zu verstehen, um Lösungsmöglichkeiten zu finden".

Nicht nur der angestrebte Name „Internationale Europäische Universität" macht den Anspruch deutlich. Mindestens ebenso programmatisch ist, daß der Lehrbetrieb zweisprachig in Deutsch und Englisch ablaufen wird. Denn das Ziel ist nicht, sich am Standard deutscher Mediziner-Ausbildung zu orientieren, sondern dem Vorbild der amerikanischen Privatuniversitäten nachzueifern. Deshalb werden auch renommierte US-Wissenschaftler vom ersten Tag des Eröffnungssemesters an zum Lehrkörper gehören.

Träger des Universitätsvereins sind bisher 37 „natürliche und juristische Personen", wie Geschäftsführer Peter Thelen angibt. Sie haben in der Form von Spenden und Mitgliedsbeiträgen einen ersten finanziellen Grundstock geschaffen in der Größenordnung von etwa einer Million Mark. Insgesamt waren rund 300 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung mit der Bitte um Unterstützung angeschrieben worden. Und zu den Förderern der Privatuniversität gehört seitdem auch der Elektronik-Gigant IBM.

Da nach dem Selbstverständnis der Uni-Gründer aber „ein Bildungsangebot zum Nulltarif nicht möglich ist", wird im Unterschied zu den staatlichen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland ein wesentlicher Finanzierungsbeitrag zu den laufenden Kosten des Wissenschafts- und Lehrbetriebs aus Studiengebühren bestehen; nach den bisherigen Planungen 15 000 Mark je Student pro Jahr.

### Hohe Anforderungen an Studienbewerber

Doch mit dem entsprechenden Bonitätsnachweis allein wird niemand seine Zulassung in Ingolstadt erhalten. Profan gesagt wird neben dem Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife auch der Nachweis über ausreichende Englisch-Kenntnisse verlangt. Außerdem muß ein sechsmonatiges Krankenpflegepraktikum absolviert worden sein und eine Referenz über die Eignung zum Arztberuf vorgelegt werden. Sehr viel grundsätzlicher heißt es dann in den Aufnahmebedingungen: „An den Studienbewerber werden hohe Anforderungen gestellt, da von einem Arzt naturwissenschaftliches Denken, psychologisches Einfühlungsvermögen, soziales Verständnis und emotionale Zuwendung verlangt werden. Die Erfüllung der ärztlichen Pflichten erfordert darüber hinaus Leistungsbereitschaft, Pflichtbewußtsein und Entscheidungswille sowie die Fähigkeit zur begrifflichen Klarheit und zur Schärfe im schlußfolgernden Denken. Die Auswahl der Bewerber wird sich an diesen Maßstäben orientieren."

Die praktische Ausbildung wird im neuen Klinikum in Ingolstadt sowie im Augustinum in München erfolgen. Ein Grundstück für die Errichtung der erforderlichen Räumlichkeiten für Vorklinikum und Kliniktheorie steht ebenfalls zur Verfügung. Ein erstes persönliches Gespräch mit dem bayerischen Kultusminister Hans Maier über die staatliche Genehmigung für die Privat-Uni soll noch in diesem Monat stattfinden.

Die ersten 120 Medizin-Studenten sollen in Ingolstadt 1985 mit ihrer Ausbildung beginnen. Der zweite Hecht im Karpfenteich der verkrusteten deutschen Universitätsstrukturen ist also dabei, aus dem Laich zu schlüpfen.

*

In Herdecke, einer Kommune am Rande des Ruhrgebiets, öffnete am 2. Mai am Gemeinnützigen Gemeinschaftskrankenhaus Witten/Herdecke die jüngste Universität der Bundesrepublik und zugleich die erste in freier Trägerschaft ihre Pforten. 26 Studentinnen und Studenten des Fachs Medizin nahmen dort ihr Studium auf, 6000 Bewerber hatten sich vergebliche Hoffnungen gemacht. Die Pläne für den Ausbau von Herdecke haben schon klare Züge. 1984 sollen der Fachbereich Zahnmedizin und kurz darauf der Studiengang Wirtschaftswissenschaft eingerichtet werden. Jeder Fachbereich soll mit 25 Studenten beginnen (im Fach Medizin können die nächsten 25 Studenten im März 1984 nachrücken). Im Endausbau sollen in Herdecke einmal 3000 Studenten studieren – ohne Einsatz öffentlicher Mittel, finanziert nur durch Spenden und Beiträge.

## Es gärt unter den Grünen in Hessen

AP, Frankfurt

In den Kreisverbänden der hessischen Grünen wächst der Unmut über den Beschluß der Landesversammlung vom vergangenen Wochenende, auf der den Sozialdemokraten in Wiesbaden eine Woche nach der vorgezogenen Landtagswahl eine kontinuierliche Zusammenarbeit angeboten worden war. Nach den Grünen aus Frankfurt haben nun auch die Parteimitglieder aus Darmstadt eine solche Zusammenarbeit ebenso abgelehnt wie nicht-öffentliche Verhandlungen zwischen Grünen und der SPD und eine Zustimmung zum Haushalt 1983.

Vor Journalisten kritisierten führende Mitglieder der hessischen Grünen gestern in Frankfurt den in Petersberg gefaßten Beschluß der Landesversammlung als „Wählerbetrug" und als „Bruch mit der politischen Kultur der Grünen". Ohne von einem möglichen Austritt aus der Partei zu sprechen, sagte zudem der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Milan Horacek, er müsse sich gemeinsam mit seinen Freunden für den Fall, daß diese Richtung beibehalten werde, überlegen, ob dies noch „die Partei ist, die wir mitgegründet haben".

## 773 Häftlinge freigekauft

XHK. Gießen

Ost-Berlin hat im Rahmen der Freikaufaktion der Bundesregierung 34 ehemalige politische Häftlinge in die Bundesrepublik Deutschland entlassen. Nach WELT-Informationen kam der erste Gefangenen-Transport im Monat Oktober am Dienstagabend im Notaufnahmelager in Gießen, an.

Damit hat die Bundesregierung in diesem Jahr insgesamt 773 Personen aus „DDR"-Gewahrsam freigekauft. Unter ihnen befinden sich 132 Frauen. Sie kamen in 15 Transporten aus verschiedenen mitteldeutschen Gefängnissen nach Gießen.

Die jetzt Freigekommenen sind vorwiegend junge ehemalige „DDR"-Bewohner, die wegen „Republikflucht", „staatsfeindlicher Hetze" und anderer politischer Delikte zu Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und mehreren Jahren Freiheitsentzug verurteilt waren.

Zu den wenigen „Langstrafern", die in diesem Jahr von Bonn freigekauft werden konnten, zählt der ehemalige Leutnant der Nationalen Volksarmee der „DDR", Karl-Heinz Rutsch. Nach 10jähriger Strafverbüßung wegen eines Fluchtversuchs kam der Offizier am 7. September gemeinsam mit dem Regimekritiker Rainer Bäurich in die Bundesrepublik.

## Arbeitgeber: Aktion des DGB kein Erfolg

dpa, Hamburg

Unterschiedliche Angaben machten gestern Gewerkschaften und Arbeitgeber über die Beteiligung an der DGB-Aktion „Fünf Mahnminuten für den Frieden" am Mittwoch. Aus Gewerkschaftskreisen wird die Zahl der Teilnehmer an der Protestaktion auf einige Millionen geschätzt. Die IG Metall spricht davon, daß nach groben Schätzungen etwa die Hälfte der vier Millionen Beschäftigten der Metallindustrie für fünf Minuten die Arbeit niedergelegt hätte. Demgegenüber erklärten die Arbeitgeber, die DGB-Aktion sei „kein Erfolg" gewesen. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Köln meinte, in der privaten Wirtschaft sei der Aufruf „nur zu einem verschwindend geringen Teil" befolgt worden. Dies hätten viele Mitgliedsverbände und Unternehmen berichtet. Die Arbeitnehmer hätten „in ihrer überwiegenden Zahl das geltende Recht respektiert".

DIE WELT (uspe 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

# Der Kanzler und die Medienpläne der Länder

Von FRANZ BARSIG

Die Medienpolitik war bislang, nimmt man alles in allem, nur ein Gesprächsthema für Fachleute. Plötzlich aber stehen politische Entscheidungen an. Vieles, was über Jahre kompliziert erschien, vereinfacht sich und wird allgemeinverständlich.

Am 11. Mai 1978 hatten die Ministerpräsidenten der Länder beschlossen: „Die Länder der Bundesrepublik Deutschland betrachten die einheitliche Grundstruktur des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland als ein wertvolles Gut."

Das entsprach schon am 11. Mai 1978 nicht der tatsächlichen Lage, denn die Grundzüge des rheinland-pfälzischen Gesetzentwurfes für das Kabelfernseh-Pilotprojekt Ludwigshafen waren bekannt. Man wußte schon damals, daß in diesem Projekt private Anbieter zum Zuge kommen werden und nicht mehr der Binnenpluralismus einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt das Kriterium sein würde, sondern der Außenpluralismus. Das heißt, die Gesamtheit aller Programme sollte die Meinungsvielfalt – ein tragender Gesichtspunkt von drei Urteilen des Bundesverfassungsgerichts – herstellen.

Im November 1980 wurde es dann vollends klar, daß man bei dem „wertvollen Gut" einer Fiktion nachgejagt war. Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht gab zu Protokoll, daß er auch während der Laufzeit der Pilotprojekte anderweitige rundfunkpolitische Entscheidungen der Länder nicht auszuschließen gewillt war. Trotzdem wurde noch drei Jahre lang der untaugliche Versuch gemacht, zu den Beschlüssen von 1978 zurückzukommen, bis man dann auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 19. Mai 1983 feststellen mußte, daß der Dissens zwischen A-, also sozialdemokratisch geführten Ländern, und B-, also CDU/CSU-geführten Ländern, in Rundfunkfragen nicht zu überbrücken ist.

Man mag beklagen, daß danach eine Periode begonnen hat, in der das Medienrecht in der Bundesrepublik Deutschland auseinandergeht, aber ein Schaden für die Zuschauer und Hörer wird es nicht sein, wenn verschiedene Organisationsformen erprobt werden.

Nun gibt es allerdings in diesen Tagen zumindest Versuche, zu der Fiktion der einheitlichen Rundfunkverfassung zurückzukehren. Bundeskanzler Helmut Kohl hat an die Ministerpräsidenten einen Brief geschrieben, in dem er Gespräche wünscht. Die erste Kontaktaufnahme war am 30. September, in großer Runde will man sich im Dezember treffen.

In dem Brief sind vernünftige Gedanken enthalten wie der, daß neue Rundfunkanbieter die Presse nicht in ihrer Existenz bedrohen dürfen. Zu unterstützen ist auch, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk erhalten bleiben soll, aber den will ja ohnehin keiner abschaffen. Inwieweit der öffentlich-rechtliche Rundfunk an neuen Technologien zu beteiligen ist, das kann schon strittiger werden.

Stutzig macht aber die Auffassung des Kanzlers, es dürften durch stark voneinander abweichende Regelungen – gemeint ist das Länderrecht – keine neuen Hemmnisse aufgebaut werden. Ob der Kanzler bei dieser Formulierung gut beraten war, das kann man bezweifeln, denn ein Hemmnis für die Nutzung neuer Technologien war ja bei den Ministerpräsidenten bisher die Blockadepolitik der SPD, die eben darauf gerichtet war, nur öffentlich-rechtlichen Rundfunk zuzulassen.

Nun wirft die SPD zwar hier und da einen Köder hin, der sie beweglicher erscheinen lassen soll, als sie wirklich ist, aber Peter Glotz hat ja wohl in einem „Spiegel"-Interview im September klargemacht, daß es sich bei anderen Gedanken wirklich nur um Köder handelt.

Wie ist denn die Lage? Die CDU verfolgt in ihrer praktischen Medienpolitik vorrangig Personalpolitik. Sie ist glücklich, wenn sie hier einen genehmen Intendanten durchsetzt oder in einer anderen Anstalt einen Chefredakteursposten ergattert, bei dem dann auch das richtige Parteibuch vorhanden ist. Sie übersieht dabei völlig, daß in Spitzenpositionen bei Rundfunk und Fernsehen kein Intendant Bäume ausreißen kann. Dazu ist das Arbeitsrecht zu zementiert. Durch die sogenannte Festanstellungswelle sind die Rundfunkanstalten planstellenmäßig fast unbeweglich geworden.

Der Mittel- und Unterbau aber macht die Programme. In Nachrichtensendungen im Fernsehen ist zur Zeit die SPD benachteiligt. Klar, denn vom Bild bietet eine Regierung mehr als die Opposition im Wort. In den Magazinen sieht es schon anders aus. Löwenthals „ZDF-Magazin" hat seine „Gemeinde", aber das war schon vor dem Regierungswechsel so. Münchens „Report" bemüht sich um Ausgewogenheit. Dann hört es aber auch schon auf.

In den Konfliktfeldern der heutigen Zeit, also Nachrüstung, friedliche Nutzung der Kernenergie, Hausbesetzerfrage, Ausländerrecht, Vermummungsverbot und vielem anderen mehr, sind die Programmacher schon weit darüber hinaus, was der nächste Parteitag der SPD beschließen kann. Im Hörfunk geht es noch „progressiver" zu. Im übrigen wird im Fernsehen Politik nicht nur in den Magazinen gemacht, es geht bis zum „Kleinen Fernsehspiel" des ZDF.

Der Kanzler muß das erkannt haben, denn in der ZDF-Sendung während der Funkausstellung, als er von Berliner Chefredakteuren befragt worden ist, sagte er, bei manchen Magazinen wisse er schon beim ersten Bild, in welche Richtung das laufe. Spitzenleute der SPD wissen das auch, aber bei dem allgemeinen Zickzackkurs der Partei kann man ja im Bereich der Medienpolitik nicht noch ein neues Konfliktfeld betreten.

Weil also bei öffentlich-rechtlichen Anstalten auf längere Sicht nichts zu ändern ist, bleibt nur ein anderer Weg übrig: neue Programmveranstalter zuzulassen, denn das wird sich zumindest auf die Einschaltquoten auswirken. In einer solchen Situation sollte der Kanzler den Versuch unterlassen, etwas zu kitten, was bei den Ländern zerbrochen ist.

Er stört dabei auch die Politik, die sein Bundespostminister seit einem Jahr betreibt, denn Schwarz-Schilling versucht ja, das Argument des Frequenzmangels, tragende Säule bisheriger verfassungsrechtlicher Entscheidungen, gegenstandslos zu machen. Zählt man alles zusammen, worauf Schwarz-Schilling Optionen erworben hat oder was er bauen lassen will, dann wird es bis zum Jahre 1987 allein 17 deutsche Satellitenkanäle geben, die ja wohl nicht alle öffentlich-rechtlich belegt werden können, denn das wäre eine Machtzusammenballung unerträglicher Art. Im Hörfunkbereich kommen die neuen Frequenzen erst aus dem Band 100 bis 104 und dann bis 108 MHz hinzu. Schwarz-Schilling hat also in einem Jahr die restriktive Haltung von drei Postministern vor ihm, nämlich Ehmke, Gscheidle und Matthöfer, in fast rasantem Tempo verändert. Der Bundespostminister verkabelt auch, aber seine Politik kann nur erfolgreich sein, wenn in die Kabelnetze auch neue Programme eingespeist werden. Wem man nur eine bessere Bildqualität von ARD 1 und 3 und ZDF zusagen kann, der wird es sich dreimal überlegen, ob er die Anschluß- und Dauergebühren zahlt.

Natürlich gibt es auch heute noch in der CDU/CSU Politiker, die das „wertvolle Gut" einer einheitlichen Rundfunkstruktur für etwas Erhaltenswertes ansehen. Pfründe in der Hand sind manchem wertvoller als die neue Taube auf dem Dach. Ob der Kanzler auf sie Rücksicht nehmen muß? Wer die Dinge realistisch betrachtet, der soll es beim jetzigen Zustand bei den Ministerpräsidenten belassen. Die SPD würde sich ins Fäustchen lachen, wenn noch einmal der Versuch unternommen werden sollte, und jetzt sogar mit der möglichen Hilfe des Kanzlers, den Stillstand einige Jahre fortzusetzen.

# Vor dem „Kulturkampf" schreckt Paris zurück

## Mitterrand schiebt Schulreform auf die lange Bank

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die sozialistische Regierung in Paris ist offenbar nicht gewillt, sich zu den zahlreichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen, denen sie sich gegenübersieht, auch noch auf einen Streit um die Privatschulen einzulassen. Der seit Monaten schwelende Konflikt droht offen auszubrechen, wenn, wie bisher angenommen, der Erziehungsminister Alain Savary „in diesen Tagen neue Vorschläge für die Integrierung des privaten in den öffentlichen Schulsektor" vorlegen will.

Jetzt empfahl Premierminister Mauroy dem Parlament, einen entsprechenden Gesetzestext „irgendwann in den nächsten Monaten" zu diskutieren. Damit schob er das äußerst heiße Thema einmal mehr auf die lange Bank. Mauroy fügte indes hinzu, daß mit „dem Durcheinander im Schulbetrieb, das durch irrtümliche oder willkürliche Interpretation der Gesetze entsteht, eines Tages Schluß gemacht werden" müsse.

Die erneute Verschiebung der Entscheidung geht dem Vernehmen nach auf Präsident Mitterrand zurück, der sich die neuen Vorschläge seines Erziehungsministers in der Vorwoche angesehen und sie als „in der augenblicklichen Lage inopportun" bewertet hatte. In der Tat sind beide Lager, das laizistische und das kirchliche, so sensibilisiert, daß Unruhen zu befürchten wären, sollte es zu einer Vorlage des Textes oder nur zu einer neuen Verhandlungsrunde kommen. Man will das heiße Eisen nicht anfassen, solange die Linke bei allen Nachwahlen Verluste hinnehmen muß, die Meinungsumfragen einen immer stärkeren Popularitätsverlust des Staatschefs und des Premierministers ergeben und massive Entlassungen in der Groß-Industrie sich jederzeit in Straßenunruhen verwandeln können.

### Massiver Widerstand

Erste Versuche Savarys im Dezember, die bisher gültigen Gesetze zur Regelung des Privatschulwesens von 1959 und 1974 durch einen neuen Text zu ersetzen, der praktisch die Existenz privater und religiöser Schulen beenden würde, mußten wegen des massiven Widerstands der kirchlichen Behörden, der privaten Lehrer und vor allem der Elternverbände abgeblasen werden. Savarys Pläne liefen darauf hinaus, die Privatschulen den öffentlichen anzugleichen, ihre Lehrer und Direktoren in den öffentlichen Lehrkörper einzugliedern und den Eltern die Wahl einer Schule für ihre Kinder durch die Einführung einer vorgeschriebenen Einschulung am Wohnort unmöglich zu machen.

Informationen, die aus seinem Ministerium durchsickern, ergeben, daß der Minister diese Pläne in seinem neuen Konzept in der Substanz kaum geändert, sondern nur zeitlich gestreckt hat. Hiergegen aber läuft nach wie vor die gesamte Anhängerschaft der seit etwa 100 Jahren bestehenden privaten Schulen des Landes Sturm. An ihrer Spitze niemand geringerer als der Kardinal-Erzbischof von Paris, Monsignore Lustiger, der dem Premierminister in einem Zeitungsinterview öffentlich vorwarf, mit seinen Drohungen, mit den Privatschulen Schluß machen zu wollen, noch vor jeder Verhandlung ein Fait accompli geschaffen zu haben.

### Essentielle Forderungen

Pater Guiberteau, der Generalsekretär des Verbandes der katholischen Schulen Frankreichs und eine Schlüsselfigur im französischen „Kulturkampf", spielte der WELT gegenüber die durch den Schulstreit herrschende Spannung herunter. „Irgendwann" werde es mit dem Dualismus im französischen Schulwesen, das ja „vollkommen anachronistisch" sei, einmal ein Ende haben müssen. Dies sei heute auch Erkenntnis vieler Eltern und des Episkopats. Nur gebe es essentielle Forderungen der Kirche, die sich mit demokratischen Grundregeln deckten und daher zäh verteidigt werden würden. Dazu gehöre die freie Wahl der Schule durch die Eltern und die Möglichkeit für die Kirche, ihre ethischen Grundsätze in ein öffentlich-pluralistisches Erziehungswesen einbringen zu können. Hierzu gebe es Kompromisse und Kompromißbereitschaft auf beiden Seiten, bei den Laizisten wie den Anhängern der Religionsschulen. Der Anti-Klerikalismus der ersten Jahrzehnte des Jahrhunderts sei heute ebenso überwunden wie die Politisierung des Klerus in der 3. Republik.

Pater Guiberteau kann sich, ebenso wie einige seiner bischöflichen Vorgesetzten, kompromißbereit zeigen: 71 Prozent der französischen Elternschaft aus beiden Lagern sind der Ansicht, daß die private Schule die bessere ist, 59 Prozent sähen in ihrer Abschaffung einen Angriff auf die persönliche Freiheit.

Seite 2: Am Ende der Illusionen

# Carstens trifft den richtigen Ton

THOMAS KIELINGER, Washington

Während Bundespräsident Karl Carstens die USA aus langer politischer Erfahrung kennt, ist er vielen amerikanischen Politikern unbekannt, das Staatsoberhaupt eines Landes, aus dem allerlei Despektierliches über Amerika, aber kaum jemals eine Nachricht aus der Villa Hammerschmidt berichtet wird.

Was das mit Besuchern verwöhnte Washingtoner Publikum zu sehen bekommt, besticht allenthalben. Dies ist nicht nur ein Mann, der das Englische fehlerfrei beherrscht. Er ist auch die glaubwürdige Übereinstimmung von Wort und Welt, politischer Botschaft und menschlicher Anteilnahme. Carstens hat das, was Amerikaner an Deutschen am sympathischsten finden: das Timbre der Freundschaft, dem keine Vokabeln distanzierender Eigenart, wie sie manchmal in der französischen Darstellungskunst durchbrechen, im Wege stehen.

Dabei wirkt der Bundespräsident durchaus als Mann europäischer Distinktion – etwas, was die Amerikaner zu schätzen wissen, solange es sie nicht einschüchtert. Dieser deutsche Präsident schüchtert sie nicht ein. Er nimmt sie ein, gewinnt sie, er gewinnt – bisher jedenfalls – Amerika für eine neue Runde deutsch-amerikanischer Vertrautheit. Eine wichtige Verankerung, in diesen Tagen aufgeputschter Gefühle im Umfeld von kontroversen politischen Entscheidungen.

Der Schlußtag in Washington begann mit einer denkwürdigen Rede vor beiden Häusern des Kongresses und endete mit einem Dinner an der Massachusetts Avenue, im Anderson House, das Carstens zu Ehren von Vizepräsident Bush und etwa 200 geladenen Gästen gab. Die deutsche Delegation revanchierte sich damit für das Bankett am Abend zuvor, im Weißen Haus. Sie führte kein Programm vor, keine musikalischen Nach-Dinner-Unterhaltungen, sondern ließ es mit begleitenden Weisen aus Renaissance und Barock bewenden, die ein Bläserensemble aus Annapolis zum Besten gab.

Man stellte sich dabei ganz auf die menschlichen Kontakte ein und bot mit dem aus Deutschland eingeflogenen Menü (Rehrücken als Hauptgang, zubereitet von einem deutschen Koch) zudem eine kulinarische Spitzenleistung. Ausgewählt auch die laminierte Karte, die den Einband des gedruckten Menüs abgab: Ein Faksimiledruck der Ratifikationsurkunde zwischen den USA und dem Norddeutschen Bund, 1868, über die Staatsangehörigkeit von Einwanderern aus beiden Ländern.

Der Bundespräsident ergriff in Washington das Wort zu einer Vielzahl von Themen, um die er in der Bundesrepublik in der Regel einen großen Bogen machen würde. Mutig ging er beispielsweise auf die Raketen-Thematik zu. Solange in Genf verhandelt werde, solle man die Hoffnung nicht aufgeben. Er, Carstens, kenne ja die Sowjets aus den Jahren seines diplomatischen Dienstes, bei ihnen könne man „nie wissen, was kommt".

Wiederholt wird er angesprochen auf die fürwahr unterbelichtete Behandlung des Staatsbesuchs in der amerikanischen Presse. Carstens pariert glänzend. Ohne die Presse auf ihre Plätze zu weisen, deutet er doch an, auf was für einer Öffentlichkeit er gesetzt habe: „Fünfunddreißig Minuten vor beiden Häusern des Kongresses zu sprechen, das allein war mir die Reise wert", meint der Präsident.

In der Tat läßt dieser Staatsbesuch sehr plastisch einen Unterschied zwischen der deutschen und der amerikanischen Medienlandschaft hervortreten. Während in der Bundesrepublik parlamentarische oder politische Anlässe ihren Niederschlag in den Medien haben, laufen Medien und Politik in Washington häufig aneinander vorbei. Der vierte Stand, die Presse, hält es für relativ unerheblich, was der Kongreß für Sitzungen anberaumt, es sei denn, es stehen nachrichtenverdächtige Themen auf dem Kalender.

Der Kongreß wiederum gibt sich in seiner Geschäftsordnung ganz ohne begleitende Gedanken an die Medien. Man empfängt eben einen deutschen Präsidenten mit der ganzen Neugier des weiten Landes, welches diese Senatoren und Abgeordneten vertreten.

Wie sagte doch Carstens vor den beiden Häusern des Kongresses? „Wir sind ein Land von der Größe Oregons." Das ist ein Vergleich, der im übrigen aus der Schmidt-Ära stammt. Er erklärt den hohen Grad an nationaler Prä[illegible]nz, den die politischen Medien in d[illegible]r Bundesrepublik ausüben und genie[illegible]en.

Die Presse in Amerika ist demgegenüber unordentlicher, von einer nationalen Geschlossenheit gekennzeichnet. Immerhin machte das nicht-kommerzielle Fernsehen PBS (Public Broadcasting Systems) viel wett, indem es eine ganze Stunde dem Thema der deutschen Einwanderung in Amerika widmete.

Von der deutschen Presse in Washington gefragt, was er denn von der Unlust der Jugendlichen halte, ins Ausland zu gehen und dort einen bestimmten Zeitraum zu verbringen, gab Carstens einen seiner am tiefsten empfundenen Anliegen preis. „Ich höre so viel das Argument, daß junge Leute nicht ins Ausland gehen wollen, weil sie befürchten, ihre beruflichen Chancen zu verpassen. Ich behaupte: Das Umgekehrte ist der Fall. Die Chancen verbessern sich, wenn man Erfahrungen, Sprachkenntnisse und Eindrücke im Ausland erworben hat." Im übrigen meinte Carstens, die Tendenz sei rückläufig, das Interesse an Auslandsaufenthalten unter den Deutschen gehe wieder nach oben. Der Jugendaustausch zwischen den beiden Ländern führt schon heute jährlich fast 10 000 Menschen in das Land ihres jeweiligen transatlantischen Partners.

Zusammen mit US-Senator Heinz setzte Carstens den ersten Spatenstich zur Anlage des deutsch-amerikanischen Freundschaftsgartens, mitten im Herzen Washingtons, an der Mall, der grünen Lunge der Stadt. Bei dieser Gelegenheit machte John Heinz, Millionenerbe und Senator aus Pennsylvania, eine aufschlußreiche Bemerkung: „Ich kann jetzt wieder einen Teil meines Erbes zurückerwerben." Dieses Bekenntnis ist typisch für die Amerikaner deutscher Herkunft. Sie sind wieder stolz auf ihre Abstammung.

## Für mehr Jugendaustausch

DW. Washington

In einem Interview mit der WELT spricht sich der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Philipp Jenninger, für eine Intensivierung des Jugendaustausches zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA aus. Das Gespräch führte Stefan Heydeck.

**WELT:** Herr Staatsminister Jenninger, gestern ist mit der Überreichung von Urkunden im amerikanischen Kongreß das deutsch-amerikanische Jugendaustauschprogramm symbolisch eröffnet worden. Worin liegt die Besonderheit dieser Aktion?

**Jenninger:** Hier handelt es sich um die Aktion der Gesetzgebungsorgane von zwei befreundeten Staaten, die beide erkannt haben, daß es gerade in der gegenwärtigen Lage darauf ankommt, bei den Jugendlichen in beiden Ländern mehr Verständnis füreinander zu wecken. Denn das ist die Generation, von der morgen das Schicksal der westlichen Demokratien und damit ein Leben in Freiheit, Selbstbestimmung und persönlicher Würde abhängt. Dafür sind zahlreiche und intensive Begegnungen erforderlich. Das hat zum Beispiel im Verhältnis der beiden „Erzfeinde" Deutschland und Frankreich mit dem gemeinsamen Jugendwerk deutlich sichtbare Früchte getragen. Ich hoffe und wünsche, daß dieses neue Programm im Blick auf die USA auf Dauer zu den gleichen Erfolgen und Ergebnissen führt.

**WELT:** War es denn überhaupt notwendig, daß Bundestag und Kongreß sich auf ein solches Programm verständigen mußten, denn es gibt ja bereits eine ganze Fülle von privaten Initiativen auf diesem Gebiet.

**Jenninger:** Eindeutig ja. Denn durch die Übernahme von Patenschaften durch die gewählten Volksvertreter wird demonstriert, daß wir uns zu gleichen Werten und Prinzipien bekennen. Gerade die Abgeordneten können dafür sorgen, daß das für mich unverständliche gegenseitige Mißtrauen in Teilen der jungen Generation abgebaut wird. Aber: Der Staat kann und soll nicht alles tun. Deshalb bin ich dankbar, daß es schon eine ganze Reihe von privaten Initiativen auf diesem Feld gibt. Und die sollen weiterbestehen.

**WELT:** Aber wäre es nicht doch besser, wenn es eine gemeinsame zentrale Steuerungsstelle für solche Aktivitäten gäbe, wie z. B. im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit angesiedelt wäre.

**Jenninger:** Ich lehne staatliche Allmacht ab. Auch und gerade in diesem Bereich. Denn durch den Einsatz und das Engagement der hier tätigen vielen kleinen und großen Organisationen, die teilweise erhebliche finanzielle Opfer bringen, wird mehr erreicht als durch den Aufbau neuer bürokratischer Apparate. Ich kann nur begrüßen, daß etwa der Verband der deutsch-amerikanischen Klubs allein im letzten Jahr mehr als eine halbe Million Mark für die Förderung der Kontakte zwischen Deutschen und Amerikanern aufgebracht hat. Das ist ein echter Beitrag zur Völkerverständigung.

# Bewachten Gummipuppen Terroristen?

dpa, Belfast

Hunderte von verurteilten Terroristen im berüchtigten Maze-Gefängnis von Belfast sind möglicherweise jahrelang von Gummipuppen „bewacht" worden. Das britische Nordirland-Ministerium hat nach entsprechenden Vorwürfen eine Untersuchung darüber eingeleitet, ob die Wachtürme in dem Sicherheitsgefängnis während des Ausbruchs von 38 Gefangenen vor eineinhalb Wochen mit als Soldaten verkleideten Schneider-Puppen besetzt waren. Von 19 der Ausgebrochenen fehlt noch jede Spur.

Die britische Armee hatte nach dem Massen-Ausbruch, bei dem ein Wärter getötet wurde, zunächst heftig bestritten, daß in der Krisenprovinz jemals „Puppen" zur Bewachung von Häftlingen eingesetzt worden seien. Wenige Stunden später wurden jedoch Fotos aus einem anderen Gefängnis veröffentlicht, auf denen die angeblich niemals verwendeten Puppen deutlich als „Wachtposten" zu sehen waren.

# Putschversuch in Niger gescheitert

AP/AFP, Niamey

In der westafrikanischen Republik Niger ist in der Nacht zu gestern ein Putschversuch gescheitert. Premierminister Mamane Oumarou erklärte gestern mittag im Landesrundfunk, eine Gruppe Bewaffneter habe die Abwesenheit des Staatschefs General Seyni Kountsche ausnutzen wollen, um das Regime zu stürzen. Die Armee habe jedoch das Vorhaben vereitelt. Die Regierung habe die Lage im Griff, und die Ordnung sei wieder hergestellt. Der Regierungschef forderte die Bevölkerung zur Ruhe auf.

Aus diplomatischen Kreisen in Niamey war berichtet worden, kurz vor Tagesanbruch seien im Westen der Hauptstadt, wo sich Präsidentenpalast und das Hauptquartier der Streitkräfte befinden, Schüsse aus leichten Waffen zu hören gewesen. Seit dem frühen Vormittag sei der Waffenlärm jedoch verstummt. Lediglich ein kleiner Bereich in der Umgebung des Präsidentenpalastes sei mit Panzerwagen abgesperrt.

Staatspräsident Kountche befand sich unterdessen gestern auf dem Heimflug von Frankreich, wo er am französisch-amerikanischen Gipfeltreffen in Vittel teilgenommen hatte. Über die Urheber und Hintergründe des Putschversuchs war zunächst nichts in Erfahrung zu bringen.

# Was Schmidt in Bonn alles darf

**Ehrenbürgerschaft für den früheren Bundeskanzler / Barzel hielt die Laudatio**

EVI KEIL, **Bonn**

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt wurde gestern der 47. Ehrenbürger der Stadt Bonn. Der Hanseat reiht sich damit in eine bedeutende Ehrenbürgerliste ein. Zu ihnen gehören Otto Fürst von Bismarck, der frühere Reichspräsident Paul von Hindenburg, die zwei früheren Bundeskanzler Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, die ehemaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss, Heinrich Lübke, Gustav Heinemann und Walter Scheel, aber auch die frühere Beethoveninterpretin Elly Ney.

Im Rathaus überreichte Bonns Oberbürgermeister Hans Daniels die Ehrenurkunde, die, wie die Stadt ausdrücklich vermerkt, „mit lichtechter und wasserfester Plackafarbe in ornamentaler Gestaltung auf Kalbspergament", zur Ehrenbürgerschaft begründend erklärt: „Die Stadt würdigt die bei vielen Gelegenheiten bewiesene Bereitschaft ihres Mitbürgers, sich mit seiner ganzen Persönlichkeit und den Möglichkeiten seines Amtes in besonderer Weise für die Bundeshauptstadt einzusetzen." Die Urkunde beschert dem Ehrenbürger Schmidt in Zukunft große Bonner Freizügigkeiten: Er darf kostenlos Frei- und Hallenbäder benutzen, ohne Obolus die Musikschule besuchen, braucht keinen Eintritt bei Volkshochschulen zu zahlen, hat ein Kartenanrecht auf städtische Theater- und Konzertveranstaltungen, und – was den Bonnern besonders wichtig ist – er kann sich nach seinem Tode in einem Ehrengrab auf dem Alten Bonner Friedhof beisetzen lassen. Es ist allerdings kaum anzunehmen, daß der passionierte Hanseat letzte Ruhe in Bonn sucht.

OB Daniels hatte die Ehrenbürgerschafts-Feier, eingedenk der Tatsache, daß Helmut Schmidts Herz auch in Bonn in erster Linie immer für Hamburg schlug, mit Folklore aus dem Norden umrahmen lassen. Aus Schmidts Wahlkreis Hamburg-Bergedorf kam die „Veerländer Speeldeel", die zur Gaudi des Publikums auf dem Markt tanzte. Auch im Rathaus selbst sollte sich der neue Ehrenbürger heimisch fühlen: Politische Weggenossen waren zur Stelle. Zu ihnen gehörten Hans Jochen Vogel, Horst Ehmke, Schmidts früherer Kanzleramtschef Gunter Huonker, der frühere Bundesminister Alex Möller und Bundestagsvizepräsident Jürgen Westphal. Die Laudatio auf Helmut Schmidt hielt ein politischer Weggenosse aus dem anderen Lager, Bundestagspräsident Rainer Barzel, den mit Schmidt, seit beide zur gleichen Zeit eine Fraktion führten, Freundschaft verbindet.

Barzel: „Ja, wir sind beide Politiker, Abgeordnete, entstammen der Kriegsgeneration, haben früh und lange besondere politische Verantwortung getragen, sind daran nicht zerbrochen, auch nicht auf den Mund gefallen, waren die Fraktionsvorsitzenden der Großen Koalition – die beiden, denen Kanzler Kurt Georg Kiesinger, wie verbürgt ist, scherzhaft ‚alles' zutraute." Barzel würdigte Schmidts „kantianisches Pflichtbewußtsein, seine freundschaftliche Treue und Verläßlichkeit".

Die Stadt Bonn hat übrigens gestern bei der 47. Ehrenbürgerschaft leichte Geschichtskorrekturen vorgenommen: Da in dieser Zahl heute auch die einstigen Ehrenbürger des eingemeindeten Bad Godesberg enthalten sind, fehlt einer, sonst wäre Schmidt der 48. im Reigen. Ehrenbürger Bonns und Godesbergs war im Dritten Reich auch Adolf Hitler. Die Bürger erinnern sich noch heute der offiziellen Briefumschläge mit dem Aufdruck: „Die Stadt des Führers, Bad Godesberg". Die penible Ehrenbürgerliste der Stadt, die mit 1895 beginnt, verschweigt heute jedoch diese Ehrung. Gegenüber der WELT erklärte der stellvertretende Leiter des Bonner Stadtarchivs, van Rey, in fast allen rheinischen Gemeinden seien 1933 Hitler und Hindenburg zu Ehrenbürgern ernannt worden. Fast nirgendwo seien diese Ehrenbürgerschaften später aberkannt worden. Nur Aachen habe eine förmliche Stadtratssitzung abgehalten und Hitler gestrichen.

# NVA-Offiziersausbildung verlängert

**Ein Jahr mehr für Technik, Ideologie und bessere Integration in den Warschauer Pakt**

GREGOR KONDEK, **München**

Die Ausbildungszeit zum Offizier der „Nationalen Volksarmee" (NVA) an den Offiziersschulen der „DDR" ist mit Beginn des neuen Studienjahres im Herbst dieses Jahres um ein Jahr verlängert worden.

Für die zukünftigen Offiziere der Landstreitkräfte, der Volksmarine, des Bodenpersonals der Luftstreitkräfte, der Luftverteidigung sowie der Grenztruppen beträgt die Ausbildungszeit jetzt vier Jahre und für die Luftstreitkräfte fünf Jahre. 1987 bzw. 1988 werden diese Offiziere mit ihrem Leutnantspatent zum ersten Mal auch noch einen akademischen Grad – ein Diplom – erhalten. Dies war bisher nur den Absolventen der Militärakademie „Friedrich Engels" in Dresden vorbehalten.

Die NVA hat insgesamt fünf Offiziersschulen:

– Offiziersschule der Landstreitkräfte „Ernst Thälmann" in Löbau in Sachsen,

– Offiziersschule der Grenztruppen „Rosa Luxemburg" in Plauen,

– Offiziersschule der Luftstreitkräfte „Franz Mehring" in Kamenz bei Bautzen; Ausbildungsstätten für Flak-Offiziere in Potsdam-Geltow,

– Offiziersschule der Volksmarine „Karl Liebknecht" in Stralsund und

– Offiziersschule für Polit-Offiziere „Wilhelm Pieck" in Berlin-Grünau.

Die Zielrichtung der Ausbildungsverlängerung geht aus der Begründung der neuen Richtlinien hervor. Darin heißt es: „Sie seien durch die gestiegenen technischen Anforderungen, die zunehmende Integration in eine Koalitionsarmee (noch engere Anbindung an die Streitkräfte des Warschauer Paktes, die Redaktion) und zur besseren ideologischen Ausrichtung erforderlich geworden."

Etwa 50 bis 70 Offiziere der NVA absolvieren darüber hinaus jährlich eine Ausbildung an der sowjetischen Militärakademie „Frunsen" in Moskau.

Zum ersten Mal in der Geschichte der 1959 gegründeten Militärakademie „Friedrich Engels" in Dresden haben im vergangenen Studienjahr auch sowjetische Offiziere eine Ausbildung abgeschlossen. Bisher hatten nur polnische und vietnamesische Offiziere die Akademie in Dresden besucht.

# Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714.

## *Erst Klinik – dann Praxis*

**„Kultur: Arzt-Ausbildung": WELT vom 23. September**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

Ihrer Kurzmeldung zufolge hat der Verband der niedergelassenen Ärzte im Anschluß an das Medizinstudium eine mindestens zweijährige Weiterbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin vor selbständiger Tätigkeit in eigener ärztlicher Praxis gefordert.

Der Fachverband Deutscher Allgemeinärzte (FDA) lehnt eine solche Forderung entschieden ab. Das Fachgebiet der Allgemeinmedizin ist eine eigenständige wissenschaftliche Disziplin mit fachspezifischer berufstheoretischer Forschung. Die für eine Ausübung dieses Fachgebietes erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten können nur durch eine mehrjährige, qualifizierte und curricular ausgestaltete Weiterbildung vermittelt werden.

Es kann keinem Arzt, der sich außerhalb der Allgemeinmedizin spezialisieren will, beispielsweise dem Pathologen, zugemutet werden, im Anschluß an sein Medizinstudium sich zunächst einer „zweijährigen Weiterbildung zum Allgemeinarzt" zu unterziehen. In einem solchen zweijährigen Weiterbildungsabschnitt können weder spezifisch allgemeinmedizinische Weiterbildungsinhalte vermittelt werden, noch würde eine solche Weiterbildungszeit dem künftigen Spezialisten in seinem Spezialgebiet dienlich sein.

Das Fachgebiet der Allgemeinmedizin ist kein Querschnittsfach. Der Zugang zur verantwortungsvollen allgemeinärztlichen Tätigkeit in eigener Praxis darf im Interesse einer optimalen Patientenversorgung nur für jene Ärzte möglich sein, die im Anschluß an ihr Studium eine mindestens vierjährige Weiterbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin durchlaufen und die entsprechende Facharzt*prüfung abgelegt haben.*

Der Fachverband Deutscher Allgemeinärzte (FDA) hält den schon seit Jahren bestehenden Zustand für dringend regelungsbedürftig, wonach sich junge Ärzte im Anschluß an ihr Studium bereits nach nur einem Viertel Jahr ärztlicher Tätigkeit als vollverantwortliche Kassenärzte in freier Praxis niederlassen können. Ausschließlich der mehrjährig in Klinik und Praxis qualifiziert weitergebildete Arzt für Allgemeinmedizin erfüllt die Voraussetzungen für die schwierige und verantwortungsvolle Tätigkeit im Fachgebiet der Allgemeinmedizin.

*Dr. Frank H. Mader*
*Bundesgeschäftsführer des Fachverband Deutscher Allgemeinärzte e. V. (FDA)*
*Nittendorf ü. Regensburg*

*

**„Ärzte warnen vor Folgen der schlechten Ausbildung": WELT vom 19. September**

Hierzulande ist die Gesundheitspolitik in weitem Maß ein kollektivwirtschaftliches Anhängsel der Sozialpolitik. Von daher wird sie ganz entscheidend bestimmt. Doch die Qualität der medizinischen Versorgung unserer Bevölkerung zu sichern, eine Qualitätsminderung der Allgemeinmedizin zu verhindern, das wäre schon die Aufgabe schlechthin für das ärztliche Establishment!

Das von partieller Blindheit verzerrte, reduzierte und getrübte Bild über die Bedeutsamkeit der Allgemeinmedizin darf sich nicht länger selber genießen. Mit den sattsam bekannten Lippenbekenntnissen zur Entwicklung der Allgemeinmedizin sollte man sich wirklich nicht mehr zufriedengeben. Technologische, ökologische, soziologische Faktoren bestimmen das Zukunftsbild, das vor unseren Augen liegt, und bestimmen auch das Zukunftsbild der Medizin und des ärztlichen Berufes. Für die neuen gesundheitlichen Aufgaben und Bedürfnisse unserer Gesellschaft sind nicht nur geschlossene *Ziel- und Strategiesysteme* erforderlich, sondern auch eine genügende Anzahl von qualifiziert ausgebildeten Allgemeinärzten.

Im Rahmen dieses notwendigen Umdenkungsprozesses sollte auch ineffizienter Luxusmedizin eine deutliche Absage erteilt werden. Das gleiche gilt auch für die kostspielige „placebo technology". Die neuen und bedeutsamen Schwerpunkte in der Allgemeinmedizin verlangen neue Formen der Aus-, Fort- und Weiterbildung und zugleich eine Absage an Standesprivilegien und berufspolitischem Konservatismus. Die Chance zu einer humaneren Dimension der Medizin sollten wir endlich richtig nutzen.

*Dr. Winfried Sander,*
*Oberreg.-Medizinalrat a. D.,*
*1. Vorsitzender des NAV-Landesverbandes Niedersachsen/-Bremen (Verband der niedergelassenen Ärzte Deutschlands),*
*Hannover*

### Wort des Tages

» Es ist umsonst, daß du den Armen sagst, es sei ein Gott, und dem Waisen, er habe einen Vater im Himmel. Mit Bildern und Worten allein lehrt kein Mensch den anderen Gott kennen. Aber wenn du dem Armen hilfst, daß er wie ein Mensch leben kann, so zeigst du ihm Gott, und wenn du die Waise wie ein Vater erziehst, so lehrst du ihn den Vater im Himmel erkennen. «

**Heinrich Pestalozzi, schweiz. Pädagoge (1746–1827)**

## *Land für Frieden*

**„Stramme Samsons brauchen keinen Zauberteppich mehr"; GEISTIGE WELT vom 24. September**

*Sehr geehrte Herren,*

der Artikel von Harald Vocke zeichnet sich durch einen großen Kenntnisreichtum aus sowie durch eine Subtilität des Urteils. Nur bei einer Bemerkung scheint eine Ergänzung notwendig zu sein.

Harald Vocke behauptet mit Recht, daß für einen Rückzug aus den besetzten Gebieten im Parlament in Jerusalem eine Mehrheit nicht zu gewinnen sei. Diese Behauptung gilt natürlich nur solange, als Israel keine Verhandlungspartner hat, weder bei den Palästinensern noch mit Jordanien. Sollte sich diese bedauerliche Situation einmal ändern, sind durch*aus Lösungen denkbar*, welche den derzeitigen Zustand verändern.

Es ist also nicht so, als ob die Mehrheit der Israelis auf jeden Fall die besetzten Gebiete westlich des Jordans annektieren will. Land für Frieden war und ist die Parole vieler Israelis. Leider versagen die Araber Israel die friedliche Koexistenz.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. E. L. Ehrlich,*
*B'NAI B'RITH,*
*Riehen / Schweiz*

# Personalien

### EHRUNGEN

Bundespräsident **Karl Carstens** erhält die Ehrendoktorwürde der Juristischen Fakultät der Universität Dijon, Frankreich. Am 24. Oktober wird Carstens seinen französischen Doktorhut entgegennehmen. Carstens hatte in den dreißiger Jahren, als es nicht mehr in Deutschland selbstverständlich war, im Ausland zu studieren, noch ein juristisches Semester in Dijon belegen können.

*

**Karl Donat**, Leiter des Bonner Studios des Deutschlandfunks, erhielt von Bundespräsident **Karl Carstens** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Donat, zuvor Pressereferent und Sprecher der CSU Landesgruppe in Bonn, hatte 1966 die Leitung des Bonner Studios übernommen.

### DIPLOMATEN

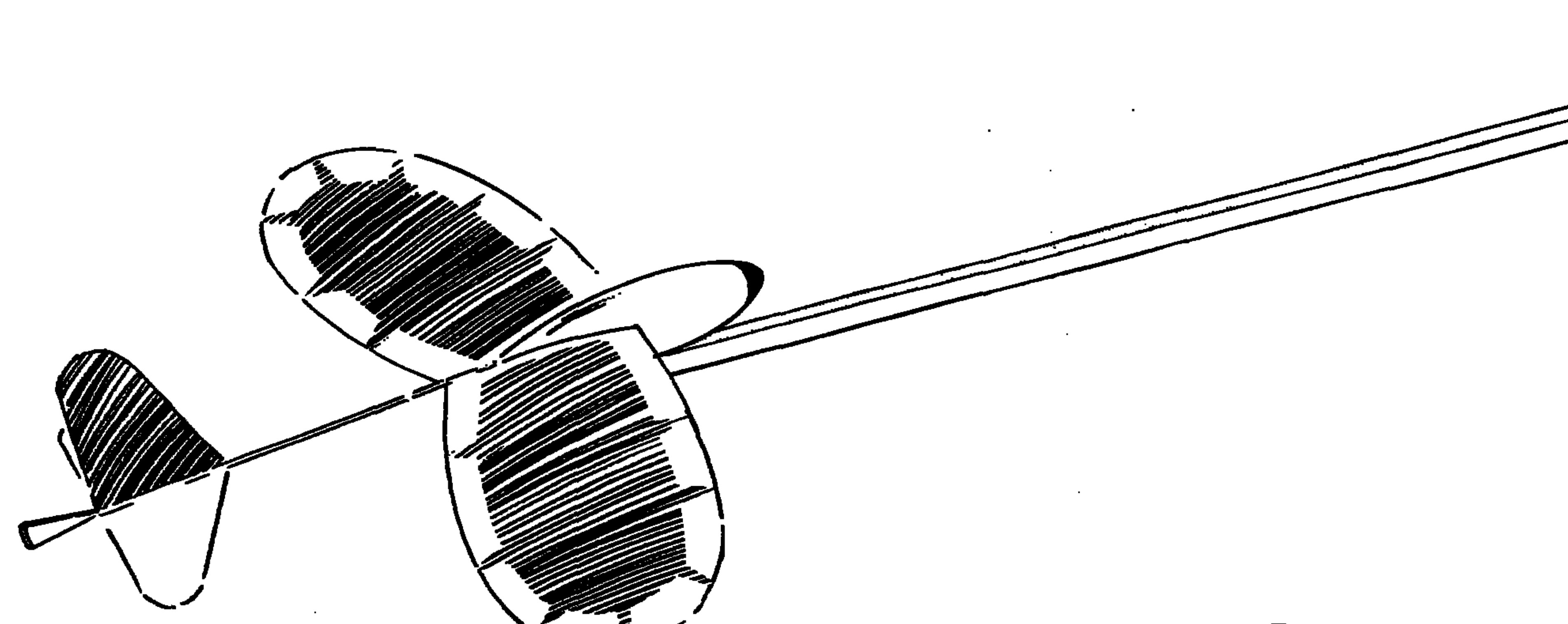
Oberst **Viktor Iwanowitsch Martschenko**, Luftwaffenattaché der sowjetischen Botschaft in Bonn, bekam von dem Verleger des Militärfachverlages Bernard und Graefe, von **Manfred Sadlowski** nach dem Abschuß des südkoreanischen Passierflugzeuges durch einen sowjetischen Jäger das „Taschenbuch der Luftflotten 1983/84" zugesandt. Begründung des Verlegers: Das Buch enthalte auch Silhouetten-Zeichnungen amerikanischer Aufklärungsflugzeuge und neueste Fotos der wichtigsten im Einsatz befindlichen Flugzeuge in Ost und West, so daß die Besatzungen sowjetischer Kampfflugzeuge nächstens bei der Benutzung dieses Buches keine Identifizierungsschwierigkeiten mehr haben müßten.

### ERNENNUNG

Finnlands Botschafter **Heikki Kalha** wurde neuer Präsident des Internationalen Clubs La Redoute in Bad Godesberg. Der bisherige Präsident, **Théodore De Mel**, Botschafter der Elfenbeinküste, wurde in seine Heimat zurückversetzt.

*

Professor Dr. theol. Dr. rer. pol. **Wilhelm Weber**, Direktor des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften und Lehrbeauftragter für Wirtschaftsethik im Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Münster, starb im Alter von 57 Jahren. Wilhelm Weber war 1952 in Rom zum Priester geweiht worden. Nach Jahren praktischer Seelsorge nahm er das Studium wieder auf.



# Nun macht Labour Front gegen Fleet Street

## Die Partei lastet ihre Wahlniederlage der Presse an

FRITZ WIRTH, Brighton

Die Labour Party hat am Donnerstag auf ihrem Parteitag beschlossen, eine neue Tageszeitung zu gründen. Sie glaubt, damit ihre Politik besser an den Wähler bringen zu können. Die Debatte, die diesem Beschluß vorausging, enthüllte deutlich das tief gestörte Verhältnis zwischen der Labour Party und Fleet Street. Zahlreiche Delegierte lasten die schwere Wahlniederlage ihrer Partei vor vier Monaten der Tatsache an, daß die überwiegende Mehrheit der britischen Zeitungen den Konservativen nahesteht.

Es war für die Journalisten keine sehr schmeichelhafte Debatte. Der Delegierte Greg Campell nannte sie „von Natur aus faul", der Gewerkschaftler John Ingham unterstellte ihnen ein zu inniges Verhältnis zum Alkohol, und der Bergarbeiter-Funktionär Eric Clarke befand pauschal: „Wir zählen Journalisten nicht zu den Freunden unserer Partei."

Der abgetretene Parteichef Michael Foot, ein langjähriger Feund des ehemaligen Zeitungsverlegers Lord Beaverbrook und einst selbst Chefredakteur der konservativ orientierten Londoner Abendzeitung „Evening Standard", hatte bereits zwei Tage zuvor erklärt: „Ich gehöre nicht zu denen, die unsere Wahlniederlage ausschließlich den Medien anlasten, doch ich möchte feststellen, daß der allgemeine Niedergang des Journalismus heute schlimmer ist als jemals zuvor, und jene Zeitungen, die am tiefsten im Schmutz wühlen, können am ehesten damit rechnen, daß ihre Chefredakteure oder Besitzer geadelt werden."

### Die Finanzierung bleibt weiter umstritten

Der Plan einer sozialistisch orientierten Tageszeitung unter direkter Kontrolle der Gewerkschaften und der Labour-Führung ist nicht neu. Es liegt inzwischen eine parteiinterne Untersuchung vor, die die Anlaufkosten dieses Unternehmens auf 6,7 Millionen Pfund (rund 26 Millionen D-Mark) beziffert. Eine Auflage von 300 000 würde das Blatt aus der Verlustzone herausbringen.

Die Finanzierung der Zeitung ist jedoch nach wie vor umstritten. Die Labour Party schloß das letzte Jahr mit einem Verlust von 500 000 Pfund ab und ist praktisch mittellos. Die Gewerkschaften behaupten, daß ihre Kassen durch ihre Verpflichtung, Labour finanziell über Wasser zu halten, strapaziert genug seien.

Es gibt heute in Fleet Street nur ein Verlagshaus, das die Labour Party direkt unterstützt: Es ist die „Mirror"-Gruppe, die jedoch in entscheidenden politischen Grundsatzfragen wie der britischen EG-Zugehörigkeit und in der nuklearen Abrüstung vom Labour-Parteikurs abweicht. Die anderen großen Zeitungshäuser wie die Murdoch-Gruppe, das „Express"-Haus und der „Daily Mail"-Konzern stehen mit ihren Massenzeitungen den Konservativen nahe.

### Gewerkschaftsreform ohne lange Dauer?

Die der Labour Party verbundenen Wochenzeitungen „New Statesman" und „Tribune" stecken in tiefen Krisen und haben in den letzten zehn Jahren Auflagenverluste von 50 Prozent hinnehmen müssen. Der Parteitag beschloß außerdem, ein Gesetz einzubringen, das die Veröffentlichung von Meinungsumfragen während eines Wahlkampfes untersagt.

In der anschließenden Debatte attackierte der Parteitag scharf die von der Regierung Thatcher geplante Gewerkschaftsreform, durch die die Entscheidungsprozesse der Gewerkschaften demokratisiert werden sollen und die außerdem die Finanzierung der Labour Party durch die Gewerkschaftsmitglieder in Frage stellt.

Schatten-Arbeitsminister Varley kündigte an, daß die nächste Labour-Regierung diese Reformgesetze unverzüglich wieder aufheben wird. Das Problem freilich ist, daß zahlreiche Gewerkschaftsmitglieder die Tory-Reform begrüßen und bereits bei der letzten Unterhauswahl in großen Scharen zu den Konservativen und den Sozialdemokraten übergelaufen sind.

Seite 2: Orientierungslos

# Solidarnosc bleibt eine schlummernde Macht

## Die unabhängige Gewerkschaft organisiert sich neu im Untergrund / Keine spektakulären Aktionen

Von JOACHIM GLIEWE

Vor drei Jahren im September/Oktober 1980: Die eben gegründete „Solidarnosc", noch im Taumel der Freude und in fast ungläubiger Verwunderung über den errungenen Sieg, fängt an, sich unter Führung des jetzigen Nobelpreisträgers Walesa zu organisieren. Innerhalb weniger Wochen hat sie mehr Mitglieder als die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR) in ihren besten Zeiten je gehabt hat. 16 Monate später ist der Traum zu Ende. Gegen die erste unabhängige Gewerkschaft in einem kommunistisch regierten Land wird das Kriegsrecht ausgerufen, ihre Führer und Aktivisten interniert, das Vermögen der Organisation beschlagnahmt, jegliche gewerkschaftliche Betätigung verboten. Was ist geblieben von der mächtigen, von Millionen Polen unterstützten Kraft, die zwischen September 1980 und Dezember 1981 das gesellschaftliche und politische Antlitz des Landes unwiderruflich zu verändern schien?

Was die Zahl der Anhänger, die Zahl derer anbelangt, die die Gewerkschaft unterstützen, sagt man in der „Solidarnosc": Es kann sein, daß nach dem August 1980 zwei Millionen von der Partei oder von den mit ihr verbundenen Organisationen in die unabhängige Gewerkschaft hineingeschickt worden sind, daß weitere zwei Millionen aus Opportunismus beigetreten sind, weil sie Angst um ihre Posten hatten und ihr Fähnchen nach dem Wind gehängt haben. Aber dann bleiben immer noch fünf oder sechs Millionen, die die Ideen, die von der „Solidarnosc" verkörpert werden, lieben und für die die Zeit der unabhängigen Gewerkschaft die große Zeit der Freiheit und des gesellschaftlichen Engagements bleiben wird.

Freilich: Kaum einer der Mitarbeiter von „Solidarnosc" glaubt, daß die

**POLEN**

Organisation in absehbarer Zeit wieder zugelassen wird. Auch nach der Verleihung des Nobelpreises nicht.

Das Wesentliche sei, sagen die „Solidarnosc"-Mitglieder, daß das Bewußtsein der Polen heute ein anderes als vor dem August 1980 ist, und daß vor allem auch das Bewußtsein der Aktivisten der Gewerkschaft ungleich höher ist als es 1980 und 1981 war. Diese Erfahrungen und dieses Wissen betrachten sie als ihre schlummernde Macht, als das geistige Kapital, mit dem sie in der polnischen Gesellschaft klüger, vernünftiger und effektiver operieren werden, als sie das vordem vermocht haben.

Zehntausende, die sich an Manifestationen beteiligen, zu denen die Untergrundführung aufruft, sind nur die demonstrative Spitze des Eisbergs. Was solche Aktionen betrifft, ist die Gewerkschaft darauf bedacht, Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt auszuweichen. Demonstrationen sollen symbolischen und friedlichen Charakter haben, weitere Einbußen unter den Gewerkschaftsmitgliedern möglichst vermieden werden. Daß es am dritten Jahrestag der Gewerkschaftsgründung Ende August in Nowa Huta und in anderen Städten zu schweren Zusammenstößen zwischen Miliz und Demonstranten gekommen ist, ist kaum einem von der „Solidarnosc"-Führung verfolgten Konzept anzulasten. Sie sind vielmehr Resultat einerseits des brutalen Vorgehens der Miliz, andererseits aber auch Folge des aufgestauten und sich bei solchen Gelegenheiten entladenden Hasses vieler Polen auf die Staatsgewalt.

Dieser Haß, der der „Bürgermiliz" und dem Sicherheitsdienst entgegenschlägt, ist im Alltag ständig, manchmal auf subtile, manchmal in einer dreisten Weise präsent. Für einen Polizeibeamten gibt es, wenn er in seiner Uniform einkaufen will oder wenn er den Verkäufern als Milizionär bekannt ist, selten Schuhe in jener Größe, die er benötigt. Halbwüchsige machen sich einen Spaß daraus, das Türschloß des im Haus bekannten Polizisten immer wieder mit Lehm zu verschmieren.

Die „Solidarnosc" ist vorsichtig geworden. Größere Demonstrationen sind auf wenige signifikante Gedenktage beschränkt. In betrieblichen Auseinandersetzungen trachtet man zu vermeiden, daß die aktiven Arbeiter und die eigenen Betriebszellen nach den Entlassungswellen im Vorjahr noch weiter geschwächt werden. Aufrufe zu Bummelstreiks können ohnedies nicht viel mehr als symbolischen Charakter haben.

Für die unabhängige Gewerkschaft ist jetzt nicht die Zeit der spektakulären Aktionen, sondern der Rekonstruktion der Bewegung. Es gilt, Hilfe zu organisieren, für die politischen Gefangenen, für die aus der Arbeit Entlassenen und ihre Familien. Neben den Betriebsorganisationen der Gewerkschaft wird ein Netz aufgebaut, das eine unabhängige Erziehung, eine unabhängige Presse und Literatur, eine unabhängige künstlerische Tätigkeit gewährleisten soll. Die „Verbreitung der Wahrheit" ist eines der wesentlichsten Ziele. Die Zeitungen der Gewerkschaft werden in fast ganz Polen gelesen. Es gibt eine Reihe von Untergrundverlagen. Allein die beiden größten, KRONK und CDN, haben im vergangenen Jahr eine Unzahl von Flugblättern, Informationsbroschüren und Büchern publiziert.

# *IPU-Tagung läßt Seoul nicht triumphieren*

FRED de la TROBE, Tokio

„Südkorea bemüht sich um Kontakte und Beziehungen zu allen Staaten der Welt ungeachtet ihrer Ideologien und politischen Systeme." Das betonte Staatspräsident Chun do Hwan am „Tag der Armee" Anfang Oktober in Seoul. Das gelte auch für Nordkorea, das eine unverändert feindliche Haltung gegenüber seinem Land einnehme. Gleichzeitig sei aber angesichts der fortgesetzten Provokationen Pjöngjangs gegen den Süden Stärke und Wachsamkeit unerläßlich.

Trotz der Empörung über den Abschuß des südkoreanischen Jumbos durch die Sowjets will Südkorea seine „Politik der offenen Tür" gegenüber den kommunistischen Staaten beibehalten, mit denen es keine diplomatischen Beziehungen hat. Damit sollen letztlich auch die Spannungen zwischen den beiden Teilstaaten auf der koreanischen Halbinsel abgebaut werden.

Die gegenwärtig in Seoul tagende Vollversammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) hat allerdings nicht zu dem diplomatischen Durchbruch geführt, auf den die Regierung Chun gehofft hatte. Alle kommunistischen Staaten und eine Reihe von Ländern der Dritten Welt blieben der Tagung fern.

China, das nicht Mitglied der IPU ist, sandte trotz Einladung aus Seoul keine Beobachter. Andererseits ließ es zwei südkoreanische Delegierte zu einer internationalen Tagung über Rundfunkwesen nach Shanghai einreisen. Damit schossen wieder Spekulationen ins Kraut, daß die Chinesen an engeren Kontakten zu Südkorea interessiert seien.

Für Peking hat jedoch Nordkorea höheren Stellenwert: Es muß ein Abschwenken Pjöngjangs in Richtung Moskau verhindern. Der chinesische Außenminister Wu Xuequian besuchte erst im Juni die nordkoreanische Hauptstadt und Kim Jong Il, der Sohn und Erbe des Diktators Kim Il Sung reiste kurz darauf zu einer Gegenvisite nach Peking.

In der innenpolitischen Szene hat sich die Erwartung vieler Beobachter nicht erfüllt, daß der Präsident vor Beginn der Vollversammlung der Interparlamentarischen Union die Schrauben etwas lockern würde. Jede von der offiziellen Linie abweichende Meinung wird noch scharf unterdrückt. In allen Universitäten finden häufig Demonstrationen gegen die Regierung statt.

Die Opposition lastet der Regierung Präsident Chuns, der im Dezember 1979 durch einen Putsch an die Macht kam, mangelnde Legitimität und undemokratische Methoden an. Die seither abgehaltenen Wahlen konnten nicht als freiheitlich gelten. Die Aktivitäten der noch zugelassenen Oppositionsparteien in der Nationalversammlung sind stark eingeschränkt.

Pluspunkte konnte die Regierung jedoch in letzter Zeit durch eine günstige Wirtschaftsentwicklung und ein in der Folge stabiler Preise gestiegenes Einkommensniveau sammeln. Auch der Abschuß des Jumbos und die antisowjetischen Großkundgebungen im Lande kamen eher der herrschenden Mannschaft des Präsidenten zugute. (SAD)

# Shamir: Weitere Siedlungen in Westjordanien

rtr. Tel Aviv

Der designierte israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir will die jüdische Besiedlung des besetzten Westjordanien „mit Vorrang" betreiben. Dies gab Geula Cohen von der Tehiya-Partei gestern nach einer Begegnung Shamirs mit der Tehiya-Fraktion bekannt. Der künftige Regierungschef habe Pläne bestätigt, die jüdische Bevölkerung in Westjordanien von derzeit 30 000 auf 100 000 zu vergrößern. Am Mittwoch hatte ein Kabinettsausschuß die Umwandlung von sechs Vorposten der Besatzungstruppen in Siedlungen gebilligt. Westjordanien und seine rund 800 000 palästinensischen Bewohner sind seit 16 Jahren unter israelischer Verwaltung.

# Thatcher hält trotz Affäre zu Parkinson

wth. London

Eine Liebesaffäre des britischen Industrieministers Cecil Parkinson ist zum süffisanten Gesprächsthema der Londoner Society geworden. Wie Parkinson durch seinen Rechtsanwalt bekanntgab, hatte er ein Verhältnis mit seiner Sekretärin, die im Januar ein Kind von ihm erwarte. Er hätte zunächst beabsichtigt, diese Sekretärin zu heiraten, später aber habe er sich entschlossen, bei seiner Frau und seinen drei Kindern zu bleiben.

Diesem öffentlichen Geständnis, das durch zahlreiche Gerüchte, die in den vergangenen Tagen in London kursierten, ausgelöst wurde, folgte wenig später eine Mitteilung aus Downingstreet: Für Margaret Thatcher ergebe sich aus der Affäre nicht die Frage einer möglichen Abberufung Parkinsons als Industrieminister.

Parkinson war bis vor vier Monaten Präsident der Konservativen Partei und gilt als der Chef-Architekt des jüngsten konservativen Wahlsieges. Frau Thatcher belohnte ihn für diesen Erfolg mit dem Amt des Industrieministers, das er unmittelbar nach der Wahl übernahm. Während des Falklandkonflikts hatte Parkinson dem „Kriegskabinett" angehört. Er war bisher als einer der aussichtsreichsten Kandidaten für die Nachfolge Margaret Thatchers im Gespräch.

# Kohl fordert gerechten Ausgleich für Nahost

● Fortsetzung von Seite 1

besuchen und ihm seine Einschätzung der Situation mitteilen.

König Hussein, der Kohl mehrfach als „Freund" ansprach, hatte eine ungewöhnlich politische Tischrede gehalten, wie deutsche Diplomaten empfunden haben. Dabei erhob der König schwere Vorwürfe an die Adresse Israels, dem er eine „Expansions- und Besatzungspolitik" vorhielt. Hussein forderte Deutschland aufgrund moralischer und internationaler Verpflichtungen auf, eine „wirksame und verantwortungsvolle Haltung" im Nahost-Konflikt einzunehmen. Aber es fiel bei aller Kritik an Israel auch auf, daß der König sehr wohl das Gewicht der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Israel auch als politischen Faktor einzuschätzen vermag. Hussein sprach nämlich davon, Bonn sei „durch seine Freundschaft zu den arabischen Völkern und zu Israel berufen, eine ausgewogene Haltung einzunehmen".

Kohl, auch das fiel auf, hat zwar das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser mehrfach zur politischen Forderung erhoben, aber er hat offengelassen, „wie" es verwirklicht werden kann. Er versteht seine Haltung als prinzipielle Position, deren Ausformung er als Angelegenheit der betroffenen Staaten und Gruppen ansieht. Der Kanzler vermied es auch, in seiner Tischrede die Nahosterklärung der Europäer von Venedig aus dem Jahre 1980 zu zitieren, die in den arabischen Staaten Hoffnungen genährt hatte.

Jordanien, das zeigte sich, ist ein ausgesprochen deutschfreundliches Land. Bilaterale Probleme, so wird auch von jordanischen Regierungsvertretern einmütig versichert, gebe es nicht. Bonn ist im Rahmen seiner Entwicklungshilfe in Jordanien besonders engagiert. Allein an Finanzhilfen hat das Königreich in den letzten zwanzig Jahren von Bonn über 900 Millionen Mark erhalten. Im Jordantal besuchte der Bundeskanzler gestern ein Projekt zur Verbesserung der Lebensbedingungen für die dortige Bevölkerung. Die Beduinen, so sagten sie, wollten damit dem Bundeskanzler beweisen, daß auch die Araber die Wüste zum Blühen bringen können.

In Jordanien sind 28 deutsche Firmen durch Repräsentanten vertreten. Schon kurz nach Kohls Ankunft in Amman gab es einen kurzen Stehempfang des Kanzlers für die deutsche Kolonie. Zu Hause in Deutschland, so sagte Kohl in einem improvisierten Grußwort, sei manches auf die „schiefe Bahn" gekommen. Er bezog dies auf die Tendenz, vor allem „gegen etwas" zu demonstrieren. Er sei nach Amman gekommen, um „für etwas", nämlich für die traditionelle Freundschaft zu den arabischen Völkern, zu demonstrieren. Mit der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland gehe es „langsam wieder aufwärts", wenn er sich diesen Aufschwungprozeß auch schneller gewünscht habe, sagte Kohl. In der Sicherheitspolitik werde die Bundesregierung ihr „Wort halten, wo sie ihr Wort gegeben hat". Dies gelte auch für die Entscheidungen, die in den nächsten Wochen anstehen, sagte Kohl mit Blick auf die Verhandlungen in Genf.

*

dpa, Amman

In Jordanien bekam Helmut Kohl zu sehen, was er bei der Planung seines geplatzten Israel-Besuchs umgehen wollte: Als er gestern mit Kronprinz Hassan im Hubschrauber den Jordan entlangflog, ging der Blick des Kanzlers auch hinüber auf das Westufer, das die Israelis seit dem Sechstagekrieg von 1967 besetzt halten. Der Ausgleich israelischer und palästinensischer Rechte, von Kohl als der Kern des Nahostproblems beschrieben, war wesentliches Thema seines zweitägigen Besuchs in Amman. Die jordanische Seite drang dabei erneut darauf, Bonn solle seinen Einfluß nutzen, damit die USA mäßigend auf die Israelis einwirken.

König Hussein und Königin Noor hatten sich vor Beginn des Essens im Basman-Palast zu einem ausgedehnten Gespräch mit dem Bundeskanzler und seiner Frau Hannelore getroffen. Hussein hielt seine Rede, noch bevor aufgetragen wurde, in arabischer Sprache. Die Unterhaltung mit Kohl bei Tisch führte er über eine Dolmetscherin des Auswärtigen Amtes auf englisch. Die Tafel des Gastgebers und der Ehrengäste in dem langgestreckten, keineswegs überladenen Saal schmückten drei silberne Leuchter und Blumengestecke. Die anderen Gäste saßen an runden Tischen. Alkohol wurde nicht serviert. Helmut Kohl mußte deshalb, aber auch weil er vor dem Essen sprach, den Toast in der Schlußpassage seiner Tischrede fortlassen.

# „Supermächte sind nukleare Terroristen"

UWE BAHNSEN, Hamburg

Mit dem Satz „Die beiden Supermächte sind Nuklear-Terroristen" hat der Saarbrücker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine, Landesvorsitzender seiner Partei und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes, gestern in Hamburg seine massive Kritik an den bestehenden Bündnissystemen in Ost und West erneuert. Die derzeitigen Allianzen müßten „überwunden" werden, da sie zu viele und nicht mehr lösbare Probleme aufgeworfen hätten, forderte Lafontaine. Die Sowjetunion sei ebenso wie die Vereinigten Staaten „total überrüstet". Auf dieser Grundlage sei der bisherige strategische Gleichgewichtsbegriff „absurd".

Als Ziel der von ihm vertretenen Umorientierung in der Sicherheitspolitik bezeichnete es Lafontaine, „den Apparat wegzubringen, der uns unvertretbare Risiken aufbürdet". Dieses militärtechnologische System nehme den einzelnen Staaten die Möglichkeit, selbst zu bestimmen, ob und wann sie in einen Krieg eintreten. Insofern, so fuhr Lafontaine vor der Hamburger Landespressekonferenz fort, habe er einen ähnlichen Denkansatz wie Franz Josef Strauß, der ebenfalls eine mangelnde Mitbestimmung der Bündnispartner bei dem Einsatz atomarer Waffen beklagt habe. Im übrigen habe selbst das amerikanische Verteidigungsministerium eingeräumt, daß die derzeitige Computer-Infrastruktur für atomare Einsätze – und damit auch für die geplante Nachrüstung der NATO – ungenügend sei.

Ein Recht zur Ausrufung eines Generalstreiks gegen die Raketenstationierung suchte der SPD-Politiker mit der Bemerkung zu begründen, ein solcher Ausstand sei unbestritten dann zulässig, wenn die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet werde. Diese Gefahr sieht Lafontaine offenbar im Falle der Raketenstationierung gegeben. Die Stationierung bringe aber darüber hinaus „unser aller Leben in Gefahr". Er selbst nähere sich „mehr und mehr dem Pazifismus", sagte der saarländische SPD-Politiker.

# Rau stößt bei SPD auf Widerstand

## Rektorenkonferenz gegen Berufung Krumsieks zum Wissenschaftsminister in Düsseldorf

WILM HERLYN, Düsseldorf

In der SPD und in der Wissenschaft regt sich heftiger Widerstand gegen die von Ministerpräsident Johannes Rau vorgeschlagene Ernennung des Chefs seiner Staatskanzlei, Rolf Krumsiek, zum neuen Wissenschaftsminister Nordrhein-Westfalens. Der frühere Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer, der sich empört über den Vorschlag geäußert hatte („Das ist wohl ein Witz."), versucht jetzt, eine innerparteiliche Front gegen Krumsiek und damit gegen Rau aufzurichten.

In Düsseldorf wird immer deutlicher, daß Rau mit seinem Chef der Staatskanzlei immer unzufriedener geworden war. Er hatte ihn aus seiner Heimatstadt Wuppertal geholt, weil er ihn als einen der fähigsten deutschen Oberstadtdirektoren kennengelernt hatte. In der Staatskanzlei ließ der erfahrene Verwaltungsjurist jedoch jegliches politisches Feingefühl vermissen.

Dazu wurde bekannt, daß der Senat der Westdeutschen Rektorenkonferenz sich einmütig gegen Krumsiek als Wissenschaftsminister ausgesprochen hat. In einer Routinesitzung platzte die Entscheidung des Regierungschefs „wie eine Bombe", so ein Teilnehmer. Der Rektor der Gesamthochschule Paderborn, Friedrich Kudla, nannte den Plan Raus „absurd".

Kudla wäre der „Lieblingskandidat" von Wissenschaftsminister Hans Schwier, der jetzt auf Raus Drängen hin das Kulturressort von Jürgen Girgensohn übernimmt, gewesen. In der Nachtsitzung hatte sich Schwier erst nach langem Zureden überwunden. Sein Vorschlag, die Ministerien Wissenschaft und Kultus zusammenzulegen, stieß allerdings auf Widerstand. Die durchaus mögliche Realisation hätte dem Kabinettsrevirement seinen programmatischen Glanzpunkt verliehen. Das Zögern Raus in dieser Frage sei, so heißt es, nur auf den Umstand zurückzuführen, daß Krumsiek „versorgt werden mußte".

Offensichtlich sprachen sich aber auch andere Kabinettsmitglieder gegen diese Lösung aus, weil dann die Gefahr drohe, daß Schwier zu mächtig geworden wäre.

Nach einer Sondersitzung des sogenannten Umweltschutzkabinetts, gestern im Landtag, an dem alle Ressortchefs, die mit dieser Problematik beschäftigt sind unter Raus Vorsitz teilnahmen, darüber hinaus aber auch Posser und der SPD-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Denzer, hieß es, es sei ausschließlich über Fragen des Umweltschutzes gesprochen worden. Krumsiek sei kein Thema gewesen. Rau drängte die wartenden Journalisten, jedem – auch Krumsiek – eine faire 100-Tages-Frist einzuräumen. Kenner schließen nicht aus, daß der ehemalige Staatskanzleichef in seinem neuen Aufgabengebiet besser reüssieren wird.

Am Rande dieser eilig berufenen Sitzung wurde bekannt, daß Rau ein Umweltprogramm plant, daß „alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt". Arbeitsminister Friedhelm Farthmann sitzt an diesem Programm seit dem Sommer. Es soll Ende November vorgestellt werden.

Beobachter der Landespolitik erinnern daran, daß Johannes Rau sich schon einmal durch ein großangelegtes Aktionsprogramm aus einem politischen Tief rettete: Er stellte im Mai 1979 das Ruhr-Programm vor, das durch gezielte Hilfen die Monostruktur des Reviers entscheidend verbessern sollte. Allerdings zeigte dieses Programm bisher kaum Durchschlagskraft.

# Honecker: Die Welt wird anders aussehen

■ Fortsetzung von Seite 1

entstehen wird ... zu begrenzen. Wissen Sie, zum ersten ist es so, daß das Verhältnis zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland immer bestimmte Auswirkungen hat auf das europäische Klima, und ich nehme nicht an, daß die Ersetzung von harmlosen Selbstschußanlagen an unserer Grenze, die jetzt ja abgebaut werden, durch Pershing 2 und Cruise Missiles die Situation zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik verbessern wird ..."

„Wir unsererseits, wir sind bestrebt, bis zur letzten Minute zu verhindern die Durchführung des Brüsseler Raketenbeschlusses, weil das einen Segen für die Menschheit bedeuten würde. Ich kann Ihnen selbstverständlich nicht voraussagen, wie die Entwicklung nach dem sein wird. Wir rechnen jedenfalls mit einer weiteren Komplizierung der internationalen Situation. Wir rechnen mit einer Erhöhung der Gefahr eines neuen Weltkrieges, und es ist für jeden, der die Dinge einer realen Betrachtung unterzieht, undenkbar, daß die weitere Anhäufung atomarer Waffen zu mehr Sicherheit führt. Im Gegenteil. Das Gegenteil wird eintreten. Und nach meiner Meinung, da Sie die Frage ‚Eiszeit' angesprochen haben, würde nach der Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles in westlichen Ländern der NATO, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, die Welt natürlich anders aussehen als vorher."

Auf die Frage, ob der SED-Chef ein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl in der gegenwärtigen internationalen Situation für nützlich halte, antwortete Honecker: „Ich halte es durchaus für möglich. Das hängt selbstverständlich von der Atmosphäre ab, die dann zwischen den beiden deutschen Staaten herrscht. Schauen Sie, wenn es nicht zur Stationierung kommt, ja, dann wird selbstverständlich die Atmosphäre besser sein, als wenn es zur Stationierung kommt. Im Prinzip, ich halte die Möglichkeit offen zu einem Treffen."

In der Donnerstag-Ausgabe des „Neuen Deutschland" veröffentlichte der Verteidigungsminister der „DDR", Armeegeneral Hoffmann, anläßlich des 34. Jahrestages der Gründung der „DDR" einen Tagesbefehl. Hoffmann rief dazu auf, „die Kampfkraft der Truppenteile und -verbände zu vervollkommnen und im Bündnis der Bruderstaaten und -armeen die Reihen noch enger zu schließen". Zur Begründung führte der General „eine drastische Verschärfung der Kriegsgefahr" an, die der Westen mit der Stationierung von Raketen heraufbeschwöre.

Der Innenminister der „DDR", Dickel, forderte in einem ähnlichen Aufruf die sogenannte Volkspolizei zur „Qualität und Effektivität der Arbeit, Befehlstreue, Kämpfertum, politisch-moralischen Standhaftigkeit und festen Verbundenheit mit den Werktätigen" auf.

# Dschumblatt spricht von Kreuzzug

rtr, Rom

Drusenführer Walid Dschumblatt hat als Bedingung für eine nationale Versöhnung in Libanon das Ende der Waffenlieferungen an die regulären Streitkräfte des Landes gefordert. Dschumblatt verlangte vor Journalisten im Amtssitz des italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi zugleich eine Neudefinition der Rolle der multinationalen Friedenstruppe in Libanon, an der auch Italien beteiligt ist. In Beirut gingen unterdessen nach Angaben aus amtlichen Kreisen die Bemühungen um Einberufung der Konferenz zur nationalen Versöhnung weiter.

Gegen die islamische Bevölkerung Libanons sei ein neuer Kreuzzug im Gange. „Warum will alle Welt das Regime des (libanesischen Präsidenten) Amin Gemayel und seiner Armee schützen? Nach dem Angriff der Amerikaner auf die Drusen" müsse auch die Rolle der Friedenstruppe überdacht werden, sagte Dschumblatt. Sie schütze nicht die gesamte Bevölkerung des Landes, sondern nur die Regierung und die Armee. Die italienischen Einheiten der Truppen seien allerdings neutral und schützten entsprechend ihrer Aufgabe die palästinensischen Flüchtlinge.

# Schuß auf „DDR"-Flüchtling?

AP, München

Einem 27jährigen „DDR"-Einwohner ist nach Angaben des Grenzschutzkommandos Süd in München die Flucht nach Bayern gelungen. Der Mann habe die Grenze an verminter Stelle ohne Zwischenfall überwunden. Aus Kreisen der Sicherheitsbehörden wurde bekannt, dem Mann sei die Flucht trotz Bewachung geglückt. Der 27jährige habe zwischen den beiden Grenzzäunen gearbeitet. Es sei ihm gelungen, mit einem Kleinlastwagen bis zum vorderen Metallgitterzaun zu fahren, an dem Selbstschußanlagen vom Typ SM-70 angebracht sind. Dort sei er auf das Dach des Lastwagens gestiegen, über den Zaun gesprungen und auf Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gerannt. Möglicherweise sei von den Bewachern auf den Mann geschossen worden. Zeugen hätten jedenfalls einen Schuß gehört.

## Projekt mit Happy-End?

dos – Von den unerquicklichen Finanzierungsverhandlungen war gestern, bei der Grundsteinlegung der neuen Fertigungsstätte der Hanomag GmbH in Hannover, kaum noch die Rede. Nur am Rande gab es Anmerkungen zum Zustandekommen des Projekts, hinter dem die Mainzer Baumaschinengruppe IBH steht.

Die Umstände allerdings, unter denen die Realisierung des Neubaus vorangetrieben wurde, verdienen einige Anmerkungen. Zunächst nämlich standen beträchtliche Kreditwünsche, Anträge auf Übernahme von Landesbürgschaften und Forderungen nach Hilfen der öffentlichen Hände im Mittelpunkt aller Überlegungen. Termine wurden nicht eingehalten, Konzepte geändert, die Flexibilität der Stadt und des Landes wurde bis an die Grenze dessen strapaziert, was als eben noch zumutbar gilt.

Bei all dem hatte der IBH-Chef offenbar die besseren Karten. Mit seiner Garantieerklärung, Hanomag werde auf Dauer 3000 Arbeitsplätze in Hannover erhalten, konnte er auch schwerwiegende Bedenken wegwischen. Sein eigenes finanzielles Risiko bei dem 160-Millionen-Mark-Projekt ist denkbar gering. 75 Millionen Mark flossen ihm aus Mitteln der öffentlichen Hand zu. Weitere 60 Millionen Mark der insgesamt 80 Millionen Mark betragenden Bankenkredite – bis zuletzt wurde um die Schließung einer 20-Millionen-Mark-Lücke gerungen – sind durch die Bürgschaft des Landes abgesichert.

Zumindest für Esch und seine IBH scheint Hanomag ein Projekt mit Happy-End zu werden.

## Zuversicht wächst

adh. – Nach mehr als zwei Jahren in Moll sind aus der Haus- und Heimtextilbranche erstmals wieder freundlichere Töne zu vernehmen. Die lange in allen Bereichen mit Minusraten arbeitende Branche schöpft wieder Mut. Erste Anzeichen für eine Besserung signalisieren die Zahlen aus der Teppichindustrie. Der Rest der Anbieter rund um das Gut Wohnen wird nachziehen, so hofft man. Diese Hoffnung scheint nicht vergebens, denn auch die Entwicklung in der Möbelindustrie signalisiert wiedererwachtes Interesse des Verbrauchers für die Ausstattung, und auch aus der Hausgeräteindustrie ist zu hören, daß die Konsumenten nun offenbar darangehen, ihren in den letzten Jahren aufgestauten Ersatzbedarf zu befriedigen. Gestützt werden die neuen Hoffnungen durch die zunehmende Zahl der Wohnungsbau-Genehmigungen. Denn in der Regel gilt, wer baut, muß sich auch neu einrichten, zumindest seine Einrichtung ergänzen. Die Aussichten, daß aus dem Prinzip Hoffnung ein leichter Aufwärtstrend wird, sind besser als seit langem.

STEINKOHLENTAG / Stoltenberg will Bergleute nicht im Stich lassen

# Verbandschef Bund: Teilstillegungen sind jetzt unvermeidbar geworden

HANS BAUMANN, Essen

**Zur Sicherung der einzigen deutschen Energie-Rohstoff-Basis wird die öffentliche Hand die deutsche Steinkohle in ihrer jetzigen schweren Stunde nicht im Stich lassen. Das sagte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg auf dem Steinkohletag '83 in Essen. Die Bonner Kohlerunde am kommenden Montag werde Aufschluß darüber geben, in welcher Weise der Bergbau sich selbst helfen könne und inwieweit öffentliche Stützungsmaßnahmen unvermeidbar werden.**

Die Kohlepolitik, zu deren grundlegenden Änderung keine Veranlassung bestehe, müsse allerdings die Knappheit der öffentlichen Mittel berücksichtigen. Es wäre ein „Irrweg", die Anpassungsaufgaben „quasi außerhalb unserer markwirtschaftlichen Ordnung lösen zu wollen". Die Unternehmen müßten ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern und dafür zukunftsorientierte Konzepte entwickeln. Hilfen des Staates und „soziale Kriterien" müßten Hilfe zur Selbsthilfe bleiben und dürften nicht im Widerspruch zu den wirtschaftlichen Notwendigkeiten stehen.

„Unbestritten" nannte es der Minister, daß nach den Erfahrungen von zwei Ölkrisen auf den Beitrag deutscher Kohle zur Deckung des Energiebedarfs nicht verzichtet werden könne. Ebenso unbestritten scheine es ihm, „daß die deutsche Steinkohle nicht aus sich selbst heraus leben kann". Bund und Bergbauländer hätten ihr von 1973 bis 1982 knapp 41 Milliarden Mark Hilfen gewährt, in den letzten Jahren in Höhe von 25 bis 36 Prozent des Bergbau-Gesamtumsatzes.

Karlheinz Bund, der Vorstandsvorsitzende der Ruhrkohle AG und Chef des Gesamtverbandes des Deutschen Steinkohlenbergbaus, ließ keinen Zweifel daran, daß der Einbruch bei der Stahlproduktion im wesentlichen die deutsche Kohleproduktion in ihr jetziges Dilemma des Kapazitätsüberhangs von rund sieben Millionen Tonnen und der Halden 6 Millionen Tonnen gebracht habe. Daher führt für ihn kein Weg daran vorbei, die Förderkapazitäten im Umfang des Rückgangs der Nachfrage der Stahlindustrie abzubauen – „Schritt für Schritt, sozial- und regionalverträglich".

Dazu ist es nach Bund unerläßlich, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen über eine Neuregelung der Kokskohlebeihilfe ab 1984 Kostendeckung angestrebt wird. Zur Zeit klaffe eine Differenz zwischen Weltmarktpreis und Kosten der inländischen Kokskohlenförderung von 60 Mark je Tonne. Die Sicherung der Investitionsfähigkeit ist nach Bund nur erreichbar, mit auskömmlichen Erlösen und durch „eine deutlich erhöhte Investitionshilfe". Diese Hilfe der öffentlichen Hand ist von 805 Millionen Mark 1979 auf 150 Millionen Mark für 1982 und 1983 herabgesetzt worden. Für 1984 wurde sie im Haushaltsentwurf auf 276 Millionen Mark erhöht, nach Feststellung von Karlheinz Bund „unzureichend". Insgesamt haben sich die finanziellen Maßnahmen von Bund und Bergbauländern von 3,27 Milliarden Mark 1979 auf 1,86 Milliarden Mark im letzten Jahr ermäßigt.

Der Ruhrkohle-Chef warnt davor, den gegenwärtigen Energieüberhang zum Ausgangspunkt von vorschnellen Entscheidungen zu machen. „Wir stehen nicht hinter einem zweiten Ölpreisschock, sondern vor dem dritten", formulierte er. Daher sei es unverzichtbar, einen wesentlichen Sockel heimischer Kohle zu bewahren, auch wenn Kapazitäten zwischen fünf und zehn Millionen Tonnen aufgegeben werden müßten. Energisch wehrt er sich gegen falsche Interpretationen um den Begriff der Subventionen für die Steinkohle. So würden zum Beispiel diese Subventionen den Kostenpreisen hinzuaddiert, obwohl sie in Wirklichkeit von den Kostenpreisen abgesetzt werden müßten.

Die öffentliche Hand forderte Bund auf, den Umstellern von Heizöl auf Steinkohle einen Investitionszuschuß von 25 Prozent zu gewähren, um den Kohleabsatz am Wärmemarkt zu stabilisieren. In Frankreich und in England habe ein solcher Zuschuß die Abkehr vom Öl zugunsten der Steinkohle beschleunigt.

SUBVENTIONEN / WELT-Gespräch mit Lambsdorff

# „Ein Widerspruch zwischen Anspruch und Ergebnis"

HANS-J. MAHNKE, Peking

In Einklang mit der konjunkturellen Erholung im nächsten Jahr muß der Abbau von Subventionen forciert werden. In einem Gespräch mit der WELT räumte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ein, daß die Subventionen am Ende dieses Jahres höher sein werden als im vergangenen. Lambsdorff gibt zu, daß in diesem Jahr „ein Widerspruch zwischen Anspruch und Ergebnis klafft." Wenn sich die wirtschaftliche Situation ändere, müsse der Subventionsabbau angepaßt werden.

In der Kohlepolitik betont Lambsdorff die jahrzehntelange Kontinuität, also die Sicherung der Kohle als einzigen heimischen Primär-Energierohstoff. Es gehe wie früher um die bruchlose Anpassung an die veränderte Nachfrage. Dabei müßten für Steuerbezahler und Strombenutzer, die bisher schon zur Kasse gebeten werden, „vertretbare Grenzen" bedacht werden. Außerdem müsse den Bergleuten „einiges an Mitleistung zugemutet" werden. Lambsdorff wies dabei auf die Kurzarbeit hin, dies bedeute auch Lohnverzicht. In Zeiten, in denen es in anderen Bereichen Entlassungen gebe, könne nicht nur den Bergleuten geholfen werden.

Zu Stahl meinte Lambsdorff, daß der Bundesfinanzminister erst kürzlich noch einmal in einer Runde beim Bundeskanzler betont habe, nicht über den Hilferahmen von rund drei Milliarden DM hinausgehen zu wollen. Bei unternehmensübergreifenden Lösungen sei zwar an zusätzliche Hilfen gedacht, aber nicht in dem Umfang, wie sie von Unternehmen ins Spiel gebracht worden seien.

Nach dem EG-Subventionskodex könnten die Hilfen nur bis Ende 1985 gewährt werden. Lambsdorff hofft, daß sich die Partner daran halten werden: „Es kann keine abschließende Neustrukturierung der EG-Finanzen geben, ohne das Stahlproblem definitiv zu lösen."

Bei der Werfthilfe habe die Bundesregierung vor der Wahl in Bremen dem Druck der Küstenländer widerstanden. In bezug auf die Bremer Werftenfusion bleibe er dabei: Wenn die Unternehmen ein Konzept vorlegen, das vom Bremer Senat getragen wird, dann werde dies die Bundesregierung prüfen. Dies sei eine „Prüfungszusage, keine Zahlungszusage". Überdies werde er sich dafür einsetzen, daß die Länder dem 80-Millionen-Sonderprogramm für Bremen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen zustimmen werden.

Lambsdorff will sich gemäß der Koalitionsabsprache für die Privatisierung von Bundesunternehmen einsetzen. Ein erster Schritt: Der Bund solle sich an der nächsten Kapitalerhöhung der Lufthansa nicht beteiligen. Mögliche Einnahmen aus der Privatisierung sollten gegen Aufrechnung der Verluste und Bundesunternehmen für die Förderung von Existenzgründungen und für Forschung und Entwicklung im Bereich moderner Technologien zur Verfügung gestellt werden.

## Argentinisches Drama

Von WERNER THOMAS, Buenos Aires

Federico Pinto Kramer (39), Richter in der patagonischen Provinzstadt Rio Gallegos, mehr als 3000 Kilometer südlich von Buenos Aires gelegen, spielt die Hauptrolle in einem absurden Drama, dem eine Tragödie folgen kann: der wirtschaftliche Zusammenbruch einer der reichsten Nationen der Dritten Welt.

Bereits in diesem Monat, noch vor den Wahlen am 30. Oktober, droht die Möglichkeit, daß Argentinien, hinter Brasilien und Mexiko an dritter Stelle auf der lateinamerikanischen Schuldner-Liste (40 Milliarden Dollar), seine Zahlungsunfähigkeit erklären muß.

Die Zeitbombe tickt seit letzter Woche, als der patagonische Richter zum ersten Mal ins Rampenlicht rückte: Er fällte die Entscheidung, daß die Umschuldungsverhandlungen der staatlichen Betriebe mit ausländischen Gläubiger-Banken – es geht um eine Summe von insgesamt sieben Milliarden Dollar – abgebrochen werden müssen. Die bisher getroffenen Übereinkommen würden gegen die nationalen Interessen verstoßen. So monierte Pinto Kramer, daß die Fluglinie Aerolineas Argentinas bei einem Abkommen zur Umschuldung von 220 Millionen Dollar eine ausländische Stadt (New York) als Gerichtssitz akzeptiert hat – nichts Ungewöhnliches unter normalen Verhältnissen.

In Argentinien herrschen jedoch keine normalen Verhältnisse. Das Schuldenproblem ist eines der heißesten Themen dieses Wahlkampfes geworden.

Innerhalb der peronistischen Bewegung und der radikalen Bürgerunion, den beiden einflußreichsten Parteien des Landes, dominieren tiefe Ressentiments gegen internationale Kreditbehörden und ausländische Banken, die gelegentlich als „Instrumente des Imperialismus" geschmäht werden. Die führenden Präsidentschaftskandidaten Italo Luder (Peronisten) und Raul Alfonsin (Radikale Bürgerunion) plädieren zwar nicht für ein einseitiges Moratorium. Sie stimmen jedoch überein, daß sich Argentinien weder „erpressen" noch „erniedrigen" lassen dürfe. „Wir zahlen", erklärte Italo Luder, „aber nicht auf Kosten eines hungernden Volkes."

Die beiden peronistischen Gewerkschaften fordern einen Verzicht auf die Rückzahlung einiger Kredite, weil diese Verpflichtungen von einer „illegalen Militärregierung" eingegangen worden seien. Gewerkschaftsgruppen organisierten Demonstrationen gegen den Internationalen Währungsfonds (IWF). Beamte des Wirtschaftsministeriums, die die Umschuldungsverhandlungen geführt hatten, wurden als Verräter geschmäht. Im Mittelpunkt der Kritik stand besonders der Zentralbank-Präsident Julio Gonzalez de Solar, der am Montag verhaftet wurde – auf Anweisung des Richters Pinto Kramer inzwischen aber wieder freigelassen wurde und auf seinen Posten zurückgekehrt ist.

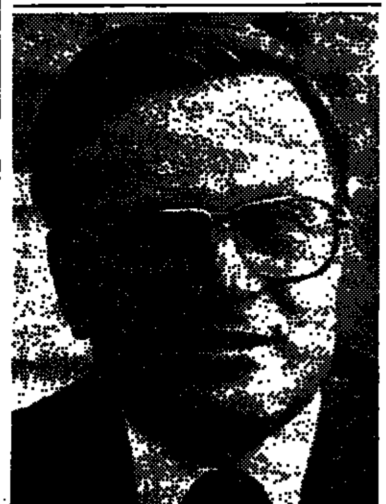
Während viele Argentinier die Entscheidungen des eigenwilligen Richters halb amüsiert verfolgen, ist den Wirtschaftsstrategen der Regierung des Generals Reynaldo Bignone nicht zum Lachen zumute. Am 16. Oktober wird eine Schuldenrate von 300 Millionen Dollar fällig. Die verfügbaren Währungs- und Goldreserven betragen jedoch lediglich 250 Millionen Dollar. Pinto Kramer hat ein Konsortium von Privatbanken so sehr schockiert, daß diese die erste Rate (500 Millionen Dollar) eines Kredites über eineinhalb Milliarden Dollar zurückhalten.

Schließlich droht eine ernste Konfrontation mit dem Internationalen Währungsfonds, weil die Nation die Auflagen für einen IWF-Kredit von 1,1 Milliarden Dollar nicht erfüllen kann. Die Argentinier und der Währungsfonds hatten sich auf eine Inflationsrate von 160 Prozent geeinigt. Im August erreichte die Inflation eine Jahresrate von 571 Prozent.

Die Schuldenkrise führte zu einem Devisen-Dilemma. Argentinier, die ins Ausland reisen wollten, erhalten keine Dollars mehr. Der Staat reduzierte drastisch die Importe für Rohstoffe und andere Güter. Viele Unternehmer warnen vor einer Kurzarbeit oder einer Schließung von Betrieben. Die Arbeitslosenrate, die bereits zehn Prozent erreichte, wird weiter steigen.

Die „New York Times" hat dieser Tage die Situation dieser Nation außerordentlich düster kommentiert. Die Überschrift des Leitartikels lautete, in Abwandlung eines Songs aus dem Musical über das Leben Evita Peróns: „Weine für mich, Argentinien."

## AUF EIN WORT



„Unsere Erfolge im Ausland beruhen zu einem erheblichen Teil darauf, daß wir entsprechend den spezifischen Bedingungen in den Abnehmerländern maßgeschneiderte Problemlösungen anbieten."

Dr. Helmut Lohr, Vorstandsvorsitzender der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart

FOTO: JUPP DARCHINGER

## Umsatzplus im Einzelhandel

rtr, Wiesbaden

Die deutschen Einzelhandelsunternehmen haben in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres real ihren Umsatz ganz geringfügig ausgeweitet. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lag die nominale Erhöhung zwar bei 2,5 Prozent, doch real verblieb lediglich ein Plus von 0,1 Prozent. Für die ersten sieben Monate war noch ein realer Rückgang von 0,2 Prozent verzeichnet worden. Im August allein lag der Umsatz im Einzelhandel nach vorläufigen Ergebnissen nominal um vier und real um knapp zwei Prozent über dem Vorjahresmonat. Besonders positiv entwickelten sich die Einzelhandelsumsätze bei medizinischen Erzeugnissen (real plus zwei Prozent), bei Getränken und Tabakwaren (plus fünf Prozent) sowie bei Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und Reifen (plus 14 Prozent).

EG-GRÖNLAND

# Fischerei-Verhandlungen sind ins Stocken geraten

WILHELM HADLER, Brüssel

Vorschläge für ein Fischereiabkommen zwischen der EG und Grönland hat die Brüsseler Kommission ausgearbeitet. Es soll die künftigen Fangrechte für EG-Fischer klären, nachdem die Inselbevölkerung sich 1982 für den Austritt aus der Gemeinschaft ausgesprochen hat.

Die mit Unterstützung Dänemarks geführten Verhandlungen über einen Sonderstatus Grönlands sind bisher nicht vorangekommen. Eine Reihe von EG-Ländern verlangt Zugeständnisse im Fischereibereich. Vor allem die Bundesregierung betrachtet die langfristige Sicherung des Zugangs zu den grönländischen Gewässern als Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Zollfreiheit für grönländische Fischexporte.

Der Kommissionsvorschlag geht ebenfalls vom Grundsatz der Parallelität beider Verhandlungen aus. Allerdings spricht sich die Kommission für eine Dauer des geplanten Fischereivertrages von zunächst fünf Jahren aus, da auch die Regelung für die mit der EG verbundenen „Überseeischen Länder und Gebiete" (ÜLG) jeweils auf fünf Jahre befristet ist. Die Bundesregierung hatte bisher eine erheblich längere Geltungsdauer gefordert.

Verglichen mit den Problemen der langfristigen Sicherung der Fangrechte sind die von der Kommission vorgesehenen quantitativen Regelungen eher zweitrangig. Die Verhandlungen sollen auf der Basis der gegenwärtigen Fangquoten geführt werden: Dies bedeutet zum Beispiel, daß – falls die Fischbestände sich nicht verändern – westlich von Grönland 75 000 Tonnen Kabeljau gefischt werden dürfen, 62 000 Tonnen davon sollen grönländischen Fischern reserviert bleiben.

BRASILIEN

# Teuerung sprengt den vom IWF geforderten Rahmen

rtr/VWD/dpa, Brasilia

Der brasilianische Präsident João Figueiredo hat in einer Fernsehansprache eine mögliche Modifizierung des umstrittenen Gesetzes zur Lohnkontrolle angedeutet. Es begrenzt unter anderem die Lohnsteigerungen auf 80 Prozent der Inflationsrate. Das Gesetz, zur Zeit aufgrund eines Erlasses in Kraft, wird Ende Oktober dem Parlament vorgelegt. Es war im Anschluß an Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) erlassen worden, um die Inflation einzudämmen und das staatliche Haushaltsdefizit abzubauen.

Brasilien verhandelt derzeit über einen neuen 6,5-Milliarden-Dollar-Kredit von Geschäftsbanken als Teil eines Elf-Milliarden-Dollar-Pakets, auf das man sich in der letzten Woche bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank grundsätzlich geeinigt hatte. Ein Zentralbanksprecher sagte unter Hinweis auf Äußerungen von Zentralbankgouverneur Affonso Pastore, Brasilien bemühe sich für den Kredit um längere Rückzahlungsfristen und niedrigere Zinssätze. Dies gelte auch für Tilgungen in Höhe von 5,5 Milliarden Dollar, die 1984 fällig werden.

Brasilien kann eine der zentralen Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Gewährung neuer IWF-Kredite wahrscheinlich nicht erfüllen. Nach einem Kaufkraftverlust von 12,8 Prozent summiert sich die Geldentwertung für die vergangenen zwölf Monate auf 174,9 Prozent. Vereinbart sind als Jahresrate aber „nur" 152 Prozent. Diese Rate wäre nur einzuhalten, wenn die Teuerung in den nächsten drei Monaten nur 2,4 Prozent je Monat betragen würde.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Industrie: Auftragseingang um drei Prozent gestiegen

Bonn (dpa/VWD) – Der Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe der Bundesrepublik ist im August 1983 gegenüber Juli preis- und saisonbereinigt um drei Prozent gestiegen. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums zogen vor allem die Inlandsbestellungen um 3,5 Prozent an, während die Auslandsaufträge gegenüber den bereits im Juli deutlich gestiegenen Bestellungen unverändert blieben. Der Zweimonatsvergleich (Juli/August gegenüber Mai/Juni) zeigt für das verarbeitende Gewerbe insgesamt einen leichten Zuwachs der Bestellungen (plus 0,5 Prozent). Ausschlaggebend hierfür war eine recht kräftige Belebung der Auslandsnachfrage (plus 3,5 Prozent). Dabei richtete sich das Interesse in erster Linie auf Grundstoff- und Produktionsgüter (plus sieben Prozent) sowie Verbrauchsgüter (plus 7,5 Prozent). Die Inlandsnachfrage ging in den Sommermonaten um zwei Prozent zurück. Davon war besonders das Investitionsgütergewerbe betroffen (minus 3,5 Prozent).

### Zahlungsverbot erlassen

Berlin (rtr) – Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen hat gegen das auf das Konsumentenkreditgeschäft spezialisierte Teilzahlungskreditinstitut Jan Weymar und Co. KG, Köln, vorübergehend ein Veräußerungs- und Zahlungsverbot erlassen. Zugleich untersagte das Bundesaufsichtsamt der Teilzahlungsbank die Entgegennahme von Zahlungen, soweit sie nicht zur Tilgung von Schulden gegenüber dem Kreditinstitut bestimmt sind.

### Hohe Wertsteigerungen

Frankfurt (dpa/VWD) – Wertsteigerungen von 12,7 bis 27,1 Prozent in den ersten neun Monaten 1983 und von sogar 26,2 bis 40 Prozent in den letzten zwölf Monaten für die in der Bundesrepublik Deutschland anlegenden Aktienfonds weist die neueste Statistik des Bundesverbands Deutscher Investment-Gesellschaften (BVI) aus. Nach Darstellung des Verbandes kommen in den Ergebnissen vor allem die in den ersten Monaten 1983 zu verzeichnenden starken Kurssteigerungen am deutschen Aktienmarkt zum Ausdruck. Bei den international anlegenden Aktienfonds verzeichnet der BVI seit Jahresbeginn 83 ebenfalls durchweg Wertsteigerungen, die von 5,7 bis 31,6 Prozent reichen. Bei den deutschen Rentenfonds wurden für die ersten neun Monate 1983 Wertverbesserungen von zwei bis 6,5 Prozent ermittelt, noch bessere Werte von bis zu plus 15,6 Prozent in der Spitze erzielten überwiegend im Ausland anlegende Rentenfonds.

### Textilhilfe unterbrochen

Paris (J. Sch.) – Die französische Regierung hat der EG-Kommission mitgeteilt, daß sie ihr Hilfsprogramm zugunsten der Textil- und Bekleidungsindustrie „provisorisch aussetzt". Paris entspricht damit zunächst formal dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 20. September, in dem diese Hilfen als Verstoß gegen den EG-Vertrag erklärt worden waren. Es handelt sich dabei um die teilweise Rückerstattung der Sozialabgaben der Arbeitgeber gegen das Versprechen zusätzlicher Investitionen und Entlassungsverzichte.

### Leitzinsen unverändert

Frankfurt (rtr) – Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank hat auf seiner Sitzung am Donnerstag die Leitzinsen erwartungsgemäß unverändert gelassen.

### Wochenausweis

| | 30.9. | 23.9. | 31.8. |
|---|---|---|---|
| Netto-Währungsreserve (Mrd. DM) | 66,9 | 66,7 | 66,9 |
| Kredite an Banken | 74,0 | 70,9 | 68,4 |
| Wertpapiere | 7,8 | 7,8 | 8,0 |
| Bargeldumlauf | 101,7 | 98,8 | 101,3 |
| Einl. v. Banken | 45,1 | 35,6 | 46,4 |
| Einl. v. öffentl. Haushalten | 3,7 | 13,0 | 1,2 |



US-OSTHANDEL

# Über künftigen Kurs ist das Reagan-Team zerstritten

H.-A. SIEBERT, Washington

Immer schwerer auszumachen ist der Kurs, den die Reagan-Administration im Osthandel steuert. Es mehren sich die Beweise der Zerstrittenheit. Zurückgetreten ist kürzlich der zuständige Direktor im US-Außenministerium, William Root, weil er die Forderungen des US-Verteidigungsministeriums nach noch strengeren Exportkontrollen für übertrieben fand. Jetzt kursieren in Washington Gerüchte, wonach die Staatssekretäre Lawrence Brady (US-Handelsministerium) und William Schneider (im US-Außenministerium für Wissenschaft und Technologie verantwortlich) ihre Ämter niederlegen wollen.

Root gehörte zu den „Tauben", die wie Außenminister Shultz meinen, daß Boykotte nicht weiterhelfen. Brady und Schneider gelten als „hardliner", die am liebsten den gesamten Warenverkehr mit der Sowjetunion stoppen möchten. So weit will indes auch Präsident Reagan nicht gehen, wie das neue Getreideabkommen und die Freigabe amerikanischer Rohrverlegemaschinen für den Pipelinebau unterstreichen. Der Kongreß wiederum stößt sich an der Verschärfung des Export Administration Act, der zunächst nur verlängert wurde. Die Federführung hatte Brady.

Jetzt hat auch das Weiße Haus gegen Brady und die anderen Falken entschieden, als es den empfohlenen Ausfuhrstopp für 17 Erzeugnisse, die von der UdSSR für die Öl- und Gasexploration benötigt werden, ablehnte. Mit Brady hatte sich Präsident Reagans Sicherheitsberater William Clark dafür ausgesprochen. Nun darf die Hughes Tool Co. Bohrpumpen für 40 Millionen Dollar an den Kreml liefern.

USA / Der Aufwärtstrend am Automarkt hält an – Luxusklasse gefragt

# Nach hohen Verlusten wieder Gewinne

H.-A. SIEBERT, Washington

Zum ersten Mal seit 1978 haben die amerikanischen Autohersteller im Modelljahr 1983, das am 30. September zu Ende ging, ihren Absatz wieder gesteigert. Gegenüber dem Vorjahr nahm er – ohne Importe – um 16,7 Prozent von 5,54 auf 6,47 Millionen Personenkraftwagen zu. Einschließlich ausländischer Modelle erhöhten sich die Verkäufe auf dem US-Markt um 14,5 Prozent von 7,7 auf 8,8 Millionen Fahrzeuge.

Für das Modelljahr 1984 wird ein Gesamtabsatz von zehn bis 10,5 Millionen Pkw vorausgesagt. Der Umschwung hat in den Bilanzen der US-Autoindustrie Wunder bewirkt: Nach Verlusten, die sich 1979, 1980 und 1981 auf acht Milliarden Dollar addierten, sollen im Kalenderjahr 1983 rund fünf Milliarden Dollar als Gewinn ausgewiesen werden.

Im Modelljahr 1983 verkauften General Motors 3,88 und Ford 1,48 Millionen Wagen. Chrysler brachte es auf 819 200, American Motors, an der Renault beteiligt ist, auf 183 000, Volkswagen of America auf 83 200 und Honda auf 24 100 Pkw. Im September betrug der Anteil am US-Automarkt bei GM 44,7 (Vorjahresmonat: 45), bei Ford 19 (16,4), bei AMC zwei (1,9), bei VW ein (1,4) und bei Honda 0,7 (-) Prozent (ohne Einfuhren).

Der Anteil der ausländischen Pkw am US-Markt ist von 27,1 auf 23,5 Prozent gesunken, und zwar auf Kosten der Japaner, die ihre Ausfuhren nach Amerika freiwillig auf 1,68 Millionen Wagen im Jahr beschränkten. In den ersten neun Monaten dieses Jahres steigerte VW den Absatz importierter Autos, verglichen mit der gleichen Zeitspanne 1982, um 10,9 Prozent auf 55 800, Porsche-Audi um 15,9 Prozent auf 50 100, Mercedes um 14,5 Prozent auf 51 400 und BMW um 12,9 Prozent auf 41 400 Einheiten.

Deutsche Lieferanten folgen einem richtigen Trend, wenn sie zunehmend auf den Verkauf von Luxuswagen in den USA setzen. Nach einer neuen Untersuchung des Forschungsinstituts Chase Econometrics nimmt der Anteil dieser Klasse am US-Gesamtabsatz bis 1990 auf rund 15 Prozent oder 1,8 Millionen Pkw zu. Davon entfallen 33 Prozent auf Wagen wie Audi, BMW und Mercedes, 15,2 Prozent auf Sportwagen und 51,8 Prozent auf große Familienautos.

Laut Chase Econometrics wird der sogenannte Grundpreis der in den USA verkauften Luxuswagen 1990 etwa 19 000 Dollar betragen, verglichen mit 12 500 Dollar 1982. Zur Zeit reicht die Palette von 12 700 Dollar für einen Oldsmobile 98 bis zu 53 860 Dollar für einen Mercedes-Benz 380 SEC. Der Anteil wohlhabender amerikanischer Familien, die 1981 mehr als 50 000 Dollar verdienten, nimmt bis zum Ende dieser Dekade von 8,6 auf 15,5 Prozent zu. Im vergangenen Jahr wurden in den USA 900 000 Luxusautos abgesetzt.

WELTBÖRSEN / Kursgewinne in New York

# Neuer Höchststand in Tokio

**Tokio** (dlf) – In Tokio stiegen die Kurse auf neue Rekordhöhen und zum ersten Mal über die 9500-Marke. Der Dow-Jones-Index erhöhte sich im Wochenvergleich um 97,4 Punkte auf 9530. Die Tagesumsätze lagen zwischen 240 und 380 Millionen Aktien. Die Hauptimpulse kamen von den Erwartungen auf eine Konjunkturstimulierung der Regierung einschließlich einer baldigen Diskontsenkung, von der Festigung des Yen-Kurses gegenüber dem Dollar und von den Kursgewinnen an der Wall Street.

**J. Sch.** (Paris) – Die anhaltende Franc-Schwäche beginnt die Pariser Börse zu beunruhigen. Insbesondere wird befürchtet, daß die Notenbank zur Verteidigung der Franc-Parität im Europäischen Währungssystem die Zinssätze erhöhen muß. Außerdem fragt man sich, ob die französischen Aktien inzwischen nicht überbewertet sind, nachdem ihr Kursindex seit Anfang dieses Jahres um fast 40 Prozent gestiegen ist. Diese starke Hausse ist weniger auf wirtschaftliche Faktoren (Sanierungsplan der Regierung) als darauf zurückzuführen, daß überschüssige Liquidität aus unrentabel gewordenen Immobilien- und Goldanlagen auf den außerordentlich engen Aktienmarkt drängte. So könnte es jetzt zu einer Ernüchterung kommen. Jedenfalls bröckelten schon in der Berichtswoche die Pariser Kurse entgegen dem Weltbörsentrend ab.

**New York** (VWD) – Auf breiter Front fester schlossen zur Wochenmitte die Kurse an der New Yorker Aktienbörse. Nach einem zunächst unentschlossenen Beginn setzte nach der Mittagszeit eine Aufwärtsbewegung ein, die sich in der letzten Sitzungsstunde bei hektischem Geschäft zusehends beschleunigte. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte zog auf 1250,20 Punkte an (Vorwoche 1241,94). Der Dow-Jones-Index für 15 Versorgungswerte erreichte seinen zweithöchsten Stand seit 14 Jahren. Die Prognose von Finanzminister Regan, daß sich das US-Budgetdefizit in 1985 auf 100 Milliarden Dollar verringern könnte, löste am Mittwoch eine regelrechte Kaufwelle aus. Bislang hatte die US-Regierung bis 1985 mit einem Defizit von 170 Milliarden Dollar gerechnet. Unabhängige Fachleute gar mit 200 Milliarden Dollar.

**London** (fu) – An der Londoner Aktienbörse verlief das Geschäft im Verlauf dieser Woche ungewöhnlich ruhig. Börsenhändler nannten es sogar „lethargisch". Dies trotz der von der britischen Wirtschaft als äußerst willkommen begrüßten Herabsetzung des Basis-Ausleihezinssatzes um ein halbes auf neun Prozent. Dennoch: Nachdem der Financial Times-Index für 30 führende Industriewerte in der Vorwoche insgesamt leicht um 4,3 auf 702,6 Punkte zum Wochenschluß nachgegeben hatte, legte er bis zum frühen Nachmittag des gestrigen Donnerstags auf über 712 Punkte zu. Lediglich am Mittwoch kam es zu einem leichten Abbröckeln des allgemeinen Kursniveaus.

**Wohin tendieren die Weltbörsen? – Unter diesem Motto gibt die WELT jede Woche, in der Freitagsausgabe, einen Überblick über den Kurstrend an den wichtigsten internationalen Börsen. . .**



NORWEGEN / Rückgang der Ölexporte erwartet – Inflationsbekämpfung hat Vorrang

# Der Sozialetat wurde kräftig gekürzt

REINER GATERMANN, Oslo

Auch die Norweger müssen ihren Gürtel enger schnallen. Obgleich der Staat aus der Erdöl- und Naturgasproduktion in der Nordsee an Steuern und Abgaben im kommenden Jahr umgerechnet rund 8,6 Milliarden Mark einnimmt, die immerhin 14 Prozent der staatlichen Gesamtausgaben decken, wird Norwegens ordentliches Staatsbudget laut Entwurf der Regierung 1984 erstmals seit vielen Jahren ein Defizit ausweisen. Zudem wird das Bruttosozialprodukt um knapp zwei Prozent schrumpfen, nach einem Anstieg in diesem Jahr um 1,6 Prozent. Der bisherige Überschuß in der Leistungsbilanz von 3,9 Milliarden Mark wird 1984 fast völlig verschwinden. Allerdings sieht die Regierung auch im kommenden Jahr keine Notwendigkeit zur Inanspruchnahme des internationalen Kapitalmarktes, im Gegenteil, Norwegens Staatsschuld im Ausland wird voraussichtlich weiter fallen, nachdem sie 1983 erneut um 1,76 auf 6,23 Milliarden Mark abgebaut worden ist.

In den norwegischen Prognosen ist immer ein beträchtlicher Unsicherheitsfaktor enthalten: das Öl. Er gilt sowohl den unvorhersehbaren Produktionsschwankungen als auch dem Preis und dem Dollarkurs. In den Ansätzen für 1983 ist man deswegen um fünf Prozent unter den eigentlich erwarteten Zahlen geblieben, für 1984 beträgt der Spielraum 15 Prozent. Die Regierung geht von einer fast unveränderten Öl- und Gasproduktion (52 Millionen Tonnen Öläquivalente) aus, von einem gleichbleibenden Preis (etwas über 30 Dollar pro Barrel) und einem Dollarkurs von 7,25 Norwegischen Kronen. Derzeit liegt er bei 7,36.

Die Regierung erwartet für 1984 einen Exportrückgang um real 3,1 Prozent (1983: plus 2,1), wobei Rohöl und Naturgas mit minus 15,8 Prozent (plus 6,4) zu Buche stehen; sie bringen aber immer noch 30 Prozent des Ausfuhrertrages ein, während die sogenannten traditionellen Exportgüter der Festlandindustrie mit einem erneuten Zuwachs von fünf Prozent rechnen können und erstmals seit ein paar Jahren die Nordseeproduktion im Wert überflügeln werden (36 Prozent des Exportwertes). Für den Import ist eine Volumensteigerung um 2,6 Prozent (minus 2,2) prognostiziert.

Das Mitte-Rechts-Kabinett unter dem Konservativen Kaare Willoch will auch 1984 die Inflationsbekämpfung und die Arbeitsplatzbeschaffung in den Vordergrund seiner Politik stellen. Erneut sollen über eine Steuererleichterung die Lohn- und Gehaltsforderungen gedämpft werden. Mehr als fünf Prozent Zuschlag würden der Wettbewerbskraft der Industrie schaden. Die Teuerungsrate hofft die Regierung von 8,6 auf sechs Prozent drücken zu können. Eine Prognose für die Arbeitslosenquote gibt sie allerdings nicht. Sie ist in letzter Zeit schnell auf 3,75 Prozent angestiegen, für Norwegen eine extrem hohe Zahl.

Der Entwurf für das ordentliche Budget sieht Ausgaben in Höhe von 61,5 Milliarden (plus 8,2 Prozent) vor. Recht beträchtlich, um 20 Prozent auf 12,5 Milliarden Mark, steigt der Kapitalbedarf für den Kredithaushalt der Regierung an, aus ihm werden u. a. die Investitionsvorhaben der staatlichen Erdölgesellschaft Statoil und der Ausbau der Wasserkrafterzeugung mitfinanziert. Zu den Haushaltsposten, in denen der Rotstift am wirkungsvollsten war, gehören das Gesundheitswesen (minus 7,8 Prozent) und der Etat für Familien-, Verbraucher- und Preispolitik (minus 5,6 Prozent), dagegen kann die militärische Verteidigung mit einer Steigerung um 7,8 Prozent rechnen, was real ein Plus von knapp zwei Prozent bedeutet.

FRANKREICH / Franc gilt als unterbewertet

# Hohe Auslandsverschuldung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Am Pariser Devisenmarkt hat sich in den letzten Tagen die Dollar-Baisse und die D-Mark-Hausse verstärkt. Gleichzeitig geriet der französische Franc zum ersten Mal seit seiner Abwertung vom 21. März auch gegenüber allen anderen wichtigen Devisen unter Druck. Die Banque de France stützte daraufhin den Franc-Kurs durch, wie es heißt, nicht unerhebliche Devisenverkäufe.

Außerdem sah sich Wirtschafts- und Finanzminister Delors veranlaßt, zu der Franc-Schwäche Stellung zu nehmen. Eine Dollar-Baisse sei ihm lieber als eine D-Mark-Baisse, sagte er ausweichend. Die D-Mark-Hausse beunruhige ihn nicht. Im französischen Finanzministerium wie bei der Banque de France hält man den Franc gegenüber der deutschen Währung immer noch für unterbewertet.

In internationalen Finanzkreisen weist man dagegen auf die zunehmende Auslandsverschuldung Frankreichs als destabilisierenden Faktor für den Franc-Kurs hin. Nach jüngsten Angaben der OECD hat Frankreich die internationalen Finanzmärkte in den ersten neun Monaten dieses Jahres mit zwölf Milliarden Dollar in Anspruch genommen; damit war Frankreich hinter den USA (12,4 Milliarden Dollar), und vor Japan (9,4 Milliarden Dollar) zweitgrößter Kreditnehmer der Welt gewesen. (Die US-Anleihen begründen im Unterschied zu den französischen keine Devisenverbindlichkeiten.)

Obwohl sich in den letzten Monaten die französischen Kreditaufnahmen abschwächten (im September erreichten sie 700 Millionen Dollar), hat sich doch die staatliche bzw. staatlich garantierte Devisenschuld Frankreichs unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich vorgenommenen Tilgungen nach OECD-Schätzung von 44 Milliarden Dollar Ende 1982 auf inzwischen 53 bis 55 Milliarden Dollar erhöht. Das wären zum derzeitigen Franc-Dollar-Kurs 420 bis 435 Milliarden Franc.

Für dieses Jahr will Delors die Aufnahme neuer Auslandskredite auf 2,1 Prozent des Sozialproduktes begrenzen und für 1984 auf ein Prozent, gegenüber drei Prozent 1982. Dabei wird eine weitere Schrumpfung des französischen Leistungsbilanzdefizits erwartet. Andererseits soll die Wirtschaft ihren Kapitalbedarf weniger im Ausland als im Inland decken. Dies dürfte aber nicht leicht sein, da die französische Spartätigkeit angesichts der verschärften Austerity-Politik zurückgehen dürfte.

# Landesbürgschaft für Krupp perfekt

dpa, Düsseldorf

Einem Kauf des Leverkusener Stahlunternehmens Wuppermann durch den Krupp-Konzern steht nichts mehr im Wege: Einstimmig votierte der Haushalts- und Finanzausschuß des nordrhein-westfälischen Landtags dafür, einen für den Kauf notwendigen 36-Millionen-Mark-Kredit durch eine 80prozentige Landesbürgschaft abzusichern. Den 36-Millionen-Kredit will Krupp bei der Westdeutschen Landesbank und der Dresdner Bank aufnehmen. Bei Wuppermann sind derzeit 1700 Arbeitnehmer beschäftigt. Stark interessiert am Kauf des Unternehmens war auch der Klöckner-Konzern, um die von der EG zugeteilte Stahlproduktionsquote für sich zu erhöhen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung befürchtete jedoch, daß dadurch die Arbeitsplätze in Leverkusen verlorengehen könnten und Klöckner die zusätzliche Produktionskapazität nach Bremen abziehen könnte.

BMW / Hans Hagen wird Entwicklungschef

# Umfangreiche Veränderungen

DANKWARD SEITZ, München

Umfangreiche personelle Veränderungen im Vorstand der Bayerischen Motoren-Werke AG (BMW), München, hat am späten Donnerstagnachmittag der Aufsichtsrat des Unternehmens beschlossen. Zum neuen Leiter für den Bereich Forschung und Entwicklung wurde Hans Hagen (51), derzeit noch generalbevollmächtigter Direktor bei der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG und dort bis vor kurzem Leiter der gesamten technischen Entwicklung für Nutzfahrzeuge, mit Wirkung vom 1. November 1983 berufen. Er wird damit Nachfolger von Karlheinz Radermacher, der BMW im Mai dieses Jahres verlassen hatte.

Des weiteren werden Hans Erdmann-Schönbeck (61), Leiter des Vertriebs, im Laufe des kommenden Jahres aus Altersgründen und Eberhard C. Sarfert (46), zuständig für das Personal- und Sozialwesen, zum 31. Dezember 1983 aus dem Vorstand ausscheiden. Sarfert, der seit 1979 zusätzlich die BMW-Motorradsparte betreut, will ab Anfang 1984 ausschließlich die Geschäftsführung der Motorrad GmbH übernehmen.

Das Ressort Personal- und Sozialwesen wird Franz Köhne (52) übernehmen, der seit 1974 die technische Zentralplanung bei BMW leitet und Vertreter der leitenden Angestellten im Aufsichtsrat ist. Die Verantwortung für den Vertrieb wurde Eberhard von Körber (45) übertragen, der 1972 bei BMW eintrat und seit 1977 Vorsitzender der BMW-Tochter in Südafrika ist.

Die drei „Neuen" wurden vom Aufsichtsrat zum jeweiligen Zeitpunkt vorerst zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern berufen.

DUNLOP FRANCE / Rettungsversuche erfolglos

# Konkursantrag gestellt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Tochtergesellschaft des britischen Dunlop-Konzerns hat am Donnerstag beim Pariser Handelsgericht Konkurs angemeldet. Bereits am Mittwoch hatte das die Verwaltung dem Betriebsrat ausdrücklich angekündigt. Letzte Verhandlungen mit dem französischen Industrieministerium über die Rettung des 5500 Personen beschäftigenden Unternehmens wurden als hoffnungslos bezeichnet.

Nachdem die britische Dunlop vor einem Jahr ihre gesamten europäischen Interessen mit Ausnahme der französischen an die japanische Sumitomo-Gruppe verkauft hatte, hoffte man zunächst, daß diese auch Dunlop-France übernehmen würde. Aber angesichts der von 140,6 Millionen Franc 1981 auf 201,9 Millionen Franc 1982 gestiegenen Verluste winkten die Japaner ab.

Daraufhin wurde ein Sanierungsplan beschlossen, in welchem die Muttergesellschaft 250 Millionen Franc und der französische Staat einen Dreijahreskredit seines Entwicklungsfonds (FDES) von 270 Millionen Franc einbrachte. Trotzdem kam die Gesellschaft nicht aus den roten Zahlen. Ein wichtiger Grund dafür ist die Überalterung eines Teils der Produktionsanlagen.

Die Gesellschaft verfügt über zwei Reifenwerke in Amiens (Nordfrankreich) und Montlucon (Auvergne), die 4000 Personen beschäftigen. Außerdem produziert sie Räder, Tennisbälle und Matratzen. Als Interessenten für das eine oder andere Werk gelten Goodyear und Bridgestone. Jedoch wird hier wie dort befürchtet, daß die französische Regierung die zur Sanierung von Dunlop-France notwendigen Entlassungen nicht genehmigt.

Die französischen Gewerkschaften haben bereits einen Abbau der Belegschaft kategorisch abgelehnt. Sie verlangen von der Regierung die Bereitstellung neuer staatlicher Mittel für die Fortführung des Betriebes. Eine befriedigende Lösung zu finden hält man in Regierungskreisen für „außerordentlich schwierig".

## NAMEN

**Dr. Fritz Gössler**, ehemaliger Vorsitzender des Vorstandes der Zeiss Ikon AG, Stuttgart, und Geschäftsführer der Anschütz u. Co. GmbH, Kiel, vollendet am 8. Oktober das 75. Lebensjahr.

**Helmut-Wilhelm Walter**, verantwortlich für den Direktionsbereich Finanzen und Verwaltung der Rank Xerox GmbH, Düsseldorf, wird am 11. Oktober 65 Jahre.

## KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg:** Nachl. d. Achim Wilhelm Seemann; **Detmold:** Nachl. d. Paul Hubrich, Maurermeister, Oerlinghausen; **Essen:** Sport-Club Burg, Essen-Burgaltendorf e. V. i. L.; **Gelsenkirchen:** BEKO-Industrieanlagen-GmbH, Bottrop; **Kaufbeuren:** Lina Parisi, Inh. d. Lina Parisi, Lebensmittel-Groß- u. Einzelhandel, Kaufbeuren-Neugablonz; **München:** Higel Beleuchtungstechnik GmbH; **Nienburg:** Heinrich Baumgarten, Bauunternehmer, Eystrup; **Walsrode:** Alkoholfreie Betreuungsges. mbH, Fallingbostel.

**Vergleich eröffnet: Düren:** Casa Contempora Collection Wohnbedarf GmbH, Kreuzau-Winden.

**Vergleich beantragt: Augsburg:** Wilfried Heinz Siegfried Kowsky, Pöttmes, Inh. e. Motorradhandels u. Reparaturwerkstätte, Aichach.

ZVEI / Hausgeräte-Industrie sieht Besserung

# Verbraucher kaufen wieder

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Verbraucher beginnen, den aufgestauten Ersatzbedarf zu befriedigen. Das schließen die Fachverbände der Elektro-Hausgeräteindustrie aus der im Frühsommer eingesetzten Nachfragebelebung. Sie kam bisher vor allem den Haushalt-Großgeräten (Ausnahme: Wäschetrockner) zugute und wird nach Ansicht der Verbände vor allem vom energiesparenden Angebot gestützt: Im Durchschnitt verbrauchen die Großgeräte heute zehn bis 20 Prozent weniger Strom als vor fünf Jahren.

Vor diesem Hintergrund rechnet die Branche für dieses Jahr mit unverändert knapp 10 Mrd. DM Produktionswert. Dabei werde die Entwicklung bei Großgeräten etwas günstiger als bei Kleingeräten laufen, die etwa ein Drittel der Produktion ausmachen. Getragen wird diese Entwicklung nach Einschätzung der Verbände durch einen um drei Prozent steigenden Inlandsabsatz. Im Export rechne man dagegen aufgrund der sich verschärfenden Wirtschaftsprobleme in wichtigen Abnehmerländern mit einem Rückgang um 1,5 Prozent auf knapp 3,9 Mrd. DM.

Gleichzeitig werden die Importe um rund 7 Prozent auf 2,1 Mrd. DM steigen, schätzen die Verbände, die von daher eine Wettbewerbsverschärfung auf dem Inlandsmarkt erwarten. Vor diesem Hintergrund ist auch die erwartete moderate Preisentwicklung bei der „weißen Ware" zu sehen: Die Preise werden allenfalls um zwei Prozent steigen, teilten die Verbände im Anschluß an ihre Mitgliedersammlung in Baden-Baden mit.

Die Impulse aus dem Inland reichen aber aus, die Branche mit rund 70 000 Beschäftigten auf eine fortgesetzte Besserung der Konjunktur in diesem Jahr rechnen zu lassen. Damit ist die Stimmung in der Hausgeräteindustrie besser als in der gesamten Elektroindustrie, die insgesamt im ersten Halbjahr nominal 6,4 Prozent mehr Aufträge (bei um 5,7 Prozent geschrumpften Auslandsorders) hereinnahm als im Vorjahr, aber erst im nächsten Jahr mit einer durchgreifenden Verbesserung rechnet.



IBH / Die neue Hanomag-Fabrik wird in zwei Jahren den Betrieb aufnehmen

# Überkapazität am Baumaschinenmarkt

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die weltweit stark rezessive Entwicklung des Baumaschinenmarktes hat auch bei der IBH Holding AG, Mainz, dem größten europäischen Hersteller von Baumaschinen, ihre Spuren hinterlassen. Die Gruppe, zu der unter anderem die Firmen Hanomag, Zettelmeyer, Hymac und Terex gehören, hat 1982 nicht nur das anvisierte Umsatzziel von ursprünglich 3 Mrd. DM deutlich verfehlt. Zugleich ist das Unternehmen tief in die roten Zahlen gerutscht.

Anläßlich der Grundsteinlegung für eine neue Produktionsstätte der Hanomag GmbH in Hannover bezifferte IBH-Chef Horst-Dieter Esch den Gruppenumsatz 1982 auf rund 2,5 (1981: 2,4) Mrd. DM. Nachdem 1981 noch ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis erzielt worden war, wird die IBH für 1982 einen Verlust von über 100 Mill. DM ausweisen. Der Fehlbetrag wird nach den Worten Eschs durch „geeignete Maßnahmen der Kapitaleigner" ausgeglichen. Dabei dürfte es sich um eine Erhöhung des Grundkapitals handeln.

Die ungünstige Entwicklung führt Esch im wesentlichen auf die hohen Überkapazitäten zurück, die auf den internationalen Märkten – bei einem gegenüber 1979 um ein Drittel geschrumpften Absatz – keine auskömmlichen Preise zuließen. Eine Besserung dieser Situation sei durch die Reduzierung von Kapazitäten nicht zu erreichen. Esch plädiert deshalb unverändert für Firmenzusammenschlüsse auf internationaler Ebene.

Die Aussichten für das laufende Jahr schätzt Esch wesentlich günstiger ein, wenngleich die Gewinnschwelle noch nicht erreicht wird. Für die Gruppe erwartet Esch einen Umsatz in Vorjahreshöhe und einen um die Hälfte reduzierten Verlust. Die derzeitige Auftragslage signalisiere eine Belebung der Nachfrage. Zwar sei auch künftig nicht mit einer nennenswerten Steigerung des Volumens zu rechnen. Die Anstrenungen um Kostenreduzierung dürften aber 1984 zu einem positiven Ergebnis führen.

Die IBH-Gruppe, bei der 75 Prozent des Gesamtumsatzes auf die „Kernprodukte" des Baumaschinenbereichs entfallen, beziffert ihren Weltmarktanteil auf acht Prozent. Damit sei die Position als drittgrößter Hersteller (nach Caterpillar mit 40 Prozent und der japanischen Komatsu mit rund 20 Prozent) gefestigt worden. Der Marktanteil der Gruppe für Radlager in der Bundesrepublik liegt Esch zufolge bei 33 Prozent.

Als einen entscheidenden Schritt für eine positive Entwicklung der IBH-Tochter Hanomag GmbH, Hannover, bewerten Esch und Hanomag-Geschäftsführer Wolfgang Freimuth den Bau der neuen Fabrik auf dem bisherigen Werksgelände. Einschließlich der Zinsen während der Bauzeit beläuft sich das Investitionsvolumen auf 170 Mill. DM. Die Finanzierung konnte erst kürzlich nach langwierigen Verhandlungen gesichert werden. Neben einem bundesverbürgten Kredit von 80 Mill. DM entfallen vom Gesamtvolumen 75 Mill. DM auf Hilfen der öffentlichen Hand.

Der Hanomag-Umsatz erreichte 1982 rund 460 Mill. DM; er wird sich im laufenden Jahr kaum verändern. Das Ergebnis war deutlich negativ. Erst für 1985, so Esch, werde das Unternehmen einen Gewinn erwirtschaften. Der derzeit hohe Auftragsbestand sichere die volle Auslastung. Um die Beschäftigten-Garantie (3000 Mitarbeiter) einhalten zu können, soll noch in diesem Jahr das Zentral-Ersatzteillager der IBH-Gruppe nach Hannover verlegt werden.

# WELT-Korrespondenten berichten von der K '83 in Düsseldorf

**Klöckner recht optimistisch – Hoechst hat Antwort auf Überkapazitäten – Bakelite im Verteilungskampf – Krupp-Kunststoff auf Wachstumskurs**

Unter dem Vorzeichen eines beginnenden Aufschwungs präsentiert sich die „K '83" – Internationale Fachmesse Kunststoff und Kautschuk – in ausgesprochen guter Laune. Dennoch ist deutlich zu sehen, daß die drei Branchen (Kunststofferzeugung, Verarbeitung, Kunststoffmaschinenbau) in drei Krisenjahren ein ausgeprägtes Kostenbewußtsein entwickelt haben. Die Stände sind teilweise deutlich schlichter gestaltet (ohne im übrigen dadurch häßlicher zu wirken), und auch am spesenintensiven Standpersonal wurden hier und da sichtbare Abstriche gemacht. Das freilich wird aus der K, die ehedem immer eine Veranstaltung der Glitzer-Superlative war, noch längst keine Spar-Messe machen. Und der Stimmung tut es offensichtlich auch keinen Abbruch. Nur in den Spitzengremien knistert es ein wenig: Noch immer geht es um den Übergang vom Vier- zum Dreijahresrhythmus – und auch daran stößt sich mancher sensibel gewordene Kostenrechner. (Wb.)

## Harter Markt für harten Kunststoff

Schon heute stecken in jedem Pkw im Durchschnitt 15 Kilogramm Duroplaste", freut sich Alfred Lütkenhaus, Geschäftsführer der Bakelite GmbH, Iserlohn, einer Tochter der Rütgerswerke AG, Frankfurt. Die Duroplaste, im Gegensatz zu den viel bekannteren Thermoplasten Kunststoffe, die nicht heiß verformbar sind, machen ungeachtet ihres geringen Bekanntheitsgrades rund 25 Prozent der Welt-Kunststoffproduktion aus.

Die Einsatzgebiete der Phenol-, Melamin-, Harnstoff- oder Epoxidharze liegen vor allem bei konstruktiven Anwendungen; sie sind wegen ihrer Unschmelzbarkeit und Formbeständigkeit als Materialien zum Beispiel für Gerätegehäuse, aber auch für Automobilteile oder gar Spezialanwendungen in der Luft- und Raumfahrt gefragt.

Trotz ihrer Zielrichtung auf Höherwertiges sind auch die Duroplasten-Anbieter nur wenig besser als ihre „Konkurrenz" durch die Kunststoff-Krise gekommen. Während die Thermoplastproduktion von 1979 bis 1982 um 16 Prozent zurückging, rutschten die Duroplaste „nur" um 14 Prozent. Damit gerieten auch sie in die branchentypische Schere zwischen Überkapazitäten und schrumpfendem Markt.

Die Verteilungskämpfe wirkten sich ebenso auf die Ertragsrechnungen der Hersteller aus wie die zusätzliche Konkurrenz von Ersatzwerkstoffen. Kapazitätsauslastungen, die noch 1982 am tiefsten Punkt bei knapp 70 Prozent lagen, ließen auch bei der Bakelite keine schwarzen Zahlen zu. Nun, da die Auslastung wieder auf 80 Prozent zugeht – die Duroplasten-Nachfrage ist im ersten Halbjahr um 6 bis 7 Prozent gestiegen –, besteht wieder Hoffnung auf bessere Zeiten.

Die Bakelite GmbH ist Teil des Rütgers-Kunststoffbereichs, der etwa ein Drittel zum Konzernumsatz von 2,5 Mrd. DM beiträgt. Mit 900 Mitarbeitern in 4 Werken und einer Gesamtkapazität von 140 000 Jahrestonnen gehört sie zu den größten europäischen Herstellern von Duroplasten. JOACHIM WEBER

## Lebhafte Auftragseingänge

Fast 650 Mill. DM Umsatz hat der Stahlkonzern Klöckner-Werke AG, Duisburg, im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) weltweit mit dem Bau von Maschinen für die Kunststoffverarbeitung und mit eigenen Verarbeitungsaktivitäten erzielt. Vor einem Jahrzehnt war der rund um diesen Konkurrenzwerkstoff zum Stahl angesiedelte Diversifikationsbereich, in dem heute 4100 Leute mit guter Rendite arbeiten, erst ein Zehntel so groß.

Als einer der ersten Aussteller wagt sich Klöckner auf der K '83 nun auch mit einer recht optimistischen Prognose für das Geschäft in 1983/84 hervor. Im Maschinenbau-Bereich (knapp 400 Mill. DM Weltumsatz mit 2800 Beschäftigten) werde es nach flauem Vorjahr zu 5 bis 10 Prozent Umsatzsteigerung kommen, davon ein Drittel aus höherem Mengenabsatz. Gestützt werde hier die Prognose durch den schon einige Wochen vor Messebeginn lebhafter gewordenen Auftragseingang.

Im Verarbeitungsbereich (250 Mill. DM Weltumsatz mit 1300 Beschäftigten) werde sich das gut 10prozentige Wachstum von 1982/83 in gleicher Stärke fortsetzen. Hier wie im Maschinenbau allerdings mit klarem Wachstumsschwerpunkt bei den Auslandsmärkten, die aus Export und eigener Auslandsproduktion längst mehr als zwei Drittel des Weltumsatzes bringen.

In der Klöckner-Domäne Spritzgießmaschinenbau, die vor einem Jahrzehnt mit 20 Mill. DM Umsatz durch Erwerb eines konkursreifen Werkes in Malerdingen begann, ist der Konzern mit seinen beiden Töchtern Ferromatik-Desma und der erste 1982 (vom britischen GKN-Konzern) erworbenen Windsor-Gruppe heute mit knapp 400 Mill. DM Umsatz weltgrößter Anbieter. Der Weltmarktanteil wird mit 14 Prozent genannt.

Die Klöckner-Palette des Angebots reicht hier von Standard-Spritzgießmaschinen über Gummi- und Schuhmaschinen bis zu Anlagen des Polyurethan-Sektors mit nun neuen Maschinensteuerungen in Mikroprozessortechnik. Stolz ist man nicht zuletzt darauf, daß auf dem 1982/83 flauen Markt, auf dem etliche auch deutsche Konkurrenten nach der Devise „Liquidität um jeden Preis" mit Rabatten von 20 bis 30 Prozent herumschleuderten, auch dank guter Auftragsbestände die Nerven behielt und anders als viele andere in schwarzen Zahlen blieb.

Ein Ende der Preisschleuderei wäre, wenn nicht von einem kräftigen Aufschwung, nach Ansicht der Klöckner-Maschinenbauer nur dann zu erwarten, wenn bei den allesamt unter Konzerndächern lebenden großen deutschen Konkurrenten die Konzernmütter die roten Zahlen ihrer Maschinenbautöchter leid würden. Die eigene Strategie geht deshalb mehr in die Richtung, die bisher bereits fünf eigenen Auslandsfabriken weiter auszubauen.

Vormarsch zumal im Ausland bestimmt auch den Kurs im Verarbeitungsbereich, wo Klöckner mit seiner Tochter Pentaplast und 10 Prozent Weltmarktanteil hinter der Hoechst-Tochter Kalle (13 Prozent) größter Anbieter von Hart-PVC-Folien ist. Der hier bei 250 Mill. DM liegende Umsatz enthält auch das Geschäft der Tochter Pentapack, Europas größtem Kontraktverpacker.

JOACHIM GEHLHOFF

## Konzentration auf Spezialitäten

Der 1982 bei 140 Mill. DM angelangte Umsatz werde 1983 „erheblich" über 150 Mill. DM liegen und mittelfristig mehr als 200 Mill. DM erreichen. Mit dieser Prognose unterstreicht der Krupp-Konzern den Wachstumskurs der Sparte Kunststofftechnik seiner Tochter Krupp Industrietechnik GmbH, Duisburg. Man sieht sich sowohl auf dem Gebiet der Blasform- und Spritzgießmaschinen für Verpackungen als auch bei Maschinen zur Herstellung von Reifen und technischen Kautschukartikeln weltweit in der Reihe der führenden Hersteller.

Weiteren Ausbau der eigenen Marktposition erwartet die Krupp-Kunststofftechnik (derzeit 630 Beschäftigte und reichlich zwei Drittel Exportanteil) durch eine noch stärkere Konzentration des Produktprogramms auf Spezialitäten und Erschließung neuer Absatzmärkte. Dazu natürlich aus der Produktinnovation. Da biete man zum Beispiel jetzt „als erster Hersteller" das gesamte Blasformmaschinenprogramm mit Mikro-Computersteuerung an. Große Chancen rechnet sich Krupp bei Maschinen für die reifen- und kautschukverarbeitende Industrie vor allem auf dem US-Markt aus. In dieser Sparte sei der Auftragseingang schon in den letzten fünf Jahren deutlich gestiegen.

Für das wachsende US-Geschäft wurde jüngst ein Vertretervertrag mit einem amerikanischen Maschinenbauunternehmen abgeschlossen. Mit Auftragseingängen in zweistelliger Millionenhöhe für die von Krupp entwickelte neue Extruder-Linie habe sich bisher schon die Hoffnung auf ein wachsendes Geschäft in den USA erfüllt. J. GEHLHOFF

## Verluste spürbar abgebaut

Der Unternehmensbereich Kunststoffe der Hoechst AG, Frankfurt, 1982 mit einem Minus von 220 Millionen Mark größter Verlustbringer des Chemiekonzerns, will seine roten Zahlen in diesem Jahr möglichst auf ein Drittel reduzieren. Dieses Ziel gilt zumindest für den eigentlichen AG-Bereich mit seinen 2500 Mitarbeitern, der etwa 60 Prozent der weltweiten Chemieumsätze auf sich vereinigt.

Damit zeichnen sich die ersten Erfolge *einer ganzen Reihe* einschneidender Maßnahmen ab. So haben die Hoechster in den vergangenen drei Jahren erhebliche Teile ihrer Standard-Kunststoff-Kapazitäten stillgelegt, nämlich 240 000 Tonnen oder 38 Prozent der Niederdruck-Polyethylen-Produktion, 50 000 Tonnen oder 26 Prozent beim Polypropylen und 40 000 Tonnen oder 27 Prozent beim Polystyrol. Mit dieser „Antwort" auf die europaweiten Überkapazitäten der Branche – derzeit immer noch etwa 25 Prozent bei Standardkunststoffen – will Hoechst es vorerst bewenden lassen.

Der Kampf des Chemieriesen gegen die eigenen Verluste ist mit dem Kapazitätsabbau ohnehin noch nicht beendet. So will man künftig bei verschiedenen Kunststoffen auf die intensive Anwendungsberatung verzichten. Der Grund: Billigkonkurrenten, die auch ohne solchen Zusatzservice ihren Markt finden, haben die Preise so weit verdorben, daß sich die Dienstleistung nicht mehr trägt. Die Folge dieser und weiterer Straffungsmaßnahmen wird allerdings ein Abbau der Kunststoff-Entwicklungsmannschaft um 20 Prozent und des Vertriebspersonals um 15 Prozent sein.

Gebremst wird indessen nicht in allen Teilbereichen. Schließlich gibt es noch eine ganze Reihe von Kunststoffen, die Geld verdienen. Dazu zählen vor allem technische Kunststoffe („engineering plastics"), Spezialitäten vom modifizierten Standardkunststoff (zum Beispiel Polypropylen, als Plastikschüssel bekannt, mit höherer Festigkeit für Elektrogerätegehäuse) bis hin zum manchmal nur für eine Anwendung maßgeschneiderten Hochwertmaterial.

Bei den Spitzenprodukten lohnen sich sogar Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, die bis zu 30 Prozent vom Umsatz erreichen. Zum Vergleich: Der gesamte Hoechst-Kunststoffbereich mit seinem immer noch großen (und dezent verschwiegenen) Anteil von kaum mehr umforschten Standard-Kunststoffen kommt insgesamt auf etwa 3 Prozent vom Umsatz.

Eine der als besonders zukunftsträchtig eingeschätzten und darum *mit kräftigen Ausbau-Investitionen* bedachten „Spielwiesen", die sich zumeist durch kleine Mengen und hohe Produktwerte auszeichnen, sind die Fluor-Kunststoffe. Ausgehend vom PTFE (Polytetrafluorethylen), jeder Hausfrau als Bratpfannenbeschichtung wohlbekannt, hat sich hier ein breites Spektrum von Variationen entwickelt.

Dabei werden jeweils spezielle Vorteile der Fluor-Plastiks – von der Temperatur- und Chemikalienbeständigkeit bis hin zum guten elektrischen Isolierverhalten – besonders „kultiviert". Weil die Verarbeitung bei Fluor-Materialien meist komplizierter ausfällt als bei anderen Kunststoffen und sie zudem auch deutlich teurer sind, kommen ohnehin nur hochwertige Einsatzmöglichkeiten in Frage, vom wartungsfreien Gleitlager für Autos oder Maschinen bis hin zur Computerkabel-Isolierung.

Ein nach wie vor Erfolg und Wachstum versprechendes Arbeitsgebiet sind die Kunststoffe für die Autoindustrie. Schon heute enthält jeder europäische Pkw im Schnitt runde 70 Kilogramm an Plastikteilen (ohne Lack und Reifen). Die doppelte Menge – bei Spitzenfabrikaten längst erreicht – halten die Hoechster Experten in den nächsten Jahren durchaus für machbar.

Jetzt wird es allerdings weniger um die Kleinteile unter der Haube als um die Haube selbst gehen – „Großflächenteile" heißt das Ziel der neuen Kunststoff-Offensive. Im Autogeschäft ist allerdings Weitsicht gefragt: Der Abstimmungsprozeß mit den Vorausentwicklern der Kfz-Hersteller beginnt schon 5 bis 7 Jahre, ehe ein neuer Typ marktreif wird.

JOACHIM WEBER

HEIMTEXTILIEN

## Hoffen auf ein besseres Geschäft

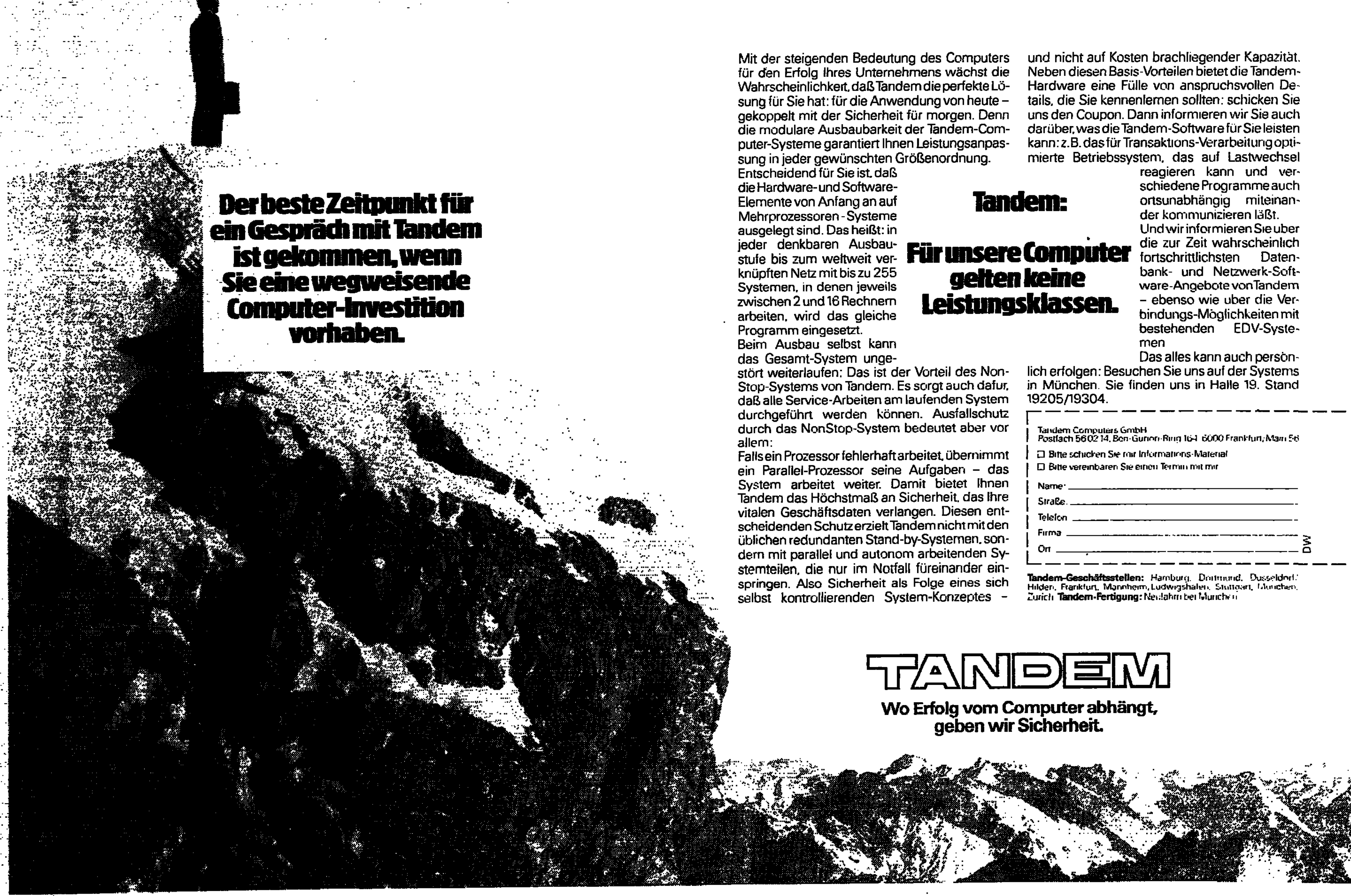
INGE ADHAM, Frankfurt

Steigende Aufträge für den Wohnungsbau (im ersten Halbjahr plus 30 Prozent) machen den deutschen Herstellern von Haus- und Heimtextilien Hoffnung auf ein künftig wieder besser laufendes Geschäft. Denn dies hat sich in den beiden zurückliegenden Jahren gezeigt, das Wohl und Wehe dieser Branche ist eng mit der Entwicklung des Wohnungsbaus verknüpft.

Bisher hat sich die in diesem Jahr wieder steigende Wohnungsbauproduktion freilich nur auf eine Sparte der Wohntextilien ausgewirkt. Allein die deutschen Teppich-Hersteller sprechen von einem „unerwartet positiven Verlauf" im ersten Halbjahr, ein Trend, der auch im Juli und August angehalten habe. So steigerten die Hersteller von Tufting-Teppichen bis einschließlich August ihren Umsatz um fast 10 Prozent. Die verkaufte Menge nahm in der gleichen Zeit um 11,5 Prozent zu. Zum Vergleich: Im Vorjahr mußte die gesamte deutsche Teppichindustrie ein Umsatzminus von gut 5 Prozent auf 1,98 Mrd. DM verbuchen.

So erfreulich die Aufwärtsentwicklung (auch bei gewebten Teppichböden) für die Hersteller ist, das Auseinanderklaffen von Wert- und Mengenentwicklung unterstreicht das unverändert harte Geschäft. Bei hohem Importdruck sind Kostensteigerungen kaum oder gar nicht weiterzugeben: Die Durchschnittspreise im Tufting-Bereich liegen unter denen des Vorjahres. Die globale Aussage darf auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß einige Firmen sich doch schwertun. „Auffallend in diesem Jahr sind die extremen Schwankungen innerhalb der Teppichindustrie zwischen Vollauslastung einzelner Firmen und Unterbeschäftigung anderer", hält der Verband der Heimtextilienindustrie fest.

Gleiches gilt für die übrigen Sparten der Branche, in der besonders Bettwaren, Haus- und Tischwäsche-Hersteller noch keine Aufschwungstendenzen spüren. Sie hoffen auf die nächste internationale Fachmesse „Heimtextil" (11. bis 14. Januar 1984), zu der sich knapp 1500 Unternehmen (sechs Prozent mehr als im Vorjahr) angesagt haben. Mehr als die Hälfte von ihnen kommen aus dem Ausland. Mit rund 58 000 Einkäufern aus 85 Ländern ist diese Messe für die Heim- und Haustextilien-Branche ein wichtiger Ordertermin.



# Aktien auf breiter Front aufwärts

## Jetzt auch Banken von der festen Tendenz erfaßt

**DW. – Obwohl bei steigenden Kursen die Neigung zu Gewinnmitnahmen spürbar wächst, hielt die feste Tendenz auf dem Aktienmarkt auch am Donnerstag an. Das Umsatzvolumen hat kräftig zugenommen. An den Käufen waren erneut Ausländer beteiligt, in deren Augen die DM wieder zur „Aufwertungswährung" geworden ist. Die inländischen Anleger werden durch sinkende Zinsen angeregt, die als Voraussetzung für einen weiteren Anstieg der Aktienkurse angesehen werden. Infolgedessen fanden auch die zinsreagiblen Papiere wie Versorgungs- und Bankaktien besondere Aufmerksamkeit.**

Im Bankenbereich fiel die Deutsche Bank mit einem Tagesgewinn von 8 DM aus dem Rahmen. Bei den Autoaktien zogen Mercedes um 9 DM auf 524 DM an. Lebhafter Handel fand in den Aktien von Aachen-Münchner Beteiligung statt. Sie schlossen mit 895 DM um 40 DM höher als am Vortag. Dagegen verbesserten sich Allianz Versicherung „nur" um 13 DM auf 670 DM. Die Titel der Großchemie setzten ihren Anstieg mit Tagesgewinnen bis zu 1 DM fort. Mehr beachtet wurden Schering mit einem Plus von 4 DM, angeregt durch den stattgefundenen Besuch der Bankanalysten, die offensichtlich dem Papier weitere Chancen einräumen. Im Versorgungsbereich warteten RWE-Stämme mit einem weiteren Gewinn von 5 DM auf.

**Düsseldorf:** AEG Kabel Rheydt erhöhten um 5 DM auf 255 DM und Bilfinger um 3,90 DM auf 224,90 DM. DAT verbesserten sich um 5 DM und Dyckerhoff um 4 DM. Gildemeister stockten um 3 DM und Heinrich um 4 DM auf. Sternbräu erhöhten um 3 DM auf 149 DM. Nachgeben mußten Hochtief um 7 DM auf 408 DM und Rhenag um 4 DM auf 311 DM.

**Frankfurt:** Die Aufwärtsbewegung am Aktienmarkt setzte sich auch am Donnerstag fort. Umsätze stark gestiegen. Standardwerte konnten sich weitgehend bis zu 3 DM verbessern. Besonderes Interesse fanden Wella-Aktien, die mit 402,50 DM plus 12,50 DM schlossen. Besonders fest auch BBC 232 DM plus 11 DM, von Nebenwerten stiegen Lahmeier um 10 DM auf 245 DM, Herlitz-Stämme um 12,50 DM auf 199,50 DM, Herlitz-Vorzüge um 13 DM auf 183 DM.

**Hamburg:** Die Versorgungswerte waren freundlich. HEW und NWK Vorz. gingen je 1 DM höher um. Conti Gummi und Phoenix Gummi waren gut behauptet, dabei verlief der Handel bei Phoenix nicht mehr so lebhaft wie am Vortag.

**München:** Brau AG Nürnberg erhöhten um 5 DM auf 195 DM und Ekatit Riedinger um 1,50 DM auf 86,50 DM. Flachglas AG stockten um 7,50 DM auf 294,50 DM auf. Gehe AG verloren 8,50 DM auf 211 DM und Hutschenreuther verbesserten sich um 4,50 DM auf 240,50 DM.

**Berlin:** Herlitz Vorzüge zogen um 17 DM, Spinne Zehlendorf um 15 DM, Herlitz Stämme um 9,60 DM und Kötitzer Leder um 9 DM an. Rheinmetall konnten 6 DM, DeTeWe 5 DM und Bekula 3,50 DM zulegen.

**Nachbörse:** fest

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

## Inlandszertifikate

## Ungeregelt. Freiverkehr

## Freiverkehr

## Unnotierte Werte

## Auslandszertifikate (DM)

## Fremde Währungen

## Ausländische DM-Anleihen

## Ausland

New York · Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris · Mailand · Toronto · London · Wien · Hongkong · Sydney · Brüssel · Kopenhagen · Singapur

## Optionshandel

**Frankfurt:** 6. 10.: 658 Optionen = 33 525 (28 300) Aktien davon 121 Verkaufsoptionen = 3750 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-80/9, 1-85/6,80, 1-95/2,60, 4-85/10, 4-90/8, 4-95/5, 4-100/3,50, Siemens 1-350/28, 1-360/15, 1-370/10,50, 1-380/5,15, 7-400/10, Veba 1-170/10,50, 1-180/5,10, 4-180/11,35, 7-200/6,50, BASF 1-150/9,50, 1-160/4,70, 1-170/2,65, 4-150/14,40, 4-170/6,40, Bayer 1-136/21,80, 1-140/17, 1-150/12, 1-156/5,90, 1-160/3,60, 1-170/2,90, 4-160/10,60, 4-170/7, 7-170/9,85, Hoechst 1-150/17,50, 1-160/8,30, 1-170/4,50, 4-150/19,50, 4-160/15,80, 4-170/8, VW 1-180/43, 1-210/22, 1-240/6, 4-230/18,50, Conti Gummi 1-100/17, 1-110/9,20, 1-120/5,05, 4-110/16, 4-120/8,15, 4-130/5,40, 7-120/10, Lufthansa St. 4-120/13,10, Commerzbank 1-160/16,40, 1-180/5,50, 4-180/10,70, 4-190/7,90, 7-180/12,60, Dt. Bank 1-300/26,80, 1-320/12, 4-340/10,40, Dresdner Bank 1-190/4,40, 4-170/17, 4-180/11, Hoesch 1-90/15,10, 1-100/7,60, 1-110/5, 4-90/25, 4-100/13, 4-110/8,60, 7-120/16, Mannesmann 1-130/12,40, 1-140/7, 1-150/3,50, 4-130/22, 4-140/12, 4-150/7,50, 4-150/4,10, Thyssen 1-70/10,50, 1-75/4, 1-80/3,50, 1-100/0,85, 4-70/12, 4-70/12, 4-75/8, 4-80/5,60, 7-80/8,60, Bekula 4-110/6, Babcock VZ 1-180/19, GGH St. 4-150/14,80, Kloeckner 1-40/2,85, 4-40/4,85, Mercedes 4-520/31, REW St. 1-170/13, 1-180/5,15, 4-170/15,60, 4-180/60, VZ 1-180/4,60, 4-170/11, Chrysler 1-80/8, 4-85/8,95, 7-80/14,40, Philips 1-40/5,40, 4-45/4,95, elf 1-56,50/3, 7-60/10,90. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-85/3,80, 1-90/5,5, 4-80/3, BASF 1-150/2,90, BMW 1-390/13, VW 1-210/2,80, 1-220/4, Conti Gummi 1-110/1,60, 4-110/2, 7-110/4,60, Commerzbank 4-170/7,55, Dt. Bank 1-300/5,90, 4-300/6, Dresdner Bank 1-170/3, 4-170/5, Hoesch 1-85/1,60, 1-90/2,20, 1-95/3, 1-100/4,90, 4,90, 4-100/5, Mannesmann 1-40/5, 4-130/3,40, 4-140/5,10, GGH St. 7-140-5,40, Karstadt 4-270/17,40, MAN 1-140/6, Metallgesellschaft 1-190/3,50, 4-190/5, RWE St. 4-170/6,80, Genral Motors 4-220/12, Litton 4-170/10,40, Royal Dutch 1-120/5, elf 4-60/6. 1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

## Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Hochstkurse im Handel unter Banken am 6. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

| | US-$ | DM | sfr |
|---|---|---|---|
| 1 Monat | 9¼– 9½ | 5½–5¾ | 3½–3¾ |
| 3 Monate | 9⅝– 9⅞ | 5¾–5⅞ | 3¾–4⅛ |
| 6 Monate | 9¾– 9⅞ | 5⅞–6 | 4 –4⅛ |
| 12 Monate | 9¾–10 | 6⅛–6¼ | 4⅛–4¼ |

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

## Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 6. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM).

| Gesetzliche Zahlungsmittel*) | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 US-Dollar | 1440,00 | 1755,60 |
| 10 US-Dollar (Indian)**) | 1138,00 | 1346,06 |
| 5 US-Dollar (Liberty) | 475,00 | 593,85 |
| 1 £ Sovereign alt | 236,00 | 291,84 |
| 1 £ Sovereign Elizabeth II | 232,00 | 287,28 |
| 20 belgische Franken | 184,00 | 237,12 |
| 10 Rubel Tscherwonez | 247,00 | 306,94 |
| 2 südafrikanische Rand | 233,00 | 287,28 |
| Krüger Rand, neu | 1045,00 | 1231,20 |
| Maple Leaf | 1045,00 | 1231,20 |
| **Außer Kurs gesetzte Münzen *)** | | |
| 20 Goldmark | 248,00 | 307,80 |
| 20 schweiz. Franken „Vreneli" | 206,00 | 258,78 |
| 20 franz. Franken „Napoleon" | 206,00 | 258,78 |
| 100 österr. Kronen (Neuprägung) | 964,00 | 1162,80 |
| 20 österr. Kronen (Neuprägung) | 192,00 | 241,68 |
| 10 österr. Kronen (Neuprägung) | 101,00 | 132,24 |
| 4 österr. Dukaten (Neuprägung) | 438,00 | 539,22 |
| 1 österr. Dukaten (Neuprägung) | 105,00 | 142,50 |

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

## Devisen und Sorten

| 6. 10. 83 | Frankfurt. Devisen Geld | Frankfurt. Devisen Brief | Ankfg.-Kurs[4]) | Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf | Wechs. Frankfurt. Sorten*) Verkauf |
|---|---|---|---|---|---|
| New York[3]) | 2,5810 | 2,5890 | 2,5615 | 2,54 | 2,63 |
| London[1]) | 3,846 | 3,860 | 3,819 | 3,79 | 3,94 |
| Dublin[1]) | 3,089 | 3,103 | 3,046 | 3,01 | 3,16 |
| Montreal[3]) | 2,0965 | 2,1045 | 2,0825 | 2,06 | 2,15 |
| Amsterd. | 88,920 | 89,140 | 88,980 | 88,00 | 90,00 |
| Zürich | 122,940 | 123,140 | 123,04 | 122,00 | 124,75 |
| Brüssel | 4,892 | 4,912 | 4,856 | 4,70 | 4,92 |
| Paris | 32,495 | 32,655 | 31,81 | 31,50 | 33,50 |
| Kopenh. | 27,590 | 27,710 | 27,32 | 26,50 | 28,50 |
| Oslo | 35,380 | 35,500 | 34,77 | 34,50 | 36,25 |
| Stockh.**) | 33,220 | 33,380 | 32,79 | 32,50 | 34,26 |
| Mailand[2]) **) | 1,643 | 1,653 | 1,595 | 1,61 | 1,70 |
| Wien | 14,200 | 14,240 | 14,203 | 14,10 | 14,32 |
| Madrid**) | 1,714 | 1,734 | 1,648 | 1,63 | 1,75 |
| Lissabon**) | 2,080 | 2,100 | 1,870 | 1,80 | 2,60 |
| Tokio | 1,1095 | 1,1125 | – | 1,09 | 1,15 |
| Helsinki | 45,880 | 46,080 | 44,96 | 45,75 | 47,50 |
| Buen. Air. | – | – | – | – | 16,00 |
| Rio | – | – | – | 0,06 | 0,45 |
| Athen*) **) | 2,7755 | 2,8295 | – | 2,30 | 3,10 |
| Frankf. | – | – | – | – | – |
| Sydney*) | 2,3505 | 2,3695 | – | 2,29 | 2,39 |
| Johannesbg.*) | 2,3100 | 2,3290 | – | 2,10 | 2,35 |

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

## Devisen

Die D-Mark-Festigkeit hielt am 6. Oktober an. Zu kräftigen Kurskorrekturen kam es beim schweizer Franken, der um 6,6 Promille auf 123,04 zurückfiel und dem japanischen Yen, der um 4,9 Promille auf 1,1110 nachgab. Der US-Dollar, gestern zeitweise unter 2,58 in New York, wurde am Morgen bis 2,5915 bezahlt, gab aber später bis 2,5780 nach. Die amtliche Notiz wurde mit 2,5850 ohne Beteiligung der Bundesbank festgesetzt. Neue Aspekte waren nicht vorhanden, es wird weiterhin bei etwas schwächerer Konjunktur in den USA mit nachgebenden Zinsen und stärkerer Beachtung der fundamentalen Faktoren gerechnet. 6 Währungen notierten zu historischen Tiefstkursen. Dabei unterschritt der französische Franc mit 32,575 erstmals die seit März geltende Parität von 32,61 und der belgische Franc liegt mit 4,902 nur noch um 2 Pfennig über dem unteren Interventionspunkt. US-Dollar in: Amsterdam 2,9025; Brüssel 52,75; Paris 7,9355; Mailand 1568,55; Wien 18,1870; Zürich 2,1009; ir. Pfund/Dollar 3,096; Pfund/Dollar 1,4905.

**Ostmarkkurs** am 6. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,00; Verkauf 21,00 DM West.

## Devisenterminmarkt

Durch einen Rückgang der Dollar-Zinssätze um 1/8 Prozentpunkt wurden am 6. Oktober alle Swapsätze enger gehandelt.

| | 1 Monat | 3 Monate | 6 Monate |
|---|---|---|---|
| Dollar/DM | 0,95/0,85 | 2,40/2,30 | 4,53/4,43 |
| Pfund/Dollar | 0,01/0,03 | 0,05/0,08 | 0,10/0,15 |
| Pfund/DM | 1,90/0,50 | 4,00/2,60 | 7,10/5,70 |
| FF/DM | 32/16 | 84/65 | 168/152 |

## Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 6. 10.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 6,1–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 6. 10.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 6. 10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

**SIEMENS**

# ...und viertens sieht es auch noch gut aus.

## Erstens

Es zeigt Ihnen, was es kann.

Sie sehen auf einen Blick, welcher Ihrer Mitarbeiter gerade spricht, wer auf einen Rückruf wartet und ob eine Leitung frei ist.
Das Display zeigt Ihnen Datum und Uhrzeit, Rufnummern und Gebühren an. Und es erinnert Sie an Termine – optisch und akustisch.

## Zweitens

Sie haben immer eine freie Leitung.

Bis zu sechs Amtsleitungen ermöglichen es, daß Sie selbst dann eine freie Leitung haben, wenn Sie von allen Seiten angerufen werden. Außerdem können Sie jeden Mitarbeiter erreichen, auch wenn er gerade telefoniert. Über den eingebauten Lautsprecher können Sie ihn ausrufen und sogar Durchsagen an die ganze Abteilung machen.

## Drittens

Sie können es ganz einfach bedienen.

Denn bei diesem Telefon können Sie wählen, ohne den Hörer abnehmen zu müssen. Auf Tastendruck wiederholt es für Sie jede noch so lange Rufnummer. Und wenn Sie auch beim Sprechen die Hände frei haben wollen, benützen Sie das integrierte Mikrofon.
Gespeicherte Nummern rufen Sie mit der Namentaste ab.




Das Bürotelefon Siemens teamset® 200 im Maßstab 1:1.
Lassen Sie es sich zur Vorführung auf Ihren Tisch stellen.
Senden Sie uns den Coupon.

# Renten stiegen weiter

**Der Rentenmarkt wird im Bereich der öffentlichen Anleihen und der DM-Auslandsanleihen durch eine zunehmende Nachfrage aus dem Ausland beeinflußt. Die Kurse zogen hier um bis zu einem halben Punkt an. Der Bund konnte die Renditen seiner Schuldscheine weiter zurücknehmen. Die Restfinanzierung des Bundeshaushalts 1983 dürfte kaum noch Schwierigkeiten bereiten. Am Markt für DM-Auslandsanleihen wurde mit Genugtuung das maßvolle Programm neuer Emissionen zur Kenntnis genommen. Bei den Pfandbriefen schlug sich die bessere Tendenz jetzt auch deutlich in den Kursen nieder, das Geschäft ist lebhafter geworden.**

## Bundesbahn

| | | 6. 10. | 5. 10. |
|---|---|---|---|
| F 4 Abl. 57* | 4/84 | 100,8G | 100,8G |
| 10 Bdbahn 73 II | 11/83 | 100,25 | 100,3 |
| 7½ dgl. 72 | 2/84 | 100,5 | 100,5 |
| 8 dgl. 72 | 9/84 | 101 | 101 |
| 8½ dgl. 78 | 9/84 | 101,3 | 101,3 |
| 8 dgl. 78 III | 11/84 | 99,4 | 99,3 |
| 6½ dgl. 79 | 2/85 | 99,40G | 99,25 |
| 8½ dgl. 73 | 2/85 | 101,55 | 101,45G |
| 7 dgl. 77 | 2/87 | 97,3 | 97,2 |
| 6 dgl. 77 | 9/87 | 93,6 | 93,4 |

## Bankschuldverschreib.

| | 6. 10. | 5. 10. |
|---|---|---|
| F 6 Allg. Hypo. Pf 1 | 81G | 81G |
| 6½ dgl. Pf 5 | 86 | 86G |
| 7 dgl. Pf 2 | 99 | 99 |
| F 7½ Bakola Pf 104 | 99,35G | 99,35G |
| 9 dgl. Pf 106 | 101,7G | 101,7G |
| 10 dgl. Pf 108 | 106,6G | 106,6G |
| 7 dgl. KS 132 | 93,3G | 93,3G |
| 8 dgl. KS 155 | 97,25G | 97,25G |
| 9 dgl. KS 169 | 101,85G | 101,85G |

# Warenpreise – Termine

**Fester schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen zur Wochenmitte an der New Yorker Comex. Während Kaffee uneinheitlich bewertet wurde, ging Kakao durchweg mit Gewinnen aus dem Markt.**

## Getreide und Getreideprodukte

| | 5. 10. | 4. 10. |
|---|---|---|
| **Weizen Chicago (c/bush)** | | |
| Dez. | 368,50 | 366,50 |
| März | 383,00 | 381,75 |
| Mai | 389,00 | 387,50 |
| **Weizen Winnipeg (can. $/t)** | | |
| Wheat Board cif. | 5. 10. | 4. 10. |
| St. Lawrence 1 CW | 236,45 | 237,20 |
| Amber Durum | 257,90 | 261,90 |
| **Roggen Winnipeg (can. $/t)** | | |
| Okt. | 154,60 | 153,70 |
| Dez. | 158,80 | 157,80 |
| März | 164,50 | 164,50 |
| **Hafer Winnipeg (can. $/t)** | | |
| Okt. | 134,50 | 132,30 |
| Dez. | 128,50 | 127,20 |
| März | 126,90 | 125,50 |
| **Hafer Chicago (c/bush)** | 5. 10. | 4. 10. |
| Dez. | 188,75 | 185,50 |
| März | 196,00 | 195,00 |
| Mai | 203,25 | 201,00 |
| **Mais Chicago (c/bush)** | | |
| Dez. | 351,50 | 347,50 |
| März | 353,25 | 350,50 |
| Mai | 354,75 | 352,25 |
| **Gerste Winnipeg (can. $/t)** | 5. 10. | 4. 10. |
| Okt. | 132,40 | 130,80 |
| Dez. | 135,00 | 132,40 |
| März | 137,00 | 135,70 |

## Genußmittel

| | 5. 10. | 4. 10. |
|---|---|---|
| **Kaffee** | | |
| New York (c/lb) | 5. 10. | 4. 10. |
| Dez. | 141,20 | 140,88 |
| März | 136,25 | 136,40 |
| Mai | 132,30 | 132,30 |
| **Kakao** | | |
| New York ($/t) | 5. 10. | 4. 10. |
| Dez. | 2060 | 1985 |
| März | 2083 | 2013 |
| Terminkontr. Mai | 2100 | 2040 |
| Umsatz | 3071 | 4098 |
| **Zucker** | | |
| New York (c/lb) | | |
| Kontrakt Nr. 11 Jan. | 11,00 | 10,90 |
| März | 11,42 | 11,40 |
| Mai | 11,78 | 11,78 |
| Juli | 12,05 | 12,07 |
| Sept. | 12,26 | 12,30 |
| Umsatz | 9 889 | 13 334 |
| Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) | 5. 10. 10,06 | 4. 10. 9,85 |
| **Kaffee** | | |
| London (£/t) Robusta- | 5. 10. | 4. 10. |
| Kontrakt Nov. | 1859–1860 | 1859–1863 |
| Jan. | 1836–1837 | 1841–1843 |
| März | 1756–1758 | 1757–1758 |
| Umsatz | 2975 | 3852 |
| **Kakao** | | |
| London (£/t) | | |
| Terminkontrakt Dez. | 1485–1487 | 1474–1478 |
| März | 1480–1481 | 1470–1472 |
| Mai | 1490–1492 | 1479–1480 |
| Umsatz | 2405 | 3423 |
| **Zucker** | | |
| London (£/t) | | |
| Rohzucker Okt. | – | – |
| Dez. | 178,25–178,75 | 180,50–182,00 |
| März | 187,50 | 190,25 |
| Mai | 192,75 | 194,50–195,00 |
| Aug. | – | – |
| Umsatz | 0 | 6272 |
| **Pfeffer** | | |
| Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg) | 5. 10. | 4. 10. |
| schw. Sarawak spez. | 252,50 | 250,00 |
| weißer Sarawak | 345,00 | 342,50 |
| weißer Muntok | 347,50 | 345,00 |

## Öle, Fette, Tierprodukte

## Wolle, Fasern, Kautschuk

| | 5. 10. | 4. 10. |
|---|---|---|
| **Kautschuk** | | |
| London (p/kg) | 5. 10. | 4. 10. |
| Nr. 1 RSS loco | 78,50–79,50 | 77,50–78,50 |
| Nov. | 77,90–78,00 | 77,80–80,00 |
| Dez. | 77,90–78,00 | 77,80–78,40 |
| Jan/März | 79,40–79,60 | 78,70–78,80 |
| Tendenz: stetig ruhig | | |

## Messingnotierungen

| | 6. 10. | 5. 10. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 346–356 | 342–350 |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 388–394 | 383–390 |
| MS 63 | 392–398 | 386–390 |

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbezieher.




DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11

# Transportversicherung

Py. – Die deutschen Transportversicherer tun sich schwer, sollen sie die ersten sichtbaren Erfolge der durch eigene jahrelange Unvernunft sanierungsbedürftig gewordenen Sparte dem Zufall ausgebliebener Großschäden oder dem eigenen Bemühen, ihre Zeichnungsergebnisse positiv zu gestalten, zuordnen. Sicher trifft beides zu, aber nicht allein. Die Sparte, deren rund zwei Milliarden Mark Prämienaufkommen im schlechtesten Jahr 1978 zu rund 87 Prozent von Schäden aufgezehrt wurde, hat es weder mit Glück noch mit Einsicht allein wieder auf eine Schadenquote von immerhin rund 75 Prozent gebracht.

Dabei ist der Einsicht sicher auch zuzurechnen, daß sich einige Marktteilnehmer vom Geschäft zurückgezogen haben. Das waren nicht die bedeutendsten Gesellschaften (allein 26 bestreiten etwa 75 Prozent des Marktes), es waren vor allem kleinere und einige Ausländer, die sich nicht länger mit unzureichenden Prämien und immer gewaltigeren Risiken immer größere Verluste einhandeln wollten. Den entscheidenden Anteil hatten wohl die Rückversicherer mit ihrem Druck auf die (Erst-)Transportversicherer. Sie waren einfach nicht mehr bereit, vermeidbare Verluste zu subventionieren, forderten höhere Selbstbehalte, behielten sich hier und da Leistungen an den Erstversicherer vor.

Hier war für viele Transportversicherer der Punkt zum Einlenken. Zwei Milliarden Mark Prämienaufkommen, so könnte man meinen, seien angesichts 94 Milliarden Mark Gesamtprämienvolumen eine geringe Größe, doch sollte die volkswirtschaftliche Bedeutung als ältester Zweig der Assekuranz nicht gering eingeschätzt werden. Freilich ist sie vom „klein, aber fein" noch weit entfernt.

WELT-Gespräch mit Heiner Lange, Vorsitzender des Deutschen Transportversicherungs-Verbandes

# Es mußte Ballast abgeworfen werden

HARALD POSNY, Bremen

„Wir dürfen uns jetzt nicht darauf verlassen, daß die Bibel doch recht hat und nach sieben mageren Jahren jetzt automatisch sieben fette Jahre kommen müssen. Wir müssen uns vielmehr damit vertraut machen, daß der Weg nach oben schwieriger wird." In diesen Worten des bis Ende dieses Jahres amtierenden Vorsitzenden des Deutschen Transportversicherungs-Verbandes (DTV), Heiner Lange, schwingt sowohl eine gewisse Befriedigung über das bisher Erreichte als auch die Sorge darüber *mit, wie es zu halten ist.*

Immerhin sei es der Sparte gelungen, erstmals seit 1974 vor Veränderung der für schwierige Sparten erforderlichen Schwankungsrückstellungen ein gerade ausgeglichenes Ergebnis (0,06 Prozent der Prämie) zu erwirtschaften, nach Schwankungsrückstellung 1,6 Prozent Gewinn.

Ist das Trendwende oder Zufall? Der 47jährige Jurist, seit 1971 Vorstandsmitglied der Securitas Bremer Allgemeine Versicherungs-AG und seit 1981 Vorsitzender des DTV, ist Realist. Für den Zufall, sagt er in einem Gespräch mit der WELT, spricht zumindest, daß trotz des hohen Sockels an mittleren Schäden 1982 keine spektakulären Großschäden negativ zu Buch schlugen, von denen einer bereits ausgereicht hätte, das Ergebnis wieder zunichte zu machen. „Es ist noch keinerlei Luft für einen Großschaden etwa in der Größenordnung des auf dem Rhein gekenterten Containerschiffes MS Hornberg (8,5 Millionen Mark), von der Hamburger Flut 1975/76 mit 150 *Millionen Mark zu damaligen* Preisen, ganz zu schweigen.

Für Lange steht aber auch fest, daß man ohne eine entschlossene und zielstrebige Sanierungsarbeit in Seekasko und Flußkasko (Schiffsversicherung) sowie See- und Binnenwarenversicherung keinen Schritt vorangekommen wäre. Lange: „Wir haben endlich gelernt, daß man die Talsohle nicht verlassen kann, wenn man zaghaft auf der Stelle tritt, sondern daß man Ballast abwerfen muß." Ballast, das heißt hier nicht nur mit Trennung von schlechten Risiken drohen, sondern es auch tun. Da habe es Enttäuschungen bei manchen Kunden gegeben, vor allem im Seekaskogeschäft, Abwanderungen zu ausländischen Versicherern, aber auch Einsicht bei vielen Reedern. Für normale Import- und Exportgeschäfte kommen nur wenige Versicherungen aus dem Ausland, hier dominiert mit Ausnahme von Riesen-Ölladungen der deutsche Wettbewerb.

Eine gewisse Prämienstabilisierung (1982: + 4 Prozent, real plus/*minus Null) sei auch eingetreten.* Am Londoner Markt, der keine Gewinne mehr macht, sinkt das Prämienniveau zwar auch nicht mehr, aber der deutsche hat die Talsohle schon verlassen.

„Nichtsdestotrotz: für das deutsche Prämienniveau sind im Schnitt 10 Prozent mehr Prämie nötig", meint Lange. Wir alle müssen uns den letzten Ruck geben, wenn wir auch als Realisten nicht zu den Prämiensätzen unserer Jugendzeit greifen." Daß das Prämienaufkommen der Sparte im 1. Halbjahr 1983 von 4 Prozent gesunken ist, führt Lange auf den rückläufigen Export, keine neu zu versichernden Schiffe und ins Ausland abgewanderte Seekaskorisiken zurück. Lange: „Aber wir haben schon unser Erfolgserlebnis, wenn wir nicht mehr resignieren müssen."

Aber um auf den Lorbeeren der ersten Sanierungserfolge auszuruhen, bleibt keine Zeit. „Wir müssen uns auch anderen Herausforderungen stellen, etwa der wachsenden Kriminalität. Raub und räuberische Angriffe auf Kraftfahrer haben sich seit 1973 verdoppelt, die Gesamtzahl der Diebstähle ist auf 2,7 Millionen Fälle pro Jahr gestiegen. Auch die Betrügereien im Seehandel nehmen nicht ab. Schließlich: Schadenverhütung beginnt mit der Auswahl des Schiffes durch den Verlader. Lange: „Dies alles verlangt von den Transportversicherern viel Aufklärungsarbeit, die wir aber in Zeiten ruhigeren Geschäfts am besten in Angriff nehmen können."

**Vorsorge – groß geschrieben**

Beitragszahlungen zur Lebensversicherung in Mrd DM

| 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 | 1981 | 1982 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 18,8 | 21,1 | 23,4 | 26,0 | 28,6 | 31,3 | 33,3 |

Anstieg 1976–1982: +77%; +39% zum Vergleich Volkseinkommen

Alle Welt redet von Wachstum. Die deutschen Lebensversicherer können es vorweisen, zwar nicht bei den Neuabschlüssen, wohl aber bei den Prämieneinnahmen. Im letzten Jahr stiegen diese um 6,5 Prozent auf 33,3 Milliarden Mark an. Indiz für das ausgeprägte Vorsorgedenken der Bundesbürger: Die Beitragszahlungen wuchsen von 1976 bis 1982 mit 77 Prozent doppelt so schnell wie das Volkseinkommen. Grafik: Globus

## Verträge überprüfen

**Düsseldorf** (KHS) – Zwei Drittel aller Bundesbürger sind zwar haftpflichtversichert, doch ein großer Teil aller Policen ist veraltet und bietet nur erheblich eingeschränkten Schutz. Verträge aus den Jahren vor 1960 schließen zum Beispiel durchweg Schäden im Ausland nicht mit ein, erst ab 1969 sind Schäden an Mietsachen in den Haftpflichtschutz mit einbezogen. Selbst die Hundehaftpflicht gilt erst seit 1978 auch für das Ausland. Daneben sollten die für heutige Schäden oft zu niedrigen Deckungssummen überprüft werden.

## 50 Jahre Filmversicherung

**Düsseldorf** (Py.) – Die Deutsche Film-Versicherungsgemeinschaft (DFG) besteht 50 Jahre. Unter Führung der Nordstern-Versicherung befaßt sich der aus 34 in- und ausländischen Gesellschaften bestehende Versicherungspool mit jeder Art von Filmversicherung einschließlich Video. Die Angebotspalette umfaßt Film-Ausfall-Versicherung (wegen technischer Störungen oder Ausfall von Schauspielern), Beschädigung oder Verlust von Filmmaterial, Geräten sowie Requisiten.

Redaktion: Harald Posny, Düsseldorf
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
ISSN 0722-1452

HAUSRAT

## Eigentum hinter Schloß und Riegel

KARL-HEINZ STEFAN, Bonn

Die Einbruchs-Kriminalität übt auf die Prämie der deutschen Hausratversicherung einen enormen Preisdruck aus. Während sie vor zehn Jahren noch durchweg für 1,- bis 1,50 DM je versicherte 1000 DM zu haben war, kostet sie heute 2,50 bis 3,- DM und droht, noch teurer zu werden. Deshalb achten die Mitglieder des Bundesverbandes deutscher Versicherungskaufleute (BVK) bei Kundenbesuchen besonders kritisch auf mangelnde Sicherungen und empfehlen notfalls eine Fachberatung der örtlichen Kriminalpolizei.

Im Rahmen ihres Herbst-Vorbeugungsprogramms stellt die Polizei fest, daß es den Einbrechern bei Kellertüren, -fenstern und Schachtabdeckungen allzu leicht gemacht wird. Zusätzliche handelsübliche Sicherungen wie Riegel, Flacheisen und Vorhängeschlösser können den nächtlichen „Nebenerwerb" wenn nicht in allen Fällen verhindern, so doch aber in vielen.

Kommt der Einbrecher nur bis in den Keller, weil die Verbindung zur Wohnung gut gesichert ist, dann sind die dort gestohlenen Sachen – auch ausgelagerte, die später wieder gebraucht werden sollen – genauso versichert, als hätten sie sich in der Wohnung befunden. Allerdings ist nicht mehr gebrauchter, zum Beispiel im Keller abgestellter Hausrat nur zum Zeitwert und niemals zum Wiederbeschaffungspreis versichert. Darauf kommt es bei der Vereinbarung angemessener Versicherungssummen an.

VERPACKUNG

## Gewußt wie gegen Schäden

JÜRGEN BERTONI, Düsseldorf

Schadensverhütung im Bereich der Transportversicherung ist ein weites Feld, die Herausforderung für vielfältige Aktivitäten und beratende Dienste, über die der Deutsche Transportversicherungs-Verband informiert. Sie beginnt bei der richtigen Verpakkung der möglicherweise zum Versand nach Übersee bestimmten Waren, also bei einer klassischen Aufgabe des Verladers. In der Praxis verfügt nicht jeder über die erforderlichen umfassenden Kenntnisse und Erfahrungen.

In diesem Falle schützt die gratis angebotene beratende Hilfe des Verbandes vor Verlusten und Enttäuschungen. In die gleiche Richtung zielt die vom Deutschen Transportversicherungs-Verband herausgegebene Schrift „Der geheime Rat – durchaus ernst zu nehmende Ratschläge der deutschen Transportversicherer zur Schadensverhütung". Hierbei handelt es sich um einen Versuch der Schadensverhütungs-Kommission des Verbandes, „einer sehr unterschiedlich am Transportgeschehen interessierten Leserschaft" das Thema „Schadensverhütung" in „leicht verdaulicher Form" zu präsentieren.

Einzelexemplare können beim Deutschen Transport-Versicherungs-Verband, Rödingsmarkt 16, 2000 Hamburg 11, kostenlos angefordert werden. Bei mehreren Exemplaren sind Bestellungen an den Verlag Versicherungswirtschaft, Klosestraße 22, 7500 Karlsruhe 1 (gegen eine Schutzgebühr von 1,50 Mark pro Stück), zu richten.

Fachleute schneidern Maßanzug für jeden Versicherungsbedarf / Optimale Beratung durch weltweite Beratung

# Makler kennen Kunden, Risiken und die Märkte

MANFRED RIECHERS, Hamburg

Als der älteste Zweig des Versicherungswesens darf die Transportversicherung bezeichnet werden. Die ersten Seeversicherungen wurden in den deutschen Hansestädten im 16. Jahrhundert geschlossen. Ausgehend von dieser Entwicklung nimmt der Versicherungsmakler traditionell nach wie vor in den Städten Hamburg und Bremen im Bereich der Transportversicherung eine Vormachtstellung ein.

Stärker als in anderen Zweigen stehen die individuelle Gestaltung des Versicherungsschutzes und die im Laufe von vielen Jahren gesammelte Erfahrung im Vordergrund. Infolge der vielen Vergleichsmöglichkeiten aus seinem Klientel und des Knowhows aus den internationalen Versicherungsmärkten kann der Makler seinen Kunden nicht nur optimal beraten, sondern auch die Position des einzelnen Kunden im Rahmen seines Gesamtgeschäftes stärken.

Aus der Praxis einige aktuelle Anmerkungen für die verladende Wirtschaft zu besonderen Problemen im Bereich der Warenversicherung:

LKW-Transporte: Die vielfach vertretene Meinung, daß die Beförderungsunternehmen für Schäden an Gütern aufkommen, trifft nur teilweise zu, da Spediteure und Frachtführer nur bedingt und der Höhe nach begrenzt haften.

Exporte: Bei fob (Lieferung frei Schiff) und cif (Kosten, Versicherung und Fracht im Preis) – Verkäufen ist der Übergang der Gefahrtragung gemäß den INCO-Terms. Nach wie vor bleiben Restrisiken, die durch eine modifizierte Exportschutzversicherung preisgünstig abgedeckt werden sollten, besonders dann, wenn keine Akkreditivabsicherung vorhanden ist.

Importe: Bei cif-Käufen müssen Schadenreklamationen dem ausländischen Versicherer unterbreitet werden, womit Nachteile in der Schadenabwicklung verbunden sein können. Falls eine Änderung der Kaufbedingungen nicht möglich ist, kann eine cif-Schutzversicherung, verbunden möglicherweise mit einer Konditionsdifferenz-Deckung Abhilfe schaffen.

Messen/Ausstellungen: Grundsätzlich besteht Deckung für Hin- und Rücktransport sowie für die Dauer der Messe/Ausstellung. Eingeschärnkter Versicherungsschutz während der Dauer der Messe (zum Beispiel Feuer, Einbruchdiebstahl, Leitungswasser) wirkt sich deshalb nachteilig aus. Versicherungsschutz muß auch dann für den Rücktransport bestehen, falls die Ausstellungsgüter am Messeplatz verkauft werden sollten, beziehungsweise schon verkauft waren, aber aus den verschiedenen Gründen zum Lieferwerk zurückgehen.

Verladungen mit Schiffen oder Pontons ohne gültige Klasse: Grundsätzlich besteht aufgrund der Klassifikations-Klausel kein Versicherungsschutz, so daß Sondervereinbarungen vor Risikobeginn getroffen werden müssen.

Charterung von Schiffen: Durch Zeichnung des Charter-Vertrages gehen ganz erhebliche Risiken auf den Verlader über. Sonderabsprachen mit dem Transportversicherer der Ware sind erforderlich. Darüber hinaus können insbesondere auch Schäden am Schiff entstehen, für die der Verlader aufzukommen hat.

Transport-Betriebsunterbrechungs-Versicherung: Besonders bei zugesagten Lieferfristen kann diese Deckung wichtig sein.

Anlagengeschäfte: Der Risikobereich in diesem Sektor reicht von der reinen Materiallieferung bis zur Übergabe einer schlüsselfertigen Anlage, das heißt einschließlich Bau-, Montage, Probebetrieb sowie Garantie.

Grundsätzlich sollte darauf geachtet werden, *daß nahtloser* Versicherungsschutz besteht, um Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Transport- und Montageversicherer zu vermeiden. Sofern vom Exporteur nur die Transportversicherung zu decken ist, sollte besonders geregelt werden, wobei sich nicht nur aus Bedingungs-, sondern auch aus Kostengründen ein „Paket" aus den verschiedenen Versicherungssparten, insbesondere auch des Haftpflichtteils anbietet.

Zur Lösung der vielfältigen Fragen stehen die qualifizierten Makler besonders an den Seeplätzen Hamburg und Bremen zur Verfügung, die grundlegende Kenntnisse über die Eigenschaften der zu versichernden Waren und deren Verpackung.

Am 3. Oktober 1983 verstarb nach langem Leiden im Alter von 65 Jahren unser geliebter Vater, Schwiegervater und Opi, Herr

## Werner Haas

Mit ihm haben wir unseren besten Freund verloren.

Dr. Axel Haas
Sissy Haas geb. Fach
Christa Ruland geb. Haas
Bernd Ruland
Björn, Jens und Christina

5901 Wilnsdorf-Obersdorf, Glückaufstraße 15
5276 Wiehl-Oberbantenberg, Am Frauenbusch 2

Die Beisetzung findet im engsten Kreise statt.

Es ist im Sinne des Verstorbenen, wenn anstelle von zugedachten Kränzen und Blumen eine Spende zugunsten des Vereins zur Selbsthilfe krebskranker Kinder und Jugendlicher e.V. auf das Spendenkonto 540 500 – VSKK – der Sparkasse der Homburgischen Gemeinden Wiehl (BLZ 384 524 90) überwiesen wird.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

---

Hiermit erfüllen wir die schmerzliche Pflicht anzuzeigen, daß unser geschäftsführender, persönlich haftender Gesellschafter, Herr

## Dipl.-Kfm. Werner Haas

am 3. Oktober 1983 kurz nach Vollendung seines 65. Lebensjahres verstorben ist.

Herr Haas hat mehr als drei Jahrzehnte die Geschicke unseres Hauses bestimmt und das Unternehmen zu seiner heutigen Bedeutung geführt.

Wir haben dem Verstorbenen, dessen Persönlichkeit von beispielhafter Disziplin, Pflichterfüllung, Fürsorge und eigener Bescheidenheit getragen war, viel zu verdanken.

Er wird uns immer Vorbild sein. Wir werden ihn nie vergessen.

Gesellschafter, Beirat,
Betriebsrat und Mitarbeiter der
ERZQUELL BRAUEREI BIELSTEIN
HAAS & CO. KG.
5276 Wiehl-Bielstein

Die Beisetzung findet im engsten Kreise statt.

Es ist im Sinne des Verstorbenen, wenn anstelle von zugedachten Kränzen und Blumen eine Spende zugunsten des Vereins zur Selbsthilfe krebskranker Kinder und Jugendlicher e.V. auf das Konto 540 500 – VSKK – der Sparkasse der Homburgischen Gemeinden Wiehl (BLZ 384 524 90) überwiesen wird.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

---

Tief betroffen geben wir Nachricht vom Tode unseres Beiratsvorsitzenden, Herrn

## Dipl.-Kfm. Werner Haas

Er verstarb am 3. Oktober 1983 im Alter von 65 Jahren nach langem schweren Leiden.

Während seiner langjährigen Tätigkeit hat Herr Haas die Entwicklung unseres Unternehmens maßgeblich beeinflußt und die Kooperation beider ERZQUELL BRAUEREIEN herbeigeführt und intensiviert.

Sein Rat, der über seinen Tod hinaus wirkt, wird uns fortan fehlen.

Wir bewahren ihm stets ein ehrendes Gedenken.

Geschäftsführung, Gesellschafter, Beirat
Betriebsrat und Mitarbeiter der
ERZQUELL BRAUEREI SIEGTAL
HAAS & CO. KG.
5900 Siegen

Die Beisetzung findet im engsten Kreise statt.

Es ist im Sinne des Verstorbenen, wenn anstelle von zugedachten Kränzen und Blumen eine Spende zugunsten des Vereins zur Selbsthilfe krebskranker Kinder und Jugendlicher e.V. auf das Konto 540 500 – VSKK – der Sparkasse der Homburgischen Gemeinden Wiehl (BLZ 384 524 90) überwiesen wird.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

---

Am 29. September 1983 verstarb nach tapfer ertragenem Leiden im Alter von 78 Jahren Herr

## Clemens von Velsen

**Bergassessor a. D.**

Als Vorstandsvorsitzender unserer Vorgängerin, der Salzdetfurth AG, hat er von 1956 bis 1971 die Entwicklung dieses Unternehmens und der deutschen Kali-Industrie entscheidend geprägt.

Seine reiche Erfahrung, seine Standfestigkeit und sein lauteres Wesen haben ihm großes persönliches Ansehen in der gesamten Kali-Industrie verschafft, deren weitere Entwicklung er bis zuletzt mit regem Interesse verfolgt hat.

Insbesondere seine ehemaligen Mitarbeiter gedenken des Verstorbenen in großer Hochachtung. Unser Unternehmen wird ihm stets in Dankbarkeit verbunden bleiben.

**Aufsichtsrat, Vorstand und Belegschaft**
**der**
**Kali und Salz AG**

Die Trauerfeier fand im Kreise der Familie und Freunde statt.

---

Umstritten: Der TV-Fahnder E. Zimmermann

# Sympathie für die Opfer

"Was erlaubt sich dieser Zimmermann eigentlich?" Diese bissige Frage stellte Ulrike Meinhof in „Konkret" nach der zweiten Sendung von „Aktenzeichen XY ... ungelöst". Die erste lief am 20. Oktober 1967. Am 4. November '83 werden wir im II. Programm die 160. Sendung erleben.

Wir sitzen uns in seinem Büro in Unterföhring bei München gegenüber. Hier hat die „Deutsche Kriminal-Fachredaktion" ihren Sitz, hier schreibt Eduard Zimmermann mit seinem Team die Drehbücher und produziert seine Serien. Er ist selbständiger Fernsehproduzent, der seine Filme an das ZDF verkauft.

**Aktenzeichen: XY ... ungelöst – ZDF, 20.15 Uhr**

In all den Jahren hat Eduard Zimmermann gelernt, mit seinen Kritikern zu leben. Der Kommentar der Meinhof ist in den Akten verstaubt. Der Erfolg seiner Sendungen spricht für sich. Wer *aber* Erfolg hat, ruft Neider auf den Plan, und da gibt es gelegentlich auch Mißgunst unter Kollegen. Aber da sind auch noch jene Kritiker, denen der konservative Zimmermann nicht ins Konzept paßt. Da ist dann vom „Menschenjäger" die Rede, oder auch vom „Rachestreben", das beim Zuschauer ausgelöst wird.

Zimmermann schiebt ein Papier über den Tisch. Es ist die Entgegnung des ZDF von 1981 auf eine Forderung des „Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen" (AsJ), die Sendung abzusetzen. Der AsJ behauptete u. a., daß diese Sendung in der kriminologischen Fachwissenschaft „einhellig verrufen" sei. Diese und andere falsche Behauptungen wurden durch das ZDF zurückgewiesen und widerlegt.

„Aktenzeichen XY ... ungelöst ist eine deutsch-österreichisch-schweizerische Gemeinschaftssendung, und sie hat die volle Unterstützung der Kriminalpolizei und Justiz in diesen Ländern", beantwortet Zimmermann meine Frage. „Im übrigen gibt es bei uns Richtlinien von den Innen- und Justizministern für die Inanspruchnahme von Publikationsorganen für Fahndungszwecke." Die Gestaltung seiner Sendung sieht er so: „Es ist die einzige Kriminalsendung im Fernsehen, die ein Verbrechen aus der Perspektive des Opfers schildert. Es gibt bei uns keine sympathischen Täter, warum auch? Unsere Sympathie gilt dem *Opfer*." Und weiter: „Da wird kein Wort gesagt, kein Bild und keine Szene gezeigt, die nicht kriminalgutachtlich mit den Ermittlungsbehörden abgestimmt sind."

Es lag nahe, daß Eduard Zimmermann bei einem solchen Engagement für Opfer von Verbrechen sich eines Tages eine Institution schaffen würde, mit der er diesen Bedauernswerten wirklich helfen konnte. 1976 gründete er seinen „Weißen Ring" mit 17 Mitgliedern. Heute sind es 18 000. Sie kommen aus allen Bevölkerungskreisen einschließlich namhafter Politiker aus den großen Parteien. Auch Veronica Carstens, die Frau des Bundespräsidenten, ist Mitglied im „Weißen Ring".



**Hat gelernt, mit seinen Kritikern zu leben: Eduard Zimmermann**
FOTO: TELEBUNK

Als ich Zimmermann nach den Erfolgen dieser in drei Ländern ausgestrahlten Fahndungssendung frage, reicht er mir eine Statistik bis zum Jahresende 1982. Bis dahin wurden 1180 Kriminalfälle abgehandelt mit 750 bekannten gesuchten Personen. 490 Fälle wurden geklärt, und 397 gesuchte Täter festgenommen.

In welche Gefahr begibt sich der Fernsehfahnder damit selbst? „Gewiß, da gab und gibt es die Gefahr aus der Terrorszene und anderen Gruppen", kommt die Antwort, „aus kriminellen Kreisen erhalte ich jedoch weniger Drohungen, eher ist da schon bei Intelligenztätern der Versuch, mich einzuschüchtern. Aber damit muß ich leben."

SIEGFRIED IHLE

## KRITIK

# *Böses Überlebenstraining im Bunker*

„Beklemmend" hätte sie werden sollen, Elke Heidenreichs Satire über Verteidigungshysterie und Bürgeregoismus. Beklemmend blieb am Ende aber nur der Umstand, daß der hierzulande ohnehin sträflich vernachlässigte Zivilschutz, also selbst die defensivste und friedlichste Form der Verteidigung, zur Zielscheibe abgedroschener Vorurteile über den mittelständischen Bürger werden mußte – samt dessen angeblichem Hang zu schneidigen Kriegsträumen und faschistischen Relikten. Man kennt den Grundtenor: Jede Vorsorge für den Verteidigungsfall ist selbst schon eine Art Krieg; proben wir also lieber den Frieden – mit Demos und so.

Freilich – das allein hätte es ja nicht sein sollen. Beim **„Unternehmen Arche Noah"** (ARD) hatten da im engen Bunkerraum eines Feinkosthändlers selbstverständlich auch alle möglichen Aggressionen und Animositäten auszubrechen, und das böse Überlebenstraining hatte die Konsequenz, daß sich das Übungsspiel für die Beteiligten mehr und mehr zur puren Wirklichkeit formte. Der Witz, stellenweise hervorlugend, hielt sich auch dort in Grenzen, wo die alltägliche Wirklichkeit zum simulierten Krieg kontrastierte, wo sich groteske Klüfte auftun sollten zwischen harmlosem Spießertum und brutaler Durchhalteideologie – mochte da auch das Familien- und Bunkeroberhaupt im „Russen" den allgegenwärtigen Feind ausmachen, mochten sich Mütter (und Rivalinnen) mit Banalitäten bekriegen, und mochte da auch ein älteres Ehepaar gar nicht so recht wissen, worum es überhaupt ging.

Schade um die glänzenden Schauspieler, denen auch noch eine ziemlich monotone Kameraführung arg zusetzte.

HERMANN A. GRIESSER

## STUDIO

Am Wettbewerb um den **20. Adolf-Grimme-Preis** im kommenden Frühjahr werden Fernsehserien nicht teilnehmen. Wie das Adolf-Grimme-Institut des Deutschen Volkshochschulverbandes (DVV) in Marl mitteilte, ist der DVV als Preisstifter wegen der schwierigen Haushaltslage gezwungen, den Wettbewerb auf Einzelsendungen zu beschränken. Damit sei jedoch keine endgültige Entscheidung über das Schicksal dieses für die Arbeit der Erwachsenenbildung wichtigen Wettbewerbs gefallen, betonte das Medieninstitut des Verbandes. Man gehe davon aus, daß schon an der 21. Konkurrenz 1985 auch wieder Serien beteiligt sein würden. Der Adolf-Grimme-Preis gilt als eine der bedeutendsten deutschen Fernsehauszeichnungen. (dpa)

*

Seit den 50er Jahren wird ein **Rückgang der Hörerzahlen des Hörspiels** beklagt. Gleichzeitig ist die Zusammensetzung des Hörspielpublikums *und sind dessen Interessen nur in* groben Zügen bekannt. Beider Probleme nahm sich eine Untersuchung des Südwestfunks an, über die jetzt berichtet wurde: Demnach sind das Interesse und die Wertschätzung von Hörspielen keineswegs so gravierend zurückgegangen, wie dies nach den schwindenden Hörerzahlen zu vermuten gewesen wäre. Nach den Ergebnissen einer großen, im Winter 1981/82 im gesamten Bundesgebiet durchgeführten Repräsentativerhebung sind 16 Prozent der Radiohörer der Meinung, es würden „eher zu wenig" Hörspiele ausgestrahlt, 29 Prozent meinten, der Anteil sei „gerade richtig".

Eine 1982 erstellte Befragung von knapp 2000 Hörspielhörern im SWF-Verbreitungsgebiet ergab, daß an erster Stelle literarische Hörspiele bevorzugt werden, von 58 Prozent. Auf dem zweiten Platz folgen Kriminalhörspiele, noch von jedem zweiten Befragten gerne gehört. Weiter – wieder in der Reihenfolge der Häufigkeit der Nennungen – Science-fiction-Hörspiele, Mundart-Hörspiele, Kurzhörspiele, radiophonische Hörspiele und Kinderhörspiele, die noch ungefähr jeder fünfte gerne hört. Interessant, daß radiophonische Hörspiele insbesondere von Jüngeren gewünscht werden, Kriminalhörspiele von formal schlechter Gebildeten und Science-fiction-Hörspiele von Männern.





## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

**10.00** Tagesschau, Tagesthemen
**10.25** Sing mit uns
**11.55** Umschau
**12.10** ZDF Magazin
**12.55** Presseschau
**13.00** Umschau

### ARD

**16.15 Tagesschau**
**16.20 Himalaya im Monsun**
Mit Reinhold Messner zum Shisha Pangma, mit 8012 Metern der „kleinste" Achttausender.
Kamera: Gerd Baur
**17.05 Teletechnikum**
Berichte aus Naturwissenschaft, Technik und Umwelt
Die Sendung beschäftigt sich diesmal mit der künstlichen Intelligenz. Die einzelnen Themen: Bewegliche Robotersysteme mit Bildsensoren – Programme, die das Programmieren erleichtern – Künstliche Intelligenz und Waffensysteme – künstliche Intelligenz und soziale Verantwortung.
**17.50 Tagesschau**
dazw. Regionalprogramme
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Das Film-Festival**
Die Frau nebenan
Französischer Spielfilm (1981) Mit Gerard Depardieu u. Fanny Ardant
Regie: François Truffaut
**22.00 Plusminus**
Das ARD-Wirtschaftsmazin
**22.30 Tagesthemen**
mit Bericht aus Bonn
**23.00 Benjamin**
Aus dem Tagebuch einer männlichen Jungfrau
Französischer Spielfilm 1967
Regie: Michel Deville
Michel Devilles Film aus dem galanten Frankreich des ausgehenden Rokolko ist ein ironisch-frivoler Liebesreigen mit Michèle Morgan, Cathérine Deneuve, Michel Piccoli und Pierre Clementi
**00.40 Tagesschau**

### ZDF

**15.25 Enorm in Form**
Tele-Aerobic für die Familie (Wiederholung vom Samstag)
**16.00 heute**
**16.04 Pinnwand**
**16.20 Pfiff**
Sportstudio für junge Zuschauer
Mit Michael Sauer
**17.00 heute / Aus den Ländern**
**17.15 Tele-Illustrierte**
**17.50 Western von gestern**
Der Jodeljunge vom Pinienwald
Regie: Joe Kane
*dazw. heute-Schlagzeilen*
**19.00 heute**
**19.30 Auslandsjournal**
Das „auslandsjournal" ist zehn Jahre alt. Aus diesem Anlaß zeigt die Redaktion Berichte zum Thema: „Wie entsteht eigentlich ein ‚auslandsjournal'?" El Salvador: Rückkehr zur Normalität / El Salvador: Korrespondent vor Ort / Was heißt eigentlich Objektivität? Ein Redaktionsgespräch / 40 machen eine Sendung
Moderation: Rudolf Radke
**20.15 Aktenzeichen: XY ... ungelöst**
Eduard Zimmermann berichtet
**21.15 action**
**22.00 heute-journal**
**22.20 Aspekte**
Aspekte-Literaturpreis-Kandidat: Gerhard Koepf und sein Erstlingswerk „Innerfern" / Kino-Notiz: „Die Ballade der Lucy Jordan" von Dusan Makavejev / Zwei Theater-Uraufführungen: Friedrich Dürrenmatts „Achterloo" in Zürich, Bertolt Brechts „Das wirkliche Leben des Jakob Gehrda" in Düsseldorf / Der Sprayer von Zürich, Harald Nägeli bei seinem ersten Vortrag in der Fachhochschule Wiesbaden / Ausstellung Achim Freyer in Berlin
**22.50 Sport am Freitag**
**23.20 Aktenzeichen: XY ...**
**23.30 Shaft (Amerik. Spielfilm 1971)**
**01.05 heute**



**Fanny Ardant in der Rolle der Mathilde, die das Familienglück ihres früheren Liebhabers durcheinanderbringt – „Die Frau nebenan", ARD, 20.15 Uhr**
FOTO: TELEBUNK

## III.

### WEST

**18.00 Telekolleg**
Sozialkunde (10)
**18.30 Marco**
**19.00 Aktuelle Stunde**
Mit Blickpunkt Düsseldorf
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Pädagogen-Friedenskongreß '83**
Filmbericht und Diskussion
**21.15 off-off**
**21.45 Disco, Flippers und was noch?**
„Bielefeld"
**22.15 Der Doktor und das liebe Vieh (3)**
**23.00 Rockpalast**
**24.00 Letzte Nachrichten**

### NORD

**18.00 Der stumme Diener**
**18.30 Film als Hobby**
**19.00 Sehen statt Hören**
**19.30 Glauben heute**
Weiße Kirche für Afrika
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Böhmen im Herbst**
CSSR: Die andere Wirklichkeit
**21.00 Treffpunkt '83: Die Fortschreibung**
**21.45 NDR-Talkshow**
Gäste u. a.: Lou van Burg, Samy Molcho, Dr. Alex Möller, Johann Philipp v. Bethmann
anschl. Letzte Nachrichten

### HESSEN

**18.00 Der stumme Diener**
**18.30 Hier Studio Kassel**
**19.00 Avanti! Avanti!**
**19.30 Mensch, ärgere dich doch! (3)**
**20.00 Tagesschau**
**20.15 Tod in der Abendsonne**
Der mysteriöse Absturz einer ITAVIA-Maschine
**20.45 Patient an der Strippe**
**21.30 Drei aktuell**
**21.45 NDR-Talkshow**

### SÜDWEST

**18.00 Fauna Iberica**
**18.25 Ritter Prancelot und seine Abenteuer (5)**
*Für Baden-Württemberg*
**19.00 Die Abendschau im Dritten**
*Für Rheinland-Pfalz*
**19.00 Die Abendschau**
*Für das Saarland*
**19.00 Saar 3 regional**
*Gemeinschaftsprogramm Südwest 3*
**19.25 Nachrichten**
**19.30 Formel Eins – Die ARD-Hitparade**
**20.15 Sonde (Technik, Umwelt, Wissenschaft)**
**21.00 Tele-Tip Heute: Neues Mietrecht**
**21.15 Mathematik und Experiment**
**21.45 Wortwechsel**
**22.30 Eine amerikanische Familie**
**23.15 Kleines Musik-Kolleg**

### BAYERN

**18.00 Follow me (3)**
**18.30 Bonjour la France (5)**
**18.45 Rundschau**
**19.00 Natur und Freizeit**
**19.45 Bayern-Report**
**20.15 Ein heißes Eisen**
Japanischer Fernsehfilm
**21.25 Lebende Nationalschätze**
**22.00 Rundschau**
**22.15 Sport heute**
**22.30 Z. E. N.**
**22.35 Ein Mann auf den Kaien**
Italienischer Spielfilm
**00.20 Rundschau**
**00.25–00.40 Actualités**

---

Am 29. September 1983 verstarb Herr

Bergassessor a. D.

**Clemens von Velsen**

Herr von Velsen war über ein Jahrzehnt Mitglied unseres Aufsichtsrates und hat diese Aufgabe mit höchstem Verantwortungsbewußtsein wahrgenommen.

Sein erfahrener Rat galt in gleichem Maße den wirtschaftlichen und bergmännischen Problemen unseres Unternehmens sowie dem sozialen Wohle seiner Belegschaft.

Wir sind dankbar für die Jahre der Zusammenarbeit mit einem Mann von so vorbildlicher Gesinnung und echter Herzensbildung. Die Kraft seiner klugen Persönlichkeit und die Wärme seines Herzens werden bei uns ein bleibendes Andenken behalten.

**Gewerkschaft Sophia-Jacoba**

---

Am 29. September 1983 verstarb für uns unerwartet Herr

**Bergassessor a. D.**

**Clemens von Velsen**

**Träger des Großen Verdienstkreuzes des Niedersächsischen Verdienstordens**

Herr von Velsen gehörte von 1966–1979 dem Aufsichtsrat und dem Beirat unserer Gesellschaft an, davon drei Jahre als stellvertretender Vorsitzender und zwei Jahre als Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Während dieser Jahre hatte er an wichtigen Entscheidungen über die Zukunftsentwicklung unserer Unternehmensgruppe großen Anteil. Seine ausgeprägten menschlichen Qualitäten, seine Erfahrungen, seine hervorragende Sachkenntnis in allen bergbaulichen und wirtschaftlichen Fragen und seine Bereitschaft, dem Unternehmen stets mit Rat und Tat zur Verfügung zu stehen, waren die Basis einer sehr vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Er wird uns verbunden bleiben als eine Persönlichkeit besonderer Prägung.

Wir trauern um einen echten Freund, dem wir immer ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren werden.

**Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der**

**C. Deilmann AG**

Bad Bentheim, 5. Oktober 1983

---

**Wolf Schulz**

ist am Dienstag, den 4. 10. 1983 von uns gegangen.

Begrenzt sind die Worte,
doch unendlich tief ist unsere Liebe,
die Dich begleitet und uns verbindet.

Deine
Dyna, Ali, Mary
Isa, Amir und Jaël

Die Beisetzung findet in Israel statt.

---

„Jeden ruft Gott mit anderer Stimme"
Alfred Kubin

**Dr. jur. Kurt Otte**

3. September 1902 – 26. September 1983

In tiefer Trauer
Hildegard Otte geb. Knoll
Ulrich Otte
Christina Otte geb. Steven
Sandra Otte
Paul Werner Steven
Florence Steven

2000 Hamburg 11, Alter Fischmarkt 3

Die Beisetzung fand in aller Stille statt.

---

Mein geliebter Mann, unser gütiger Vater

**Siegfried Haelbich**

Dipl.-Kfm.

hat uns im 66. Lebensjahr für immer verlassen.

In großer Dankbarkeit und Liebe
Christa Haelbich geb. Messerschmidt
Dr. Rolf-Peter Haelbich und Familie
Bettina Haelbich

Langkamp 10, 2000 Hamburg 52

Beisetzung am Dienstag, dem 11. Oktober 1983, um 13 Uhr Friedhof Hamburg-Nienstedten, Rupertistraße.

## Doping-Skandal

**Washington** (dpa) – Im amerikanischen Galoppsport wurde ein Doping-Skandal aufgedeckt. Ein Arzneimittelhändler steht vor Gericht, weil er in elf Bundesstaaten an 270 Trainer illegale stimulierende Mittel für Pferde verkauft haben soll.

## Rüping Zweiter

**London** (dpa) – Der Hamburger Michael Rüping belegte bei einem Zeitspringen des Londoner Reitturniers mit Silbersee den zweiten Platz. In 49,46 Sekunden wurde er lediglich vom Briten Malcolm Pyrah auf Sea Perl (46,92) besiegt.

## Trophy-Team fiel zurück

**Llandrindod Wells** (dpa) – Bei der Sechstagefahrt der Geländefahrer in Wales fiel die Trophy-Mannschaft aus der Bundesrepublik auf den dritten Platz hinter Schweden und Frankreich zurück.

## Nordirland-Spiel live

**Köln** (DW.) – Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) wird am 12. Oktober (13.25 bis 15.15 Uhr) das Qualifikationsspiel zur Fußball-Europameisterschaft der Gruppe sechs zwischen der Türkei und Nordirland in Ankara live übertragen. Derzeit ist Nordirland Tabellenführer vor der deutschen Mannschaft.

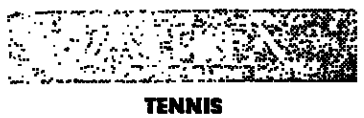


## Wird Bongartz Manager?

**Kaiserslautern** (sid) – Hannes Bongartz, Mittelfeldspieler des Fußball-Bundesligaklubs 1. FC Kaiserslautern, soll Nachfolger von Hans-Dieter Tippenhauer als Manager von Bayer Uerdingen werden. Tippenhauer wechselt zu Borussia Dortmund. Bongartz: „Uerdingen ist an mich herangetreten. Das Angebot ist interessant."

## Röhrl holt auf

**San Remo** (dpa) – Weltmeister Walter Röhrl holt bei der San-Remo-Rallye weiter auf. Vor der letzten Nacht lag er mit seinem Lancia nur noch 2:22 Minuten hinter seinem Team-Kollegen Blomqvist (Schweden) auf Platz zwei.



**TENNIS**

**Grand-Prix-Turnier** in Barcelona, 2. Runde: Gehring (Deutschland) – Stadler (Schweiz) 7:5, 6:1, Arraya (Peru) – Schwaier (Deutschland) 6:3, 6:4, Higueras (Spanien) – Keretic (Deutschland) 6:7, 6:4, 6:4. – Damenturnier in Detroit, 2. Runde: Hanika (Deutschland) – Thompson (USA) 6:1, 6:1.

**FUSSBALL**

**Länderspiele:** Frankreich – Spanien 1:1, Italien – Griechenland 3:0. – Olympia-Qualifikation, Gruppe B: Dänemark – Polen 0:1. Gruppe C: Holland – Rumänien 0:0.

**BASKETBALL**

**Bundesliga**, Nachholspiel: TuS Leverkusen – Saturn Köln 75:74.

**GEWINNZAHLEN**

**Mittwochslotto:** 2, 20, 21, 23, 24, 25, 29, Zusatzzahl: 3. – Spiel 77: 5 8 3 9 9 6 4. (Ohne Gewähr)

**GEWINNQUOTEN**

**Mittwochslotto:** Klasse 1: 336 653,70, 2: 42 061,70, 3: 2778,40, 4: 72,90, 5: 8,20. (Ohne Gewähr).

# LÄNDERSPIEL / Nach dem 3:0-Sieg Qualifikation zur Europameisterschaft fast erreicht – Lob für den Mittelstürmer

Für Österreichs Trainer Erich Hof steht es jetzt fest: „Deutschland hat sich mit dem Sieg über uns für die Endrunde in Frankreich qualifiziert." Ganz so einfach ist es noch nicht. Wichtigstes Spiel ist jetzt die Begegnung mit Nordirland in Hamburg. Sollten die Briten allerdings am nächsten Mittwoch in der Türkei einen Punkt verlieren, würde sogar schon ein Unentschieden reichen. Voraussetzung für diese Rechnungen sind selbstverständlich Erfolge der deutschen Mannschaft über die Türkei und Albanien. Österreich, das nur noch in der Türkei zu spielen hat, ist so gut wie ausgeschieden. Die Tabelle der Gruppe 6:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 1. | Nordirland | 6 4 1 1 | 7:4 | 9:3 |
| 2. | Österreich | 7 4 1 2 | 14:7 | 9:5 |
| 3. | Deutschland | 5 3 1 1 | 8:2 | 7:3 |
| 4. | Türkei | 5 1 1 3 | 3:10 | 3:7 |
| 5. | Albanien | 7 0 2 5 | 3:12 | 2:12 |

Die restlichen Spiele: 12. Oktober: Türkei – Nordirland, 26. Oktober: Deutschland – Türkei in Berlin, 16. November: Deutschland – Nordirland in Hamburg, Türkei – Österreich, 20. November: Deutschland – Albanien in Saarbrücken.

Österreich scheiterte nicht am Gegner, sondern an sich selbst. Das ist das gemeinsame Fazit der Länderspiel-Kommentare in den Zeitungen Österreichs. Dabei wird die Leistung Nordirlands beim 3:1-Sieg über die eigene Mannschaft höher eingestuft als die Leistung des deutschen Teams in Gelsenkirchen. Einige Zitate: „Stümperhafte Fehler. Bundestrainer Derwall mag sich bei den Österreichern bedanken: großzügig haben sie ihm sein Leben als Teamchef verlängert" (Kronen-Zeitung). – „Stümperhafte Fehler brachten uns um die letzte EM-Chance. Die Abwehr war der wunde Punkt. Dabei machten die Deutschen längst nicht so viel Druck wie die Nordiren. Die Entscheidung fiel, ohne daß die Deutschen bis dahin eine ernstzunehmende Chance gehabt hätten" (Kurier). – „Der Traum wurde zum Alptraum, Österreichs Nationalmannschaft, die ausgezogen war, das unmöglich Scheinende möglich zu machen, wurde schwer geschlagen. Die Deutschen waren gar nicht das befürchtete Monstrum, das feuerspeiende Ungetüm ..." (Nachrichtenagentur APA).



**Ein Bild, das Anspannung, Freude, Erleichterung und den Willen zum Kampf zeigt: Schuster und Rummenigge nach dem 1:0.** FOTO: FMS

## Völler zum Kollegen Pezzey: Wenn du mich trittst, gibt's Ärger

M. HÄGELE, Gelsenkirchen

Bundestrainer Jupp Derwall empfing Rudi Völler (23) wie seinen eigenen Sohn, zog den zweifachen Torschützen erst mal an seine Brust, nachdem er ihn in der 73. Minute ausgewechselt hatte.

Auf der Tribüne lobte Arbeitsminister Norbert Blüm den Bremer als fleißigsten Mann des Abends. Bremens Trainer Otto Rehhagel klopfte sich im Ehrenbereich des Gelsenkirchener Parkstadions selbst an die Brust: „Ich bin stolz auf die Leistung von Rudi Völler. Jetzt hat er den endgültigen Durchbruch geschafft." Und Völlers persönlicher Manager Holger Klemme erklärte es jedem, der ihm gerade über den Weg lief: „Habt ihr gesehen, wie der Rudi den Pezzey hat alt aussehen lassen?"

Man könnte auch noch die Laudatio von Franz Beckenbauer anführen. Rudi Völler sei unbestritten Deutschlands Mittelstürmer Nummer eins, gedankenschnell, trickreich, raffiniert und torgefährlich, so der Ehrenspielführer der deutschen Nationalmannschaft. Beckenbauer: „Der Rudi befindet sich auf den Spuren vom Gerd."

Gerd Müller, das Denkmal, das Nonplusultra aller Mittelstürmer, mit so einem und dann noch von Beckenbauer in einem Atemzug genannt zu werden, das gehört schon zu den höchsten aller Fußballweihen.

Doch der, dem von allen Seiten die Lorbeerkränze aufs lockige Haupt gedrückt wurden, versucht den Rummel, den man da um ihn herum veranstaltet, zu dämpfen. „Sicher", sagt er, „sicher habe ich in der Nationalmannschaft einen Fortschritt gemacht, aber ich muß mich noch weiterentwickeln, denn es gibt viele Konkurrenten." Und dann zählt er auf, wer ihm schon bald den Platz streitig machen könnte: den Schatzschneider, den Herbert Waas, den kleinen Rummenigge. Völler: „Du darfst nie ganz zufrieden sein, du mußt versuchen, immer noch besser zu spielen." In der Nationalelf so erfolgreich wie im Klub aufzutreten, dieses Ziel hatte er sich im Sommer gesetzt. Da hatte er gerade alle Ehrungen hinter sich, die die Bundesliga zu verleihen hat: Torschützenkönig, Fußballer des Jahres, weiß der Kuckuck wieviel Orden und Plaketten. Daß es in seinen ersten Länderspielen nicht so glänzend wie in der gewohnten Bremer Umgebung gelaufen war, das wurmte ihn. Er steckte da mittendrin im Dilemma zwischen den eigenen Ansprüchen und der Angst, gerade jenen Ansprüchen nicht mehr gerecht werden zu können, die man dem „Mittelstürmer der Zukunft" (Derwall) entgegenbringen würde.

Seine Gefühle haben ihn nicht getrogen. Ladehemmung in den ersten Bundesligaspielen. Letzten Samstag zwei Treffer in Kaiserslautern ausgerechnet gegen Sonderbewacher Hans-Peter Briegel. Zweifellos die richtige Einstimmung. Nun zwei Tore gegen Österreich und gegen seinen Klubkameraden Bruno Pezzey.

Vor dem Spiel hat er sich mit seinem Bewacher unterhalten. Im Spiel nicht. Aber was Völler Pezzey gesagt hat, hat schon gereicht, um den Österreicher zu verunsichern. „Hör mal zu, Bruno, wenn du mich trittst, gibt's Ärger. Nicht mit mir, aber mit denen bei Werder. Du weißt, daß die so etwas nicht mögen."

Völler hat seinen Stellenwert in der Bremer Mannschaft, bei Trainer Rehhagel und als Liebling des Publikums Pezzey gegenüber ganz deutlich unterstrichen, seine Position als Topstar dem nächsten in der Mannschaftshierarchie ausgereizt. Diese besonders ausgeprägte Form von Schlitzohrigkeit ist bei Völler angeboren.

Als er das ganze Schulterklopfen hinter sich hatte, erzählte Rudi Völler auch darüber, was zuvor war. Zum Beispiel darüber, daß die Nationalspieler das Abschiedsspiel gegen den FC Bayern (2:4) nicht ernst genommen hätten. „Wir sind erst aufgewacht, als es schon zu spät war." Und wie die Mannschaft aus den öffentlichen Ohrfeigen ihre Lehren gezogen hätte. Völler: „Der Trainer mußte uns nicht motivieren. Das war nicht notwendig." Jeder, so Völler, habe gewußt, daß es bei einer Niederlage allen an den Geldbeutel gehe.

Er ist dann am meisten gerannt. Für die Mannschaft, für Derwall und Deutschland, fürs eigene Portemonnaie und die eigenen Ansprüche.

Eine Szene war bezeichnend für Völlers gewaltigen Einsatz: Als er am Spielfeldrand wegen einer Verletzung behandelt wird, pfeift der Schiedsrichter am deutschen Strafraum Freistoß für Österreich. Da denkt Völler nicht mehr an Schmerzen und Masseur, spurtet über den halben Platz und stellt sich in die Abwehrmauer aus deutschen Spielern. So etwas lieben die Massen. Wenn einer nicht nur trickst und Tore schießt, sondern mit Wadenkrämpfen vom Feld wankt.

Auch deshalb erhielt Völler bei seinem Abgang so viel Beifall wie nach seinen Toren.

## Sie haben alle gelernt: Bescheidenheit

ULRICH DOST, Gelsenkirchen

Sie scheinen wirklich etwas aus der jüngsten Vergangenheit gelernt zu haben. Bundestrainer Jupp Derwall und seine Nationalspieler. Wo unlängst noch nach Siegen über zweitklassige Gegner (wie beispielsweise nach dem 3:0 über die Türkei) von der neuen deutschen Fußball-Herrlichkeit die Rede war, wo die Bereitschaft fehlt, bei miserablen Spielen (wie beim 1:1 im September in Ungarn) selbstkritisch die eigene Leistung zu sehen, da gibt es jetzt mehr Sachlichkeit. „Wenn wir jetzt abheben", sagte Mannschaftskapitän Karl-Heinz Rummenigge, „bekommen wir garantiert wieder einen auf den Deckel."

Der Münchner sagte diesen Satz nach dem 3:0-Erfolg über Österreich in der Europameisterschafts-Qualifikation. Für gewöhnlich ist ein solcher Sieg Grund zum Jubeln. Und auch ein Grund, die Augen vor den Problemen zu schließen. Doch das ist vorbei, wenn Rummenigge sagt: „Bitte keine Euphorie. Dazu besteht kein Anlaß." Selbstkritisch sagte Barcelonas Star Bernd Schuster: „Wir wissen, daß wir keine spielerischen Glanzpunkte gesetzt haben. Wir brauchten den Sieg, nur das zählte und nicht, wie er zustande kam. Daß es noch viel zu tun gibt, wissen wir auch."

Jupp Derwall hat endlich einmal davon profitiert, was seine Vorgänger Helmut Schön und Sepp Herberger auch zu großen Trainern gemacht hat: von der Bereitschaft zum Kampf. Derwall drückte es so aus: „Wenn es um die Wurst ging, haben die anderen immer noch gekriegt, was sie brauchen."

Dem Bundestrainer kommt das Verdienst zu, die richtigen Spieler gut eingestellt auf den Platz gebracht zu haben. Schon lange nicht, so sagten die Spieler, habe Derwall sie so intensiv auf ihre Aufgabe vorbereitet. Er habe mehrere Möglichkeiten durchgespielt, habe versucht, auf die Taktik der Österreicher vorbereitet zu sein. „Deshalb", so sagt Debütant Klaus Augenthaler, „gab es auch keine Hektik, als wir erfuhren, daß der Krankl nicht spielt." Und kein Deutscher vergaß zu erwähnen, daß die Österreicher sich durch individuelle Fehler in den ersten zwanzig Minuten gleichsam selbst besiegten.

Doch es muß auch darüber gesprochen werden, was nach den Toren passierte. In dieser Zeit, immerhin in 70 Minuten, wurde deutlich, daß es eine Mannschaft in der Zusammensetzung von Gelsenkirchen nicht mehr geben darf. Bernd Schuster meinte zwar, Jupp Derwall solle jetzt mit den Spielern weiterarbeiten: „Aus dieser Mannschaft kann er doch jetzt keinen mehr herausnehmen."

Genau das sagte Schuster auch schon in Izmir nach dem 3:0 über die Türkei – und damals spielte Hansi Müller an seiner Seite, über den in der Nationalmannschaft heute kein Wort mehr verloren wird. Schuster mag es auch egal sein, wer noch neben ihm im Mittelfeld spielt. Er beansprucht die Führungsrolle, er weiß, daß er sie auch nur allein übernehmen kann. Er sagt: „Wir spielen doch schon fast so wie in Barcelona. Rummenigge ist für mich wie Maradona, und Völler verhält sich genau wie unser Mittelstürmer." Das Mittelfeld mit dem Bremer Norbert Meier, mit Wolfgang Rolff und dem Münchner Klaus Augenthaler, so Schuster, habe eine neue Chance verdient.

Da verwundert am meisten, daß sich Schuster auch für Augenthaler ausspricht: „Es ist wichtig für mich, daß ich weiß, hinten steht ein guter Mann, wenn ich nach vorne gehe." Auch Jupp Derwall war mit der Leistung des Münchners zufrieden. Nur eben Augenthaler selbst nicht.

Er wisse nicht, meinte Augenthaler, was er auf der Position im Mittelfeld in der Nationalmannschaft zu suchen habe. Weil Krankl nicht spielte, hatte der Münchner keinen direkten Gegenspieler und mußte im defensiven Mittelfeld spielen. Augenthaler: „Vier Jahre habe ich Vorstopper gespielt, dann zwei Jahre Libero – was soll ich also im Mittelfeld. Ich habe doch dauernd nur den Bernd Schuster behindert."

Was sicherlich richtig ist. Es spricht für Augenthaler, daß er sich trotz der vielen guten Kritiken nicht blenden läßt. So, wie Augenthaler in Gelsenkirchen spielen mußte, ist er bestimmt keine Bereicherung für die Nationalmannschaft.

Augenthaler wird wohl der erste sein, der nicht mehr in der Mannschaft steht, wenn es am 26. Oktober in Berlin gegen die Türkei geht. Man müsse flexibel bleiben, meinte auch Mittelstürmer Rudi Völler. Wenn es zu Hause gegen leichtere Gegner ginge, dann solle ruhig der Versuch unternommen werden, mit drei Angreifern zu spielen. Völler: „Für Berlin könnte ich mir vorstellen, daß Pierre Littbarski wieder als dritter Angreifer eingesetzt wird."

Das Thema Raum- oder Manndeckung in der Nationalmannschaft scheint ebenfalls vorerst erledigt zu sein. Bernd Schuster sagt: „Die Qualifikationsspiele sollten wir soweit wie möglich in Manndeckung bestreiten. Danach haben wir genügend Zeit bis zur Europameisterschaft, um die Raumdeckung zu lernen. So ist es auch mit Jupp Derwall abgesprochen."

Und dann, so hat es Präsident Herrmann Neuberger festgelegt, wird es nicht mehr gegen leichte Gegner gehen, gegen die man sich nur blamieren kann. Sie scheinen wirklich alle etwas gelernt zu haben ...

### Das Spiel in der Statistik

**Deutschland:** Schumacher (29 Jahre/41. Länderspiel) – Strack (28/7) – Dremmler (29/24), K.-H. Förster (25/51), Briegel (28/44) – Rolff (23/6), Augenthaler (26/1), Schuster (23/19), Meier (2¾) – ab 74. Matthäus (22/16) – Rummenigge (28/68), Völler (2¾) ab 74. Waas (20/3). – **Österreich:** Koncilia (35/73) – Weber (28/36) – Krauss (26/18) – ab 80. Pregesbauer (25/6), Pezzey (28/64), Degeorgi (23/14) – Lainer (23/6), Prohaska (28/69), Gasselich (28/17) – ab 46. Jurtin (28/12), Baumeister (26/21), Willfurth (21/3) – Schachner (26/46). – **Schiedsrichter:** Agnolin (Italien). – **Zuschauer:** 68 000. – **Tore:** 1:0 Rummenigge (4.), 2:0 Völler (19.), 3:0 Völler (21.).

STANDPUNKT / Kampf um die Weltmeisterschaft – um welche?

## *René Weller und der falsche Lorbeer . . .*

Das Schlimme ist, daß der Mann recht hat. Er läßt sich ja auch schon vorab als König fotografieren – mit Pappkrone, in Purpur, mit Boxhandschuh und Tochter Kim-Jennifer im Arm. Heute nämlich boxt er, so steht es überall, um die Weltmeisterschaft. Und recht hat er auch, der René Weller: „Gehen Sie doch auf die Straße und fragen die Leute nach drei deutschen Boxern, die sie kennen. Sie werden sagen: Max Schmeling, Bubi Scholz und René Weller." So wird's wohl sein, das ist das Armutszeugnis, nicht für Weller, aber für den deutschen Boxsport.

Max Schmeling war wirklich Weltmeister (1930 gegen Jack Sharkey), er wird immer Idol bleiben. Bubi Scholz kämpfte wirklich um den Welttitel (1962 Niederlage gegen Harold Johnson). Was aber ist Weller, wenn er heute gewinnt?

Er bekommt einen Lorbeerkranz von einer gewissen „World Athletic Association" (WAA). Das ist so etwas wie eine private Gründung des Amerikaners Pat O'Grady, dessen Sohn Shean Weltmeister im Leichtgewicht war, dann aber von WBA und WBC, den beiden führenden Verbänden, boykottiert wurde.

Jedem sein eigener Welt-Verband. Wellers Gegner James Ortega war vom Fachblatt „Box-Sport" in „Weltranglisten, Rekordlisten oder Rekordbüchern auf Anhieb" nicht zu finden. Eine Weltmeisterschaft? Am 2. Dezember Oktober versucht sogar Georg Steinherr WAA-Champion zu werden. Kein schmutziger, aber falscher Lorbeer.

René Weller hätte sich für diesen Titelsalat zu gut sein sollen. Was eigentlich geschieht, wenn er den ominösen Titel nicht gewinnt? Wird dann ein vierter Verband gegründet? Weller ist ein guter Boxer. Aber bei seiner Reihe „Schmeling, Scholz, ich" ist einer zuviel an Bord.

que

GALOPP / Die Starter beim Großen Preis von Europa in Köln

## Englands Star Piggott reitet den Favoriten

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Acht Pferde gehen am Sonntag im letzten internationalen Rennen der deutschen Turf-Saison 1983 an den Start. Der 21. Preis von Europa auf der Galopprennbahn in Köln ist mit 400 000 Mark dotiert, der Besitzer des Siegers des Rennens der Europa-Gruppe I. Kategorie kassiert allein 235 000 Mark.

Favorit des Rennens ist der dreijährige französische Hengst Esprit du Nord, den der englische Jockey-Champion Lester Piggott (47) reitet. Esprit du Nord ist Dritter im französischen Derby und Zweiter im englischen St. Leger von Donchaster. Diese Formen reichen normalerweise aus, um den Preis von Europa gewinnen zu können.

Weitere internationale Starter sind Jalmood aus England mit Greville Starkey und Terreno aus Frankreich mit dem Spanier Olindo Mongelluzzo. Sie gehören beide nicht zur allerersten Garde ihrer Heimat. Wenn die deutschen Dreijährigen ihrer hohen Einschätzung einigermaßen gerecht werden, müßten sie zu schlagen sein.

Die besten Möglichkeiten werden Abary mit Georg Bocskai eingeräumt. Abary war immerhin Zweiter hinter Diamond Shoal im Großen Preis von Baden und ist Bezwinger Orofinos im Großen Preis von Berlin in Düsseldorf. Am Start ist auch Derby- und St.-Leger-Sieger Ordos (Peter Alafi), in diesem Jahr mit seiner Gewinnsumme von 406 445 Mark Spitzenreiter der Geldpreistabelle in Deutschland.

Hinter Ordos belegte Nandino im Derby den zweiten Platz, zuletzt lief er (mit dem Arc-de-Triomphe-Siegreiter Walter Swinburn) im Aral-Pokal als Vierter nicht überzeugend, am Sonntag sitzt wieder Bruce Raymond im Sattel.

Außenseiter sind Belesprit (Peter Schade) und Katapult (Dave Richardson).

## Der Friede im Evakostüm

mar – „Ich erkläre den Frieden zum größten Kunstwerk! Vostell!" steht auf dem Vorsatzpapier des Katalogs. Er begleitet die Ausstellung „Frieden / Ein Wort und ... Bilder und ...", die derzeit im Wolfsburger Kunstverein zu sehen ist und anschließend nach Braunschweig und Goslar wandert. Es ist ein Sammelsurium des Überschätzens der Kunst und der Selbstüberschätzung der Künstler. Die Kriegerischen sind hier immer die anderen. Und als Alibi malt, montiert und photographiert man Bilder, auf denen das Wort „Frieden" vorkommt, mal als weiße Kritzelei auf Schwarz, mal mit blauer Farbe auf der Hand, mal als Schild in einem Photo. Wem fällt da nicht des Polen Wieslaw Brudzinski unfreundliches Diktum ein: „Er lebte nicht. Er sammelte Alibis."

Die Wirklichkeit ist bei solcher Kunst-Argumentation *nicht* gefragt, und die Geschichte erst recht nicht. Äußerlichkeiten genügen. So photographiert Manfred Woitischek zwei Mädchen auf einer Treppe im weichen Gegenlicht und nennt das „Friedensengel". Und was hat die berühmte Szene aus dem Film „Ekstase", in der Hedy Lamarr nackt durchs Gesträuch rennt, in der von Friedemann Hahn nachgemalten Fassung mit dem Ausstellungsthema zu tun, außer daß der Maler das Bild „Engel des Friedens" nannte? Oder wie ist das mit dem Polaroidphoto von James Nitsch, das sanfte Farbübergänge von Hellbraun über Blaugrau zu Hellbraun und sonst nichts zeigt, außer daß es „Frieden" betitelt wurde?

Das alles ist die reine Augenwischerei mit Kunstvorbehalt. Und zugleich ist es die überzeugende Illustration eines Aphorismus von Gabriel Laub: „Ich erkläre feierlich, daß ich für die Erhaltung des Friedens alles in meiner Macht Stehende tun werde. Damit habe ich zur Erhaltung des Friedens alles getan, was in meiner Macht steht."

Projekt in Jülich

## Atomkerne werden zersplittert

Stellen Sie sich ein stark vergrösserndes Mikroskop vor. Weil die nötige Beleuchtung fehlt, ist es so duster, daß man das Objekt kaum darin sehen kann. Wir bemühen uns jetzt, da mehr Licht hineinzubringen", beschrieb Professor Wolf Häfele, Vorsitzender des Vorstandes der Kernforschungsanlage Jülich (KFA) die Wirkungsweise eines neuen Großgerätes für die Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung in den 90er Jahren. Das notwendige „Licht", sprich: den Hochenergieteilchenfluß, soll die Spallations-Neutronen-Quelle, kurz SNQ genannt, erzeugen, der dann leistungsfähigste Teilchenbeschleuniger der Welt.

Rund 200 Forscher, Firmenbeauftragte und Regierungsvertreter wurden in der vergangenen Woche zum erstenmal mit diesem Mammutprojekt vertraut gemacht. Mit der Entwicklung, dem Bau und dem Betrieb dieser Anlage will die KFA zahlreichen Forschergruppen in der Bundesrepublik, aber auch im Ausland ein Instrument zur Verfügung stellen, das Spitzenforschung auf vielen Wissensgebieten ermöglichen soll. 800 Millionen Mark sind als Baukosten veranschlagt. Geschätzte Bauzeit: zehn Jahre.

Unter Spallation verstehen die Geologen eine Gesteinszersplitterung durch einen harten Stoß. „Geschossen" wird bei der SNQ mit energiereichen Protonen auf die Atomkerne schwerer Elemente, wie beispielsweise Blei, Tantal, Wolfram, Wismut oder Uran-238. Infolge des Einschlages dieser mikroskopischen „Meteoriten" dampfen die Atomkerne ihre Bausteine, Neutronen und Protonen, in großer Zahl ab. Als Alternativ-Neutronenquellen *sind auch* weiterhin Kernspaltung und Kernfusion vorhanden. Doch die SNQ ist wesentlich leichter zu handhaben; Kettenreaktionen – wie bei der Kernspaltung – treten nicht auf.

Um die Stärke des Neutronenflusses in der neuen Anlage zu verdeutlichen, kann man sagen, daß die Intensität 7500mal stärker sein wird als die der kleinen Forschungsreaktoren der 50er Jahre und immerhin noch 750mal stärker als die des französischen Hochflußreaktors in Grenoble.

Professor Knud Herman Nierhaus vom Berliner Max-Planck-Institut für molekulare Genetik zeigte die großen Vorteile auf: Durch kurzen Impulse mit sehr hohen Intensitäten können Reaktionsabläufe in ihre Einzelphasen aufgelöst werden. Die SNQ erzeugt nicht nur Neutronen höchster Flußdichte, sondern darüber hinaus noch eine Vielfalt anderer, „unsichtbarer" Strahlen. Sie wiederum können in der medizinischen Bestrahlungstherapie, der Biologie und der Radiochemie angewendet werden.

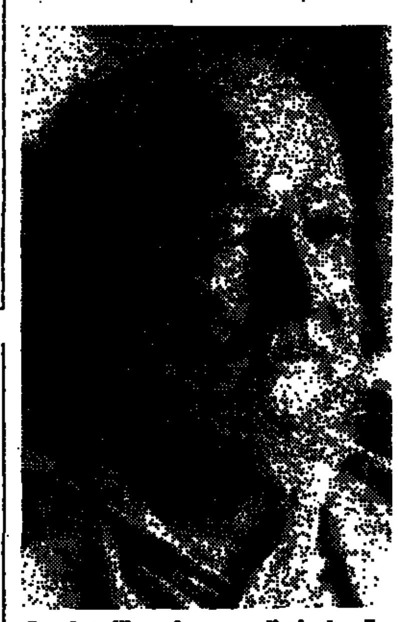
DIETER THIERBACH

Literatur-Nobelpreis für William Golding

## Sein großes Thema ist die Ursünde

Schreiben sei für ihn ein Akt der Selbstfindung, sagt William Golding, eine ständige, nie endende Suche nach den Wurzeln des Bösen, nach der eigenen Seele, dem Verständnis von Gut und Böse. Alle Werke des heute 72jährigen Schriftstellers, der jetzt den Nobelpreis für Literatur 1983 zugesprochen bekam, drehen sich um die Pole Schuld und Sühne, Gnade und Verdammnis, Gut und Böse. Mit ihrem Preis ehrt die schwedische Akademie einen Schriftsteller, der wie kaum ein anderer unseres Jahrhunderts gewarnt hat vor „den allgegenwärtigen Mächten der Finsternis, den Perversionen menschlicher Ideale".

Es ist über dreißig Jahre her, seitdem Golding, *damals gerade vierzig* Jahre alt, seinen ersten großen Roman verfaßte, der längst zu einem Klassiker der modernen englischen Literatur und zur Pflichtlektüre aller Anglistikstudenten geworden ist. „Herr der Fliegen" ist die apokalyptische Vision einer Welt nach dem Atomschlag. Eine Gruppe von Schuljungen erleidet auf einem Schiff, das sie in Sicherheit bringen sollte, Schiffbruch und wird auf eine einsame Insel verschlagen. Aber anstatt aus den Fehlern zu lernen und eine neue, bessere Welt aufzubauen, verstricken sich die Jungen in den „Netzen des Teufels". Neid, Gier und Herrschsucht verwandeln diese Kinder in Monster. Das Gute wird, wie einst Adam und Eva aus dem Paradies, nun auch aus dieser Inselidylle für immer vertrieben.



**Geehrt für seine „realistische Erzählkunst": William Golding**
FOTO: DIE WELT

Mit diesem Werk schrieb sich Golding, der die Jahre zwischen *1939* und 1945 als Marineoffizier erlebt hatte, all die Schrecken des Weltkrieges von der Seele. „Für mich war dieser Roman die einzige Möglichkeit, der Erinnerung des Krieges zu entkommen, ohne für immer zu einem seelischen Krüppel zu werden", sagte er einmal in einem Gespräch mit der WELT. Der Roman ist inzwischen weltweit millionenfach aufgelegt und in fast alle Sprachen übersetzt worden. Doch trotz dieses Erfolges blieb Golding noch bis 1961 Lehrer für Englischliteratur an einer Jungenschule in Salesbury. Dort hatte er 1939, nach einem Studium der englischen Literatur und der Naturwissenschaften in Oxford, seine erste Lehrstelle angetreten.

1961 zog sich William Golding aus dem Lehrerberuf zurück. Er hatte erkannt, daß es für ihn nur noch einen Beruf, vielmehr eine „Berufung" gab: das Schreiben. „Ich wäre auch dann Schriftsteller geworden bzw. geblieben", sagt Golding, „wenn ich ganz sicher gewußt hätte, daß meine Werke in irgendwelchen Regalen Staub ansammeln. Denn der Beruf des Schriftstellers gleicht dem des Priesters – einmal Schriftsteller, immer Schriftsteller. Und ich bereue noch heute, daß ich so lange Lehrer geblieben bin; denn ich war es nur mit halbem Herzen. Und das ist ein Vergehen. Man sollte nie etwas halbherzig machen, sondern immer nur ganz oder gar nicht."

Heute lebt Golding in einem wunderschönen Haus bei Salisbury (England), jener Stadt, die er die lieblichste Stadt Englands nennt. Ihr hat er in seinem großen Roman „The Spire" (Die Kathedrale), der 1960 erschien, ein Denkmal gesetzt. Auch dieses Werk hat ein großes Thema – die Ursünde. Hier wird ein Geistlicher im Mittelalter schuldig, als er ohne Rücksicht auf Verluste seiner Kirche einen zusätzlichen Turm hinzufügen läßt. Seine Sünde ist vor allem die Hybris, aber auch der Ehrgeiz der – so Golding – den Geist verdunkeln kann.

Lange Jahre war es nach dem Erscheinen dieses Werkes, das Golding selbst einmal als seinen Lieblingsroman bezeichnet hat, still um den Dichter geworden. 1980 aber tauchte er jäh aus der Vergessenheit wieder auf. Für sein Werk „Rites of Passage" erhielt er den begehrten „Booker"-Preis der britischen Verleger und Kritiker, der etwa dem amerikanischen Pulitzer-Preis vergleichbar ist, aber immer nur an glänzende Stilisten verliehen wird.

Acht Jahre hatte Golding an diesem Roman gearbeitet, der 1980 herauskam und zu einem Bestseller wurde. Es ist die amüsante Chronik einer Schiffsreise aus dem vergangenen Jahrhundert. Für den Helden der Geschichte wird diese Reise von England nach Australien im Jahre 1820 zu einer Art von „Pilgrim's Progress", einem Prozeß der Läuterung und der Selbstfindung. Es ist zugleich auch eine symbolische Reise von der Jugend in das Erwachsensein, von der Unreife zur Weisheit. Auf Grund dieses Romanes hat man Golding einen großen Allegoriker genannt. Er selbst mag dieses Wort nicht. Er vergleicht sich lieber mit dem Narren aus Shakespeares König Lear, der bittere Wahrheiten im Zuckerguß anbietet.

Auch den Vorwurf, ein Pessimist zu sein, kontert der Schriftsteller: „Ich bin zwar ein Skeptiker, und ich hüte mich, in meinen Romanen Patentlösungen anzubieten. Aber dennoch verspüre ich einen Funken Hoffnung, daß die Menschheit ihre Gaben eines Tages doch noch zum Guten nutzen wird."

In seiner ländlichen Abgeschiedenheit, in der Golding täglich fast zehn Stunden an seiner Schreibmaschine sitzt oder über neue Themen nachdenkt, habe er viel Zeit gehabt zum Grübeln, sagt er. Doch auch Zeit, um das Leben, dieses „kostbare unersetzliche Gut" zu genießen. So liebt er – typisch englisch – die Gartenarbeit; er liebt Ausflüge in die Gegend und er fährt gerne Auto. „Die Kritiker sehen in mir zu gerne einen vergrübelten düsteren Moralisten", sagt Golding; „aber im Grunde bin ich das nicht. Ich schätze das Leben, sehe aber durchaus die schwere Verantwortung, die auf mir lastet. Das rechtzeitig zu erkennen, erfordert viel Kraft und manchmal schmerzliche Einsicht in die eigenen Schwächen. Denn nur aus diesem Wissen um die eigenen Untugenden heraus wage ich über die Themen zu schreiben, die mich bewegen. Über falsche Ehrsucht, über das Böse, über Sühne und Vergebung."

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

**Turbulentes Leben mit Kürbissen: Woody Allen in seinem neuen Film „Zelig"**
FOTO: WARNER-COLUMBIA

## *Woody Allen, der Mann ohne Ich*

Auf der Biennale von Venedig war Woody Allens außer Konkurrenz gezeigter Film „Zelig" geradezu frenetisch gefeiert worden (s. WELT vom 7.9.). Vier Wochen nach dem Festival ist er jetzt schon in unseren Kinos. Wer ist dieser Zelig, der die Kritiker aus aller Welt so faszinierte? Der unglaubliche Typ eines Geisteskranken, der die späten zwanziger Jahre unsicher macht, ein Mann ohne Ich, ein menschliches Chamäleon.

Sohn eines kleinen jüdischen Schauspielers aus New York, paßt er sich bis zur Absurdität total der Umgebung an, in der er sich gerade befindet. In seinem unnennbaren Bedürfnis, geliebt zu werden, wird er Chinese unter Chinesen, Schwarzer unter Schwarzen, Gangster unter Gangstern – und Genie unter Genies. Kein Wunder, daß er bald das Hätschelkind – aber auch das Versuchskaninchen – der Psychiater ist.

Woody Allen, der den Zelig voller Verve selbst spielt, hat seinen Film sehr originell als „Dokumentation" aufgezogen. Echte und nachgemachte Schwarzweiß-Wochenschauen der Golden Twentieth bezeugen Zeligs Existenz und geben Zeitkolorit. Sie wechseln mit – in Farbe gedrehten – Interviews mit „Überlebenden" wie der Essayistin Susan Sonntag, dem Psychologen *Bruno Bettelheim oder* dem Soziologen Irwing Howe, die den verstorbenen Zelig „den Größten" nennen.

Zeligs Lebens- und Krankengeschichte, die auch eine Love-Story ist, wird wiederum in Schwarzweiß vorgeführt, verkratzt und verwackelt, frühe Tonfilme imitierend. Die Geschichte geht gut aus. Der jungen Psychiaterin Dr. Eudora Fletcher nämlich, einem liebenswerten Blaustrumpf zwischen Scheu und Charme, den Woodys Ehefrau Mia Farrow spielt, gelingt die Heilung des Patienten. Und Scott Fitzgerald, der berühmte Chronist der zwanziger Jahre, schreibt in sein Tagebuch: „Die Liebe einer einzigen Frau hat Zeligs Leben geändert."

Ein ebenso witziger wie intelligenter Streifen, eine Mischung aus Komödie, Satire und Parodie. Mit „Zelig" zeigt sich Woody auf dem Höhepunkt seiner Karriere.

blu

„aktuell 83" – Die alpenländische dokumenta im Münchner Lenbachhaus

## Aus dem Moder wächst üppiges Grün

Den beharrlichen Vorwürfen standzuhalten, nicht auf der Höhe der Zeit zu sein, fällt auf Dauer jedem schwer. Auch einem Stadtrat; erst recht dem Münchner. Zustimmung ist schon aus politischen Gründen immer billiger als ein verhindernder Einspruch. Und so kam München zu seiner „Alpen-documenta" – einer Avantgarde-Schau, zu der 44 jüngere Künstler (einzige Bedingung: nicht vor 1940 geboren) aus *Mailand, Wien,* München und *Zürich* eingeladen wurden.

Die Ausstellung basiert auf einem Grundsatzpapier des Münchner Kulturreferates „Zur Situation der bildenden Künste in München" von 1979. Vier Städte-Kommissare wählten aus. Die Schau firmiert unter dem nicht gerade einfallsreichen Titel „aktuell 83". Als wollte man die Avantgarde mit der Tradition versöhnen, räumte man rigoros fast das gesamte Lenbach-Haus aus. Die Leibls, Coriniths und die „Blauen Reiter" verschwanden in die Depots. 40 Säle und Kabinette wurden zu einer großen zeitgenössischen Spielwiese umgestaltet. Allerdings hat so etwas auch Bumerang-Effekt.

Ein solches Opfer ist zum Beispiel der Münchner Künstler Gerhard Merz. Seine großen Siebdrucke, nun auf der dunklen Damasttapete im Lenbach-Saal zwischen Meisterbildnisse gehängt, werden hier gnadenlos entlarvt. Dieser Salon-Punk wirkt nur noch flach und flau. Merz wäre mit seinen Werken in einem Loft weitaus besser davongekommen. Ebenso erhalten die kurzatmigen Video-Inszenierungen in diesen Räumen einen musealen und offiziellen Anstrich, der ihnen in keiner Weise gebührt.

Man taucht in ein wildes Wechselbad, kann auf einen Schlag den ganzen Novitätenrummel kennenlernen. Gleich im Entree macht eine Christusfigur einen Kopfstand, punktbe*leuchtet auf einem Spiegeltisch. Der* Künstler Thomas Lehnerer, ein Ex-Theologiestudent, stellt hier seine eigenen religiösen Schwierigkeiten zur Schau. Eine Anschlagtafel suggeriert „Jesus Doppelnatur".

Zwei Arbeitsfelder dominieren auf dieser Ausstellung: Malerei und multimediale Installation. Und natürlich taucht auch hier wieder das Fußvolk der „Wilden" auf. So die Münchner Clemens Kaletsch und Franz Hitzler mit ihren farbtrunkenen Metaphern der Heftigkeit, ebenso wie der hochgeputschte Italiener Mimmo Paladino mit seinen manierierten Werken.

Ein ganzes Kabinett ist dem Identitätsfanatiker, dem Schweizer Anton Bruhin, gewidmet. Da springen einen seine gewaltigen Selbstbildnisse förmlich an: Mal im Bademantel, mal nackt vor dem Spiegel, mal vor dem offenen Fenster blickt dieses so ernste junge Männergesicht. Das zündet nicht, sondern erweist sich, wie so vieles hier, nur als malerisches Strohfeuer.

Da werden Maschinenpistolen-Salven im Stakkato vom Monitor auf das Bild einer jungen Frau abgefeuert; ein krudes Environment der österreichischen Feministin Valie Export. Da reproduziert der Münchner Stephan Huber in seinem Ensemble „Ich liebe dich" das Kinderspiel „Verkehrte Welt" als „Kunstrealität", indem er den Fußboden in eine Stuckdecke verwandelt, vom simulierten Fußboden baumelt ein Kristall-Lüster, die Wand *ist* das Parkett, auf dem ein Stilsessel hängt/steht. Einen Bürostuhl ortet man auf der Stuckdecke. Vom Tonband ertönt ein Dialog zwischen Mann und Frau, ein Gespräch zwischen den Geschlechtern wie zwischen den Welten, dem 19. Jahrhundert und der Gegenwart.

Überhaupt verrät die Ausstellung, daß die Jungen ziemlich lustvoll mit dem Leid (oder besser wohl: ihren Wehwehchen) flirten. Immer wieder soll ein apokalyptischer Endzustand beschworen werden. Doch das meiste bleibt rhetorisch. Vor so viel Leere und Kälte flüchtet man sich lieber zu Nikolaus Langs Fichtenholzstoß mit Spontanvegetation. Aus vermoderten Brückenbalken wächst ein üppiges Biotop. Man sollte das als Sinnbild der Hoffnung nehmen, wenn man zu deprimiert auf diesen konturenlosen Pluralismus des heutigen Kunstbetriebes schaut (bis 20. November, Katalog 24 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

## JOURNAL

### Bayreuther „Tristan" kommt ins Fernsehen

dpa, **Bayreuth**

Zum Abschluß des Wagnerjahres zeichnet derzeit das Zweite Deutsche Fernsehen zusammen mit der Filmgesellschaft Unitel im Bayreuther Festspielhaus die Oper „Tristan und Isolde" auf. Festspielleiter Wolfgang Wagner hat dazu unter der Regie von Jean-Pierre Ponnelle und Dirigent Daniel Barenboim die Besetzung der Neuinszenierung von 1981 aufgeboten. René Kollo singt den Tristan, Johanna Meier die Isolde. Ein Sendetermin für „Tristan und Isolde" unter der Fernsehregie von Klaus Lindemann ist bisher nicht bekannt.

### Karl-May-Ausgabe wissenschaftlich

dpa, **Regensburg**

Über Probleme einer Werksausgabe, die wissenschaftlichen Anforde*rungen genügt, ist bei der diesjähri*gen Tagung der Karl-May-Gesellschaft in Regensburg gesprochen worden. Die Gesellschaft, die das Werk des populären Erfolgsautors Karl May der seriösen literarischen Forschung erschließen will und die Originaltexte in einem umfangreichen Reprintprogramm herausbringt, zählt über 1000 Mitglieder in 14 Ländern.

### Ein neues Jahrbuch namens „Archaeopteryx"

D. B. **Eichstätt**

Ein tieferes Verständnis für den heimatlichen Lebensraum, seine erdgeschichtliche Entwicklung und seine heutigen ökologischen Zusammenhänge soll das neue Jahrbuch mit dem Titel „Archaeopteryx" des Juramuseums in Eichstätt wecken.

### Louvre-Direktor legte Amt nieder

SAD, **Paris**

Der Direktor des Louvre-Museums in Paris, André Chabaud, der diesen Posten 1979 angetreten hatte, ist jetzt mit 62 Jahren vorzeitig in den Ruhestand getreten. Chabaud gab „persönliche Gründe" an. Es besteht jedoch kein Zweifel daran, daß das neue „Klima" in Frankreich unter Mitterrand nicht ganz unschuldig an seinem Rücktritt ist.

### Der Komponist als Denkmalschützer

JGG, **Warschau**

Zum ersten Mal wurde in Polen ein Wettbewerb für den besten Betreuer und Benutzer von Kulturdenkmälern ausgeschrieben. Den ersten Preis erhielt der Komponist Krzysztof Penderecki für die Restaurierung und Gestaltung von Schloß und Schloßpark Luslawice in der Wojewodschaft Tarnow. Penderecki, der über regelmäßige hohe Tantieme-*Einkünfte in West-Valuta verfügt* und dem Luslawice seit Jahren gehört, hat es zu einem Wohnkomplex mit Konzertzentrum umgebaut.

### *Arien, auf dem Wasser zu tanzen*

dpa, **Wuppertal**

Die Wiederaufnahme des in einem Wasserbecken spielenden Tanzstücks „Arien" der Wuppertaler Ballett-Chefin Pina Bausch hat der Rheinische Gemeindeunfallversicherungsverband (GUV) aus Sicherheitserwägungen verboten. Das Stück wurde unlängst zwanzigmal aufgeführt. „Arien" spielt in einer 19 mal zwölf Meter großen und drei bis fünf Zentimeter tiefen Wasserfläche. Die Versicherung macht die erneute Aufführung des Balletts vom Einbau zusätzlicher Sicherungen der elektrischen Anlagen vor Wasser abhängig, die 50 000 Mark kosten würden, und deren Einbau etwa ein Vierteljahr dauern würde.

Philharmonie Rheinland-Pfalz unter Segerstam

## Couragiert in die Arena

Das Namensungetüm „Staatsphilharmonie Rheinland-Pfalz" verrät schon einiges über den Hintergrund des Orchesters: eins jener kulturell identitätslosen deutschen Bindestrich-Länder hat sich zugelegt, was historisch gewachsene Provinzen wie Sachsen und Bayern, ja selbst Hamburg, als selbstverständliche Tradition hüten. Im Falle von Rheinland-Pfalz war dies freilich besonders erwünscht, weil diese an Großstädten arme Region nicht einmal ein kommunales Orchester von Ausstrahlung besaß. Als vor zehn Jahren das Ludwigshafener „Philharmonische Orchester der Pfalz" in die Bedrouille geriet, sprang das Mainzer Kultusministerium sanierend ein. Unter Christoph Eschenbachs Leitung machte die neue Staatsphilharmonie auch bald von sich reden.

Mit dieser Saison und Eschenbachs Abgang nach Zürich hat nun der 39jährige Finne Leif Segerstam, vormals Chef des ORF-Sinfonieorchesters in Wien und nach wie vor regelmäßiger Gast großer Opernhäuser in aller Welt, die Pfälzer unter seine Obhut genommen. Segerstam übernimmt ein inzwischen recht präsentables Orchester. Bei Konzerten mit romantischem Repertoire ist bei den Streichern die Besetzung mit 16 Ersten Geigen selbstverständlich, wobei die Streicher zwar nicht groß im Ton, aber doch sehr homogen klingen; wohl eine Folge der Arbeit mit Eschenbach, der eben genau hören kann. Ein bißchen vorlaut sind die Blechbläser, etwas unterbelichtet noch die Holzbläser. Daran wird Segerstam zu feilen haben.

Dies jedenfalls ist der Eindruck nach seinen Einstandskonzerten in Ludwigshafen und in der Alten Oper Frankfurt, die mehr und mehr zum zweiten Domizil der Staatsphilharmonie aus dem Nachbarland zu werden scheint. Jedenfalls ist man dort mehrfach pro Saison zu Gast: Lohn der Aufbauarbeit und wohl auch Ansporn, sich in dieser Arena der Eliteorchester messen lassen zu können.

Motiviert wird das Orchester auch durch die Prominenz der gastierenden Solisten. In Ludwigshafen spielte Shlomo Mintz, ein paar Tage später in Frankfurt Ulf Hoelscher mit den Pfälzern das Sibelius-Violinkonzert. Wie für alle Galamian-Schüler ist dieses Konzert auch Hoelschers Paradepferd, und er ritt es mit genau der richtigen Mischung aus virtuoser Bravour und Gefühlsversenkung. Dieses Werk in Ludwigshafen mit dem „Orchestralen Tagebuchblatt Nr. 25" aus Segerstams eigener Feder und Mussorgskis „Bildern einer Ausstellung" in Leo Funteks ausgefallener Instrumentation zu flankieren, in Frankfurt hingegen mit Wagners „Rienzi"-Ouvertüre und Schumanns d-Moll-Symphonie, verrät zudem eine klug kalkulierende Programmgestaltung, die das Pfälzer Orchester unter seinem neuen Chef mehr und mehr auf internationalen Podien willkommen sein läßt.

REINHARD BEUTH



**Neuer Chef der rheinland-pfälzischen Staatsphilharmonie: Der Finne Leif Segerstam**
FOTO: FELICITAS TIMPE

Der Russe Oleg Tabakow inszeniert in Köln Gogols „Der Revisor"

## „Echt sicher: Auf Kohle fährt er ab!"

Das hat es im Schauspielhaus Köln, seit Hansgünther Heyme dessen Leitung abgab, nicht wieder gegeben: Der Regisseur kam auf die *Bühne – der russische Schauspieler* Oleg Tabakow, der 1979 in Michalkows Film so überzeugend den Oblomow verkörperte – und sah sich einem wahren Hagel von Buhrufen ausgesetzt. Und weil er derlei aus Moskau nicht kennt, blieb er verdattert stehen, so daß aller Beifall verebbte, der verdientermaßen den Schauspielern gegolten hatte.

Was war geschehen? Tabakow hatte Nikolai Gogols Komödie „Der Revisor" inszeniert, jene geniale Komödie von 1835, in der korrupte Kleinstadthonoratioren einen Gauner für den verheißenen Revisor halten und sich, die gleiche Korrumpierbarkeit unterstellend, ausnehmen lassen bis aufs Hemd.

Die Kölner Schauspieldirektion hatte ihrem sowjetischen Gast, der nicht eine Silbe deutsch spricht, allerdings ein geradezu infames Kuckucksei ins Regienest gelegt: eine „Bearbeitung für die Bühne", die der schriftstellernde Kölner Schauspieler Klaus Pohl verbrochen hat. Und dem war es nicht darum zu tun, das doch hinreichend bühnensichere Stück szenisch handlich zu machen. Vielmehr sah er seine Aufgabe darin, russische Kleinbürger des vorigen Jahrhunderts den „irren" Jargon der *heutigen „Szene" sprechen zu lassen.* Nicht nur Chlestakow, der zum „Establishment" einer Großstadt gehört, die eigentümlicherweise Petersburg heißt und in der es einen „Kaiser" gibt, „läßt den Macker raushängen", sondern die ihn umgebenden Provinzler tun es ihm gleich. Und sie alle sind „echt sicher: Auf Kohle fährt er ab".

Es ließ sich voraussehen: Der Kontrast zwischen großer (und dann vornehmer) Welt und ungebildeter Kleinstadtenge, bei Gogol konstituierendes Element des Plots, stellt sich gar nicht erst ein. Die Satire greift nicht, denn sie kann ja nur bissig werden, wenn das attackierte Milieu so stimmig gezeichnet wird wie kürzlich, als der polnische Regisseur Jerzy Jarocky das gleiche Stück in Wuppertal inszenierte.

Der bemitleidenswerte Regisseur hatte denn gar keine andere Wahl: Mit Biedermeierkostümen (Sabine Birker) und in der finsteren Dekoration von Jürgen Flimm inszenierte Tabakow eine belanglose Posse. Voller Tempo zwar, aber ohne Temperament, grell überzeichnend, jedoch ohne die dann unentbehrliche Präzision.

Das liegt teilweise auch an unzulänglichen Schauspielern, mit denen die Rolle des Postmeisters und das Duo Dobtschinskij-Bobtschinskij besetzt sind. Aber es gibt in Köln, wohl mehr aus eigenem Nachdenken entstanden denn vom Regiepult inspiriert, auch hervorragende mimische Leistungen, so von Fred Hospowsky (Krankenhausdirektor), Georg Martin Bode (Richter) und Walter Brehm (Diener Ossip). Hansjoachim Krietsch als Stadthauptmann, der bei Klaus Pohl „Polizeichef" ist, wird zur Hauptfigur des Abends, von Evelyn Matzura (Ehefrau) und Petra Redinger (Tochter) wirkungsvoll unterstützt.

Hans Christian Rudolph dagegen, der in Köln von Goethes Faust bis Brechts Baal und Macki Messer, von Molières Misanthrop bis jetzt zum Chlestakow schlechthin alles spielt, hat sich ganz auf den Regisseur verlassen. Daran liegt es wohl, daß er ganz undifferenziert und faustdick outriert. So bedachte man ihn denn schon mit Buhrufen, bevor die Produktion mit dem Auftritt des Regisseurs unterging.

CATHRIN BERGMANN

# Paris verschärft Strafen für Alkoholsünder

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die französische Regierung setzt ihren Feldzug gegen Alkoholsünder am Steuer unbeirrt fort, auch wenn die Verantwortlichen der mächtigen Wein- und Cognac-Lobby des Landes mittlerweile davor warnen, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Was vor einigen Wochen angedroht wurde, ist jetzt im Ministerrat als Gesetzentwurf verabschiedet worden und bringt Frankreich in die Spitzenriege der Länder, die dem Alkoholmißbrauch den Kampf angesagt haben: Der Blutalkoholgehalt, jenseits dessen ein Fahrer als „Verbrecher" und nicht als simpler „Zuwiderhandelnder" verfolgt werden kann, wird von 1,2 auf 0,8 Promille gesenkt und gleicht sich somit den Regelungen in den meisten europäischen Ländern an.

Wer mit mehr als 0,8 Promille in Zukunft ertappt wird – und zwar mit Hilfe eines neuentwickelten Blasgerätes, das den Alkoholstand im Blut genauer anzeigt als eine Blutprobe – hat mit empfindlichen Strafen zu rechnen. Der Führerschein kann bis zu drei Jahren entzogen werden. Eine Geldstrafe von 500 bis 8000 Franc, umgerechnet bis zu 1800 Mark, wird sofort kassiert. Bei besonders schweren Fällen droht Freiheitsentzug bis zu drei Jahren. In der Bundesrepublik Deutschland gilt als Faustregel bei Alkoholsündern ohne Verkehrsunfall: ein Bruttomonatsgehalt plus neun Monate Führerscheinentzug; Haft wird nur bei alkoholbedingten Unfällen verhängt, meist zur Bewährung.

Der neue Aethylometer (Alkoholmesser) macht jedes Schwindeln mit allerlei Atemtechnik unmöglich und stellt nur Minuten nach der Probe den genauen Alkoholgehalt im Blut eines Opfers fest. Damit dürften auch die Statistiken über den Alkoholmißbrauch auf den Straßen genauer werden.

Diese sind – was Frankreich anbetrifft – so niederschmetternd geworden, daß der kommunistische Transportminister Charles Fiterman und sein sozialistischer Kollege Edmond Hervé vom Gesundheitsministerium jetzt rücksichtslos durchgreifen wollen. 40 000 Menschen sterben jährlich am Alkoholmißbrauch; 5000 davon auf den Straßen. Genau die gleiche Anzahl von Franzosen wandert jährlich in die psychiatrischen Kliniken. 40 Prozent der Verkehrsunfälle sind auf das berühmte „Glas zuviel" zurückzuführen.

Das alles kostet den Staat jährlich 20 Milliarden Franc; doppelt so viel wie alle Einnahmen aus indirekten Steuern. Die Regierung hat sich für ihren Feldzug auch die mächtigen Versicherungsgesellschaften zum Verbündeten gemacht. Wer mit Alkohol am Steuer erwischt wird, zahlt – so drohen diese an – einen Malus von bis zu 150 Prozent auf seine Versicherungsprämie.



Kann besonders tückisch sein: Eine Gletscherwanderung bei strahlendem Sonnenschein.
DPA-Bild, fotografiert auf dem Gorner Gletscher

# Das mörderische Jahr in den Alpen

**Die schreckliche Bilanz eines schönen Sommers / Dramatischer Anstieg der Bergunfälle**

WALTER H. RUEB, Bonn

„Wenn wir eines Tages 60 aufeinanderfolgende schöne Tage haben, dann wird die Bilanz der Bergunfälle katastrophal sein", hatte vor einigen Jahren in Chamonix Gendarmerie-Capitaine Lemercier prophezeit. Eine Prophezeiung, die sich in diesem Sommer auf schreckliche Weise erfüllt hat: Die Zahl der Bergunfälle stieg sprunghaft an. In den ersten neun Monaten dieses Jahres kamen in den westlichen Alpen 160 Menschen ums Leben, 31 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Am Montblanc, dem mit 4807 Meter höchsten Berg Europas, den dieses Jahr 10 000 Menschen bestiegen, starben allein 68 Menschen; am 4478 Meter hohen Matterhorn, dem legendären Schweizer Modeberg, fanden 53 Menschen den Tod.

Schuld ist nach Ansicht der Experten der Boom auf die Alpen. So hat sich die Zahl der Alpen-Berggänger in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt. Die touristische Erschließung der Bergwelt ermöglicht mittlerweile attraktive Hochtouren ohne lange und mühsame Anmarschwege. In Zermatt kann man mit der Bergbahn mittlerweile bis in eine Höhe von 3820 Meter fahren und vom Kleinen Matterhorn aus in knapp zwei Stunden das 4165 Meter hohe Breithorn „machen".

Beim Deutschen Alpenverein (DAV) ermittelte man als Hauptunfallursachen Mangel an alpiner Erfahrung, Selbstüberschätzung, ungenügende Ausrüstung und unzureichende Sicherung. An zweiter Stelle steht die schlechte körperliche Verfassung der „Bergsteiger". Bei der Altersklasse ab 55 Jahren steht der Herzinfarkt als Todesursache an der Spitze. Auch das Klettern ohne Helm ist an zahlreichen Unfällen schuld, die der trockene, heiße Sommer forderte.

Im Juli und August stieg die Null-Grad-Grenze in den Alpen bis in eine Höhe von 4000 Metern – mit der Folge, daß Gletscher und Eiswände an vielen Stellen ihre Festigkeit verloren und das Gehen unterhalb vereister Wächtengrate zum Hasardspiel machten.

Die „mörderischen Alpen" würden nach Meinung von Schweizer Bergexperten weitaus weniger Menschenleben fordern, wenn folgende sieben „Berg-Todsünden" nicht immer wieder begangen würden: ungeeignete Routenwahl; Fehleinschätzung des Wetters; ungenügende Kondition; unangeseilt Gletscher traversieren oder Klettertouren machen; mangelhafte Information vor Beginn einer Tour; verpaßte Umkehrmöglichkeit und schließlich Mißachtung der Warnungen von Hüttenwarten, Bergführern oder anderen Einheimischen.

Ein Musterbeispiel von Leichtsinn in den Bergen machte in der Schweiz vor zwei Wochen Schlagzeilen. Eine Schulklasse aus Basel wich oberhalb von Meiringen vom markierten Weg ab, trat zu nahe an den Rosenlaui-Gletscher heran und wurde von einem plötzlichen Eisabbruch überrascht. Der 44jährige Lehrer wurde getötet, ein weiterer Erwachsener sowie vier Kinder wurden verletzt. Was die Gruppe offenbar nicht wußte: Unterhalb eines Gletschers besteht immer Gefahr. Eisabbrüche lassen sich im Unterschied zur Lawinengefahr nicht berechnen. Sie sind weder von Witterung, Temperatur noch von Tages- oder Jahreszeit abhängig.

Nach Auskunft der schweizerischen Rettungsflugwacht wurden in den Bergen des Landes bis Ende September 74 tote Bergsteiger registriert. Dank des Einsatzes von Helikoptern und Helfern, die insgesamt 464 Rettungsflüge unternahmen, konnten 439 Personen gerettet werden.

An der Spitze der Todesursachen am Berg stehen nach einer Aufstellung des Schweizerischen Alpen-Clubs Herzkrisen, Erschöpfung und Erfrieren, gefolgt von Absturz sowie Niedergang von Lawinen und Schneebrettern. Neun Prozent der Getöteten kamen beim Fotografieren und Blumenpflücken an exponierten Stellen ums Leben.

Neben dem Leichtsinn verursachen Eitelkeit und Selbstüberschätzung viele Unfälle. „Manche Leute meinen, es gehöre einfach dazu, auf dem Matterhorn gewesen zu sein", sagte Gubi Luck, Präsident des Schweizer Bergführer-Verbandes, und der Zermatter Bergführer Richard Andermatten ergänzte: „In den letzten zwei Jahren hat die Zahl derer, die das Matterhorn stürmen, massiv zugenommen. Mindestens 50 Prozent aber haben vom Bergsteigen keine Ahnung. Wenn man sie jedoch warnt, lachen sie einen aus. Sie wissen alles besser. Wir haben langsam die Nase voll und überlegen uns, ob künftig nur noch Verletzte gerettet werden sollen ..."

Den Gipfel an alpinistischem Leichtsinn leisteten sich in der jüngsten Saison zwei blutjunge Burschen aus Kempten an der berüchtigten Eiger-Nordwand. Sie stiegen ungenügend trainiert und ausgerüstet in die Wand ein, kamen bei 2700 Meter Höhe nicht mehr weiter, schlugen ein Biwak auf und warteten auf Hilfe. Als diese nach acht Tagen kam, hatten die beiden Allgäuer keine Lebensmittel mehr, dafür schwere Erfrierungen. Einer hatte bereits das Bewußtsein verloren. Dabei war es reiner Zufall, daß sie überhaupt entdeckt wurden.

# Die Plastikwährung als teures Vergnügen

**Bargeldlose Zahlung – ein Boom für Amerikas Banken**

A. v. KRUSENSTIERN, New York

Am liebsten hätten es Amerikas Banken, wenn jeder der rund 230 Millionen Amerikaner eine Bankkreditkarte hätte. An diesen kleinen Plastikkarten verdienen die Banken das große Geld. Man kauft damit bargeld- und oft auch gedankenlos, und an dem Geld, das man dann den Banken schuldet, verdienen diese bis zu zwanzig Prozent Zinsen.

Zum Kummer der Banken haben aber nur etwa 103 Millionen Amerikaner Bankkreditkarten. Der Markt scheint damit gesättigt zu sein. Um ihn dennoch auszuweiten, verfallen die Banken auf immer neue Ideen, um den Kunden die kleinen Plastikkarten schmackhaft zu machen. Sie haben es vor allem auf Zielgruppen mit gehobenem Einkommen abgesehen.

- Die Manufacturers und Traders Trust Company hatte den Einfall, an Mitglieder von Automobilklubs heranzutreten. Gewöhnliche Sterbliche müssen, zusätzlich zu den Zinsen, für die Benutzung einer Bankkreditkarte eine Jahresgebühr bis zu zwanzig Dollar, etwa 55 Mark, bezahlen. Autoklub-Mitglieder erhalten einen Nachlaß.
- Eine New Yorker Großbank mit ähnlichem Namen, die Manufacturers Hanover Trust Co., veranstaltete eine Lotterie. Jeder mit ihrer Kreditkarte getätigte Einkauf wurde wie der Kauf eines Loses gewertet. Die Gewinner erhielten Geldprämien.
- Etliche Banken bieten Karten-Inhabern sogar verbilligte Reise- und Unfallversicherungen an.

Wegen der Gebühren und Zinsen kommen Kreditkarten den Bankkunden teurer zu stehen als etwa das Euroscheck-System, für das es in den USA keine Parallele gibt. Dafür sind Kreditkarten bequemer: Man braucht keinen Scheck auszufüllen und keine Scheck-Buchhaltung zu führen. Statt dessen reicht man nur seine Karte über die Theke, leistet eine Unterschrift und bekommt einen Durchschlag der Rechnung.

Banken, die Kreditkarten ausstellen, sehen es ausgesprochen gern, wenn man die Monatsabrechnung verspätet oder nur zum Teil bezahlt. Der nicht bezahlte Betrag wird wie ein Darlehen mit entsprechenden Zinsen behandelt.

Da nicht alle Läden, Hotels, Restaurants oder Tankstellen alle Kreditkarten annehmen, haben sich zahlreiche Amerikaner ganze Sammlungen von Kreditkarten zugelegt, um für alle Gelegenheiten gewappnet zu sein. Es gibt zwei Sorten von Karten: Die Bankkarten, die in erster Linie für Einkäufe gedacht, und die sogenannten „Travel und Entertainment"-Karten wie Diners und American Express, die für Geschäfts- und Urlaubsreisende bestimmt sind. Außerdem geben etliche Ölgesellschaften Karten aus, um Autofahrer an ihre Tankstellenketten zu binden. Für viele Amerikaner ist es völlig normal, stets ein halbes oder ein ganzes Dutzend Kreditkarten mit sich zu führen, wozu sie häufig eine zweite Brieftasche brauchen. Der typische Inhalt: Zwei Bankkarten, drei Travel- und Entertainment-Karten – American Express, Diners und Carte Blanche – und drei Benzinkarten, Exxon, Mobil oder Gulf.

Zumindest für Geschäftsreisende ist außerdem eine Telefonkarte unerläßlich, mit der man von jeder Telefonzelle aus bargeldlos mit der ganzen Welt telefonieren kann. Nur: die nächste Rechnung kommt bestimmt. (SAD)

## LEUTE HEUTE

### Pertinis Barmixer

Beim alljährlichen Wettbewerb in San Remo holte sich **Giuseppe Sergenti** wieder den Titel „bester Barmixer Italiens". Sergenti steht hinter der Bar des berühmten römischen Cafés „Rosati", Lieblingslokal von Italiens Staatspräsident Pertini. Hier sein prämierter Drink „Herbsttraum": ⅗ Wodka werden mit ⅕ Blattgold und ⅕ Bananencreme gemixt. Dazu kommen ein paar Tropfen Curaçao, ein Spritzer Rosenwasser und ein Teelöffel Zitroneneis.

### „Mir reicht's"

**Robert Hossein**, Pariser Schauspieler („Angelique") und Regisseur, feiert Triumphe mit seiner neuen Theaterinszenierung „Ein Mann namens Jesus". Aber der erfolgreiche Theatermann hat keinen Pfennig auf der



Bank. „Ich habe mir geschworen, nie wieder ein Plus auf meinem Konto zu haben. Mir reicht's, wenn ich gut lebe", meint der 55jährige.

# Kassen zahlen Einsatz von Rettungsflugzeugen

AP, Stuttgart

Jeder kann nach Auskunft der Deutschen Rettungsflugwacht (DRF) in der Bundesrepublik Deutschland einen Rettungshubschrauber alarmieren, ohne daß ihm dadurch Kosten entstehen. Die DRF erklärte gestern in Stuttgart, Kosten entstünden dem Anrufer auch dann nicht, wenn sich später herausstelle, daß der Einsatz des Hubschraubers überhaupt nicht notwendig war. Nach Angaben der Deutschen Rettungsflugwacht häufen sich in letzter Zeit Anfragen zu diesem Thema. Viele Bürger seien der Meinung, daß sie den Einsatz des von ihnen alarmierten Rettungshubschraubers auch bezahlen müßten. Ein Hubschraubereinsatz in Deutschland müsse aber grundsätzlich von den Krankenkassen oder Berufsgenossenschaften bezahlt werden. Nur bei einem Patiententransport aus dem Ausland brauchten nach einem Urteil des Bundessozialgerichts in Karlsruhe die gesetzlichen Krankenkassen für diese Rückführung nicht aufkommen.

### Blutbad aus Eifersucht?

AFP, Paris

Sechs Mitglieder einer Familie wurden in der Nacht zu gestern in einem 900-Seelen-Dorf nördlich von Paris bestialisch erstochen. Ein Nachbar, der das Blutbad entdeckte, erlitt einen Herzinfarkt, als er die Polizei alarmierte. Ein 23jähriger Metzger, der ehemalige Verlobte der 20jährigen Caroline, die vermutlich als erstes Mitglied der Familie starb, wurde verhaftet.

### Grubenunglück in Südafrika

AFP, Johannesburg

Ein Brand in einem Goldbergwerk bei Orkney in der südafrikanischen Provinz Transvaal hat am Mittwoch vermutlich zehn Todesopfer gefordert. Bisher wurden fünf Bergleute tot geborgen. Für die fünf anderen Verschütteten besteht nur noch wenig Hoffnung auf Rettung. Das Feuer brach aus bisher ungeklärten Gründen in einem Lüftungsschacht mehrere hundert Meter unter der Erdoberfläche aus.

### 17 Drogenhändler gehängt

AFP, Teheran

17 Rauschgifthändler, unter ihnen eine Frau, sind gestern im Qasr-Gefängnis in Teheran gehängt worden. Damit wurden binnen zwei Wochen in Iran 57 Todesurteile gegen Rauschgifthändler vollstreckt.

### Lebenslang für Vietnamesen

AP, Krefeld

Wegen Mordes an der vierköpfigen Familie eines Landsmanns hat das Krefelder Schwurgericht gestern den 27 Jahre alten vietnamesischen Koch Le Van Tin zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Der hochverschuldete Mann hatte am 4. April vergangenen Jahres aus Habgier die 31 Jahre alte Thai Long, ihre beiden Töchter und den 38 Jahre alten Familienvater in Willich im Rheinland mit einem Küchenbeil erschlagen und ausgeraubt.

### Zu warm, zu naß, zu trocken

dpa, Frankfurt

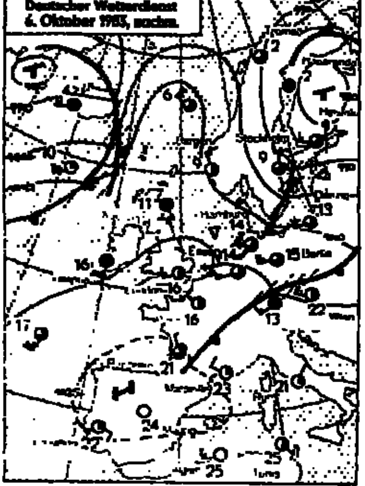
„Überwiegend zu warm, gebietsweise zu naß, sonst zu trocken." Das ist das Urteil der Klima-Experten über das diesjährige September-Wetter in der Bundesrepublik. Um durchschnittlich ein halbes Grad „zu warm" – verglichen mit dem durchschnittlichen Mittelwert – sei es im größten Teil des Bundesgebiets gewesen, berichtete der Offenbacher Wetterdienst. „Zu kalt" war es nach den Aufzeichnungen der Klimatologen dagegen an der Küste, in einigen Mittelgebirgslagen und in den Donauniederungen.

## ZU GUTER LETZT

*„Ich habe zwar kein Wort verstanden, aber Sie haben so schön gesprochen, daß ich Ihnen alles glaube." Thomas O'Neill, US-Parlamentspräsident, zu einer Rede Annemarie Rengers, die sie in Deutsch vor amerikanischen Parlamentariern gehalten hat. Aus dpa.*

## WETTER: Im Süden heiter

**Wetterlage:** Die Ausläufer eines Tiefs bei Island greifen nachmittags auf den Norden Deutschlands über, im Süden sorgt ein Hochdruckkeil für Wetterberuhigung.





**Vorhersage für Freitag:**

**Nordhälfte Deutschlands:** Anfangs geringe, im Tagesverlauf von Nordwesten zunehmende Bewölkung und nachfolgend Regen. Höchsttemperaturen nahe 18 Grad, nachts um 10 Grad.

**Süddeutschland:** Wolkig mit Aufheiterungen und trocken. Höchsttemperaturen nahe 20, nachts bis 8 Grad zurückgehend. Schwacher bis mäßiger Wind um West.

**Weitere Aussichten:**

Am Wochenende auch im Süden wolkig und zeitweise Regen, zurückgehende Temperaturen, im Norden starker und in Böen stürmischer Wind.

**Temperaturen am Donnerstag, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 15° | Kairo | 26° |
| Bonn | 15° | Kopenh. | 17° |
| Dresden | 15° | Las Palmas | 25° |
| Essen | 14° | London | 16° |
| Frankfurt | 15° | Madrid | 24° |
| Hamburg | 14° | Mailand | 21° |
| List/Sylt | 13° | Mallorca | 26° |
| München | 13° | Moskau | 13° |
| Stuttgart | 15° | Nizza | 22° |
| Algier | 25° | Oslo | 11° |
| Amsterdam | 16° | Paris | 16° |
| Athen | 25° | Prag | 17° |
| Barcelona | 25° | Rom | 21° |
| Brüssel | 16° | Stockholm | 9° |
| Budapest | 20° | Tel Aviv | 30° |
| Bukarest | 24° | Tunis | 25° |
| Helsinki | 9° | Wien | 22° |
| Istanbul | 20° | Zürich | 14° |

*Sonnenaufgang am Samstag: 6.33 Uhr, Untergang: 17.46 Uhr, Mondaufgang: 8.48 Uhr, Untergang: 18.57 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

# „Child of Bounty" auf den Spuren Käptn Blighs

dpa, Sydney

„Wir hatten Glück, daß wir überlebten", sagte der australische Kapitän Ronald Ware, wieder zurück in Sydney. Und alle zehn Teilnehmer des 42tägigen Seeabenteuers waren sich darüber einig, daß sie sich nicht noch einmal auf so etwas einlassen würden. Dabei hatten sie für die 6000-Kilometer-Reise in ihrem kleinen Boot in mancher Hinsicht bessere Bedingungen gehabt als ihr Vorbild vor 194 Jahren, Kapitän William Bligh und seine 18 Matrosen von dem legendären Meutererschiff „Bounty". Immerhin haben sich Ware und seine Männer bei ihrem mutigen Abenteuer einen fast „originalgetreuen" Eindruck davon verschafft, was Bligh und seine Getreuen im Herbst 1789 zwischen der Südseeinsel Tonga und dem heute indonesischen Timor durchmachten.

Bligh (1754–1817) war mit dem 220 Tonnen großen Dreimaster „Bounty" nach Tahiti gesegelt. Die strenge Disziplin an Bord und das gute Leben auf Tahiti waren möglicherweise der Grund für die Meuterei unter Führung von Fletcher Christian. Die Meuterer setzten ihren Kapitän mit seinen Getreuen bei den Tonga-Inseln mitten in der Südsee aus. Sie erwarteten wohl kaum, daß Bligh England jemals wiedersehen würde. Aber der damals 34jährige Bligh gab ein geradezu einzigartiges Beispiel seemännischen Geschicks, physischer und psychischer Kraft und Disziplin. Ohne ihn hätte niemand überlebt.

Gerade was die Nahrung angeht, hatten es die zehn Männer 1983 auf Blighs Spuren deutlich besser. Ihnen stand viel vitaminreiche Kost zur Verfügung und ausreichend Wasser.

Als Bligh ausgesetzt wurde, durften seine Getreuen eine Tonne mit rund 125 Litern Wasser, 150 Pfund Schiffszwieback, 16 Stücke gesalzenes Schweinefleisch von je zwei Pfund, sechs Quart Rum und sechs Flaschen Wein mitnehmen.

Es dauerte 25 Tage, bis man wieder festen Boden unter den Füßen hatte: auf einer Insel vor der Nordostküste Australiens. Es waren furchtbare Tage. „Unsere Not war sehr groß", heißt es in Blighs Bericht. Und an anderer Stelle: „Die Portionen waren heute eineinhalb Unzen Schweinefleisch, ein Teelöffel Rum, ein halbes Quart Kokosmilch und eine Unze Brot." Die Verpflegung wurde gelegentlich durch einen gefangenen Tölpel ergänzt. „Rumpf, Eingeweide, Schnabel und Füße teilte ich in achtzehn Portionen." Das Blut erhielten die besonders Geschwächten. „Unsere Körper waren nichts als Haut und Knochen, unsere Glieder voller Geschwüre."

Wie nun sein australischer Nachfolger Ronald Ware berichtet, hatte sein Team in dem Boot „Child of Bounty" kaum besseres Wetter als die 18 damals. Zwei Tage lang tobten Stürme bis zu 110 Stundenkilometern. „Die Wellen waren 12–15 Meter hoch, und hätte ich nicht eine Menge Erfahrung mit australischen Brandungsbooten, hätten wir das wohl nicht geschafft." Den größten Teil der Fahrt über war die Bekleidung mit Salzwasser durchtränkt. Schlaf gab es kaum. Jeder verlor etwa sieben Kilo Gewicht. Außerordentlich lästig waren auch die Blasen auf den Gesäßen.

Wie Bligh, so hatte auch Ware nur ein Minimum an Ausrüstung an Bord, hatte auch er keine Karte und mußte sich mit Kompaß, Sextanten (Bligh hatte einen Quadranten) und einer Taschenuhr behelfen. Immerhin hatte Ware ein Funk- und ein Lichtsignalgerät für den Notfall.

Vor allem aber in zweifacher anderer Hinsicht hatte es Bligh schwerer gehabt: Sein Boot war überladen und lag so tief im Wasser, daß die zurückbleibenden Meuterer darüber lachten. Bligh wie Ware verbrachten zwar 42 Tage auf See, doch die Männer auf den Spuren Blighs unterbrachen die Fahrt häufiger als ihre Vorgänger. Da Bligh keine Waffen bei sich hatte, fürchtete er eine Begegnung mit feindseligen Eingeborenen – eine Furcht, die Ware und seine Crew natürlich nicht mehr zu haben brauchten.

Bligh veranlaßte später eine Strafexpedition, die nur wenig erfolgreich war. Drei Meuterer wurden gehängt. Christian und acht andere hatten sich auf der Insel Pitcairn niedergelassen. Ihre Nachkommen leben dort noch heute.

Bligh brachte es noch zum Vizeadmiral.

RUDOLF GRIMM

# REISE WELT



mit Auto · Hobby · Sport · Spiel





SÜDTIROL / Wanderung über das Hochplateau des Ritten

# Luftige Kühle lockt die Bozener und ihre Gäste auf den Berg

**Bozen**

Tausend Meter oberhalb von Bozen, aus der Stadt in elf Minuten mit der Seilbahn zu erreichen, liegt das Ritten-Hochplateau, eine Mittelgebirgslandschaft zwischen den tief eingeschnittenen Flußtälern von Eisack und Talfer, wie ein sonniger Balkon über dem dunstigen Talbekken. In den über den Rittner Berg verstreuten Luftkurorten sorgen traditionsreiche Hotels und gepflegte Pensionen für das Wohl der Gäste. Hier kann man schwimmen, reiten, Tennis spielen und wandern. Bequeme Wege führen durch das parkartige Gelände mit wundervoller Dolomitensicht. Der mächtige Klotz des Schlern mit der feingliedrigen Santnerspitze beherrscht das Bild, daneben reiht sich das Filigran der Rosengartengruppe. Vom Rittner Horn, mit 2260 Meter Höhe Kulminationspunkt und Krönung der Wanderungen auf dem Ritten, kann man die Gipfel der Dolomiten von der Plose bis zur Pala nacheinander abzählen.

Für die Bozener war der Ritten von jeher beliebte Sommerfrische – das Wort hat hier seinen Ursprung. Aus der sonnendurchglühten Stadt flüchteten die wohlhabenden Kaufmannsfamilien schon seit dem 16. Jahrhundert in die luftige Kühle des Berges, und viele bauten sich hier ein „Frischhaus" als Refugium für die heißen Sommerwochen. So gab es in Mariä Himmelfahrt und Klobenstein ganze Kolonien solcher Sommersitze, deren Bewohner sogar ein einheitliches *Statussymbol hatten: An* Sonn- und Feiertagen kann man heute noch sehen, daß die Patrizier in Mariä Himmelfahrt weiße Lodenmäntel mit roter Verzierung tragen, die von Klobenstein dagegen weiße Mäntel mit schwarzem Kragen.

Seit langem ist das sommerliche Leben auf dem Ritten nicht mehr allein den Bozenern vorbehalten. Die Seilbahn und seit 1969 eine Autostraße – eine der schönsten Panoramastraßen Südtirols – verbinden den Ritten mit der Stadt. Überdies verkehrt eine elektrische Schmalspurbahn zwischen den Ortschaften auf dem Hochplateau – der Aktionsradius für Wanderer erweitert sich damit beträchtlich.

Berühmte Sehenswürdigkeiten am Ritten sind die Erdpyramiden. Auf einem Spaziergang von Oberbozen ins Katzenbachtal sind sie aus nächster Nähe zu betrachten: aus steilen Moränenhängen herausgewitterte Erdsäulen, die nach oben abenteuerlich - spitz zulaufen, jede mit einem dicken Stein wie mit einem Dach abgedeckt.

Für Kunstliebhaber sind die alten Kirchen auf dem Ritten ein Studium wert. Sankt Nikolaus in Mittelberg mit seinen Fresken ist die älteste, der malerische Kirchturm stammt aus der Zeit vor 1200. In der kleinen Jakobskirche in der Nähe von Oberbozen gibt es ebenfalls Fresken. Weithin sichtbar ist das Kirchlein von Sankt Verena am Steilabfall zum Eisacktal, auf rundgehobelten Gletscherschliffen erbaut. Unweit davon führte die mittelalterliche Verbindungsstraße vom Brenner nach Bozen früher über den Ritten, ehe die Straße durch das wilde und hochwassergefährdete Eisacktal und – viel später – die Brenn*erautobahn gebaut* wurden. An alten Wagenspuren läßt sich der Verlauf des Weges erkennen, auf dem die deutschen Kaiser nach Italien zogen. In Lengmoos liegt an dieser Route eine Kommende der Deutschherrenritter, die lange Zeit der kulturelle Mittelpunkt des Rittens war. Der alte Straßenzug folgt weitgehend der Via Claudia Augusta, die von den Römern gebaut wurde.

Überall am Weg laden gemütliche Gasthäuser ein, bei Tiroler Speck und einheimischem Wein neue Kraft zu schöpfen, mit der die Wanderung beschwingt weitergehen kann. Am Ritten wächst der Wein bis auf 1000 Meter Höhe, an den Sonnenhängen des Berges wird er überall angebaut. Auf dem steilen Fußweg hinab nach *Bozen zeigt sich die Mannigfaltigkeit* der südlichen Vegetation: Die hellen, samtgrünen Lärchenwiesen gehen in Föhrenwald über, danach kommt man in die Weinberge, in denen es spürbar heißer wird. Blaugrüne Smaragdeidechsen huschen über den steinigen Pfad und verschwinden in die Ritzen der Gemäuer aus schönem rotem Quarzporphyr. Wo kein Wein wächst, tritt an seine Stelle dichter Buschwald, dazwischen gedeihen Terebinthen, Feigen und Weichselkirschen. Dann führt der Weg durch das berühmte Weindorf Sankt Magdalena. Die tiefgezogenen Dächer der prächtigen Höfe sind verborgen hinter den weit ausladenden Edelkastanien und Nußbäumen. Wir nähern uns der Stadt. Im Garten des Hotels Mondschein erholen wir uns von dem Marsch durch die Herbstsonne.

CHRISTIANE SCHENK

*

**Karte und Führer:** Kompass Wanderkarte 1:50 000, Nr. 54 „Bozen/Bolzano"; Bruno Mahlknecht, Südtiroler Gebietsführer 12 „Ritten", Bozen 21980.

**Auskunft:** Verkehrsamt Ritten, I-39054 Klobenstein 100/Italien.



Bizarre Felsformen am Ritten – die Erdpyramiden FOTO: ARMIN RECK

Reise durch das Pfitschtal /

# Bauernmalerei und Gotik in einer abgelegenen Ecke der Alpen

**Pfitsch**

Ins Pfitschtal kommt man nur durch Zufall. Neugier auf die in Südtirol berühmten derben Bauernmalereien in der Kirche von St. Jakob in Pfitsch hatte uns in dieses abgelegene Hochtal gebracht. Doch die alte Kirche ist verschlossen.

Den Schlüssel? Der Neuwirt in St. Jakob kratzt sich am Kopf. Ja, den wird der Mesner haben. Der wohnt in einem alten Haus, drüben, jenseits des Pfitschbaches. In der Stube hokken sieben oder acht Katzen auf dem Kachelofen, eine alte Frau kommt uns entgegen. Ihr Bruder, der Mesner, sagt sie, sei in der Werkstatt, wir sollten nur hingehen. Der Mesner ist Radelmacher und dabei, ein Spinnrad zu bauen. Nur zwei Tage braucht er dazu, versichert er uns. Aber den Schlüssel der alten Kirche, den gebe es nur beim Verkehrsverein. Und der ist in Sterzing draußen.

Wir wollen die Bilder sehen, also fahren wir die 20 Kilometer talauswärts bis Sterzing, bringen im Büro des Verkehrsvereins unser Anliegen vor. Doch den Schlüssel gibt es auch hier nicht. Den habe der Pfarrer von Kematen im Pfitschtal, denn auch St. Jakob gehöre zu seinem Sprengel.

Gewiß, meint die Pfarrhaushälterin, den Schlüssel habe der Herr Pfarrer schon, doch sei er verreist und habe den Schlüssel wohl noch im Handschuhfach seines Wagens. Zuletzt nämlich sei eine Hochzeit in der alten Kirche gewesen, danach habe der Herr Pfarrer die Kirche abgeschlossen und wohl vergessen, den Schlüssel an den Haken zu hängen.

Wir haben die Bilder von 1789 nicht zu sehen bekommen, aber dafür ein Tal kennengelernt, das nostalgischen Vorstellungen von der heilen Bergwelt noch recht nahe kommt. Bei Sterzing zweigt die Straße ins Pfitschtal ab, führt von Süden her in die Bergwelt der Zillertaler Alpen hinein. Wiesen ist der erste Ort im Tal, Sitz der Gemeindeverwaltung Pfitsch. Dann wird die Straße schmal, kurvenreich, steigt stellenweise steil an zwischen hochaufragenden Bergwänden, scheint manchmal auf die fast senkrecht stehenden Felsen zuzulaufen.

Dann taucht ein kleiner Ort auf, Afens. Ein winziges Kirchlein, ein paar alte Häuser mit braunverwittertem Holzwerk und weißgetünchten Grundmauern, ein paar Heustadel, dann sind wir wieder zwischen den Felsen. Der Talboden wird ganz weit, hier hat sich einst über zehn Kilometer jener Pfitscher See gedehnt, der sich im 13. Jahrhundert bildete und das untere Pfitschtal bis Sterzing hinaus verwüstete. Bis heute lebt die *Katastrophe vom Pfitscher See in der* Überlieferung des Tales.

Im Sonnenhang liegt Kematen. Der Name, der soviel wie geheizter Raum bedeutet, weist den Ort als alte Siedlung aus. Das Sträßchen durch das Dorf ist so eng und unübersichtlich, daß Gegenverkehr zum aufregenden Erlebnis wird. Doch es sind nicht viele Fahrzeuge unterwegs.

Steil windet sich ein Bergsträßchen zum Pretzhof hinauf, einem Spezialitätenlokal, wie es weit und breit nicht zu finden ist. Auf der Speisekarte gibt es weder Schnitzel, Pommes frites oder Spaghetti, hier werden Schlitzkrapfen serviert und Blutnudeln, grauer Käse und Kaminwurzen, Südtiroler Bauernkost.

Der Hof liegt hoch über dem Tal, mit großartigem Blick aus der Gaststube über das Pfitschtal und zum Eisacktal, zu den Sarntaler Alpen hinüber. Was immer Pfitschtaler Bauern bei ihrer Arbeit an Werkzeugen und Geräten brauchen, ist an den groben Balken zur Dekoration aufgehängt. Von den Schneereifen, die den Pferden beim Holzrücken unter die Hufe gebunden wurden, bis hin zu den riesigen Bohrern, mit denen man Baumstämme ausbohrte, um sie als Rohre benutzen zu können.

Vor der großartigen Kulisse der weißschimmernden Zillertaler Alpen liegt, 1490 Meter hoch, St. Jakob, der Hauptort des inneren Pfitschtales. Alte Bauernhäuser, zum Teil mit kunstvoll verzierten Balkonen, mit Schnitzwerk und Rundbögen, drängen sich um die beiden Kirchen, von denen die alte gotische St.-Jakobs-Kirche ihren hohen, spitzen Turm wie einen überdimensionalen Bleistift vor den Bergen aufragen läßt.

Beim Neuwirt sitzen ein paar Männer in der Gaststube beim Kartenspiel. Sie haben Gesichter, die jeden Schnitzer als Modell reizen müßten. Die Gespräche gehen um den Ausbau der Talstraße, um das Holz droben im Bergwald und um den Fremdenverkehr. Warum es den nicht im Pfitschtal gebe, wollen wir wissen. Die Männer in der Wirtsstube zucken die Schultern. Man hat es bislang verschlafen, geben sie zu. Aber die Anfänge seien ja gemacht. In allen Orten des Tales gebe es moderne Unterkunftsmöglichkeiten. Und es kämen doch schon Fremde, die von hier aus wanderten. In den Talschluß hinein, zum Pfitscher Joch hinauf mit seiner großartigen Aussicht, zum Hochfeiler oder zur Landshuter Hütte auf dem Kraxentragersattel. Ein Unikum sei diese Hütte, beteuern die Männer. Denn die Hütte des Alpenvereins stehe genau auf der Staatsgrenze. Der italienische Teil sei heute verfallen, doch der österreichische Hüttenteil sei bewirtschaftet und gut im Zustand.

Wovon die Menschen hier leben, verrät die Vielzahl der Heustadel im Talgrund, die Berge aufgestapelter Baumstämme am Straßenrand: von der Land- und Forstwirtschaft. Nur wenige der Männer pendeln täglich hinaus nach Sterzing zur Arbeit. Im Sommer und Herbst kommen die Touristen, die Wanderer, die in die Pfunderer Berge ziehen oder zu den Eisriesen der Zillertaler. Mineraliensammler lockt das Tal mehr und mehr an. Die alten, längst aufgegebenen Knappenstollen im Tal sind begehrte Fundstätten. Doch in den Katalogen der großen Reiseveranstalter ist der Name des Pfitschtales noch nicht zu finden.

CHRISTOPH WENDT

*

**Auskunft:** Verkehrsverein Wiesen-Pfitsch, Stadtplatz, I-39049 Sterzing.

## NACHRICHTEN

### Manege frei

Das neunte Festival International du Cirque, das mit internationalen Spitzendarbietungen aus der Zirkuswelt aufwarten wird, findet vom 8. bis 12. Dezember in Monte Carlo statt. Die Eintrittspreise betragen zwischen umgerechnet 15 und 75 Mark. (Auskunft: Fürstentum Monaco – Staatliche Zentrale für Tourismus und Kongresse, Mainzer Landstraße 174, 6000 Frankfurt/M.)

### Preiswert in die USA

Bis zu zehn Prozent verbilligte Charterflüge in die USA bietet die ADAC Reise GmbH für den Winter 1983/84 an. Eine Preisermäßigung der USA-Angebote ist trotz des gestiegenen Dollarkurses möglich, da die Maschinen Richtung Europa dank der Reisefreudigkeit der Ame*rikaner stärker ausgelastet* sind (Auskunft: ADAC Reise GmbH, Baumgartnerstraße 53, 8000 München 70).

### Schweiz-Faltblatt

Das neue Faltblatt „Schweiz(W)international" der Schweizer Verkehrszentrale informiert über Seilbahnen, Skilifte, Langlaufloipen, Skipisten, Curlingrinks und Tennissowie Squashhallen von 230 Ferien- und Winterkurorten. Außerdem gibt das Faltblatt, das kostenlos bezogen werden kann, Auskunft über Anzahl der Hotels und die Möglichkeiten zum Wintercamping (Auskunft: Schweizer Verkehrsbüro, Kaiserstraße 23, 6000 Frankfurt/M.).

### Reisen mit der Bahn

Preiswerte Pauschalreisen mit der Bahn innerhalb Deutschlands und nach Österreich bietet ITS (International Tourist Services) bis Ende Oktober. So kostet zum Beispiel eine Urlaubswoche in einer Pension oder einem Privatzimmer mit Frühstück in Grömitz an der Ostsee ab 259 Mark (Auskunft: alle Reisebüros im Kaufhof und bei Hertie sowie alle Buchungsstellen mit dem Prima Reisen-Zeichen).

## WÄHRUNGEN

| Land | Einheit | Kurs |
|---|---|---|
| Ägypten | 1 Pfund | 2,65 |
| Belgien | 100 Franc | 4,97 |
| Dänemark | 100 Kronen | 28,50 |
| Finnland | 100 Fmk | 47,25 |
| Frankreich | 100 Franc | 34,75 |
| Griechenland | 100 Drachmen | 3,30 |
| Großbritannien | 1 Pfund | 4,00 |
| Irland | 1 Pfund | 3,18 |
| Israel | 1 Schekel | 0,075 |
| Italien | 1000 Lire | 1,71 |
| Jugoslawien | 100 Dinare | 2,60 |
| Luxemburg | 100 Franc | 4,97 |
| Malta | 1 Pfund | 6,30 |
| Marokko | 100 Dirham | 37,00 |
| Niederlande | 100 Gulden | 90,25 |
| Norwegen | 100 Kronen | 36,50 |
| *Österreich* | *100 öS* | *14,32* |
| Portugal | 100 Escudos | 2,60 |
| Rumänien | 100 Lei | 4,75 |
| Schweden | 100 Kronen | 34,50 |
| Schweiz | 100 Franken | 125,00 |
| Spanien | 100 Peseten | 1,79 |
| Türkei | 100 Pfund | 1,50 |
| Tunesien | 1 Dinar | 4,00 |
| USA | 1 Dollar | 2,67 |
| Kanada | 1 Dollar | 2,18 |

Stand vom 4. Oktober – mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

# TOURISTIK



## HOLLAND







## ITALIEN



## ÖSTERREICH



Was ist noch schöner als der letzte Urlaub?

Die Vorfreude auf den nächsten! Und damit Sie diese Vorfreude so richtig auskosten können — dazu sollen Ihnen die Reiseanzeigen in WELT und WELT am SONNTAG dienen. Zum Planen, Prüfen, Vergleichen — und zum Entscheiden: für den schönsten Urlaub, den Sie je hatten.

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

## Anzeigen-Bestellschein für

## FERIENHÄUSER · FERIENWOHNUNGEN

| | | |
|---|---|---|
| 1 Mindestgröße 10 mm/1sp. = DM 98,04 | 4 25 mm/1sp. = DM 245,10 | 5 30 mm/1sp. = DM 294,12 |
| 2 15 mm/1sp. = DM 147,06 | | |
| 3 20 mm/1sp. = DM 196,08 | 6 15 mm/2sp. = DM 294,12 | |

Anzeigen in der Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen" kosten bis zu einer Höhe von 30 mm einspaltig bzw. 15 mm zweispaltig DM 9,81 inkl. MwSt. pro Millimeter, ohne Wiederholungsnachlaß. Die normale Druckzeile kann ca. 35 Buchstaben bzw. 4 bis 5 Wörter enthalten. Anzeigenschluß ist jeweils **montags 14 Uhr** vor dem Erscheinungstermin.

**Rustikales Blockhaus** im Naturschutzgebiet an der Eider, für 4–6 Personen noch frei.

Mindestgröße 10 mm/1spaltig. Alle Anzeigen werden mit Rand versehen. Standardgestaltung

DIE WELT / WELT am SONNTAG

An DIE WELT/WELT am SONNTAG, Anzeigenabteilung, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Hiermit bestelle ich eine Anzeige für die Rubrik „Ferienhäuser und Ferienwohnungen" in der Höhe von ______ Millimetern ______ spaltig zum Preis von ______ DM.

Bitte veröffentlichen Sie das Inserat am Freitag, dem ______ in der WELT sowie am darauffolgenden Sonntag in WELT am SONNTAG.

Name ______

Straße/Nr. ______ Telefon ______

PLZ/Ort ______

Der Text meiner Anzeige soll lauten:

## BÜCHER

### Frankreich entdecken

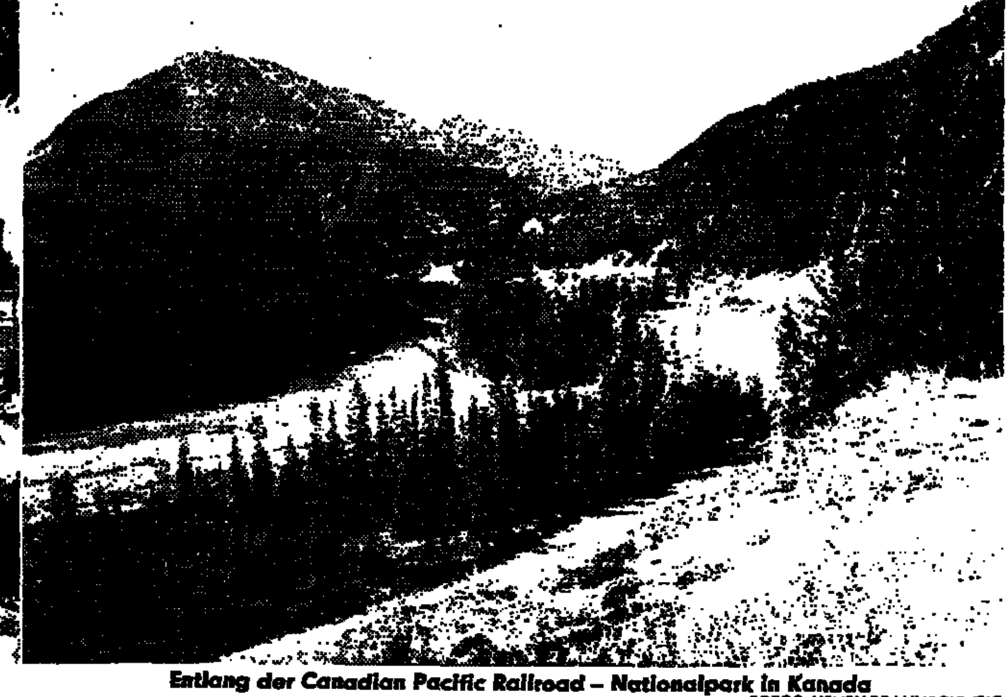
Unterwegs zwischen Nantes, Toulouse und Biarritz war die Autorin Katja Hassenkamp, langjährige Mitarbeiterin der REISE-WELT, bei ihren Recherchen für den neuen LN-Touristikführer „Südwestfrankreich kennen und lieben" (Preis 12,80 Mark). *Badefreuden in der* Brandung der Atlantikwellen, kalorienhaltige Versuchungen in Form getrüffelter Gänseleberpasteten und herzhafter Cassoulets lagen ebenso am Weg wie herrliche Bordeaux-Weinlagen oder die Austernbänke von Arcachon. Aber die Autorin schildert die vielseitigen Landschaften des Südwestens nicht nur als Stationen für Wasserratten und Gourmets. Immer wieder zwischen der Loire und den Pyrenäen stößt der Reisende auf Überbleibsel der fesselnden Geschichte Frankreichs, von den Urzeithöhlen *im* Perigord über das Schloß des Musketiers d'Artagnan bis zu den Wehrdörfern des 100jährigen Krieges. Katja Hassenkamp *beschränkt sich nicht auf* die Beschreibung der Sehenswürdigkeiten, der landschaftlichen Schönheiten und der historischen Ereignisse. *Sie hat den Text gespickt* mit touristischen Detailinformationen, gibt zum Beispiel Hinweise auf einen einladenden Bauernhof, wo man in den Wintermonaten die Zubereitung der berühmten Gänseleberpasteten erlernen kann, auf versteckte Kirchlein, deren Schlüssel im nahen Bistro zu holen sind, wo man auch gleich Erklärungen über die Geschichte des Gotteshauses bekommt, oder wie man bei Maria, Helen, Hank und Michel alternative Ferien machen kann. Wer sich aus diesen Informationen das Passende herauspickt, wird das Land bestimmt kennen- und lieben lernen.

### Indien-Vielfalt

Kultureller Reichtum, gepaart mit tropischer Landschaft, lebendigen Traditionen und einer alles durchdringenden Religion, prägt den Süden Indiens mehr noch als den Norden. Um diese Vielschichtigkeit in den Griff zu bekommen, beschränkt sich der „Südindien"-Band der Reihe *„Richtig Reisen" (Du Mont* Verlag, 26 Mark) auf diesen Teil des Riesenlandes. Einige Kapitel über Geschichte, Herrscher und Dynastien, Religionen und den Alltag, kenntnisreich und locker aufbereitet, geben erst einmal einen allgemeinen Überblick. Es folgen detaillierte Beschreibungen und Vorschläge für Rundreisen in den Bundesstaaten Maharashtra, Karnataka, Andra Pradesh, Tamil Nadu (Madras) und Kerala. Der Gewinn liegt in der Verbindung persönlicher Reiseerlebnisse mit sachlicher Information.



Vancouver – eine lebendige Millionenstadt am Pazifik



Entlang der Canadian Pacific Railroad – Nationalpark in Kanada

FOTOS: HENRY BRAUNSCHWEIG

# Mit dem Auto über den Trans Canada Highway / Adler wiesen den Weg zu den Rockies

**Vancouver**

Erst in *allerletzter Minute* waren wir darüber informiert worden, daß der zugesagte Camper, wie hier die Wohnmobile heißen, nicht zur Verfü*gung stehe, da erstmals in der Nach*saison alle Fahrzeuge dieses Typs restlos ausgebucht seien. Man bemühte sich redlich, uns Kanada mit *Auto und Zelt schmackhaft zu ma*chen – eine ganz neue Variante im Angebot der Veranstalter.

Mal abgesehen davon, daß eine solche Exkursion auf einer sehr viel niedrigeren Komfortebene als in einem rollenden Heim stattfindet, weist sie ein weiteres entscheidendes Manko auf: Man muß die gesamte Ausrüstung jeden Abend auspacken, das Zelt aufschlagen, am nächsten Morgen wieder abbauen, alles zusammenpacken und verstauen... Dafür jedoch versprach ein solcher Rückfall in die Kampiergewohnheiten der Prospektoren, Goldwäscher und Pelzjäger aus der Frühgeschichte dieses Landes – das ist gerade 150 Jahre her! – eine größere Nähe zum wirklichen Abenteuer.

Zwar sollten wir selbst während all der Zeit von Begegnungen mit Bären und ihrem nächtlichen Besuch verschont bleiben, doch im Jasper National Park machten wir die Bekanntschaft von zwei Bayern, denen ein Bär die ganze Rückwand ihres Zeltes *zerfetzt hatte. Entgegen den Warnun*gen der Reiseführer hatten sie eine noch von ihrem heimatlichen Metzger stammende Wurst für den Fall *nächtlichen Hungers mit ins Zelt* genommen. Und deren Witterung war Meister Petz nicht entgangen. Die Bayern kamen zwar mit dem Schrekken davon, doch das Zelt war kaputt *und die Wurst weg...*

Man sollte dem sich recht international gebenden Vancouver nicht den Rücken kehren, ohne wenigstens *drei Dinge gesehen zu haben:* den alten Stadtteil Granville, heute besser als „Gastown" bekannt, das nach San Francisco zweitgrößte Chinesenviertel *Nordamerikas – hier wohnen* überwiegend die Nachfahren jener Tausenden von Himmelssöhnen aus dem Reiche der Mitte, die man vor hundert Jahren als Kontraktarbeiter zum Bau des westlichen Abschnitts der transkontinentalen Eisenbahn schiffsladungsweise herübergeschafft hatte – und den Stanley Park mit seinen hoch aufragenden indianischen Totempfählen und tausendjährigen Baumveteranen.

Kanadas drittgrößte Stadt und sein bedeutendster Hafen am Stillen Ozean breitet sich anmutig über die liebliche Hügellandschaft einer Halbinsel der Strait of Georgia, durchschnitten von den Mündungsarmen des Fraser River und dem tief einschneidenden Burrard Inlet. Mit ihrer Skyline schlanker Hochhäuser inmitten einer großartigen, aus Bergen, Fjorden, Buchten und Flußarmen gebil*deten Kulisse, den Parks* voll subtropischer Vegetation und ihren Wasserfronten gehört sie zu den schönsten Hafenstädten der Welt.

Wenn man Vancouver auf der Straße Nr. 1, dem Trans Canada Highway, verläßt, befindet man sich schon auf der längsten nationalen Autostraße der Welt. *Sie beginnt 105 Straßenkilo*meter weiter westlich in der Hauptstadt Victoria auf Vancouver Island und führt, sechs Zeitzonen durcheilend, 8000 Kilometer weit bis zur City *of St. John's,* Hauptstadt der Inselprovinz Neufundland – Kanadas am weitesten nach Osten und in den Atlantik vorgeschobener Punkt.

Der Highway, auf den ersten 80 Kilometern noch autobahnähnlich mit vier Fahrspuren ausgebaut, ähnelt später nur mehr einer deutschen *Bundesstraße: zweispurig,* zu beiden Seiten Haltestreifen, am Berg gewöhnlich eine Überholspur, die Höchstgeschwindigkeit zwischen 80 und *90 Stundenkilometern* wechselnd. 500 Dollar beträgt die Höchststrafe „for littering highway", doch wer wird schon Abfälle aus dem Fenster werfen...

Das Land ist zuerst noch flach und eben. Der graugrün unseren Weg begleitende Fraser besteht nur aus ein paar kümmerlichen Rinnsalen im breit ausufernden Kiesbett und läßt nichts von jener grandiosen Unbezwingbarkeit ahnen, die seine Wasserführung im Mittelabschnitt ausmacht. Bei Hope und Spuzzum wird er von der Straße Nr. 1 überquert – bei letzterer Brücke bereits in die Enge des Canyons gezwängt, lehmiggelb verfärbt und als tosendes Wildwasser dahinschießend.

*In* Yale, *auf halber Strecke zwi*schen beiden Flußübergängen, endet die freundlich heitere Schwemmlandebene und beginnt der im Zeitalter der *Rindenkanus unüberwindli*che Teil des Stroms, an dessen Untiefen und Klippen selbst die aufsteigenden Lachse in erheblicher Anzahl von der furchtbaren Kraft des Wassers zerschmettert werden. Namen wie Hell's Gate und Black Canyon für bis zu 60 Meter Wassertiefe aufweisende Engen, wo die Strömungsgeschwindigkeit mehr als dreißig Stundenkilometer beträgt, sprechen ihre eigene Sprache.

Noch heute gilt die Fraserschlucht sowohl für die Passagiere der Canadian Pacific Railroad als auch die Autofahrer auf dem Trans Canada Highway als der wildeste und spektakulärste Streckenabschnitt der gesamten transkontinentalen Eisenbahn- und Highway-Route.

In sanften Biegungen klettert die *Straße später zum durch die Mon*ashee Mountains führenden Eagle Pass hoch, einem westlichen Vorgebirge der Rockies. Der Flug eines Adlers ließ den nach einer Trasse suchenden Eisenbahningenieur der CPR vor mehr als einem Jahrhundert diese Lücke entdecken, die heute sowohl die Eisenbahn als auch der Highway benutzt.

Vor Revelstoke wird erstmals der in einem tief eingeschnittenen Felsbett dahineilende mächtige Columbia River gekreuzt. Die Stadt verlassend, durchfährt man gleich darauf den ersten Nationalpark auf dieser Route: Revelstoke National Park. Kurz dahinter, die Region der Selkirk Mountains für alle Zeiten in ihrem wilden Naturzustand belassend, beginnt der sehr viel größere Glacier National Park mit seinen langsam hochalpinen Charakter annehmen*den Nadelhölzern. Die Selkirks* werden auf dem 1327 Meter hohen Rogers Pass gekreuzt, bei dem es sich um Kanadas großartigsten Paß handeln soll.

An gigantischen Schiefertafeln vorbei fahren wir später in unseren dritten, den Yoho National Park, ein. Noch drei weitere stehen auf unserem Programm: Kanadas erster und ältester Nationalpark Banff, sein zweitgrößter Jasper und der langsam bereits Mittelgebirgscharakter annehmende Kootenay. Doch keiner davon ist für uns so beeindruckend wie der Yoho, was ein indianisches Wort aus der Sprache der Cree ist und *einen Ausruf höchsten Erstaunens* wiedergibt. Er wechselt zwischen lehmfarbenen, bis zur halben Höhe bewaldeten Kalkgebirgen und sie *überragenden nackten Granitfelsen,* die Spitzen mit einer Kuppe aus ewigem Schnee überzogen. Zottige, urweltlich anmutende Bergziegen, tosende Wasserfälle, *die sich von stei*len Hängen in jaspisfarbene Gletscherseen stürzen. Smaragdgrüne Almen, von schwärzlichen Wäldern umschlossen, schwindelnd tief eingeschnittene Täler und Aussichtspunkte mit Namen wie Misko, Ottertail, Mount Stephen – und der Lower Spiral Tunnel Viewpoint, wo man das Sich-allmählich-Hochschrauben eines von Osten kommenden Zuges in einer doppelten Tunnelschleife zum Kicking Horse Pass miterleben kann. Dieser Paß, 1647 m hoch, ist der höchste Punkt, den Eisenbahn und Trans Canada Highway beim Queren der Rocky Mountains erklimmen...

Ein paar Meilen weiter ostwärts verläßt man British Columbia und fährt ein in Alberta.

HENRY BRAUNSCHWEIG

*

**Veranstalter:** Inter-Air Voss-Reisen, Triftstr. 28–30, 6000 Frankfurt 71.
**Auskunft:** Kanadisches Fremdenverkehrsamt, Biebergasse 6–10, 6000 Frankfurt.

## ANGEBOTE

### Reise nach Sri Lanka

Ein interessantes Programm, bei dem nahezu alle historischen, religiösen und folkloristischen Höhepunkte der Insel besichtigt werden, bietet Hauser-Exkursion bei einer dreiwöchigen Erlebnisreise nach Sri Lanka (Ceylon) an. Der Reisepreis in Höhe von 4150 Mark schließt Vollpension, Linienflug und deutsche Reiseleitung ein. Die Termine sind vom 22. Oktober bis 14. November und vom 2. Dezember bis 16. Januar. (Auskunft: Hauser-Exkursionen, 8000 München 2, Neuhauser Straße 1)

### Vollmondfest in Pushkar

Während einer 22tägigen Studienfahrt nach Indien besteht die Möglichkeit, drei Tage lang das Vollmondfest in Pushkar samt seinen Höhepunkten mitzuerleben. Diese Reise wird in der Zeit vom 17. November bis 8. Dezember durchgeführt und kostet 5260 Mark. (Auskunft: Indoculture Tours, Bismarckplatz 1, 7000 Stuttgart 1)

### Wandern im Herbst

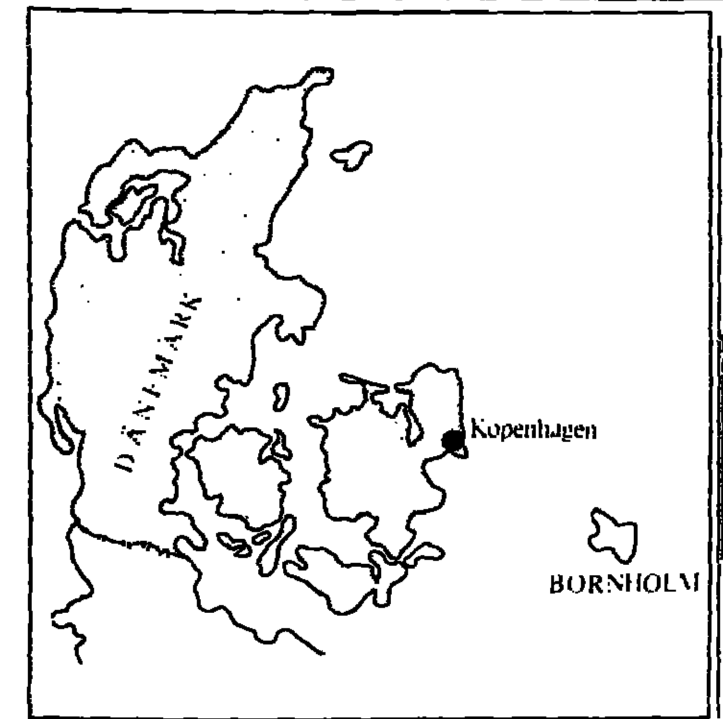
Der Herbst ist die Zeit der Wanderer. Zahlreiche Gemeinden bieten Pauschalwanderwochen (Preis ab 100 Mark), die neben Übernachtung und Frühstück auch Wanderkarten und Führungen einschließen. (Auskunft: Fremdenverkehrsbund Schwarzwald, Postfach 1660, 7800 Freiburg)

### Reisen zum Spartarif

Die Donaumetropole Budapest kann man vom 16. bis 20. November zum Preis von 419 Mark kennenlernen. In diesem Kurzprogramm sind außer dem Linienflug ab bis Berlin-*Schönefeld Halbpension in Doppel*zimmern, eine Stadtrundfahrt und alle Transfers eingeschlossen. Ähnliche Kurzreisen bietet GeBeCo-Rei*sen auch nach London* (ab 439 Mark) und Rom (ab 396 Mark) an. (Auskunft: GeBeCo-Reisen, Eckernförder Straße 93, 2300 Kiel.

### Israel zu Fuß

Im Rahmen einer achttägigen Israelreise veranstaltet Airtours International sechs Wanderungen durch die Landschaften der Bibel. Unter fachkundiger Leitung, bei voller Verpfle*gung und Übernachtung in Schlaf*säcken, geht es durch das Wadi Quelt, nach Jericho, zu den Oasen Nahal Arugat, Eid Avdat und durch die Salzstollen Sodoms. Etappenziele der Reise, die inklusive Flug ab 2225 Mark kostet, sind auch Jerusalem, Arad, Hebron und Bethlehem. (Auskunft: Airtours International, Adalbertstraße 44–48, 6000 Frankfurt 90)






# Urlaub in Dänemark





Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl



## Bornholm



**„Trudele durch die Welt. Sie ist so schön, gib dich ihr hin, und sie wird sich dir geben."**
Kurt Tucholsky

Vielfältige Anregungen und Informationen über Urlaub und Freizeit erhalten Sie jeden Freitag in der WELT und jeden Sonntag in WELT am SONNTAG.

8432

# Ärztlich geleitete Sanatorien und Kliniken



Bei Antworten auf Chiffre-Anzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag angeben.



**Reiseanzeigen**
helfen mit, Urlaub, Freizeit und Wochenende richtig zu planen. Studieren Sie die Anzeigen der Reiseteile von WELT und WELT AM SONNTAG, und Sie werden jede Menge verlockender Angebote entdecken.





# SCHACH MIT GROSSMEISTER LUDEK PACHMAN

Die ersten Großmeister-Titel der Schachgeschichte erteilte kein Weltschachbund – den gab es damals noch nicht –, sondern der russische Zar Nikolaus II. So ließ er fünf Finalisten des Weltturniers in St. Petersburg 1914, Lasker, Capablanca, Aljechin, Dr. Tarrasch und Marshall nennen – und die Schachwelt hat es akzeptiert.

Noch vor dreißig Jahren gab es nur rund 25 aktive Großmeister, neue Bestimmungen führten später zu einer Explosion dieses Titels und damit zu seiner Entwertung. Es ist mir in den letzten Jahren wiederholt passiert, daß ich an offenen Turnieren irgendwelche Gegner trotz meines hohen Alters glatt besiegte und dann erst nach der Partie erfuhr, daß mein Gegner ein Großmeister war.

An dem unlängst ausgetragenen kleinen internationalen Turnier in Tiflis machte ein junger Russe, Gawrikow, 11 aus 15 Partien – und das reicht schon zum Titel. In folgender Partie besiegte er einen anderen weniger bekannten sowjetischen Großmeister: **Sizilianisch.**

**Gawrikow–Gurgenidse.**

**1.e4 c5 2.Sf3 Sc6 3.Lb5 b6!?** (Jedenfalls recht originell, aber sehr aktiv wird auf b7 der Läufer nicht sein!) **4.0-0 Lb7 5.Te1 e6 6.c3** (Er hätte sich auch ganz gut mit 6.b3 revanchieren können!) **a6 7.Lf1 g5!?** (In „guten alten Zeiten" taten so was Großmeister nicht – ein solcher Vorstoß kann ja nicht gesund sein!) **8.d4** (Auch die ruhige Erwiderung 8.d3 wäre sehr gut!) **g4 9.Sfd2 cd4: 10.Dg4:!?** (Offenbar wäre das Bauernopfer 10.Sc4 Sc6 11.Lf4 noch chancenreicher!) **Sf6 11.Dd1!** (Falls 11.Dh4, so folgt dc 12.Sc3: Sb4 13.Tb1 d5 usw.) **d5 12.ed4: Sd4: 13.Se3 Lg7?** (Mit Tg8 hätte Schwarz doch aktives Gegenspiel erreicht, deshalb wäre es meines Erachtens für Weiß im 10. Zug günstiger gewesen, den Bg4 stehen zu lassen!) **14.Da4+ Sc6?** (Wenn man einen so riskanten Vorstoß wie 7.... g5 gewählt hat, muß man schon rücksichtslos auf Angriff spielen – deshalb sollte Sd7! 15.ed 0-0 16.de fe geschehen!) **15.ed5: Sd5: 16.Dg4!** (Schwächer wäre statt dessen 16.Sd5: Dd5: 17.Dg4 – wegen Ld4 18.Sf3 0-0-0! usw.) **0-0 17.Sd5: Dd5: 18.Sc4 f5 19.Dg3 Tad8** (Merkwürdigerweise läßt sich der Bb6 gar nicht retten. Falls 19.... Tf7, so darf er zwar nicht sofort geschlagen werden – 20.Sb6:? Da5 21.Le3 f4! usw. – aber Weiß setzt zuerst mit 20.Lf4! fort.) **20.Lg5! b5 21.Ld8: Td8: 22.Se3 De5 23.De5: Le5: 24.Tab1 Kf7 25.Ted1 Sd4 26.Tbc1 Tg8 27.Td4:** aufgegeben.

Eine noch ungewöhnlichere Eröffnung hatte folgende, im August in Manchester gespielte Partie:

**Katalanisch. Rabell–Tisdall**

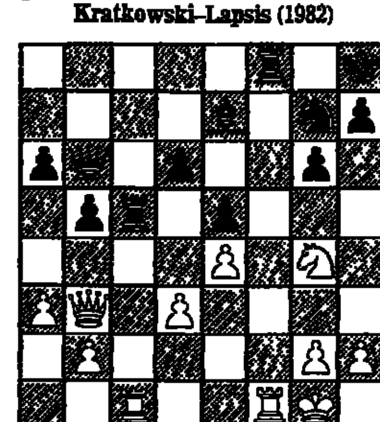
**1.Sf3 Sf6 2.c4 e6 3.g3 a6 4.Lg2 b5!? 5.Sd4!? c6 6.cb5: ab5: 7.Sb5: cb5:! 8.La8: d5 9.a4 Da5 10.Dc2 Ld7 11.Lb7 b4 12.b3** (Der Lb7 ist nicht zu befreien – 12.Lc8 Lc6 usw.) **Ld6 13.Lb2 Da7 14.Ld5: ed5: 15.Dd3 0-0 16.0-0 Lh3 17.Tc1 Lc5 18.e3 d4 19.ed4: Db7 20.f3 La7 21.Te1 Sbd7 22.a5 Dd5 23.Te3 Sg4 24.Te4 f5 25.Te2 Sde5 26.Te5: Se5:** aufgegeben.

**Lösung vom 30. September**

(Kg1, De4, Tc7, e1, La3, Sc4, g6, Ba2, b3, c5, c6, f2, g2; Ke8, De6, Ta8, h8, Le7, Sh4, Ba6, f4, g3, g5):

**1.... Sf3+! 2.gf3:** (2.Df3: De1: matt, 2.Kf1 Th1+) **Th1+! 3.Kh1: Dh3+** aufgegeben.

**Kratkowski–Lapsis (1982)**



Weiß am Zug macht Remis
(Kg1, Db3, Tc1, f1, Sg4, Ba3, b2, d3, e4, g2, h2; Kh8, Db6, Tc5, f8, Le7, Sg7, Ba6, b5, d6, e5, g6, h7)

# SCHACH

**Aufgabe Nr. 1304**
**(Urdruck)**
**Georg Niestroj, Hiddenhausen**

Matt in 3 Zügen

**Lösung**

Nr. 1303 von Peter Hähnel (Ke1 Td8 f5 Lb8 c4 Sa4 g6, Kc6 Tb6 h7 Le8 h8 Sb3 h5 Ba7 b7 d4 e7 f4 g3 g5 – Zweizüger). 1.Ld3 (droht 2.Le4 matt) Le5(Sf6) 2.S(:)e5 matt. – 1.... Lf7 2.S:e7 matt. – 1.... Sc5(Sd2) 2.T(:)c5 matt. – 1.... Tb5(Be5) 2.L:b5(Td6) matt.

„Caissas Schloßbewohner" – Unter diesem Titel hat der feenschach-Verlag in Wegberg ein Buch herausgegeben, in welchem sich 5 Problemkomponisten in „Selbstdarstellungen" mit Schachaufgaben vorstellen; mit 574 Diagrammen und 20 Zeichnungen eine lesenswerte Schrift zu einem Preis ab 18 Mark. H. K.

# DENKSPIELE

## Nächstfolgend

Auf den ersten Blick sehen die Zahlen 1 2 4 5 9 11 16 17 25 29 36 37 49 53 64 67 81 83 so aus, als ob sie ziemlich willkürlich aneinandergereiht wurden. Das Bildungsgesetz ist aber ein sehr einfaches!

## Räuberische Beuteteilung

Die Räuber Jim, Bum und Päng hatten beim Überfall auf die Postkutsche sieben Goldstücke, sieben Silberlinge und sieben Kupfermünzen erbeutet. „Das ist aber doll", meinte Jim, „laßt uns ein Spielchen um die Aufteilung machen. Ich lege die Münzen in eine Reihe und beginne bis neun abzuzählen, bis ich sieben Münzen habe. Dann zählt Bum ab, und der Rest ist für dich, Päng, du kannst ja nicht zählen." – Gesagt, getan! Danach hatte Jim alle Goldstücke und Bum alle Silberlinge. Wie hatte er die Münzen der Reihe nach plaziert?

## Logogriph

Mit EI ist es häufig,
mit O frisch gepreßt,
mit A aufgerichtet,
mit L duftet es!

## Paradoxer Sand

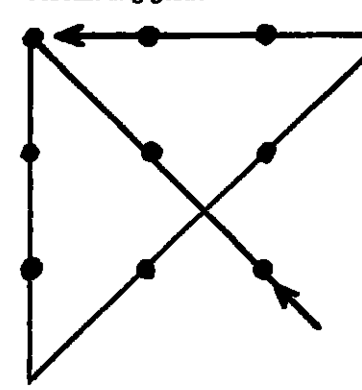
Warum wird am Strand nasser Sand hell (also trocken), wenn man auf ihn tritt? Erstaunlicherweise wird das Wasser nicht fortgepreßt!

## Schorade

Rollend und hüpfend bewegt sich das Erste, majestätisch schreitet das Zweite dahin, das Ganze hat Walzermusik im Sinn.

## Auflösung vom 30. Sept.

**Verbindung gesucht**



Durch den kleinen Trick, die Geraden noch über die Punkte hinaus zu verlängern, konnte die Aufgabe mit nur vier geraden Linien erfüllt werden.

**REISE ● WELT**
MAGAZIN FÜR DIE FREIZEIT
mit Auto, Hobby, Sport, Spiel
Verantwortlich: Heinz Horrmann
Redaktion:
Birgit Cremers-Schiemann,

Godesberger Allee 99, 5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 30 41

# Das große Kreuzworträtsel

dt. expr. Schriftsteller – europ. Zwergstaat – Abk. f. Kansas – ital.: König – Stadt i. Westfalen – persönl. Fürwort – südamerik. Staat – Oper von Weber – nord. Göttergeschlecht – Kartenglücksspiel – Fluß i. Asowsche Meer – Kurort im Pinzgau – Initialen Geibels – Drama von Bronnen – europ. Staat – Nordeuropäer – Fanggerät – Baustoff – Stadt an der Wolga – Operette von Goetze – weibl. Kurzname – frz. Stadt a. d. Maas – dän. Insel – unvollendetes Werk – deutlich – Vorname Bruckners – Frau Isaaks – Fluß durch Paris – einfaches Gefährt – ital. Opernsängerin – schweiz. Bergstock – persönl. Fürwort – Stadt an der Seine – Hafen in Montenegro – ital. Maler – Zeichen für Radium – Fluß in Norwegen – Vulkan auf Island – Kurort in Südtirol – röm. Quellnymphe – bayr.: Rettich – gesunder Brotaufstrich – Hansestadt – Kernland der SU – Fluß durch Berlin – Bindewort – Volk im Baltikum – Speisemuschel – Segelschiff i. Mittelalter – frz. Physiker – Fluß zum Neckar – armen. Ruinenstadt – Abk. f. United Kingdom – brennend – Volk in Westafrika – Reifeprüfung – nordschwed. Stadt – altnordische Dichter – Stadt an der Somme – Fluß durch Florenz – Name für Hosea – antikes Ruderschiff – semit. Sprache – indian. Stammeszeichen – Flußname – japan. Millionenstadt – ital. Millionenstadt – Schachfigur – weibl. Vorname – Strom i. Thailand – Arbeitsgruppe – Südpolgegend – Retter der Andromeda – Insel der Balearen – Zeichen für Neon – best. Artikel – europ. Inselstaat – Kosmetikum – plast. Brustbild – Abk. f. Herr – Alpenland – Südasiat – Tunke – Beweisstück – Stadt i. Nordholland – Besucher – Train – röm. Liebesgott – Wüstensturm – weibl. Kurzname – dt. Kunstflieger – Geistesgröße – Segelkommando – ind. Bundesstaat – Abk. f. Assessor – Tonart – Zeichen für Lithium – Fallklotz – Zeichen für Tellur – jüd. Dämon – Geländeform – Wollgewebe – Ausgestoßener – Nutztier d. Lappen – Stück vom Ganzen – Ort a. e. hess. Gewässer – Ältestenrat (Mz.)

| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | | | | |

## AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

WAAGERECHT: 2. REIHE Zigarette – Salonloewe 3. REIHE Onager – Antimon – Essen 4. REIHE Tarif – Fuchs 5. REIHE Renan – Samos – Ate 6. REIHE PAL – Kugel – Stauer 7. REIHE Enden – Serie 8. REIHE Tide – Kamin – Nora 9. REIHE Gebot – Rederei 10. REIHE Kuratel – Fasan – Dahn 11. REIHE Kar – Redegabe – K.E. 12. REIHE T.S. – Dame – Ire – Dauer 13. REIHE up to date – Sahel 14. REIHE Kruste – Petit – Ale 15. REIHE Enter – lauter 16. REIHE Liberia – Geier 17. REIHE sonor – Wotan – Piaf 18. REIHE Sedan – Taverne 19. REIHE Iseran – Eisen – Gr. 20. REIHE Tag – Atlanta – Italien 21. REIHE Anakreon – Altgeselle

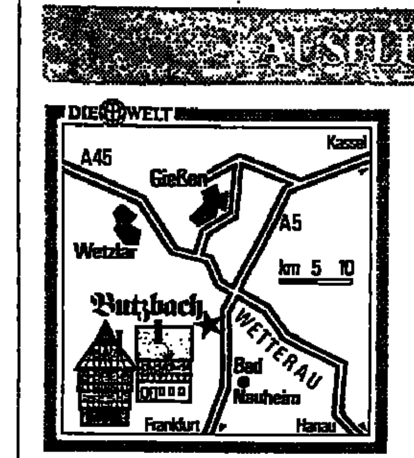
SENKRECHT: 2. SPALTE Infrastruktur – Lolita 3. SPALTE Gabel – Rasputin – San 4. SPALTE Edgar – Bodega 5. SPALTE Bretagne – Dotter 6. SPALTE Meran – Gerade – Saar 7. SPALTE Kegel – Eisente 8. SPALTE Taifun – Retina – lo 9. SPALTE Senf – Koje – Waran 10. SPALTE Senat – Peron 11. SPALTE Sisal – Ferner – Eta 12. SPALTE am – Silage – Gavial 13. SPALTE Lofoten – Silen 14. SPALTE Bonus – rabiat – Teig 15. SPALTE Sirene – Levante 16. SPALTE Lehrte – Denar – As 17. SPALTE Hoss – Nedbal – Pelle 18. SPALTE Aurora – Atair 19. SPALTE Weste – Rehkeule – Angel 20. SPALTE Entertainer – Erdferne = JOHANNITERORDEN







## AUSFLUGS-TIP




**Anreise:** Autobahn Frankfurt–Kassel, Ausfahrt Butzbach. Von Frankfurt 42 Kilometer.
**Unterkünfte:** Preise für Übernachtung mit Frühstück liegen zwischen 20 und 39 Mark. Erholung in der „Waldeslust" im Stadtteil Bodenrod.
**Auskunft:** Verkehrsamt, Stadtverwaltung, 6308 Butzbach.

# Butzbach in der Wetterau

Ein Foto für das Familienalbum. Vor dem Portal des schönen Fachwerk-Rathauses in Butzbach steht ein Brautpaar. Sie ist ein süßes deutsches Gretchen mit Blumenkranz im offenen Haar und einem Kleid mit weißer Lochstickerei. Er ist Amerikaner, ein guter, großer Junge, eckig, graues T-Shirt, graue Hosen. Hat er eigentlich einen Kaugummi im Mund? Butzbach ist Klein-Amerika in Hessen. Bei 22 500 Einwohnern leben hier 13 500 Amerikaner. Das Trumm von altem Landgrafenschloß ist ihre Kaserne, es steht mitten in der Stadt und gehört doch nicht zu ihr. Schon im ganzen vorigen Jahrhundert diente es militärischen Zwecken, ein trutziges Bollwerk mit Eigenleben, weswegen die Butzbacher es schier vergessen haben.

Butzbach, die Perle der Wetterau, liegt vor den hohen Mauern der Kaserne. Das Attribut ist hoch gegriffen. Aber die Skepsis über die laut Reiseführer „stark industrialisierte Stadt" verfliegt rasch wie das Vorurteil über die Stadt mit der Landesstrafanstalt. Nichts von alledem sieht man, wenn man nicht danach sucht. Und solchermaßen vorbelastet, ist man überrascht, ein schmuckes Fachwerkstädtchen mit Schieferdächern vorzufinden. Sogar die Amerikaner passen hinein – wenn auch auf schnurrige Weise und mit Phantasie. Sie rollen in ihren großen Karossen so gemächlich im heimatlichen „country style" über den Marktplatz, als führen sie in Kutschen. Und abends genießen die Butzbacher und ihre Besucher die urgemütliche Atmosphäre der „Eule", einer Schenke unweit des Marktes.

Die mittelalterliche Stadt hat für ihr Seelenheil gesorgt. Sie hat gleich drei Kirchen gebaut und Hexen verbrannt. Die Markuskirche mit drei Chören und drei Schiffen liegt nur 50 Schritt von Hexenturm und Michaeliskapelle entfernt, letztere beherbergt heute ein hübsches Heimatmuseum (es ist allerdings nur im Sommer zu besichtigen und öffnet wieder am 1. April). Doch die Markuskirche lohnt den Besuch, man muß sich nur vorher den Schlüssel beim Pfarrnat besorgen.

Zusammen mit Frankfurt bekam Butzbach im Jahr 1321 das Stadtrecht, was die Stadt trotz einigem Tuchhandel nicht hinderte, Marktflecken des Umlandes zu bleiben. Bis zu Beginn des vorigen Jahrhunderts zählte Butzbach ziemlich konstant 2000 Einwohner. Heute sind die Reminiszenzen des Landlebens gefragte Touristenattraktionen.

An jedem zweiten Wochenende im März und jedem letzten Wochenende im Oktober werden der Fasel- und der Katharinenmarkt abgehalten. Beides sind lebendige Jahr- und Krammärkte, bei denen einmal Rinder, das andere Mal Schweine und Schafe prämiiert werden.

Hier schießen auch die Amerikaner begeistert ihre Erinnerungsfotos, bevor sie wieder nach Groß-Amerika zurückkehren.

DOROTHEA HINRICHSEN



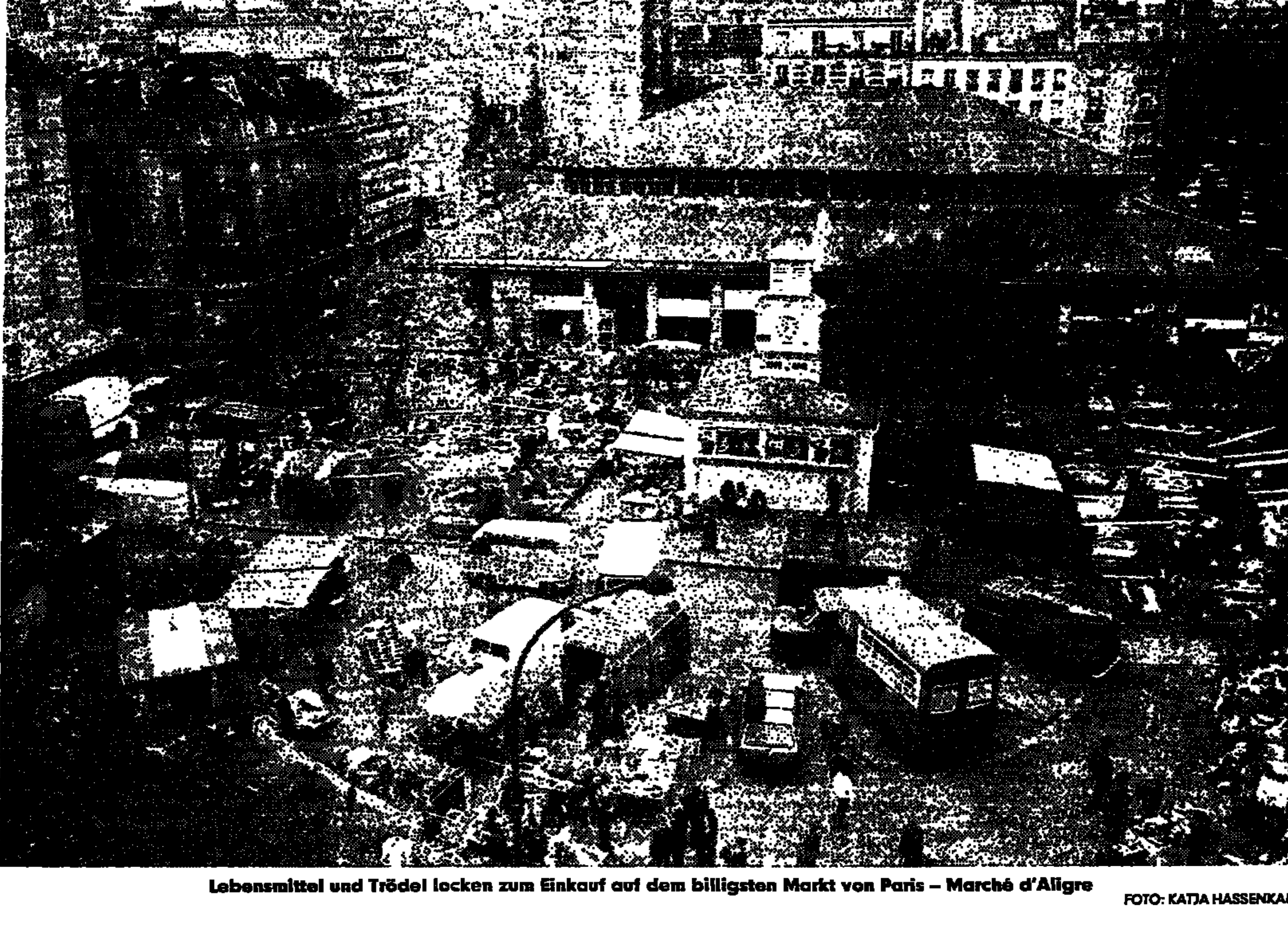
**Fachwerkhäuser am Marktplatz von Butzbach**
FOTO: DOROTHEA HINRICHSEN

# *Ganzheits-Methode*

Robinson geht aufs Ganze. Nachdem bislang die deutschen Cluburlaubs-Händler mit einem reichhaltigen Sportprogramm in ihren Feriendörfern mehr für den gesunden Körper sorgten, ist nun auch die Gesundung des Geistes Robinsons Anliegen. „Re-Start" soll am 28. Dezember im Robinson Club Atalaya Park in Spanien gestartet werden, ein Ganzheitstraining für den krisengeschüttelten Jung-Manager, das von Psychologen, Sportmedizinern und Kommunikationstrainern entwickelt wurde. Fitneß für Körper und Seele ist das Ziel der ein- oder zweiwöchigen Kurse in Gruppen von maximal zehn Personen, wobei die Ehepartner durchaus als Teilnehmer begrüßt werden. Für 2250 beziehungsweise 2780 Mark zuzüglich zum Preis für das normale Clubarrangement darf der Absolvent dieses „Urlaubs zum Ich" einen Weg zum „bewußteren Leben", aber auch zum „gesunden Erfolg" erwarten.

Mit vollmundigen Phrasen wird das re-start-Programm beschrieben: „Ein neuer Weg, die Karriere zu überleben". „Ein Weg, zu leben und nicht gelebt zu werden". Ein lobenswertes Unterfangen, das der Mühe der Edlen und (hoffentlich) den Preis wert ist. Daß die Robinson Clubs für neue Wege offen sind, ist wichtig und richtig. Doch ein wenig macht die Verpackung für diese Art der Lebenshilfe den Eindruck, hier sollten des Kaisers neue Kleider verkauft werden. Taten sich doch die alten Römer einfacher mit ihrem „Mens sana in corpore sano" – ein gesunder Geist wohnt in einem gesunden Körper.

B. C.



**Lebensmittel und Trödel locken zum Einkauf auf dem billigsten Markt von Paris – Marché d'Aligre**
FOTO: KATJA HASSENKAMP

# Orients Düfte in einer Ecke von Paris

**Paris**

Marguerite, von Eingeweihten liebevoll Mami genannt, verkauft nun schon seit 25 Jahren Gläser und Tassen, Rüschen, Spitzen und Silberbesteck auf dem Markt von Aligre. Sie beugt sich über das mit Klamotten vollgepackte Stegbett und vertraut uns an, daß ohne sie das Geschäft nur halb so gut läuft. Stammkunden, sagt sie grinsend, wobei Zahnlücken und ungeheure Silberzähne zum Vorschein kommen, Stammkunden von Aligre wollen eben „ihre" Marguerite; und nur deshalb kann sie nicht in Pension gehen.

Stammkunden gibt es auf dem kleinen Markt im 12. Arrondissement von Paris überhaupt viele. Die einen kommen aus Algerien, Tunesien und Marokko und finden hier die vertrauten Gerüche der Heimat wieder, wenn sich Minze mit Melonenduft vermischt und koscheres Fleisch neben glitzernden Djellabahstoffen hängt. Dicke Negermamis haben sich die Babys auf den Rücken geschnürt, und vor uns marschiert ein arabischer Familienvater mit drei Frauen daher. Andere sind eingefleischte Sammler, die jeden Vormittag mal vorbeischauen, um die geliebte kleine Flasche, den alten Rahmen oder das Jugendstilväschen runterzuhandeln.

Eingeklemmt zwischen dem Faubourg St. Antoine und dem Boulevard Diderot mit dem altmodischen Bahnhofsturm der Gare de Lyon, umfaßt man auf dem kleinen Markt von Aligre die Bevölkerungsvielfalt von Groß-Paris auf einen Blick. Aber nicht nur wegen seiner vielfarbigen Kundschaft und den Händlern aus Nordafrika, den Antillen, der Auvergne und des Midi, lohnt ein Besuch des ehemaligen Marché Beauvau. Der Platz mit dem skurrilen Uhrenturm, in dessen Schutz der Marktvorsteher sein winziges Büro hat, und der Markthalle aus Eisen und Glas ist einer der ältesten Märkte der Stadt.

Schon im 17. Jahrhundert drängelten sich hier Altwarentrödler und Gemüsehändler, ja geschickte Wiederverkäufer boten damals gar aufgewärmte Reste aus der königlichen Küche feil. 1781 wurden dann die Markthallen des Marché Beauvau-St. Antoine eingeweiht. Diese waren von den Stadtvätern erbaut worden, um die etablierten Kaufleute und deren Geschäfte vor den scharenweise heranziehenden Gemüse- und Obsthändlern zu schützen: und um den vor Ort schlachtenden Metzgern (denn damals trieben die Bauern ihre Tiere noch bis in die Stadt) angemessene Stände einzurichten. Selbst Händler aus den berühmten Hallen, dem Bauch von Paris, kamen nach Beauvau, um frischeste Ware direkt vom Hersteller zu beziehen.



1867 wurde aus dem Marché Beauvau der Marché d'Aligre, um einer Gönnerin gebührenden Dank zu erweisen. Dabei wurde auch eine Zählung durchgeführt, und so wissen wir, daß in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts täglich 1200 Händler auf den Platz strömten, dessen Zufahrtsstraßen heillos von Karren und Pferdewagen verstopft waren. Zehn Restaurants und Bistros lagen direkt am Platz und sorgten für das leibliche Wohl. Heute können diese guten alten Zeiten nur noch im „Bilboquet" heraufbeschworen werden, denn die anderen Kneipen mußten Anfang der 70er Jahre einem achtstöckigen Haus weichen.

Bedroht ist auch der Markt selbst, da ihn spekulierende Immobilienmakler gerne in klingende Münze verwandeln würden. Die bunte Bevölkerungspalette von Aligre ist zudem auch den Ratgebern des Pariser Bürgermeisters Jacques Chirac ein Dorn im Auge, die gerne alle Gastarbeiter an die Peripherie der Seinemetropole verbannen würden. Doch dagegen wehrt sich nicht nur Abdel, dessen Pepperoni als besonders scharf gelten, auch Marie mit dem leuchtenden Blumenstand und Jacques mit den zarten Kaninchen lehnen sich gegen solche Pläne auf.

Vor zwei Jahren hatten sie sich alle zusammengetan, um zur 200-Jahr-Feier ihrer Markthalle ein großes Fest zu geben und ihren unumstößlichen Willen zu unterstreichen, den Marché d'Aligre nicht aufzugeben. Noch kann man auf dem billigsten Markt von Paris in Ruhe um ein elegantes Spitzenjabot aus Großvaters Zeiten feilschen; kann ab zwölf Uhr, wenn der Markt dem Ende zugeht, drei Salatköpfe zu 3,50 Franc erstehen, und das Kilo Pflaumen wird dann gar für zwei Franc angeboten.

Dann schreit auch das Baby von Thérèse im Lastwagen, denn schließlich geht der leere Magen allem Trödlergeschäft vor. Schon drei andere Rangen hat Thérèse so hinter vergilbten Taschenbüchern und alten Töpfen großgezogen. Sie ist ebenfalls hier groß geworden und weiß schüchterne Käufer zielstrebig am Feilschen zu hindern: „Sagen Sie bloß nicht, daß der Topf teuer ist, daran bin ich gewöhnt und deshalb sage ich es Ihnen lieber selbst, dann brauchen Sie sich nicht erst anzustrengen." Worauf der Kunde verschreckt weiterzieht. Aber, so belehrt sie uns, aus dem war sowieso nichts rauszuholen ...

Natürlich gilt es auch einen Abstecher in die Kühle der Markthalle selbst zu machen, wo eine hübsche grüne Fontäne steht und blitzsaubere Stände einladend an rechtwinkligen Gassen liegen. Da hängen Hühnchen sauber aufgereiht, dort baumelt ein Hase; dort finden wir Hirn, Leber, Nieren und Pansen in der sogenannten „Triperie". Hier türmen sich rote Radieschen, grüne Kiwis und dicke gelbe Pfirsiche auf, und von hinten klingt das fröhliche Pfeifen des Ehemannes der Marie Jeanne zu uns herüber. Immer vergnügt bieten die beiden schwarze Miesmuscheln, rosa Krabben, dunklen Thunfisch und gelbliche Sprotten feil. „Steinbutt mit Jakobsmuscheln wollen Sie kochen? Kein Problem, aber Sie sollten zum Pochieren nur stillen Champagnerwein benützen!", rät Marie Jeanne uns freundlich. Als Garnitur empfiehlt sie ein paar Langustinen, und dann steckt sie noch schnell zwei Zitronen und ein Büschel Petersilie in den Korb, schließlich weiß sie, was man einer neuen Kundin schuldig ist.

Doch diese hat schon längst beschlossen, nun regelmäßig quer durch Paris zu fahren, um beim Kauf von Fleisch, Fisch und Gemüse vielleicht schnell noch einen alten Flakon mitzuerstehen.

KATJA HASSENKAMP

*

**Anfahrt:** Métro Ledru Rollin
**Öffnungszeiten:** Flohmarkt und Händler in der Rue d'Aligre, Rue Beccaria, Rue Th. Roussel und Castelar vormittags bis 13 Uhr. Die Stände in den Hallen sind vormittags und nachmittags offen. Draußen findet man in erster Linie Gemüse, Obst und Blumen, Fleisch. Drinnen gibt es alle erdenklichen Lebensmittel. Wer diese kaufen will, muß einen Korb oder eine Tasche mitbringen, denn Plastiktüten kennt man hier nicht!
**Auskunft:** Französisches Verkehrsbüro, Kaiserstraße 12, 6000 Frankfurt.

## KATALOGE

**Jahn Reisen** (Postfach 21 01 64, 8000 München 21): „Flugreisen Winter 1983/84" – Ebenso bunt wie vielseitig präsentiert der 82seitige Katalog, ergänzt von einem Informationsteil, Flugreisen zu den populärsten Urlaubszielen, die auch im Winter noch warme Temperaturen versprechen. Attraktiv sind Preissenkungen für Spanien, Tunesien, Ceylon und Kenia sowie zahlreiche Sparurlaube. Ein einwöchiger Badeurlaub auf den Malediven kostet mit Flug und Halbpension ab 2015 Mark. Wen die Sandstrände der Bahamas locken, muß für eine Woche mit Übernachtung mindestens 1549 Mark investieren. Näher und preiswerter ist ein 14-Tage-Urlaub auf Mallorca oder Teneriffa: Er kostet mit Halbpension ab 610 Mark beziehungsweise ab 1102 Mark.

**Alltours** (Postfach 1146, 4190 Kleve 1): „Flugreisen Winter '83/'84" – Mit dem neuen Programm für die beliebten spanischen Sonnenziele Gran Canaria, Lanzarote, Teneriffa, Mallorca und Fuerteventura offeriert der Veranstalter ein solides Angebot von preiswerten Pauschalreisen. So gibt es 14 Tage Mallorca mit Übernachtung und Frühstück schon ab 399 Mark. Der fünfwöchige Langzeiturlaub auf der Sonneninsel kostet mit Vollpension ab 949 Mark. Zwei Wochen auf Gran Canaria, Teneriffa, Lanzarote oder Fuerteventura kosten ab 699 Mark (nur Übernachtung). Für alle Ziele stehen einfache Hotels, aber auch Appartements und Hotels der Luxusklasse zur Auswahl.

**DB Touristik** (Deutsche Bundesbahn Touristik, Rhabanusstraße 3, 6500 Mainz): „Städtetouren-Kurzurlaub" – Auf fast 200 Seiten zeigt der Veranstalter eine breite Palette von Kurzpauschalreisen auf der Schiene auf. Das neue Programm gilt ab 1. November bis 30. April nächsten Jahres. Die Städtetouren führen zu 69 Metropolen in ganz Europa. Neue Ziele sind Darmstadt, Dortmund und Malmö. Für den Kurzurlaub stehen 70 beliebte Ferien- und Kurorte zur Auswahl, die um die Städte Bayrischzell, Chur, Ischia, Sorrent, Schladming und Zell am See erweitert wurden. Premiere feiert auch die Rundreise „Deutschland à la carte", die den Touristen neun oder 16 Tage lang individuelles Bahnfahren und Entdecken Deutschlands mit Übernachtung in Komforthotels bietet. Sie kostet ab 723 Mark. Für 18 Orte in Deutschland, Österreich und der Schweiz gelten spezielle Festtagsarrangements. So kostet ein 10tägiger Weihnachts- und Silvester-Kurzurlaub in Badgastein ab 747 Mark. Der Katalog ist bei den Fahrkartenausgaben der Bahnhöfe, den DB-Verkaufsagenturen und in den Niederlassungen des Deutschen Reisebüros erhältlich.

**Sune Line** (Intermars Kreuzfahrten GmbH, Herzog-Wilhelm-Straße 1, 8000 München 2): „Kreuzfahrten 1983/84" – Eine kleine, aber feine Auswahl von Kreuzfahrten in der Karibik, dem Panama-Kanal, dem Amazonas und dem Orinoco mit ihren Flaggschiffen „Stella Solaris" und „Stella Oceanis" bietet das Reiseunternehmen für die Wintersaison an. Eine 18tägige Weihnachts- und Silvesterkreuzfahrt zum Amazonas kostet ab 8520 Mark. Der Preis für die 14tägige Seereise zum Orinoco beträgt mindestens 5990 Mark.

**Touropa** (Touristik Union International, Karl-Wiechert-Allee 23, 3000 Hannover 61): „Robinson Clubs Winter 83/84" – Auf Erfolgskurs geht der deutsche Cluburlaub-Veranstalter, der sich mit dem Urteil „gut" der Stiftung Warentest schmücken kann, auch mit dem Winterprogramm. Neben dem Schneeclub Katschberg in Kärnten stehen Sonnenziele wie Bentota/Ceylon, Baobab/Kenia, Atalaya Park in Andalusien und Jandia Playa auf Fuerteventura zur Wahl. Preisbeispiele: Eine Woche im Clubhotel Katschberg mit viel Spaß und Sport kostet mit Bahnfahrt im TUI-Ferien-Expreß ab 1038 Mark, zwei Wochen Club Bentota mit Flug ab 2818 Mark.



